

## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am

**Mittwoch, 08.06.2022, 16:00 Uhr,**

im Rathaus Siegen, Markt 2, 57072 Siegen, Ratssaal, statt.

---

### **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 30.03.2022
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4. Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"
5. Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen;  
hier: Änderung der Entgeltordnung zum 01.08.2022
6. Änderung der Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum
7. Konzept zur Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes 2022
8. Haushalt 2021 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis
9. „Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen  
hier: Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“
10. Wohnbauflächenentwicklung am Wellersberg  
hier: Entwicklungsträgervertrag mit NRW.URBAN
11. Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024
12. Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung sowie Ergänzung der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung bezüglich Vertretungsregelung

### **B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 30.03.2022
2. Wichtige Verwaltungsangelegenheiten

3. Schuldenmanagement sowie Liquiditätssteuerung
4. Rund um den Siegberg, Rathaus Oberstadt - Maßnahmen zur Barrierefreiheit
5. VERSCHIEDENES
6. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 27.05.2022

Der Bürgermeister



## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom:           **08.06.2022**

von:           **16:00 Uhr**

bis:            **17:38 Uhr**

Ort:            **Rathaus Siegen, Markt 2,  
57072 Siegen, Ratssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Mues, Steffen	Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Patt, Alexander	vertritt Weber, Frank
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Schulz, Jürgen	vertritt Boller, Joachim
Stv Schwarzer, Michael	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Walter, Klaus Volker	
Stv Wittenburg, Samuel	

##### Als Zuhörer:

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

StK Cavelius  
StBR Schumann  
StR Fries  
Dezernent Schmidt  
Städt. VD Werthenbach  
VA Scheffler  
VA Uhr  
VA Dancker  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Boller, Joachim  
Stv Weber, Frank  
Stv Steffe, Roland

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil ergänzt um die Punkte 13 und 14 (Tischvorlagen).

**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 30.03.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

9. HFA 08.06.2022

**2. Fragestunde**

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

9. HFA 08.06.2022

**3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

9. HFA 08.06.2022

#### 4. Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

Vorlage Nr. VL 881/2022

Herr Groß dankt dem Arbeitskreis für seine Arbeit. Es ist nun die Aufgabe des Rates zu beraten, welche Straßen zur Umbenennung in Betracht kommen und vor allem, wie eine Bürgerbeteiligung aussehen kann.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann sich vorstellen, alle in der Kategorie A aufgeführten Straßen umzubenennen.

Herr Schiltz schließt sich für die SPD-Fraktion dem Dank an. Die Überlegungen zur Umbenennung würden in der Öffentlichkeit und besonders bei den Anliegern der in Rede stehenden Straßen sehr kontrovers diskutiert. Per Definition stelle die Benennung von Straßen nach Persönlichkeiten eine Ehrung dieser dar. Daher kommen Personen mit einer antisemitischen oder nationalsozialistischen Geschichte per se nicht in Betracht.

Die SPD-Fraktion stellt daher den Antrag

- Umbenennung der Hindenburgstraße, Stoeckerstraße und Lothar-Irle-Straße
- Verschiebung der weiteren in Kategorie A aufgeführten Adolf-Wagner-Straße und Bergfrieder Straße in Kategorie B, da die vorliegenden Informationen über die Persönlichkeiten nicht ausreichen. Weiterer Erkenntnisse sollten abgewartet werden.

Bei den Herren Porsche und Diem handelt es sich um sehr ambivalente Personen, die ebenfalls unter die Kategorie B fallen sollten.

Den übrigen Empfehlungen des Arbeitskreises stimmt die SPD-Fraktion zu, wie auch dem Vorschlag, Bürgerversammlungen und Bürgerinformationen für die drei umzubenennenden Straßen durchzuführen.

Auch die CDU-Fraktion dankt dem Arbeitskreis für seine Arbeit, erklärt Herr Marc Klein, bewertet die Ergebnisse aber anders und möchte keine Umbenennungen vornehmen. Vielmehr wird beantragt, die in Kategorie A genannten Straßen nach Kategorie B zu überführen und mehr als bisher über die Personen aufzuklären. Die Straßen wurden erst 1975 im Zuge der kommunalen Neuordnung benannt, lange nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. In der Zwischenzeit hatten diese Personen Auszeichnungen für andere Verdienste erhalten. Daneben ist die Belastung der potenziell Betroffenen bei einer Umbenennung zu bewerten. Diesbezüglich ist ein Service-Paket für Verwaltungsdienstleistungen nicht ausreichend, da ein weit höherer Aufwand betrieben werden müsste.

Die CDU-Fraktion beantragt zusammenfassend, keine Umbenennungen vorzunehmen und sukzessive in allen nach Personen benannten Straßen Schilder mit entsprechenden Erläuterungen zu ihrer Vita zu versehen.

Herr Henning Klein erklärt, dass sich die Fraktion Die Linke dem entgegen für eine umfassende Umbenennung ausspricht. Zu dem Einwand, der Aufwand sei zu groß, ist auf die Umbenennung der Wildrosenallee zu verweisen, die geräuschlos und ohne Bedenken vollzogen wurde. Er möchte des Weiteren die Anregung des Kulturausschusses aufgreifen, noch andere Fachleute einzubinden und keine eine parteipolitisch geprägte Mehrheitsentscheidung zu treffen.

Das Projekt war nach Einschätzung von Herrn Bertelmann sehr anspruchsvoll und vielschichtig. Ein Richtig oder Falsch gibt es seines Erachtens nicht. Die UWG-Fraktion hält es für zielführend, dem Vorschlag des Fachausschusses zu folgen, die Entscheidung zu vertagen und ist nicht bereit, an dieser Stelle über Festlegungen abzustimmen. Darüber hinaus stellt sich für ihn die Frage, wie für wen eine Bürgerbeteiligung erfolgen sollte und wie die Anlieger zu den Vorschlägen stehen.

Die FDP-Fraktion befürwortet den Vorschlag des Fachausschusses, so Herr Walter. In der Bevölkerung ist Unmut über die Diskussion festzustellen.

Die Volt-Fraktion steht hinter dem Vorschlag des Arbeitskreises erklärt Herr Wittenburg, kann sich aber auch den Argumenten für die Empfehlung des Fachausschusses anschließen.

Herr Groß weist darauf hin, dass die Diskussion schon lange geführt wird und die Argumente gleichermaßen lange bekannt sind. Von einem Schnellschuss kann daher keine Rede sein. Bei einem generellen Nein hätte man den Aufwand nicht betreiben müssen. Eine Beratung im Ältestenrat hält er angesichts der vorgetragenen Positionen für schwierig.

Bürgermeister Mues wirft ein, Aufgabe des Arbeitskreises war die Hintergründe der Personen zu erkunden und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Politik muss diesen nicht zwangsläufig folgen.

Herr Wittenburg stellt den Antrag, die Umbenennung der nach Hindenburg, Stoecker und Lothar-Irle benannten Straßen zu beschließen und alle weiteren einer erneuten Betrachtung zu unterziehen.

Herr Sondermann merkt an, dass er dem Vorschlag des Kulturausschusses hätte folgen können. Nach dem heutigen Verlauf der Diskussion lehnt die GfS-Fraktion eine Umbenennung ab. Der Arbeitskreis hat sehr gut und ergebnisoffen beraten, die GfS-Fraktion erachtet aber die Schlüsse daraus für nicht richtig. Der Nutzen einer Umbenennung geht nicht einher mit dem Aufwand und der Akzeptanz der Anlieger.

Herr Bertelmann hält eine Bürgerbeteiligung in der Form für wichtig, die betroffenen Anlieger zu befragen und die Beweggründe für die Diskussion und die Vorschläge zu erklären. Er möchte keine reine Information.

Herr Groß sieht dagegen eine Bürgerbeteiligung nicht in der Befragung der Anlieger, wo das Ergebnis seines Erachtens absehbar ist. Vielmehr sollte das Thema in die Stadtgesellschaft getragen und die Frage gestellt werden, ob die Namen von Personen, die im Faschismus eine bedeutende Rolle innehatten, beibehalten werden sollen. Er würde in Anbetracht der Diskussion den Vorschlag der SPD-Fraktion befürworten.

Frau Shirley verweist auf die in Zusammenhang mit der Untersuchung der historischen Hintergründe von Straßennamen ebenfalls diskutierte Frage der Präsenz von Frauen in der Stadtöffentlichkeit. Sie hält es für unglücklich, die beiden Themen zu verquicken.

Herr Tigges berichtet über den Unmut vieler Bewohnerinnen und Bewohner Kaan-Marienborns, nicht gefragt zu werden. Er ist erstaunt, dass sich eine Mehrheit über die Empfehlung des Kulturausschusses hinwegsetzen würde.

Bürgermeister Mues fasst die Diskussion und zusammen. Zu überlegen ist, in welcher Form eine Bürgerbeteiligung erfolgen kann. Mit dieser Frage könnten sich der Ältestenrat bzw. die Fraktionsvorsitzenden und die Verwaltung befassen. Wenn dazu eine Lösung gefunden ist sollte man versuchen, das Thema wieder aufzugreifen.

Herr Schiltz ist bereit, vor diesem Hintergrund den Antrag der SPD-Fraktion zurück zu ziehen. Er möchte aber vermeiden, das Projekt ohne Entscheidung im Sande verlaufen zu lassen.

Herr Groß hält es für richtig, einen zeitlichen Horizont für eine Entscheidung festzulegen.

Herr Marc Klein stellt mit dem Hinweis auf eine Bürgerbeteiligung den Antrag der CDU-Fraktion zunächst zurück.

Auch Herr Wittenburg zieht seinen Antrag zurück.

=> *Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sprechen sich dafür aus, die Entscheidung über den Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen" bis zum Herbst 2022 zu vertagen. Auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden wird zunächst besprochen, auf welche Weise eine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen soll.*

**9. HFA 08.06.2022**

**5. Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen;  
hier: Änderung der Entgeltordnung zum 01.08.2022**

Vorlage Nr. VL 908/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Entgeltordnung der Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen ab dem 01.08.2022 gemäß Vorlage.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

## 6. Änderung der Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum

Vorlage Nr. VL 914/2022

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die geänderte Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum gemäß Anlage zur Vorlage mit folgenden Änderungen:

1. Die Gebühr für Studierende auf 2,00 € (anstatt 3,00 €) festgesetzt
2. Die Altersgrenze für Studierende (bis 26 Jahre) wird aufgehoben
3. Die Ermäßigung für die Studierende (2,00 €) wird auf Auszubildende erweitert

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

## 7. Konzept zur Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes 2022

Vorlage Nr. VL 920/2022

Herr Groß wiederholt die Kritik aus dem Fachausschuss. Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet sich der Auftrag des Rates, ein Konzept für ein klimaneutrales Stadtfest zu erstellen, in der Vorlage nicht wieder. Die meisten Ansätze sind viel zu unverbindlich als Empfehlung formuliert, die Verantwortung für die Umsetzung liegt letztlich bei den Händlern. Wenn schon aufgrund der fortgeschrittenen Zeit für 2022 keine inhaltlichen Änderungen mehr möglich sind sollte zumindest in der Überschrift / der Öffentlichkeit die Bezeichnung „klimaneutral“ nicht als Aufmacher verwendet werden.

Herr Fries verweist auf die Zielsetzung der Verwaltung, möglichst klimaschonend zu agieren. Es bedarf aber auch entsprechender Partner, die die Ziele mit tragen und sich nicht mit Forderungen überzogen fühlen. Er sieht das Konzept auf dem richtigen Weg, der in der Zukunft ausgebaut werden soll.

Bürgermeister Mues ergänzt, der städtische Part, um den es hier gehe, betreffe hauptsächlich das Mobilitätskonzept, welches er als gut einschätzt. Das Thema Abfallvermeidung und –trennung ist generell problematisch bei einer solchen Großveranstaltung. Das Attribut klimaneutral bezieht sich auf die vielen Kompensationsmaßnahmen und ist seines Erachtens durchaus zutreffend. Gegebenenfalls sollten die Ausrichter überlegen, wie eine andere Bezeichnung aussehen könnte.

Herr Groß hält es für wichtig, bei einem solchen Fest mit überregionaler Ausstrahlung auf die Außenwirkung zu achten. Er setzt sich dafür ein, auf die Bezeichnung „klimaneutral“ zu verzichten und eher „ressourcenschonend“ o. ä. zu verwenden.

Herr Sondermann kann angesichts der Kompensationsmaßnahmen die Bedenken nicht teilen, man könnte sich lächerlich machen. Als Vorreiter sollte die Stadt Siegen jetzt keinen Rückzieher machen, von dem möglicher Weise dann andere profitieren. Es in den nächsten Jahren noch besser zu machen bleibt unbenommen.

=> *Zusammenfassend wird an die Veranstalter appelliert, über die Bezeichnung „klima-neutral“ noch einmal nachzudenken.*

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Konzept zum Klimaneutralen Stadtfest 2022 zur Kenntnis und beschließt, für die Einrichtung eines entgeltfreien ÖPNV-Veranstaltungstickets als Anreiz für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs den Betrag von 21.400 Euro netto Euro zur Verfügung zu stellen sowie den Finanzbedarf für die zu bilanzierenden Kompensationskosten der diesjährigen Veranstaltung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

#### **8. Haushalt 2021 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlage Nr. VL 947/2022

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2021 Kenntnis.

**9. HFA 08.06.2022**

#### **9. „Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen hier:**

**Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“**

Vorlage Nr. VL 907/2022

Herr Bockemühl informiert über den Auftrag aus der Ausschussberatung heraus, die Vorgaben für die Anzahl der Fahrradstellplätze noch einmal zu überprüfen. Die Verwaltung schlägt daraus hervorgehend eine Änderung vor.

=> *Diese ist im Beschlussvorschlag für den Rat entsprechend ergänzt dargestellt.*

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die öffentliche Auslegung der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der der Vorlage beigelegten Anlagen \*) und ergänzenden Erläuterungen.

\*) In Anlage Nr. 1 zu § 3 – Richtzahlentabelle wird in der Spalte „Zahl der Abstellplätze für Fahrräder“ geändert:

2.1 1 Abstpl. je 35 m<sup>2</sup> Nutzfläche

2.2 1 Abstpl. je 25 m<sup>2</sup> Nutzfläche

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

**10. Wohnbauflächenentwicklung am Wellersberg  
Hier: Entwicklungsträgervertrag mit NRW.URBAN**

Vorlage Nr. VL 901/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Entwicklungsträgervertrag mit der Landesentwicklungsgesellschaft 'NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH' zur baulichen Entwicklung des Wohngebietes Wellersberg in der vorliegenden Fassung auf Basis der Erschließungsvariante 1 des Konzeptionsbeschlusses vom 24.06.2020.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Volt)**

**9. HFA 08.06.2022**

**11. Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024**

Vorlage Nr. VL 946/2022

Herr Schmidt merkt ergänzend zur Vorlage an, dass der Schulbetrieb in Teilen nur mit Ausnahme genehmigungen erfolge und darüber hinaus an anderen Schulen Kinder abgewiesen werden müssen. Dies führe zu einer schwierigen Situation sowohl für die Schulen als auch für die Familien. Insofern ist eine in der Öffentlichkeit diskutierte zeitliche Verschiebung der Entscheidung keine Option. Im Fachausschuss wurde deutlich darauf hingewiesen, dass teilweise - bewusst – falsche Informationen verbreitet werden was zum Beispiel die Schüler-Lehrer-Relation oder Abgangsquoten betrifft. Zu den Stellungnahmen der Nachbarkommunen ist darauf hinzuweisen, dass schulpolitische Entscheidungen immer regionale Wechsel-



wirkungen auslösen und eine regionale Schulpolitik, wie sie von ihm seit Jahren eingefordert wird, erforderlich wäre.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zum Schuljahr 2023/2024 eine vierzügige Gesamtschule mit dem Namen „Gesamtschule Am Rosterberg der Stadt Siegen, Sekundarstufen I und II“ im gebundenen Ganztags zu errichten. Die Schule soll am Standort Rosterstraße 143, 57074 Siegen (Hauptstandort) errichtet werden, wächst sukzessive auf und wird schließlich dauerhaft mit einem Teilstandort (Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen) in horizontaler Gliederung geführt. Sie wird als Schule des Gemeinsamen Lernens eingerichtet.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die sukzessive Auflösung
  - der Achenbacher Schule, Gemeinschaftshauptschule der Stadt Siegen, Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen (Schulnummer: 150228),
  - der Realschule Am Oberen Schloss, Ganztagsrealschule der Stadt Siegen, Burgstraße 10 – 14, 57072 Siegen (Schulnummer: 163600) und
  - der Realschule Auf der Morgenröthe der Stadt Siegen, Höllenwaldstraße 100, 57080 Siegen (Schulnummer: 163582)mit Ablauf des 31.07.2023.

Die Auflösungsmaßnahmen werden solange fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb an den Schulen gewährleistet werden kann.

3. Für die schulorganisatorischen Maßnahmen zu 1. und 2. ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG NRW einzuleiten.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 3 dagegen (UWG, FDP, GfS), 1 Enthaltung (AfD)**

**9. HFA 08.06.2022**

**12. Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung**

**12.1 Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung**

Vorlage Nr. VL 647/2022 B

**Beschlussvorschlag:**

Gemäß Vorlage Nr. 647/2022 A

**12.2 Ergänzung der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung bezüglich Vertretungsregelung**

Vorlage Nr. VL 647/2022 A

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung mit der Ergänzung einer Vertretungsregelung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung sowie die Umbenennung des Beirates der Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat.

Aufgrund der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung beschließt der Rat der Universitätsstadt Siegen einmalig, dass der Bewerbungsvorgang bis zum 26.08.2022 abgeschlossen ist und der Rat den Inklusionsbeirat am 14.09.2022 benennt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

**13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c/ Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"**

Vorlage Nr. VL 955/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 56.000,00 € auf H060201116 – Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung – für die investiven Umbaukosten des Gebäudes. Die Deckung erfolgt aus H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule -.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

**14. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule"**

Vorlage Nr. VL 918/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NRW in Höhe von 150.000 Euro auf K030102001 (Finanzplan) und in Höhe von 100.000 Euro auf A011302203 (Ergebnisplan) für die Baumaßnahme „Erweiterung und Sa-

nierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule“. Die Deckung in Höhe von 100.000 Euro erfolgt aus A011302202 - BVS Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -. Die Deckung in Höhe von 150.000 Euro erfolgt aus K030108005 - Bertha von Suttner Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

gez.  
Bürgermeister

gez.  
Schriftführerin

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Institut Stadtarchiv  
Bearbeitet von: Dr. Patrick Sturm

Siegen, 11.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	25.05.2022
Haupt- und Finanzausschuss	08.06.2022
Rat	15.06.2022
Rat	19.10.2022

Kurzbezeichnung:

### Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Abschlussbericht des Arbeitskreises „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ zur Kenntnis und entscheidet über das weitere Vorgehen gemäß den Empfehlungen des Abschlussberichts (S. 10).

#### Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 24.06.2020 die Einsetzung eines Arbeitskreises zur „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ beschlossen, nachdem bereits 2008/2009 ein solcher Arbeitskreis wirkte, allerdings ohne ein Ergebnis vorzulegen. Der neu eingesetzte Arbeitskreis sollte sich mit Straßennamen auseinandersetzen, die kritische Hintergründe mit Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus aufweisen, wie auch der Erinnerungskultur im Allgemeinen. Des Weiteren verwies der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 17.03.2021 einen BürgerInnenantrag zur Sichtbarmachung von Frauen im Stadtbild an den Arbeitskreis.

Ausgehend von diesen Grundlagen widmete sich der Arbeitskreis folgenden Aufgaben:

1. Identifizierung und Auseinandersetzung mit kritischen Namensgebungen
2. Entwicklung von Leitlinien zur Erinnerungskultur
3. Erarbeitung von Empfehlungen zum Umgang mit kritischen Straßennamen
4. Erstellung einer Vorschlagliste für Straßenbenennungen nach Frauen

Im Anhang legt der Arbeitskreis seinen Abschlussbericht vor mit Empfehlungen zum weiteren Umgang mit NS-belasteten Straßennamen vor. Diskussionswürdige Straßennamen wurden ermittelt und in Anlehnung an die Verfahrensweise in anderen Kommunen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Im Ergebnis folgte eine Kategorisierung nach A, B und C, woraus sich entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten. Das sind A = Umbenennung, B = Kommentierung, C = kein Handlungsbedarf.

Darüber hinaus hat der Arbeitskreis Kriterien für zukünftige Straßennamenbenennungen erarbeitet (Anlage 1 zum Abschlussbericht), die als Grundlage für die empfohlene Erstellung eines Leitfadens zur Straßenbenennung eingereicht werden. Die Kriterien verstehen sich als Beitrag für Leitlinien zur Erinnerungskultur.

Schließlich legt der Arbeitskreis eine Liste verdienter Sieger Frauen vor, deren Hintergrund auf Belastung geprüft wurde und die in der Folge als ehrungswürdig eingestuft wurden. Die Benennung von Straßen in Siegen nach den angeführten Frauen wird empfohlen.

Der BürgerInnenantrag wurde in Bezug auf Straßennamen, die Zweckbestimmung des Arbeitskreises, bearbeitet. Allerdings geht der Antrag über den Gegenstand der Straßennamen/Straßenbenennung hinaus und zielt auf eine umfassende, dauerhafte Stärkung der Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum ab. Daher kann der BürgerInnenantrag noch nicht als abschließend bearbeitet angesehen werden. Über die Empfehlungen des Arbeitskreises hinaus sind Frauen und deren Belange perspektivisch dauerhaft deutlicher und wahrnehmbarer in Projekte und Entscheidungen/Entscheidungsprozesse einzubeziehen, die den öffentlichen Raum und dessen Gestaltung betreffen.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

i. V.

gez.

Arne Fries  
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Abschlussbericht AK Straßennamen](#)
2. [Anlage 1 - Kriterien zukünftige Straßenbenennungen](#)

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26

Abschlussbericht des

**Arbeitskreises Aufarbeitung der historischen  
Hintergründe von Straßennamen**

des Rates der Stadt Siegen

27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59

## Inhalt

Einleitende Betrachtung.....	3
Kategorisierung von Straßennamen.....	4
Ergebnis der Kategorisierung .....	6
Kategorie A .....	6
Kategorie B .....	6
Kategorie C .....	7
Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild .....	7
Empfehlungen des AK Straßennamen.....	10
Erläuterungen zu den Empfehlungen.....	10
Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen.....	11
Beteiligung der Öffentlichkeit .....	11
Anhang .....	12
Kategorie A .....	12
Kategorie B .....	22



60

## 61 Einleitende Betrachtung

62 Im Jahr 2008 befasste sich ein Arbeitskreis „Straßennamen“ mit der Aufarbeitung historischer  
63 Straßenbezeichnungen und deren Kommentierung durch Zusatzschilder und eine Publikation,  
64 wobei die Ergebnisse nicht zur Beschlussfassung gebracht wurden. In seiner Sitzung vom  
65 24.06.2020 hat der Rat der Stadt Siegen die Wiedereinsetzung eines Arbeitskreises  
66 „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ zur Auseinandersetzung mit  
67 kritischen Straßenbezeichnungen beschlossen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am  
68 17.03.2021 darüber hinaus einen BürgerInnenantrag, Frauen im Stadtbild sichtbarer zu  
69 machen, an den Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von  
70 Straßennamen“ verwiesen.

71

72 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ kommt mit  
73 diesem Abschlussbericht seinem Auftrag nach, die politischen Gremien bei ihren Beratungen  
74 und Entscheidungsfindung mit Hintergrundinformationen und Handlungsempfehlungen zu  
75 unterstützen.

76 Der Arbeitskreis hat sich ganz zu Beginn mit dem aktuellen Stand der Forschung und der  
77 wissenschaftlichen Fachliteratur zum Thema Straßenbenennung im öffentlichen Raum und  
78 dem Erinnerungs- und Ehrungscharakter von solchen Benennungen beschäftigt. Dabei stand  
79 die bestehende Praxis in Städten wie beispielsweise Augsburg, Karlsruhe, Freiburg, Kiel,  
80 Darmstadt und anderen im Vordergrund. Er hat sich auch mit der Frage beschäftigt, welche  
81 Funktion die Benennung einer Straße nach einer Person erfüllt. Dabei ist festzuhalten, dass  
82 Straßenbenennungen immer vor dem Hintergrund des Zeitgeistes entstanden und damit auch  
83 ein Stück historische Realität geworden sind, die man nicht aus der Geschichte ausradieren  
84 darf. Aus heutiger Sicht werden Aspekte in den Biographien der Straßennamensgeber aber oft  
85 anders bzw. erstmals bewertet, nachdem der Zeitgeist des Benennungszeitpunktes die  
86 Biographien anders beurteilte.

87 Solche Aspekte hat der Arbeitskreis geprüft und im Einzelfall auch als unterschiedlich  
88 belastend gewertet.

89 Mit den Empfehlungen des Arbeitskreises ist ausdrücklich keine Bewertung der  
90 Gesamtlebensleistung der diskutierten Persönlichkeiten verbunden. Es ist aber unverzichtbar,  
91 als problematisch anzusehende Aspekte in einzelnen Biographien kritisch zu prüfen und zu  
92 bewerten. Die Benennung einer Straße nach einer Person ist nämlich eine der höchsten  
93 Ehrungen, die eine Stadt einem Bürger oder einer Bürgerin gewähren kann. Ziel der Arbeit des  
94 AK ist daher die Einordnung, ob die Ehrung einer Person nach heutigen gesellschaftlich,  
95 freiheitlich-demokratischen Wertmaßstäben auf Grund einer Belastung aus der NS-Zeit noch  
96 angemessen ist oder ein Handlungsbedarf seitens der Stadt Siegen besteht.

97 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ hat in  
98 insgesamt zehn Sitzungen – trotz sehr unterschiedlicher politischer Grundhaltungen –  
99 konstruktiv diskutiert und sämtliche Beschlüsse weitgehend einvernehmlich und überwiegend  
100 einstimmig gefasst.

101

102

## Kategorisierung von Straßennamen

Dem Arbeitskreis war von vorneherein klar, dass seine Empfehlungen im Rat und in der Öffentlichkeit, insbesondere aber auch bei den Nachkommen der diskutierten Straßennamensgeber teils auch emotional diskutiert werden. Es bestand deshalb von vorneherein Einigkeit im AK, dass seine Empfehlungen fachlich und logisch begründbar sein müssen und dass die angelegten Kriterien rational und unabhängig von individuellen Einschätzungen nachvollzogen werden können.

Zunächst hat sich der Arbeitskreis einvernehmlich darauf geeinigt, bei der Bewertung von Straßennamen den Fokus auf NS-Belastungen im weitesten Sinne zu richten. Dies betrifft in der NS-Zeit auffällig gewordene Personen wie auch Vorreiter des Nationalsozialismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Damit kommt der Arbeitskreis der allgemeinen Einschätzung nach, dass gerade NS-belastete Straßennamen und die Information über die Hintergründe der Benennungspraxis von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung sind.

Nicht zum Arbeitsprogramm gehörten Personen, die nach Sachlage durch ihr Handeln diskussionswürdig erscheinen, aber nicht im Kontext des Nationalsozialismus und dessen Vorläufern standen. Ebenfalls ausgeklammert wurden Persönlichkeiten etwa bis zur Reichsgründung 1871, obwohl deren Verhalten ebenfalls aus heutiger Sicht hinterfragbar und kritikwürdig war. Nach diesem Raster wurde zum Beispiel der Dichter Ernst Moritz Arndt als Straßennamensgeber nicht diskutiert, obwohl es dazu Anlass gäbe. Dasselbe gilt für den ehemaligen Siegener Oberbürgermeister Ernst Bach als Exponent Siegener Geschichte im 20. Jahrhundert, der aber nach allen vorliegenden Erkenntnissen nicht Mitglied der NSDAP war und als politisch tätiger Mensch zwischen 1933 und 1945 nicht in Erscheinung trat.

Die schließlich diskutierte Personenliste wurde vom Vorsitzenden des AK erstellt und von den Mitgliedern sowie dem Stadtarchiv gemäß der genannten Kriterien ergänzt. Insgesamt handelte es sich um 23 Personen.

Der AK hat dem entsprechend nach längerer Diskussion und in Anlehnung an das Vorgehen anderer Städte ein System der Kategorisierung von Straßennamensgebern entwickelt, das die Namensgeber in die Kategorien A, B und C einteilt. Die Kategorien bedeuten:

Kategorie A: schwere Belastung, Umbenennung empfohlen

Kategorie B: Belastung, Kommentierung (am Straßenschild und online)

Kategorie C: keine oder marginale Belastung, kein Handlungsbedarf

Um eine begründete, nachvollziehbare und transparente Kategorisierung durchzuführen, wurden alle betreffenden Personen nach einem speziellen Kriterienkatalog geprüft. Diese orientierten sich an den Prüfkriterien anderer Kommunen (Augsburg, Darmstadt, Freiburg, Hamburg, Mainz). Dies waren:

- Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation

- Inhaber eines hohen Amtes in der NS-Zeit, Führungsposition oder Aktivität (über reine Mitgliedschaft hinaus) in NSDAP, öffentlicher Verwaltung oder NS-Organisationen
  - Aktive Unterstützung und Förderung des Nationalsozialismus und des NS-Staates und direkte Beteiligung an Verbrechen in diesem Kontext
  - Aktive Verbreitung von NS-Ideologie (Antisemitismus, Rassismus, Führerkult, Militarismus) und / oder propagandistisches Wirken
  - Vertreter eines extremen Militarismus / Kriegsverherrlichung
  - extreme gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Theorie und Praxis (insbesondere Antisemitismus und Rassismus, auch Frauenfeindlichkeit)
  - persönlicher, beruflicher, wirtschaftlicher Profit durch den Nationalsozialismus bzw. dessen gezielte Ausnutzung zum eigenen Profit
  - gezielte Schädigung von Personen im Kontext der NS-Politik, die insbesondere aus heutiger Sicht moralisch oder strafrechtlich zu verurteilen sind (Denunziation, Mitwirkung an Verbrechen, Verantwortung am Einsatz von Zwangsarbeitern, Schädigung von Juden und Oppositionellen)
- Als erschwerend wurde es zudem gewertet, wenn eine Person nach dem Ende der NS-Diktatur keine Reue zeigte, später Falschaussagen über die NS-Zeit tätigte oder keine Abkehr von der NS-Ideologie zeigte.

Der AK prüfte, ob eines oder mehrere Kriterien auf die diskussionswürdigen Personen zutrafen. Dabei wurde die Intensität der individuellen Belastung durch Handlungen während der NS-Zeit bzw. bei deren Vorläufern eingestuft. Im Ergebnis kommt der Arbeitskreis zur Einordnung der Personen in die oben angeführten Kategorien A, B und C. Dabei ist dem Arbeitskreis sehr bewusst, dass jede Person in ihrer Verstrickung individuell zu bewerten ist und das Raster der Kategorisierung Fragen von tatsächlicher Belastung oder kritischer Aspekte in einer Biographie manchmal nur schematisch abbilden kann.

Tatsache ist auch, dass das historische Umfeld einiger zu untersuchender Personen in manchen Fällen nur unzureichend erforscht sind.

Ebenso stand der Arbeitskreis vor der Frage, ob es möglich ist, in einer Art moralischer Bilanz schlechte Taten aus der Zeit des Dritten Reiches mit guten Taten vor der NS-Zeit oder in der Nachkriegszeit aufzurechnen. Der Arbeitskreis hat die Möglichkeit einer solchen Aufrechnung des Verhaltens im Dritten Reich mit der Gesamtlebensleistung ausdrücklich verneint.

## 177 Ergebnis der Kategorisierung

178

### 179 Kategorie A

180

181 In die Kategorie A hat der Arbeitskreis die Adolf-Wagner-Straße, die Bergfriederstraße, die  
182 Hindenburgstraße, die Diemstraße, die Lothar-Irle-Straße, die Porschestraße und die  
183 Stoeckerstraße eingestuft.

184 Wird eine der nachfolgenden Straßen umbenannt, so wird die Anbringung eines kleinen  
185 Erläuterungsschildes empfohlen, auf dem der alte Straßename, der Zeitpunkt der  
186 Umbenennung und der Hintergrund kurz dargestellt werden. Auf diese Weise wird eine  
187 Umbenennung kein Vergessen oder Tilgen von Geschichte. Das ist auch nicht beabsichtigt.  
188 Vielmehr wird auf das Handeln der Stadt zur Stärkung wie auch Festigung zeitgemäßer,  
189 demokratischer Werte aufmerksam gemacht und die Umbenennung bleibt langfristig im  
190 kollektiven Gedächtnis der Bürgerschaft erhalten. Die in die Kategorie A eingestuften  
191 Straßennamen werden zur Umbenennung empfohlen.

192

### 193 Kategorie B

194

195 Die in die Kategorie B eingestuften Straßennamen sollten nach Ansicht des Arbeitskreises  
196 nicht geändert werden. Die Belastungen der hier eingestuften Personen ist gegenüber denen  
197 aus der Kategorie A weniger gravierend. Allerdings sind sie kritisch zu kommentieren, um die  
198 Zusammenhänge um die NS-Belastung der betreffenden Straßennamensgeber zu erläutern  
199 und sichtbar zu machen. Hierzu sollten die Straßennamen mit erklärenden Schildern und QR-  
200 Codes mit Verweis auf weitergehende Informationen und Literaturhinweise im Internet  
201 versehen werden. Nach heutigen Maßstäben würde eine Benennung der Straßen nach den im  
202 Folgenden genannten Personen und Ereignissen nicht mehr erfolgen.

203 Der Arbeitskreis hat die Adolf-Saenger-Straße, die Carl-Dresler-Straße, die Dr. h.c.Karl-  
204 Barichstraße, die Hans-Kruse-Straße, den Otto-Krasa-Weg, die Ostlandstraße und die  
205 Tannenbergstraße in die Kategorie B eingeordnet.

206 Die Straßennamensgeber der Kategorie B sind unabhängig vom Grad ihrer Belastung  
207 erklärungsbedürftig. Dies sollte mit erklärenden Zusatzschildern und / oder über einen  
208 biographischen Eintrag im Internet stattfinden.

209 Die Belastungen der in die Kategorie B eingestuften Persönlichkeiten ist gegenüber denen aus  
210 der Kategorie A nicht so gravierend, dass man ihre Gesamtlebensleistung nicht in einen  
211 Kontext mit ihrer Belastung stellen kann.

212 Ein Biographieteil mit weiteren Details zu den Persönlichkeiten der Kategorien A und B findet  
213 sich im Anhang.

214

## Kategorie C

Als unbelastet oder nur minderschwer belastet wurden in die Kategorie C eingestuft:

Adolf-Wurmbachstraße Freystraße, Hermann-Böttger-Weg, Virchowstraße, Gorch-Fock-Straße, Graf-Luckner-Straße, Hermann-Löns-Weg, Paul-Bonatz-Straße, Walter-Flex-Straße, Gerhart-Hauptmann-Weg.

In diesen Fällen besteht kein Handlungsbedarf. Die Straßennamen können beibehalten werden und eine Kommentierung ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht erforderlich. Im Falle von Adolf Wurmbach regt der Arbeitskreis an, diese für die Siegener Geschichte wichtige Persönlichkeit an einem geeigneten Ort in Geisweid besonders differenziert darzustellen. Als Präsentationsform könnte eine größere Texttafel in Frage kommen.

## Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild

Der Rat hat den Arbeitskreis mit der Bearbeitung des Bürger/innenantrages „Präsenz von Frauen im Siegener Stadtgebiet“ beauftragt. Er legt mit diesem Abschlussbericht eine Liste von Frauen aus den verschiedensten Gruppen vor, die für eine Ehrung durch eine Straßenbenennung in Frage kommen. Es ist dennoch unverzichtbar, auch die Rolle von Frauengruppen in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Siegen näher zu beleuchten.

Zu diesen Gruppen gehören die „Erzengel“, die Frauen, die in den Eisenerzgruben die Erzbrocken sortierten. Der Begriff „Erzengel“ ist in verschiedenen Regionen für dieselbe Personengruppe gut dokumentiert. Ebenso sollten die Frauen, die im Zweiten Weltkrieg als Arbeiterinnen für die Rüstungsindustrie verpflichtet wurden und die Frauen, die als Helferinnen im Zentralen Durchgangslager auf dem Wellersberg arbeiteten berücksichtigt werden. Dabei dürfen auch die Zwangsarbeiterinnen aus der Tschechoslowakei, Russland, der Ukraine und anderen besetzten Staaten nicht ausgeklammert werden. Dies kann sowohl über die Ehrung durch einen Straßennamen bzw. durch eine Gedenktafel erfolgen, aber auch durch historische Forschungen.

Um eine Belastung möglicher Namenspatinnen für Siegener Straßen auszuschließen erfolgte eine Prüfung potenzieller Straßennamensgeberinnen anhand von Kriterien für Straßenbenennungen nach Personen, die der Arbeitskreis erarbeitet hat. (vgl. Anlage 1)

Der Arbeitskreis hat folgende Frauen als Straßennamensgeberinnen positiv diskutiert:

Braun, Emmi (1887-1967)	Als eine der ersten Frauen überhaupt als Mitglied des Stadtverordnetenversammlung gewählt und in der Kommunalpolitik aktiv.
Dresler, Charlotte (1784-1853)	Mit Gründung des Evangelischen Frauenvereins in Siegen wirkte Charlotte Dresler maßgeblich bei der Gründung einer wichtigen Institution mit, die sich der Unterstützung armer Frauen im Verlauf der Industrialisierung widmete.

Dresler, Frieda (1814-1866)	In der Nachfolge ihrer Mutter Charlotte konnte Frieda Dresler durch ihre Position als Präsidentin des Evangelischen Frauenvereins u.a. die Gründung einer Nähsschule sowie Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder umsetzen. Genau wie ihre Vorgängerin wirkte sie damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen im Verlauf der Industriellen Revolution.
Fiedler, Hilde (1919-2011)	Die Wahl Hilde Fiedlers zur ersten Bürgermeisterin Siegens stellt einen Meilenstein der Stadtgeschichte dar. Sie wird daher nicht in erster Linie für ihre Amtsführung oder sonstige Leistungen geehrt, sondern als erste Frau in der Position gewürdigt.
Giehse, Therese (1898-1975)	Vor dem Hintergrund ihres Engagements gegen die Nationalsozialisten und ihrer ersten Auftritte als Schauspielerin in Siegen wird Therese Giehse in die Liste aufgenommen.
Heinzerling, Hedwig (1882-1973)	Als langjährige Stadtverordnete und Gründungsmitglied der hiesigen FDP gehörte Hedwig Heinzerling zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt und erwarb sich zudem große Verdienste im Bereich des Schul- und Bildungswesens.
Hellmann, Anna Cäcilia Wilhelmine (1869-1957)	Als Abgeordnete der Zentrumspartei in der Stadtverordnetenversammlung zählt sie zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt. Darüber hinaus war sie in vielen katholischen Vereinen teils an verantwortlicher Stelle tätig.
Herter, Dina (1883-1969)	Als Begründerin der gleichnamigen Stiftung schuf sie ein bedeutendes Sozialwerk für ältere Menschen in Siegen.
Köhne, Elisabeth (1895-1985)	Sie wird insbesondere wegen ihrer Verdienste im Bereich der Kultur in Siegen in die Liste aufgenommen.
Lenz, Margarethe (1899-1986)	Aus Niederschelden stammend, zeigte Lenz stets großes Engagement für Frauenrechte. Vor den Nationalsozialisten ins Ausland geflohen, wurde ihr in den 1950er-Jahren, als erst dritte Frau überhaupt, der Rang einer Konsulin in Linz verliehen.
Petersen, Charlotte (1904-1994)	Insbesondere als Gegnerin des Nationalsozialismus in Erscheinung

	getreten, ist ihr Einsatz für die Opfer des Konzentrationslagers Wapniarka besonders hervorzuheben. In Dillenburg wird sie durch die Charlotte-Petersen-Medaille geehrt.
Pross, Helge (1927-1984)	Sie hat sich große Verdienste als Pionierin der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Siegen erworben, mit der Universität Siegen sollte zwecks einer Ehrung Kontakt aufgenommen werden.
Rubens, Maria (1538-1608)	Als Mutter von Peter Paul Rubens sorgte sie unter schwierigsten Umständen für das Überleben ihrer Familie wie die Freilassung ihres Mannes. Ohne Maria Rubens Einsatz für ihren Ehemann wäre Peter Paul Rubens nicht in Siegen geboren worden.
Stolberg, Wernigerode, Juliane von (1506-1580)	Als historische Figur des Hauses Nassau-Oranien nahm sie großen Einfluss auf die Entwicklung des Territoriums.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Auflistung nicht vollständig und abgeschlossen sein kann. Die Liste versteht sich daher als erste Empfehlung für Straßenbenennungen nach Frauen. Der Auftrag des Rates kann naturgemäß nicht abschließend abgearbeitet werden. Wir empfehlen, die Ziele des Antrages als weiter zu verfolgendes Ansinnen des Bürgerinnenantrags als ständige Aufgabe Siegener Erinnerungskultur zu verstehen.

## Empfehlungen des AK Straßennamen

- Der Arbeitskreis empfiehlt die in die Kategorie A aufgenommenen Straßennamen mehrheitlich zur Umbenennung.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die Anbringung einer kommentierten Beschilderung mit QR-Code (Verweis auf biographischen Text) an den Straßenschildern bei Kandidaten der Kategorie B.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die in der Liste empfohlenen Frauen als Straßennamensgeberinnen für Straßen und Plätze im öffentlichen Raum.
- Der Arbeitskreis empfiehlt der Verwaltung, einen Leitfaden zur Straßen(um)benennung zu erstellen.
- Bei Straßenumbenennungen sollte auf die vom Arbeitskreis erarbeiteten Kriterien zurückgegriffen werden.
- Der Arbeitskreis rät dringend dazu, die Anstrengungen bei der Erforschung der jüngeren Siegener Stadtgeschichte zu intensivieren. Der AK empfiehlt die Ausschreibung eines jährlich zu vergebenden mit einem symbolischen Preisgeld dotierten Studienpreises, der für qualifizierte Studien- und Forschungsarbeiten zu stadthistorischen Fragestellungen ausgeschrieben wird. Diese Studienarbeiten können an Universitäten ebenso entstehen wie auf der Basis privater Forschungen. Kriterium für die Preisvergabe sollte die wissenschaftliche Belastbarkeit sein. Der Arbeitskreis nennt hier beispielhaft die Forschungslücken bei stadthistorisch bedeutsamen Personen insbesondere bei Frauen und Frauengruppen.
- Der Arbeitskreis regt an, ein städtisches Geschichtsportal zu erstellen. In diesem Geschichtsportal könnte ein regionales Personen-Wiki enthalten sein, das sich besonders mit den Namenspatengebern der Kategorien A und B auseinandersetzt und die Entscheidungsprozesse und Beschlüsse zu Straßennamen transparent und öffentlich nachvollziehbar macht.

## Erläuterungen zu den Empfehlungen

Im Rahmen des Ratsauftrages hat sich der Arbeitskreis mit NS-belasteten Straßennamen beschäftigt. Diese Einschränkung führte dazu, dass sich der Arbeitskreis nicht mit (potenziellen) Straßennamen beschäftigt hat, die jenseits des NS-Kontextes diskussionswürdig sind. Auch diese Diskussionen sind jedoch im Sinne der Erinnerungskultur notwendig.

Das angeregte städtische Geschichtsportal könnte auch hier der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und die Diskussion über Stadtgeschichte dienen. Hier sollte die Biographieforschung und damit verbunden die Straßennamenspraxis eine zentrale Rolle spielen.

Die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Benennung von Straßen, Plätzen und nichtpostalischen Orten nach ihnen ist ein zentraler Baustein städtischer Erinnerungskultur. Noch nicht abgeschlossen ist die Diskussion, wer und welche Gruppen ehrungswürdig sind und ob sich Ungerechtigkeiten aus der bisherigen Nichtberücksichtigung von Personen oder Gruppen ergeben. Insofern ist auch die im Zusammenhang mit dem Bürgerantrag zur Umbenennung der Fissmer-Anlage zugesagte, aber nicht begonnene Auseinandersetzung mit der Siegener Verwaltungsgeschichte am Beispiel des Oberbürgermeisters Alfred Fissmer und



von Personen wie dem Stadtoberinspektor Wilhelm Langenbach notwendig, um auch hier die Grundlagen für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit Personen und Themen zu schaffen. Das angeregte städtische Geschichtsportal soll der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und der Diskussion über Stadtgeschichte dienen.

#### Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen

Der Arbeitskreis ist sich bewusst, dass Straßenumbenennungen für die Anwohner und Anlieger der betroffenen Straßen erhebliche Probleme mit sich bringen können. Hier ist nach Ansicht des AK durch die Verwaltung frühzeitig ein Servicepaket zu erstellen, das den Betroffenen die bürokratischen Lasten und Kosten soweit wie möglich minimiert. Es sollten den Betroffenen nach Möglichkeit keine Gebühren entstehen.

#### Beteiligung der Öffentlichkeit

Der weitere Prozess sollte gerade für betroffene Anwohnerinnen und Anwohner transparent und öffentlich verlaufen. Dafür sind bei Bedarf auch Bürgerversammlungen und Informationsveranstaltungen zu organisieren. Eine sachliche, öffentliche und moderierte Diskussionen über Ehrungen im öffentlichen Raum ist aus Sicht des Arbeitskreises ausdrücklich erwünscht.

## Anhang

### Kategorie A

#### **Adolf-Wagner-Straße**

Benannt nach: Adolf Wagner

Jahr der Benennung: 1927

Zur Person: Adolf Wagner, geboren 1935 in Erlangen, war Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Heidelberg von 1853-1857 war er zunächst Dozent ab 1858 an der Handelsakademie in Wien und ab 1863 an der kaufmännischen Fortbildungsgesellschaft in Hamburg. 1865 wurde er ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik in Dorpat und 1868 in Freiburg. Von 1870-1917 versah er die Professur für Staatswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Kameralistik in Berlin. Wagner war ein führendes Mitglied des Konservativen Central-Comitees, das sich zur antisemitischen Berliner Bewegung formierte. Hier wirkte er unter anderem mit Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke zusammen. Auch wurde er 1881 Mitglied in Stoeckers Christlich-Sozialen Partei. Von 1882 bis 1885 war Wagner Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses sowie ab 1910 Mitglied des preußischen Herrenhauses. Er starb 1917 in Berlin.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Wagner war Parteigänger führender Antisemiten im Deutschen Reich, Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke. Er ist als Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusehen.

Literatur in Auswahl:

Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian u.a. (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Band 1: Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918, Kassel 2010, in: URL: Microsoft Word - Biolex<http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-038-6.volltext.frei.pdf>-Titel-Inhalt.doc (uni-kassel.de) [aufgerufen 17.02.2022]

#### **Bergfriederstraße**

Benannt nach: Jakob Henrich

Jahr der Benennung: 1957

Zur Person: „Bergfrieder“ ist das Pseudonym des Heimatautors Jakob Henrich (1862-1961). Geboren in Eisern war er von 1889 bis 1924 Volksschullehrer in Krombach. Darüber hinaus trat er als Heimatforscher und Dichter in Erscheinung. Politisch war Henrich zunächst in der christlich-sozialen Partei Adolf Stoeckers, danach seit mindestens 1921 bis 1930 in der deutschnationalen Volkspartei aktiv. 1929 beteiligte er sich an dem Volksbegehren gegen „Young-Plan und Kriegsschuldlüge“ der rechten Parteien. Von 1930 bis 1933 gehörte er dem „Evangelischen Volksdienst“ (EVD), einem antisemitischen Flügel des „Christlich-Sozialen

380 Volksdiensts“, an. Nach 1933 sind weder eine Parteizugehörigkeit noch eine Verbindung zu  
381 den Nationalsozialisten nachzuweisen.

382 Jakob Henrich publizierte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts regelmäßig in der  
383 Tageszeitung „Das Volk“ (Stoecker-Zeitung), Rubrik „Ausguck“. Dabei vertrat er dezidiert  
384 antisemitische Auffassungen im Sinne eines Adolf Stoecker, zum Beispiel:

385 „Für Ahasver (den ewigen Juden!) sind die Rauch- und Rauschgifte nur Mittel zum Zweck, um  
386 die feinsten Nerven und den Willen der Wirtsvölker zu töten und die Betäubten ganz zu  
387 fesseln.“ (1925)

388 Anlässlich seines 90. Geburtstages (1952) wurde Jakob Henrich zum Ehrenbürger seines  
389 Geburtsorts Eisern ernannt und zu seinem 95. Geburtstag (1957) erhielt er das  
390 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

391 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

392 Henrich war extremer Antisemit und verbreitete sein aggressiv antisemitisches Gedankengut  
393 über Jahre hinweg über Publikationen in der Gesellschaft. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg  
394 behielt er diese Ansichten bei, so dass keine Reue oder Selbstreflektion zu erkennen sind.

395 Literatur in Auswahl:

396 Henrich, Jakob, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen  
397 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
398 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
399 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

400

## 401 **Diemstraße**

402 Benannt nach: Carl Diem

403 Jahr der Benennung: 1975

404 Zur Person: Carl Diem, geb. 1882 in Würzburg, trat seit seiner Gründung des Sportvereins SC  
405 Markomannia Berlin im Jahr 1899 in vielfältiger Weise als Sportfunktionär in Erscheinung.  
406 1913 rief er die Verleihung „Deutsches Sportabzeichen“ ins Leben und wurde Generalsekretär  
407 des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“. Im Jahr 1916 plante er die  
408 Olympischen Spiele 1916 in Berlin, die wegen des Ersten Weltkriegs nicht stattfanden. 1920  
409 fanden erstmal die von ihm angeregten Reichjugendwettkämpfe, Vorläufer der heutigen  
410 Bundesjugendspiele, statt. Auch engagierte er sich maßgeblich an der Gründung der  
411 Deutschen Sporthochschule für Leibesübungen in Berlin, der ersten Sporthochschule  
412 weltweit, als deren Prorektor er fungierte. Diem wirkte bei den Olympischen Spielen 1928 und  
413 1932 als Missionschef der deutschen Olympiamannschaften. 1933 verlor er sein Amt als  
414 Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen und musste als Prorektor der  
415 Sporthochschule zurücktreten, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. 1934 stuften  
416 die Nationalsozialisten ihn als „politisch unzuverlässig“ ein, vermutlich wegen der jüdischen  
417 Verwandten seiner Ehefrau. Nichtsdestotrotz wirkte er maßgeblich an der NS-Propaganda  
418 mit. So wirkte Diem als Generalsekretär des Organisationskomitees seit 1933 entscheidend an

der Planung und Durchführung der Olympischen Spiele 1936 mit. Auf ihn geht der bis heute praktizierte Fackellauf zu Beginn der Spiele zurück. Von 1936 bis 1945 war er Leiter des Internationalen Olympischen Instituts in Berlin. 1939 erhielt Diem die Leitung der Auslandsabteilung des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen. Seine Publikationen und Äußerungen dieser Zeit folgten dem Duktus der NS-Ideologie mit Sätzen wie „Sport ist freiwilliges Soldatentum“. Unter seinen Veröffentlichungen ist das Werk „Olympische Flamme“ (1942) hervorzuheben, das als wichtiges Zeitdokument nationalsozialistischer Sportpropaganda gilt. Militärisch begeistert, wenn auch nie Soldat geworden, meldete sich Diem 1944 mit über 60-jährig freiwillig zum Volkssturm. Kurz vor Kriegsende spornte er Mitglieder der Hitlerjugend auf dem Reichssportfeld in Berlin zu einem „finalen Opfergang für den Führer“ an. In den folgenden Tagen kamen mehrere hundert Jugendliche im aussichtslosen Kampf gegen sowjetische Panzer in der Nähe des Reichssportfelds ums Leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Diem 1947 Rektor der von ihm gegründeten Deutschen Sporthochschule in Köln. 1950 bis 1953 war er zudem Sportreferent im Bundesinnenministerium und erhielt 1953 das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. 1956 verlieh ihm das Internationale Olympische Komitee den Olympischen Orden. Diem verstarb 1962 in Köln.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Diem förderte in seiner Funktion als Sportfunktionär den NS-Staat und unterstützte maßgeblich dessen Propaganda. Er wirkte in führender Position an der Gleichschaltung von Verbänden und der Einführung des Führerprinzips mit. Schließlich verklärte er Sport als freiwilliges Soldatentum und mobilisierte zu Kriegsende 1945 Hitlerjungen zu einem finalen Opfergang für den Führer.

Literatur in Auswahl:

Becker, Frank: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962), vier Bde., Duisburg 2009–2011.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungspolitik oder kritische Forschung? Der Streit um Carl Diem, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011) 3, S. 197-296.

Schäfer, Ralf: Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus. Carl Diem und die Politisierung des bürgerlichen Sports im Kaiserreich, Berlin 2011.

## **Hindenburgstraße**

Benannt nach: Paul von Hindenburg

Jahr der Benennung: 1915

Zur Person: Paul von Hindenburg, geb. am 2. Oktober 1847, trat nach dem Besuch des Gymnasiums in die Kadettenanstalt in Wahlstatt ein. Er nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil. Am Ende seiner wechselvollen Militärlaufbahn hatte er den Rang eines kommandierenden Generals erreicht und trat 1911 aus dem Militärdienst aus. Wenige Wochen nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er am 21. August 1914 zurückgeholt.

Er erhielt den Oberbefehl über die 8. Armee mit Erich Ludendorff als Chef des Stabes. In der Schlacht bei Tannenberg (26.-30. August 1914) schlug er die 2. Russische Armee vernichtend, was ihm den nachwirkenden Mythos des „Siegers von Tannenberg“ einbrachte. Die 1. Russische Armee besiegte er wenig später in der Schlacht an den Masurischen Seen (6.-15. September 1914). Erfolgte am 1. November 1914 zunächst seine Ernennung zum Oberkommandanten über alle deutschen Truppen der Ostfront (OberOst), so erhielt Hindenburg am 29. August die Oberste Heeresleitung (OHL). In letzterer Position trug er maßgebliche Verantwortung u. a. für den uneingeschränkten U-Bootkrieg sowie die Ablehnung eines Verständigungsfriedens wie auch eines harten Gewaltfriedens. Nach Kriegsende propagierte Hindenburg im Reichstag die „Dolchstoßlegende“ in den Rücken des „unbesiegten“ Heeres durch links politische Agitation, Streiks und Sabotagen, was zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1918 führte. Die Dolchstoßlegende sollte während der gesamten Zeit der Weimarer Republik ein wesentlicher Teil rechts-nationaler Propaganda sein. Hindenburg zog sich 1919 in den Ruhestand zurück, bis ihn 1925 rechte Parteien zur Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl 1925 drängten. Er gewann die Wahl und nahm das Amt an, obwohl er grundlegend monarchische und antiparlamentarische Auffassungen vertrat. Seit 1930 setzte Hindenburg mehrere von sich abhängige Reichskanzler ein (Brüning, Papen, Schleicher). Um einen Reichspräsidenten Hitler zu verhindern, wurde Hindenburg 1932 auch von demokratischen Kräften wiedergewählt. Den Reichstag selbst destabilisierte der Reichspräsident allerdings durch mehrfache Auflösungen des Parlaments, in dem sich bei der Wiederwahl 1932 schließlich keine demokratische Mehrheit mehr fand.

Am 30.01.1933 ernannte Hindenburg schließlich Adolf Hitler zum Reichskanzler, im Übrigen bei klarem Verstand und selbstbestimmt. In den kommenden Monaten schuf Hindenburg durch seine Zustimmung zu mehreren Gesetzen und Verordnungen entscheidende Grundlagen zur Etablierung der NS-Diktatur mit ihrer judenfeindlichen Politik. Dies waren: 28.02.1933 Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“; 24.03.1933 „Ermächtigungsgesetz“, Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“: „Art. 2: Von der Regierung beschlossene Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen.“; 01.04.1933 Boykott jüdischer Geschäfte; 07.04.1933 Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: „§ 3: (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“ 22.04.1933 Berufsverbot für jüdische Kassenärzte. In seinem „politischen Testament“ vom 11. Mai 1934 zog Hindenburg ein positives Fazit über die damit vollzogene Einrichtung der NS-Diktatur und war sich der Richtigkeit seiner letztendlichen Entscheidung sicher: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.“ (Pyta 2007, S. 867) Paul von Hindenburg starb am 2. August 1934 und wurde im Denkmal von Tannenberg beigesetzt (seit 1945 Grabstätte in der Marburger Elisabethkirche).

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Hindenburg trat als Angehöriger der obersten Heeresleitung Ende des Ersten Weltkriegs einem vorzeitigen Kriegsende mittels Verständigungsfrieden entgegen. Mit der Förderung der Dolchstoßlegende trug er zur Mobilisierung antidemokratischer Kräfte und damit der

501 Zerstörung der Weimar Republik bei. Mit der Auflösung des Reichstags als Reichspräsident  
502 1930 bahnte er entscheidend den Weg für eine politische Radikalisierung und  
503 Destabilisierung. Es folgte in der aktiven Mitverantwortung des Entscheiders Hindenburg die  
504 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933. Er genehmigte schließlich mehrere Gesetze,  
505 darunter Ermächtigungsgesetz, die Grundlagen zur Einrichtung der Diktatur schufen. Damit  
506 trug er maßgeblich zur Zerstörung der Republik und zur Begründung der NS-Diktatur bei.  
507 Wenn er auch nicht alleiniger „Steigbügelhalter“ Hitlers und dessen Parteigänger war, leistete  
508 er mit seinem Verhalten, seinen Ansichten und seinen Entscheidungen Grundlagen zum  
509 Aufstieg der Nationalsozialisten.

510 Literatur in Auswahl:

511 Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.

512 Pyta, Wolfram: „Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden  
513 können“, in: Historische Zeitschrift 312 (2021) Heft 2, S. 1–51.

514

## 515 **Lothar-Irle-Straße**

516 Benannt nach: Lothar Irle

517 Jahr der Benennung: 1975

518 Zur Person: Lothar Irle, geboren 1905 in Niedersetzen, besuchte nach der Untersekunda die  
519 Präparandie, eine Ausbildungsstätte für Volksschullehrer, in Hilchenbach. Ebendort besuchte  
520 er dann im Anschluss von 1922 bis 1925 das Lehrerseminar. In diesen Lehrjahren erfuhr er als  
521 Mitglied einer Gruppe radikaler, völkisch gesinnter Seminaristen eine antidemokratische,  
522 antisemitische Prägung, die er zeitlebens – auch nach 1945 – beibehalten sollte. Auch  
523 engagierte er sich in völkisch-nationalistischen Organisationen, seit 1923 dem Jungwiking des  
524 Bundes Wiking und seit 1924 dem Völkisch-Sozialen Block, einer Ersatzorganisation der zu  
525 diesem Zeitpunkt verbotenen NSDAP. Konnte Irle auf Grund der Stellenlage den Lehrerberuf  
526 nicht antreten, so nahm er im Wintersemester 1925/26 das Studium der Fächer Deutsch und  
527 Geschichte in Marburg auf. Nach dem Wintersemester 1927 musste er sein Studium aus  
528 finanziellen Gründen abbrechen und konnte es erst zum Wintersemester 1929 wieder  
529 fortsetzen, allerdings in Frankfurt am Main. Ende 1931 promovierte er zum Dr. phil. Danach  
530 war Irle als Lehrer an verschiedenen Schulen im Kreis Siegen tätig. Nachdem er 1934 seine  
531 zweite Staatsprüfung abgelegt hatte, erfolgte im Juni 1934 seine Berufung als Dozent an die  
532 Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund.

533 1931 war Irle auch in die NSDAP eingetreten und erhielt kurze Zeit später das Amt des  
534 Ortsgruppenkulturwarts der Ortsgruppe Geisweid. Im April 1932 wurde er zum  
535 Ortsgruppenleiter der neu gegründeten Ortsgruppe Setzen ernannt und versah das Amt bis  
536 Anfang 1933. Mitglied des SA-Sturms 130 (Siegen) war Irle seit 1. November 1933 und später  
537 Mitglied des SA-Sturms 98 (Dortmund). 1937 zum Oberscharführer befördert, ließ er sich Ende  
538 1938 wegen Überlastung beurlauben. Seit August 1932 war Irle Kreisfachberater für  
539 Lehrerfragen bei der NSDAP-Kreisleitung Siegen. Nach dem Eintritt in den  
540 Nationalsozialistischen Lehrerbund im Oktober 1932 wirkte er als dessen Kreisobmann Siegen-



541 Land. Nach der Machtergreifung 1933 bekleidete Irle vielfältige Positionen im  
542 Nationalsozialistischen Lehrerbund. Er war Kreisleiter (1933-1934) sowie Gaufachredner  
543 (1933-1937). 1937 trat er in den Gaudozentenbund ein und war seit Oktober 1938 örtlicher  
544 Dozentenbundführer an der Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund und im Gau  
545 Westfalen-Süd. Ebenso hatte er die Leitung der Dozentenschaft und der Gaufachschaft I  
546 „Lehrer an Hochschulen“ im Nationalsozialistischen Lehrerbund inne. Gerade durch seine  
547 vielfältigen Aktivitäten im Bildungsbereich verbreitete Irle aktiv seine von der  
548 nationalsozialistischen Ideologische durchdrungenen Vorstellungen. Des Weiteren war Irle  
549 seit 1934 Mitglied des NS-Wohlfahrtsverbands, Gauschulungsredner der NSDAP, Mitglied der  
550 Reichslesebuchkommissionen Hessen und Industriegebiet, Reichsfachbearbeiter für  
551 Personenkunde in der Parteiämlichen Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde und  
552 Mitglied des Reichluftschutzbundes. 1941 erhielt er die Dienstauszeichnung der NSDAP in  
553 Bronze für zehnjährige Mitgliedschaft in der NSDAP.

554 Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs meldete sich Irle freiwillig zum Kriegsdienst. Im  
555 Dezember 1939 wurde er als Kanonier nach Königsberg eingezogen und in der Folge in  
556 verschiedenen Einheiten an unterschiedlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Er fand dabei  
557 auch abseits der Front Verwendung, so dass er weiterhin ideologisch wirken konnte. 1944  
558 übertrug ihm das Oberkommando der Wehrmacht die literarische Leitung einer neu zu  
559 schaffenden kleinen Grabenbibliothek für Frontsoldaten. Im Mai 1945 geriet Irle in  
560 Kriegsgefangenschaft, die bis zu seiner Entlassung am 27. März 1947 andauert.

561 Nach Kriegsende war Irle infolge des Entnazifizierungsverfahrens vom Lehrerberuf  
562 ausgeschlossen und arbeitete stattdessen bei einer Versicherungsgesellschaft. Daneben  
563 zeigte er vielfältiges Engagement im Bereich der Volks- und Heimatkunde, so zum Beispiel im  
564 Sauerländischen Gebirgsverein. 1962 erfolgte auf Irle Anregung hin die Gründung einer  
565 Familienkundlichen Arbeitsgemeinschaft im Siegerländer Heimat- und Geschichtsverein,  
566 dessen Mitglied er seit 1925 war. Im Siegerländer Heimatverein gehörte er zum Vorstand. Die  
567 Bemühungen des Sauerländer Gebirgsvereins zur Auszeichnung Irles mit dem Verdienstorden  
568 der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1965 scheiterten allerdings. Seine überkommenen  
569 Denkmuster hat er nach 1945 nie aufgegeben, so dass sie sich in angepasstem Gewand  
570 weiterhin in seinen Schriften und Vorträgen finden. Sein „Siegerländer Persönlichkeiten- und  
571 Geschlechter-Lexikon“ spart beispielsweise NS-Hintergründe aus und enthält keine jüdischen  
572 Mitbürger oder Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Von persönlicher Reue  
573 oder dergleichen ist nichts bekannt. Irle starb 1974.

574 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

575 Irle trat bereits vor 1933 der NSDAP bei, was ihn als aus Sicht der NS-Elite politisch als  
576 besonders zuverlässig auszeichnete. Er war in mehreren NS-Organisationen in leitender  
577 Funktion tätig sowie Mitglied der SA, was einerseits seine besondere Identifikation mit dem  
578 NS-Regime herausstellt und andererseits seine dezidierte Unterstützung und Förderung des  
579 NS-Regimes aufzeigt. Er ist demnach nicht nur als Mitläufer anzusprechen. Als Lehrender und  
580 Schriftsteller wirkte Irle als Propagandist und trug auf unterschiedlichen Wegen aktiv zur  
581 Verbreitung von nationalsozialistischem und antisemitischem Gedankengut. Irle erzog junge  
582 Menschen gemäß NS-Ideologie und trug zur Gleichschaltung der Lehrerschaft bei.

583 Erschwerend kommt hinzu, dass Irle sich nach 1945 nicht von seinen ideologischen  
584 Vorstellungen distanzierte, sondern diesen verhaftet blieb.

585 Literatur in Auswahl:

586 Elkar, Rainer S.: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-  
587 Siegerländers“, in: Siegener Beiträge 18 (2013), S. 217-233.

588 Wolf, Thomas: Lothar Irle (1905-1974). Biografische Skizze eines Heimat- und  
589 Familienforschers. Oder: warum ehrt(e) die Lothar-Irle-Straße in Siegen einen „bekenennenden  
590 Antisemiten“? <https://www.siwiarchiv.de/thomas-wolf-lothar-irle-1905-1974/> [aufgerufen  
591 17.02.2022]

592

593

## 594 **Porschestraße**

595 Benannt nach: Ferdinand Porsche

596 Jahr der Benennung: 1975

597 Zur Person: Ferdinand Porsche, geb. 1875 in Böhmen, war Automobilkonstrukteur. Er  
598 entwickelte zunächst einen elektrischen Radnabenmotor (Patent 1896). Seit 1906 war Porsche  
599 als Nachfolger von Paul Daimler Entwicklungs- und Produktionsleiter bei der Österreichischen  
600 Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler), wo er 1917 zum Generaldirektor aufstieg.  
601 Dort arbeitete er an Personenkraftwagen, Flugzeugen und Rennwagen. 1923 wurde Porsche  
602 Leiter des Konstruktionsbüros und Vorstandsmitglied der Daimler-Motoren-Gesellschaft in  
603 Stuttgart. In dieser Zeit profilierte er sich als erfolgreicher Rennwagenkonstrukteur. Nachdem  
604 sein Arbeitsvertrag 1928 nicht verlängert wurde, gründete Porsche am 1. Dezember 1930 sein  
605 eigenes Konstruktionsbüro in Stuttgart. 1934 hatte er auf Drängen Hitlers seine  
606 tschechoslowakische Staatsangehörigkeit abgelegt und die deutsche angenommen. Seit 1934  
607 erfolgte die Konstruktion des deutschen Volkswagens (KdF-Wagen) im Auftrag des  
608 Reichsverbands der Automobilindustrie, seit 1937 die Konstruktion eines Volkstraktors durch  
609 die Porsche GmbH. 1937 trat er in die NSDAP ein. 1942 erfolgte Porsches Aufnahme  
610 ehrenhalber in die Allgemeine SS als SS-Oberführer. Nachdem er 1938 Hauptgeschäftsführer  
611 und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagen GmbH in Berlin-Charlottenburg geworden war,  
612 erfolgte 1939 die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer. Damit war sein intensives  
613 Engagement in der Kriegs- und Rüstungsindustrie eingeleitet. 1941 bis 1943 als  
614 Vorsitzender der Panzerkommission wirkend, war er in der Folge Rüstungsrat. 1942 übernahm  
615 er die Leitung der Prüf- und Versuchsabteilung der kraftfahrtechnischen Lehranstalt der  
616 Waffen-SS in Wien-Schönbrunn. Die Produktion des Volkswagenwerks stellte Porsche nach  
617 Kriegsbeginn auf Rüstungsgüter, darunter die „Vergeltungswaffe“ V1, um. Für den Ausbau  
618 seines Werks forderte er 1941 bei Heinrich Himmler sowjetische Kriegsgefangene als  
619 Zwangsarbeiter an und bat Hitler 1942 persönlich um KZ-Häftlinge für ein Bauprojekt bei VW.  
620 In diesem Zusammenhang wurde auf dem Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg  
621 (Fallersleben) das KZ Arbeitsdorf eingerichtet, das als erstes selbstständiges  
622 Konzentrationslager zur industriellen Verwendung der Häftlingsarbeit diente. Insgesamt



waren während des Zweiten Weltkriegs rund zwei Drittel der Belegschaft des Volkswagenwerks (ca. 20.000 Menschen) Zwangsarbeiter und Häftlinge des KZ Arbeitsdorf, von denen rund 500 ums Leben kamen. Für die Zwangsarbeiterkinder ließ die Betriebsleitung von VW, darunter auch Porsche, eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ in Rügen einrichten. Hier starben mehrere hundert Säuglinge und Kinder, wobei Porsche nach Aussage des SS-Arztes Hans Körbel über die schlechte Situation der Kinder in Kenntnis gesetzt war. Im Zuge seiner Tätigkeiten, gerade während des Zweiten Weltkriegs, schöpfte Porsche die ihm verliehenen Mittel des NS-Regimes aus und pflegte persönliche Kontakte zu Hitler und Himmler. Auch mit Blick auf das eigene Fortkommen stellte er seine genialen Fähigkeiten als Konstrukteur in die Dienste des NS-Regimes. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geriet Porsche in französische Gefangenschaft. 1948 erlangte er einen Freispruch vor einem französischen Gericht. Nachdem sein Spruchkammerverfahren am 30. August 1949 eingestellt worden war, kehrte er nach Stuttgart zurück. Porsche starb im Jahr 1951.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Porsche war maßgeblich am Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie für den und im Zweiten Weltkrieg beteiligt und stand durch die Leitung des VW-Werks im Dienst des NS-Staates, für den er als eine maßgebliche Stütze fungierte. Zu politischen Führern (Hitler, Himmler) besaß er direkten Kontakt, was er zu seinem persönlichen wie beruflichen Fortkommen ausnutzte. Zur Förderung der Rüstungsindustrie setzte er in besonderem Maße Zwangsarbeiter ein, von denen in seiner Verantwortung mehrere hundert Menschen – darunter auch Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen – starben. In diesem Zusammenhang war Porsche maßgeblicher Wegbereiter der industriellen Verwendung der KZ-Häftlingsarbeit, so dass er als „Pionier der KZ-Häftlingsarbeit“ anzusprechen ist.

Literatur in Auswahl:

Autengruber, Peter/Nemec, Birgit/Rathkolb, Oliver/Wenninger, Florian: Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch, Wien/Graz/Klagenfurt 2014, S. 239–242, in: URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118595881.html#ndb>,

content [aufgerufen 17.02.2022]

Grieger, Manfred: Ferdinand Porsche (1875-1951), publiziert am 19.04.2018 in: Stadtarchiv Stuttgart,

URL: [https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/article/a82961bb-0266-4fb5-b2ce-61da345c548c/Ferdinand\\_Porsche\\_%281875-1951%29.html](https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/article/a82961bb-0266-4fb5-b2ce-61da345c548c/Ferdinand_Porsche_%281875-1951%29.html) [aufgerufen 17.02.2022]

Viehöver, Ulrich: Ferdinand Porsche. Hitlers Lieblingskonstrukteur, Wehrwirtschaftsführer und Kriegsgewinnler, in: Hermann G. Abmayr (Hrsg.), Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009, S. 239-267.

## 662 Stoeckerstraße

663 Benannt nach: Adolf Stoecker

664 Jahr der Benennung: 1927

665 Zur Person: Adolf Stoecker, geboren 1835 als Sohn eines Wachtmeisters in Halberstadt,  
666 studierte von 1854 bis 1857 Theologie in Berlin und Halberstadt. Nach der Anstellung als  
667 Hauslehrer bei dem Grafen von Lambsdorff in Rinseln (1857-1862) trat er nach seinem  
668 Oberlehrerexamen in den Pfarrdienst ein, den er 1863 zunächst in Seggerde (Altmark), ab  
669 1866 in Hamersleben und ab 1871 als Divisionspfarrer in Metz versah. 1874 berief Kaiser  
670 Wilhelm I. Stoecker nach Berlin in das Amt des vierten Hof- und Dompredigers (1880 dritter  
671 und 1883 zweiter Hof- und Domprediger). Zudem wurde er Mitglied des  
672 Generalsynodalvorstands der altpreußischen Landeskirche und übernahm 1877 die Leitung  
673 der „Berliner Stadtmission“. 1887 wurde er Herausgeber der „Neuen evangelischen  
674 Kirchenzeitung“. Der national-patriotische eingestellte Stoecker vertrat ein volkskirchliches  
675 Konzept, das die Rechristianisierung der Gesellschaft zum Ziel hatte. Politisch aktiv wurde  
676 Stoecker 1878 mit der Gründung der „Christlichsozialen Arbeiterpartei“. Diese zeichnete sich  
677 durch eine christlich-monarchische Sozialpolitik sowie antisemitische Agitation aus, prangerte  
678 Missstände des Kapitalismus an und war sozialdemokratiefeindlich eingestellt. Da der Erfolg  
679 bei der Reichstagswahl 1878 ausblieb, wurde mit der Umbenennung in „Christlichsoziale  
680 Partei“ im Jahr 1881 versucht, Unterstützer aus bürgerlichen Kreisen zu gewinnen. 1881  
681 schlossen sich die Christlichsoziale Partei der Deutschkonservativen Partei als selbstständige  
682 Gruppe an, woraufhin sich Stoecker bemühte Letztere zu einer Volkspartei zu machen. Er war  
683 von 1879 bis 1898 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie von 1880 bis 1893  
684 Mitglied des Reichstags für die Deutschkonservative Partei als Mandatsträger für das  
685 Siegerland. Nachdem Stoecker 1887/88 mit dem rechten Parteiflügel der Konservativen in  
686 immer stärkeren Widerspruch zu Bismarck gelangte, versuchte Stoecker, den Prinzen und  
687 späteren Kaiser Wilhelm II. gegen den Reichskanzler einzunehmen. 1889 erzwang Bismarck  
688 allerdings eine öffentliche Verzichtserklärung Stoeckers auf politische Betätigung. 1890  
689 erfolgte die Abberufung als Hofprediger auf Grund seines politischen Engagements und seiner  
690 antisemitischen Propaganda durch Wilhelm II. Nach der Abberufung Bismarck erlangte  
691 Stoecker wieder Einfluss in der Deutschkonservativen Partei. 1892 bestimmte er mit  
692 Unterstützung des rechten Parteiflügels die antisozialdemokratische, antisemitische  
693 Neuausrichtung der Partei im sogenannten „Tivoli-Programm“ entscheidend mit. Von 1898  
694 bis 1908 war Stoecker wieder Mitglied des Reichstags, blieb jedoch politisch ohne Einfluss.

695 Als Vertreter eines radikalen Antisemitismus in Erscheinung tretend, wurde Stoecker zu einem  
696 Wegbereiter des Antisemitismus in Deutschland bzw. im Deutschen Reich. Er hetzte gegen das  
697 Judentum, das er als Feind der Gesellschaft und Ursache wirtschaftlicher Depression  
698 darstellte. Stoecker stand dabei in Verbindung mit der Antisemitenliga des Wilhelm Mars.  
699 Auch war er eine der führenden Köpfe im Berliner Antisemitismusstreit (1879-1881), der 1880  
700 zur Gründung der „Berliner Bewegung“ als Zusammenschluss antisemitischer Gruppierungen  
701 führte. In diesem Kontext hielt er am 9. September 1879 einen berühmten Vortrag über  
702 „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“ mit Aufruf: „Wir bieten den Juden den  
703 Kampf an bis zum völligen Siege und wollen nicht eher ruhen, als bis sie hier in Berlin von dem  
704 hohem Postament, auf das sie sich gestellt haben, herabgestürzt sind in den Staub, wohin sie

gehören.“ (zitiert nach: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928, S. 106) Mit dieser und weiteren Aussagen sollte er bis in die Zeit des Nationalsozialismus nachwirken. Stoecker war auch an der sogenannten Antisemitenpetition im Jahr 1880 beteiligt, die 1881 dem Reichskanzler übergeben wurde. Darin wurden zum Beispiel ein Verbot jüdischer Einwanderung, ein Ausschluss aller Juden von obrigkeitlichen Ämtern und dem Volksschulwesen sowie eine Beschränkung im Justiz- und im höheren Schulwesen gefordert. Stoecker bezeichnete sich später selbst als „Begründer der antisemitischen“ Bewegung und schrieb sich zum Beispiel 1893 im preußischen Abgeordnetenhaus selbst zu, die „Judenfrage“ aus dem literarischen Kontext in die Politik gebracht zu haben. Ungeachtet seiner antisemitischen Agitation war bei Stoecker eine rassistische Einstellung allenfalls geringfügig ausgeprägt. Juden waren ihm keine blutbestimmte Rasse, sondern eine Religion, so dass Konvertiten keine für ihn keine Juden mehr darstellten. Für das Fortwirken seiner antisemitischen Vorstellung und deren Rezeption war dies unerheblich. Die inhaltlichen Verbindungen in „Mein Kampf“ und anderen nationalsozialistischen Publikationen sind evident. Darüber hinaus griffen die Nationalsozialisten Stoeckers Kritik am Kapitalismus sowie die Liberalismus- und Sozialdemokratiefeindlichkeit auf. Stoecker avancierte somit zum Wegbereiter für die Nationalsozialisten. Im Siegerland war Stoecker durch sein Mandat im Reichstag für die Region bekannt und verbreitete durch die Zeitung „Das Volk“ als Presseorgan der Christlichsozialen Partei, seit 1899 in Siegen herausgegeben, sein Gedankengut in der Region.

Stoecker starb 1909 in Bozen.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Stoecker vertrat einen radikalen Antisemitismus, wobei er entscheidenden Anteil an der Formierung einer organisierten antisemitischen Bewegung besaß und antisemitische Beschuldigungen in breiten Kreisen gesellschaftsfähig machte. Als Begründer der Berliner Bewegung stand er einer antisemitischen, chauvinistischen und das Militär verherrlichenden Bewegung vor. Für die völkische Rechte wie auch die Nationalsozialisten stellte er einen wichtigen Wegbereiter dar. Gerade im Siegerland trug die Stoecker-Bewegung maßgeblich zur Ausbildung einer antisemitischen Grundeinstellung der Bevölkerung bei.

Literatur in Auswahl:

Bennewitz, Joachim: Adolf Stoecker: Theologe, Politiker und Antisemit, in: Berlinische Monatsschrift 3 (1999), S. 11-18.

Engelmann, Hans: Kirche am Abgrund. Adolf Stoecker und seine antijüdische Bewegung (Studien zu jüdischem Volk und christlicher Gemeinde, 5), Berlin 1984.

Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928.

Opfermann, Ulrich F.: „Im Volksleib schlimmer als der Tuberkulosen-Bazillus“. Zur Verbreitung und Rezeption des christlich-sozialen Antisemitismus, 1881-1914, Teil 1, in: Siegerner Beiträge 11 (2006), S. 109-146; Teil 2: Themen – Forderungen - Antisemitismus und Milieu, in: Siegerner Beiträge 12 (2007), S. 81-114.

745 **Kategorie B**

746

747 **Adolf-Saenger-Straße**

748 Benannt nach: Adolf Saenger

749 Jahr der Benennung: 1961

750 Zur Person: Adolf Saenger, geboren 1884 in Niederdielfen, war Sohn eines Landwirts und  
751 absolvierte eine Ausbildung zum Kesselschmied. Als Soldat im Ersten Weltkrieg verwundet,  
752 erhielt er im Lazarett in Dortmund Zeichenunterricht. 1917 ging er nach München zum  
753 Studium an der dortigen Kunstgewerbeschule. Das Studium der Bildhauerei an der Hochschule  
754 der bildenden Künste in Berlin nahm er 1920 auf. 1932 wurde er Mitglied im Verein Berliner  
755 Künstler. Inspiration erhielt er auf zwei längeren Italienreisen in den Jahren 1926 und 1939.  
756 Im Fokus seines Schaffens stand die Darstellung des menschlichen Körpers in höchster  
757 Anspannung, auch beschäftigte er sich wiederholt mit Pferdemoskiven. Nach 1933 gelangte er  
758 zu größerer Anerkennung und arbeitete für hochrangige Auftraggeber aus den Reihen des NS-  
759 Apparats. Dies waren u. a. das Propagandaministerium, das Erziehungsministerium und die  
760 Luftkriegsschule Dresden. Die Reichskammer der bildenden Künste lobte ihn als einen „der  
761 hervorragendsten Träger der neuen deutschen Romantik“. Saenger war auch Mitglied der  
762 Reichskammer der bildenden Künste. Nachdem sein Atelier durch einen Luftangriff im Jahr  
763 1943 zerstört wurde, lebte er noch bis 1947 in Berlin. Danach zog er zurück nach  
764 Niederdielfen, wo er sich künstlerisch auf Landschaftsbilder und Gruppenbilder fokussierte.  
765 Auch schuf er beispielsweise die Gedenktafel für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in  
766 Göttingen und gestaltete die erste deutsche Goldmünze der Bundesbank nach 1945. Im Jahr  
767 1952 erhielt Saenger den Kritiker-Preis der Stadt Siegen, 1959 das Bundesverdienstkreuz des  
768 Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er starb 1961 in Niederdielfen. Im Mai 1975  
769 schenkte seine Witwe Johanna Saenger dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen  
770 jeweils zur Hälfte Ölgemälde, Zeichnungen und Skizzen aus dem Nachlass ihres Ehemannes.

771 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

772 Saenger wurde als Künstler insbesondere in der NS-Zeit wertgeschätzt und war für  
773 hochrangige Auftraggeber im NS-Staat, insbesondere das Propagandaministerium, tätig.  
774 Dadurch stellte seine Kunst in den Dienst des NS-Regimes und unterstützte deren Propaganda  
775 an exponierter Stelle. Diese problematischen Aspekte sind auf einem Zusatzschild zu  
776 erläutern.

777 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

- 778 a) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler, Förderer der nationalsozialistischen*  
779 *Kulturpolitik*  
780 b) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler – bei der Straßenbenennung 1961*  
781 *blieb seine Tätigkeit für Auftraggeber im NS-Staat und damit die Vereinnahmung seiner*  
782 *Kunst durch die Nationalsozialisten unberücksichtigt.*

783 Literatur in Auswahl:

784 Adolf Saenger. 23. März 1884-7. Mai 1961, hrsg. von der Stadt Siegen, Siegen 1984.

785 Saenger, Adolf S., in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen  
786 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
787 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
788 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

789

## 790 **Carl-Dresler-Straße**

791 Benannt nach: Carl Wilhelm Dresler

792 Jahr der Benennung: 1975

793 Zur Person: Carl Wilhelm Dresler, geboren 1877 in Kreuztal, erlangte an der Königlichen  
794 Bergakademie in Berlin das Bergreferendar-Examen. Seit 1911 (bis 1947) war als Leiter der  
795 Gewerkschaft „Eisenzecher Zug“ in Eiserfeld tätig, unterbrochen von der Teilnahme am Ersten  
796 Weltkrieg als Rittmeister von 1914 bis 1916. 1930 (bis 1947) wurde Dresler Mitglied im  
797 Aufsichtsrat Siegenger AG sowie Direktor der Grube „Storch und Schöneberg“ in Gosenbach.  
798 Der Industrielle, Grubendirektor und Königlich Preußische Bergassessor Dresler prägte  
799 nachhaltig die Industriekultur im Siegerland und gehört zu den einflussreichen Akteuren des  
800 regionalen Eisenerzbergbaus. Darüber hinaus war er sozial engagiert. Auf seine Initiative  
801 entstanden etwa die Siedlungen für Bergleute am Kaiserschacht in Eiserfeld und in den  
802 „Karpaten“ in Brachbach. Auch zeichnete sich Dresler durch vielfältige ehrenamtliche  
803 Tätigkeiten aus: Von 1935 bis 1948 war er erster Vorsitzender des Siegerländer Heimat- und  
804 Geschichtsvereins, am Ende Ehrenmitglied. Weiterhin war er Ehrenvorsitzender der Freunde  
805 und Förderer des Siegerlandmuseums, des Evangelischen Volksvereins, des Kreisverbands  
806 Siegen des Kyffhäuserbundes der Sanitätsbereitschaft des DRK Eiserfeld und anderer mehr.  
807 1957 ernannte ihn die Gemeinde Eiserfeld zum Ehrenbürger. Er starb 1971.

808 Dreslers Rolle im Dritten Reich beschränkt sich in der öffentlichen Diskussion im Wesentlichen  
809 auf einen persönlichen Schicksalsschlag, nämlich den Tod seiner drei Söhne im Zweiten  
810 Weltkrieg. Der mit der Person Dreslers in Verbindung stehende Einsatz von Zwangsarbeitern  
811 in der Rüstungsindustrie wird hingegen vielfach nicht thematisiert. Dresler war bereits in der  
812 „Zerstörungsphase“ der Weimarer Republik durch antidemokratische Kräfte Mitglied der  
813 Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) (1929) und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“  
814 (1933). Nähe zum Nationalsozialismus ist gemäß Aussage des Eiserfelder NSDAP-  
815 Ortsgruppenleiters Walter Daub aus dem Jahr 1939 anzunehmen: „Er erkennt die großen  
816 Erfolge der nat[ional] soz[ialistischen] Regierung an und spricht mit einer Hochachtung und  
817 Bewunderung vom Führer und seinem Werk [...] Finanziell hat Dresler die Bewegung immer  
818 unterstützt, selbst zu einer Zeit, als er noch tonangebend in der DNV[P] war“. Die finanzielle  
819 Unterstützung bezeichnete Dresler später vor dem Entnazifizierungsausschuss als „privates  
820 Darlehen“. Als Direktor der Gewerkschaft Grube Eisenzecher Zug war Dresler auch am  
821 Zwangsarbeitereinsatz beteiligt. Bereits 1942 waren hier die ersten sowjetischen  
822 Zwangsarbeitskräfte eingesetzt worden; der Anteil der Zwangsarbeiter im Lager Kaiserschacht  
823 betrug im Jahre 1944 zum Beispiel 348 von 882 Beschäftigten. Über die Behandlung der  
824 Zwangsarbeiter, für die Dresler als Direktor die Verantwortung trug, liegen aus dem

825 Entnazifizierungsverfahren widersprüchliche Zeugenaussagen vor. So beschrieb ein  
826 italienischer Kriegsgefangener in einem Bericht vom Juli 1945 katastrophale Zustände auf der  
827 Eisenzeche, mit schwerer körperlicher Arbeit, schlechter Ernährung sowie Gewalttaten und  
828 Misshandlungen mit Todesfolge. Dagegen gaben zwei junge Frau aus der Sowjetunion im Juni  
829 1947 zu Protokoll, dass Dresler alles tat, damit die jungen Frauen gute Lebensumstände  
830 besaßen und sie bei Problemen Unterstützung fanden. Insgesamt zogen sie ein positives Fazit  
831 vom Lagerleben und über die Person Dreslers. Bei den beiden Aussagen ist zu berücksichtigen,  
832 dass die Arbeit der Männer und Frauen sich unterschied, wie auch aus den Berichten zu  
833 entnehmen ist, was sich demnach wohl auf die Arbeitssituation und die Unterbringung  
834 auswirkte.

835 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

836 Dreslers Vita umfasst problematische Aspekte wie die Mitgliedschaft in rechtsgerichteten  
837 Parteien, die mutmaßliche Nähe zum Nationalsozialismus u. a. durch finanzielle Unterstützung  
838 sowie die Beschäftigung in Verbindung mit der zuweilen schlechten Behandlung von  
839 Zwangsarbeitern, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

840 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

841 *Carl Wilhelm Dresler (1877-1971), Industrieller, Grubendirektor und königlich-preußischer*  
842 *Bergassessor, Ehrenbürger von Eiserfeld – bei der Straßenbenennung 1975 blieben seine*  
843 *finanzielle Unterstützung der Nationalsozialisten sowie die Beschäftigung von*  
844 *Zwangsarbeitern bei mitunter schlechter Behandlung unberücksichtigt.*

845 Literatur und Quellen in Auswahl:

846 Dresler, Carl Wilhelm, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den  
847 Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
848 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
849 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

850 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 159

851

852 **Dr.h.c.Karl-Barichstraße**

853 Benannt nach: Dr. Karl Barich

854 Jahr der Benennung: 2008

855 Zur Person: Karl Barich, geboren 1901 in Dortmund, studierte zunächst Lehramt. Nach dem  
856 Examen 1922 änderte er seine berufliche Ausrichtung und nahm ein Studium der  
857 Betriebswirtschaft in Köln und Mannheim auf. 1923 trat er der Burschenschaft Hansea  
858 Mannheim bei. Im Anschluss an sein Studium zunächst als Dozent an Berufs- und  
859 Handelsschulen tätig, wirkte er seit 1937 als Preisprüfer und Sachverständiger auf dem Eisen-  
860 und Stahlsektor im Regierungsbezirk Arnsberg. Im Jahr 1940 kam er als Prokurist und Leiter  
861 der Hauptverwaltung zu den Geisweider Eisenwerken, in denen Zwangsarbeiter beschäftigt  
862 wurden; 1944 beispielsweise 1.073 von 2.280 Beschäftigten. Nach der Machtergreifung trat  
863 Barich nicht in die NSDAP ein, besaß aber seit 1933 eine Anwartschaft zum Eintritt in die



864 Allgemeine SS, die er finanziell unterstützte. Weiterhin war er Mitglied im  
865 Nationalsozialistischen Lehrerbund (1933), Nationalsozialistischen Fliegerkorps (1941),  
866 Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (1941) und im nationalsozialistisch  
867 ausgerichteten Verein für das Deutschtum im Ausland (1937). Nach dem Ende des Zweiten  
868 Weltkriegs war Barich Mitglied im Vorstand der Geisweider Eisenwerke. Seit 1947 wirkte er  
869 im Vorstand der Hüttenwerk Geisweid AG sowie seit 1951 im Vorstand der neu gegründeten  
870 Stahlwerke Südwestfalen AG. Letztere leitete er 1954 bis 1970 als Vorstandsvorsitzender,  
871 wobei er das Unternehmen von der Massen- auf die Edeltahlerzeugung umstellte und zur  
872 Entwicklung der Stahlwerke Südwestfalen AG zu einem der führenden Unternehmen der  
873 europäischen Edeltahlerzeugung entscheidend beitrug. In der Nachkriegszeit war Barich  
874 zudem einer von elf Stahltreuhändern, die Vorschläge zur Neuordnung der Eisen- und  
875 Stahlindustrie unterbreiteten. 1957 verlieh ihm die Wirtschaftshochschule Mannheim die  
876 Ehrendoktorwürde. 1966 erfolgte die Auszeichnung mit dem Großen Verdienstkreuz der  
877 Bundesrepublik Deutschland sowie 1978 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der  
878 Bundesrepublik Deutschland. 1970 verlieh ihm die Stadt Hüttental das Ehrenbürgerrecht.  
879 Barich starb 1995.

#### 880 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

881 Barichs Vita umfasst problematische Aspekte bezüglich seiner Spenden an die SS, der SS-  
882 Anwartschaft und der Mitgliedschaft in NS-Organisationen. In den Geisweider Eisenwerken  
883 waren während seiner dortigen Tätigkeit zahlreiche Zwangsarbeiter eingesetzt. Diese Aspekte  
884 sollten auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

#### 885 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

886 *Dr. h.c. Karl Barich (1901-1995), Industrieller, Ehrenbürger der Stadt Hüttental – bei der*  
887 *Straßenbenennung 2008 blieben seine Nähe zur SS und Mitgliedschaften in NS-Organisationen*  
888 *unberücksichtigt.*

#### 889 Literatur und Quellen in Auswahl:

890 Barich, Karl, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen  
891 und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
892 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
893 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

894 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 759

#### 895 **Hans-Kruse-Straße**

896 Benannt nach: Dr. Hans Kruse

897 Jahr der Benennung: 1975

898 Zur Person: Dr. Hans Kruse, geboren 1882 in Iserlohn, absolvierte in Berlin, Leipzig und  
899 Marburg ein Studium der Geschichte, Germanistik und Theologie. In Marburg trat er 1902 dem  
900 antisemitischen Verein Deutscher Studenten bei. Ebendort promovierte er 1906 mit einer  
901 Arbeit zur Lederindustrie im Fürstentum Nassau-Siegen zum Dr. phil. Kruse trat daraufhin in  
902 den Schuldienst ein und erhielt 1910 eine Anstellung als Studienrat an der höheren

Töchter Schule in Siegen. Im folgenden Jahr wirkte er maßgeblich an der Gründung des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins („Verein für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerlande samt Nachbargebieten“) mit. Auch trat er in den Verwaltungsrat des Siegerlandmuseums ein. 1915 war Kruse an der Gründung des Westfälischen Heimatbundes beteiligt. Seit 1920 fungierte er als Herausgeber des Siegerländer Heimatkalenders. Er auch verfasste zahlreiche Beiträge zur Geschichte Siegens und des Siegerlandes. 1927 übernahm Kruse die Leitung des Siegerlandmuseums, das er in der Folge entscheidend neu konzipierte und mit größeren Ausstellungen aufblühen ließ. Auch gründete er die Siegener Stadtbibliothek. Mit der Einrichtung eines hauptamtlichen eingerichteten Stadtarchivs im Jahr 1929, fungierte er zudem als dessen Leiter. Kruse war auch politisch aktiv und zwar seit 1917 in der Deutschen Vaterlandspartei und seit etwa 1925 bis 1933 in der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Allerdings näherte sich Kruse gedanklich sukzessive den Nationalsozialisten und deren Vorstellungswelt an. War betreffendes Gedankengut bereits vor der Machtergreifung bei ihm verhaftet, so tritt seit 1933 die Übernahme nationalsozialistischer Ideologie etwa in eigenen Aussagen, seinen Jahresrückblicken im Heimatkalender, in Lobreden und durch die Kooperation mit dem NS-Regime deutlich hervor. Mutmaßlich war Kruse auch Mitglied der NSDAP. Auch in Kruses Museumsarbeit finden sich entsprechende Spuren. Gemäß nationalsozialistischer Anschauung besaßen Museen einen ideologischen Auftrag zur Volksbildung. Kruse versuchte dies bei Bürgermeister und NS-Funktionären auszunutzen, um eine Erweiterung des Museums und seiner Sammlungen zu erreichen. Inhaltlich fanden im Siegerlandmuseum in den 1930er Jahren mehrere Sonderausstellungen mit dezidiertem Bezug zur NS-Ideologie statt, so die militärhistorische Ausstellung 1935, die Wanderausstellung „Rasse-Sippe-Siedlung“ und die 1938 Bergmanns-Sonderausstellung. Zum Publikum zählten in dieser Zeit neben Schulklassen vornehmlich Angehörige von NS-Organisationen. Kruse starb 1941.

#### Begründung der Einstufung in Kategorie B:

Kruses Vita umfasst problematische Aspekte wie die offene Unterstützung des NS-Regimes und seine mutmaßliche NSDAP-Mitgliedschaft, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

#### Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

*Dr. Hans Kruse (1882-1941), Historiker und Archivar – bei der Straßenbenennung 1975 blieben sein völkischer Hintergrund und die offene Unterstützung des NS-Regimes unberücksichtigt.*

#### Literatur in Auswahl:

Böttger, Hermann: Hans Kruse 1882-1941, in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 5 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 10,5), hrsg. von Karl Wolf, Wiesbaden 1955, S. 275-284.

Kruse, Hans, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL: <http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/> [aufgerufen 21.02.2022]



943 Wolf, Thomas: Dr. Hans Kruse (1882 – 1941). Politiker, Archivar und Historiker im  
944 Nationalsozialismus – drei Aspekte eines rechten Wissenschaftlers, in: URL:  
945 <https://de.slideshare.net/siwiarchiv/dr-hans-kruse> [aufgerufen 21.02.2022]

946

## 947 **Ostlandstraße**

948 Benannt nach: Ostland (s.u.)

949 Jahr der Benennung: 1955

950 Zur Namensgebung: Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde der Begriff „Ostland“ mit der  
951 Forderung nationalistisch-völkischer Kreise zur Kolonisierung des osteuropäischen Raums  
952 gemäß mittelalterlichen Vorbilds und dessen Annektierung verbunden, um neuen  
953 Lebensraum im Osten zu gewinnen. Dabei wurde ein natürliches Herrschaftsrecht eines  
954 überlegenden deutschen Kulturvolks gegenüber einer angeblich minderwertigen slawischen  
955 Bevölkerung konstruiert, was auch rasseideologische Vorstellungen einfließen ließ. Der Drang  
956 nach Osten in das „Ostland“ stellte dabei ein integrales Element des wilhelminischen  
957 Antisemitismus dar, verbunden mit der Forderung nach einer „Germanisierung“ weiter Teile  
958 des osteuropäischen Raums. In der Weimarer Zeit propagierten die völkischen Rechten wie  
959 auch Adolf Hitler die Wiederaufnahme der kaiserzeitlichen „Ostland-Politik“ unter der Parole  
960 „Volk ohne Raum“. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten blühte die  
961 geschürte Ostland-Begeisterung weiter auf. Der Begriff „Ostland“ stand dabei sinnbildlich für  
962 Hitlers Intention der „Eroberung von Lebensraum im Osten“. Mit Überfall auf die Sowjetunion  
963 im Jahr 1941 wurde ein konkreter Schritt zur Umsetzung der Ostlandpolitik vollzogen. Das  
964 Ostland selbst erfuhr dabei durch das im Juli 1941 eingerichtete Reichskommissariat Ostland  
965 (Lettland, Litauen, Estland, überwiegender Teil des westlichen Weißrusslands) nunmehr als  
966 geographischer Raum eine genauere Definition. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs  
967 entstanden in den 1950er und 1960er Jahren viele Ostlandstraßen in Westdeutschland. Die  
968 Namensgebung lässt überwiegend auf Verbindungen zum „Ostland“ der Kaiserzeit und des  
969 Nationalsozialismus schließen. Dies ist auch in Siegen-Eisern der Fall. Es besteht keine  
970 Einbettung der Ostlandstraße in ein Viertel mit Straßennamen nach osteuropäischen Städten  
971 in Reminiszenz an die „verlorene Heimat“ der Ostvertriebenen wie zum Beispiel in Köln. Auch  
972 handelte sich es bei der Ostlandstraße nicht um eine Wohnsiedlung für Heimatvertriebene.

## 973 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

974 „Ostland“ ist ein überaus belasteter Begriff durch die Einbindung in nationalistisch-völkisch-  
975 rassische wie auch in der Folge nationalsozialistische Vorstellungen. Ein dezidiert Bezug zu  
976 Ostvertriebenen, der als Anlass der Namensgebung anzuführen wäre, ist hingegen nur schwer  
977 darstellbar. Die besondere Problematik und Bedeutung des Begriffs mit seinen negativ  
978 konnotierten Bezügen sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

## 979 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

980 „Ostland“: in nationalistisch-völkischen Kreisen Begriff zur Propagierung einer  
981 Ostkolonisation im Kaiserreich; unter den Nationalsozialisten verbunden mit der

982 *Vorstellung zur Eroberung von Lebensraum im Osten, 1941 namensgebend für die eroberten*  
983 *Gebiete des Reichskommissariats Ostland*

984 Literatur in Auswahl:

985 Opfermann, Ulrich Friedrich: „Naer Oostland willen wij rijden“. Von einer Straße [Siegen-  
986 Eisern], die ins Ostland weist, in: Siegener Beiträge 15 (2010), S. 259-264.

987

988 **Otto-Krasa-Weg**

989 Benannt nach: Otto Krasa

990 Jahr der Benennung: 1975

991 Zur Person: Otto Krasa, geboren 1890 in Radungen (Radziunz), kam aus beruflichen Gründen  
992 ins Siegerland, wo er seit 1911 in Gosenbach zunächst Volksschullehrer, später Hauptlehrer  
993 war. Krasa engagierte sich in besonderem Maße für die Heimatkunde und führte vor allem  
994 seit den 1930er Jahren Geländegänge, Ausgrabungen und archäologische Experimente durch.  
995 Sein vornehmliches Interesse galt der Eisenverhüttung, so dass er zahlreiche  
996 Verhüttungsplätze und Schlackenhalde n ergrub. Seine Motivation lag in der Entdeckung und  
997 dies nach Möglichkeit als erste Person. Eine Auswertung der Befunde und Funde führte er  
998 hingegen kaum durch. Trotzdem erreichten seine Hypothesen und Forschungsergebnisse  
999 weite Verbreitung und trugen zu großer Bekanntheit Krasas bei. Bereits frühzeitig war er vom  
1000 30. Juni 1927 bis zum 1. Januar 1928 sowie ab dem 18. Januar 1928 Mitglied der NSDAP. Aus  
1001 ungeklärten Gründen, vermutlich wegen der Unvereinbarkeit von verbeamteter Tätigkeit im  
1002 öffentlichen Dienst einerseits und Mitgliedschaft in der NSDAP und der KPD andererseits, war  
1003 er ab einem nicht bekannten Zeitpunkt kein Parteimitglied mehr. Zum 1. Mai 1933 erfolgte  
1004 der Wiedereintritt in die NSDAP. Darüber hinaus war Krasa seit dem 1. April 1933 Mitglied im  
1005 Nationalsozialistischen Lehrerbund, der ihn in einem Gutachten als „guten  
1006 Nationalsozialisten“ beschrieb. Am 1. November 1933 wurde er Funk- und Pressewart der  
1007 lokalen SA-Reserve, bei der er zuletzt im Rang eines Truppführers stand. Nach Aussage im  
1008 Entnazifizierungsverfahren diente seine Mitgliedschaft in der SA der Stärkung seiner Position  
1009 als Lehrer an der Volksschule gegenüber dem Ortsgruppenleiter der NSDAP. Schließlich trat  
1010 der 1937 dem Reichsluftschutzbund bei. Seine heimatkundliche Arbeit betreffend, ist eine  
1011 inhaltliche Gleichschaltung bzw. ideologische Vereinnahmung im Gegensatz zu anderen  
1012 Wissenschaftlern im Siegerland nur bedingt auszumachen. Seine Tätigkeiten während der NS-  
1013 Zeit dienten Krasa nach eigener Aussage allein dem eigenen beruflichen Fortkommen und der  
1014 ungestörten Weiterarbeit auf dem Gebiet der Heimatkunde – er nutzte das System demnach  
1015 für seine eigenen Zwecke aus. Nichtsdestotrotz findet sich auch in seinen Arbeiten aus der NS-  
1016 Zeit die Rekonstruktion völkischer Zugehörigkeit prähistorischer Menschen im Siegerland.  
1017 Diese Vorstellungen blieben auch in Arbeiten der Nachkriegszeit enthalten, so dass das Ende  
1018 der NS-Zeit für Krasa keinen inhaltlichen Neuanfang bedeutete, sondern vielmehr einen  
1019 „Neuanfang ohne Vergangenheitsbewältigung“ (Zeiler 2012, S. 261) darstellte.

1020 Nach dem Ende der NS-Zeit wurde Krasa aus dem Schuldienst entlassen. Der Gosenbacher  
1021 Gemeinderat verweigerte ihm im Mai 1947 trotz Lehrermangels die Wiedereinstellung, weil  
1022 er an der Schule nicht gern gesehen sei. Im August 1947 stufte der Entnazifizierungsausschuss

1023 Krasa in die Kategorie IV „untragbar“ ein, weil „sehr aktiv in der Interessenvertretung der  
1024 Partei“ sowie „sehr unsozial und aggressiv“ gewesen sei. Hans Beck, Assistent an der  
1025 Vorgeschichtlichen Abteilung des Landesmuseums für Vor- und Frühgeschichte in Münster  
1026 und archäologischer Weggefährte Krasas, hatte bereits im Vorfeld in einem Brief an seinen  
1027 Vorgesetzten, den Abteilungsleiter August Stieren, Zweifel an einer Rehabilitierung und  
1028 Wiedereinsetzung in den Lehrerberuf in Kenntnis der Entnazifizierungsbestimmungen  
1029 geäußert, was an einer untergeordneten Rolle Krasas in der NS-Zeit zweifeln lässt. Mit Beck  
1030 und Stieren als Fürsprechern erreichte Krasa jedoch die Wiedereinsetzung als Hauptlehrer im  
1031 Dezember 1947. Danach setzte er sich für seine politische Rehabilitierung ein und erreichte  
1032 die Wiederaufnahme seines Entnazifizierungsverfahrens. 1949 erfolgte die Einstufung in die  
1033 Kategorie V „tragbar“.

1034 In der Folge widmete sich Krasa weiterhin seinen Ausgrabungen. Auf seine Initiative hin wurde  
1035 am 13. Oktober 1958 der Heimatverein Gosenbach gegründet, als dessen erster Vorsitzender  
1036 er fungierte. 1970 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Eiserfeld ernannt. Krasa starb 1972.  
1037 Damit endete eine Ära der archäologischen Arbeit im Siegerland. Nachfolgende Forschungen  
1038 basieren noch heute auf seiner Tätigkeit, so dass er noch immer die Archäologie zum  
1039 eisenzeitlichen Siegerland beeinflusst.

1040 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1041 Krasa schloss sich bereits vor 1930 der NSDAP an (sogenannter „Alter Kämpfer“) und zeichnete  
1042 sich somit aus Sicht der NS-Elite durch besondere politische Zuverlässigkeit aus. Als  
1043 weitergehender Schritt der Anbiederung und Identifizierung mit dem NS-Regime und dem  
1044 Nationalsozialismus ist seine Mitgliedschaft in der SA anzusehen. Dabei nutzte er das System  
1045 zu seinem persönlichen Vorteil aus. Besondere Belastung der Person deutet sich im  
1046 Entnazifizierungsverfahren an, wobei konkrete Taten im Dunkeln bleiben. Nach dem Ende  
1047 Nationalsozialismus blieb bei Krasa ein inhaltlicher Neuanfang aus. Seine archäologischen  
1048 Arbeiten waren weiterhin von überkommenem, völkischem Gedankengut geprägt. Die  
1049 Biographie Krasas ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht ausreichend erforscht, um eine  
1050 Umbenennung inhaltlich zu rechtfertigen. Insofern war Krasa in die Kategorie B einzustufen.

1051 *Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:*

1052 *Otto Krasa (1890 – 1972), war einer der Begründer der Siegerländer Frühgeschichtsforschung.*  
1053 *Er erwarb sich insbesondere durch Ausgrabungen früher Verhüttungsplätze große*  
1054 *Bekanntheit. Seit den zwanziger Jahren war er aktiver Nationalsozialist und eine der*  
1055 *treibenden Kräfte der NS-Bewegung in Gosenbach. 1970 wurde er zum Eiserfelder Ehrenbürger*  
1056 *ernannt.*

1057 Literatur in Auswahl:

1058 Zeiler, Manuel: Otto Krasa. Ein Heimatforscher in der Pionierphase der prähistorischen  
1059 Archäologie, in: Siegener Beiträge 17 (2012), S. 247-270.

1060

1061

1062

1063 **Tannenbergstraße**

1064 Benannt nach: Schlacht bei Tannenberg

1065 Jahr der Benennung: 1915

1066 Zur Namensgebung: Vom 26. bis zum 30.08.1914 fand im Ersten Weltkrieg die sogenannte  
1067 Schlacht bei Tannenberg statt, in der die 8. Armee unter Hindenburg und Ludendorff die  
1068 zahlenmäßig überlegene russische Narev-Armee besiegte. Erst nach der Schlacht wurde der  
1069 Ort des Geschehens aus propagandistischen Gründen nach Tannenberg verlegt, um dem im  
1070 19. Jahrhundert wachsenden polnischen Grunwaldmythos (Schlacht bei Tannenberg 1410)  
1071 einen deutschen Sieg entgegenzusetzen. Der militärische Erfolg begründete den Personenkult  
1072 um Paul von Hindenburg als „Held von Tannenberg“ und „Befreier Ostpreußens“. Gerade in  
1073 rechtsnational gesinnten Kreisen wurde in der Folge wiederholt auf Tannenberg Bezug  
1074 genommen, was einen Höhepunkt im Bau des Tannenberg-Denkmal 1924-1927 fand. Unter  
1075 den Nationalsozialisten wurde Tannenberg als Symbol für bedingungslose Aufopferung und  
1076 zur Förderung des Hindenburg-Mythos instrumentalisiert, um auf diese Weise die eigene  
1077 Propaganda zu befördern.

1078 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1079 Der Straßenname besitzt einen eindeutigen Bezug zur Schlacht bei Tannenberg, die von den  
1080 Nationalsozialisten in besonderem Maße ideologisch und propagandistisch herangezogen  
1081 wurde (Tannenbergmythos). Dieser Bezug sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

1082 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

1083 *Schlacht bei Tannenberg 1914 – der Tannenbergmythos begründete den Personenkult um Paul*  
1084 *von Hindenburg, vereinnahmt von der nationalsozialistischen Propaganda*

1085 Literatur in Auswahl:

1086 von Hoegen, Jesko: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos  
1087 (1914–1934), Köln 2007.

## **Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen**

### **Allgemeine Regelungen**

Jeder Straßenname kommt im ganzen Stadtgebiet nur einmal vor.

Straßennamen sollen einprägsam sein, gleichlautende oder ähnliche, verwechslungsfähige Namen sind zu vermeiden.

Die Straßenbezeichnung sollte eine Länge von 25 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Es gelten die Regeln der deutschen Rechtschreibung zum Zeitpunkt der Benennung.

Die Straßennamen sollen lokalen und regionalen Bezug haben.

Historische Flur- und Gewannnamen, die infolge einer Überbauung wegfallen, sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben und sind daher bevorzugt zu vergeben.

Eine Benennung nach aktuellen Firmennamen erfolgt grundsätzlich nicht.

## **Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen**

### **Straßenbenennung nach Personen**

Die Einschätzung einer Person kann sich im Laufe der Zeit ändern. Daher ist bei der Benennung von Straßen nach Personen Zurückhaltung geboten.

Die Straßenbenennung dient der Ehrung und Erinnerung an eine verdiente Persönlichkeit.

Eine Person muss herausragende individuelle Leistungen und Verdienste aufzeigen, deren Bedeutung nach Gemeinsinn, Sachkenntnis, Tatkraft und Tragweite für das Gemeinwohl zu bemessen ist. Kriterien stellen zum Beispiel der Einsatz für Gemeinwohl, Demokratie und Rechtsstaat, besondere Leistungen in Wissenschaft, Kultur, Sport etc. oder Opfer von Gewalt und Vertreibung dar.

In der gleichen Weise muss der Hintergrund einer Person abgeklärt sein, so dass sie nicht gegen die Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte gehandelt hat beziehungsweise ihr Handlungen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder die Propaganda dafür nachgewiesen werden können.

Eine Verbindung der Persönlichkeit zur Stadt Siegen muss bestehen (Geburtsort, Wirkungsstätte).

Straßen werden nur nach bereits verstorbenen Personen benannt und zwar frühestens zehn Jahre nach deren Ableben.

Bei der Benennung nach Personen aus neuer Zeit sind die nächsten noch lebenden Angehörigen vor einer Entscheidung zu hören, soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist.

Frauen sind bei Straßenbenennungen verstärkt zu berücksichtigen, weil sie im Straßenbild unterrepräsentiert sind.

Bei der Benennung werden stets Vorname und Nachname verwendet, um die eindeutige Identifizierung zu gewährleisten. Auf die Nennung von Titeln ist zu verzichten. Die Schreibweise folgt den Angaben der amtlichen Dokumente.

## **Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen**

### **Umbenennung und Kommentierung**

Ergeben sich zu einer Person im Nachhinein Erkenntnisse über deren Wertvorstellungen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung oder der Menschenrechte stehen, oder über deren aktive Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder gruppenbezogenem menschenfeindlichen Handeln, insbesondere Antisemitismus, Rassismus, Homophobie oder wenn diese Person durch eine rassistische oder militant-autoritäre Haltung zu Volksverhetzung und Gewalt beigetragen hat, werden die Optionen zur Straßenumbenennung wie auch zur Kommentierung verfolgt. Dies gilt auch für die Benennungen nach historischen Anlässen und Objekten.

Betrifft die Umbenennung den Namen einer Persönlichkeit, so sollten vor einer Entscheidung die nächsten noch lebenden Angehörigen gehört werden.

Die Kommentierung soll gegenüber einer Umbenennung der historischen Auseinandersetzung und der Aufklärung über Personen und Ereignisse dienen und die Distanzierung nach den Maßstäben der Demokratie und Achtung der Menschenrechte sichtbar machen.

Schilder zur Kommentierung von Personen haben folgende Struktur:  
Benennung, Geburts- und Sterbejahr, Beruf, kritische Kommentierung, QR-Code.

Ergänzend zum Zusatzschild ist ein ausführlicheres Biogramm zu erstellen, das über QR-Code aufgerufen werden kann.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Institut Musikschule  
Bearbeitet von: Angelika Braumann

Siegen, 03.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

Kulturausschuss	25.05.2022
Haupt- und Finanzausschuss	08.06.2022
Rat	15.06.2022

Kurzbezeichnung:

**Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen;  
hier: Änderung der Entgeltordnung zum 01.08.2022**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Die Entgeltordnung der Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen wird ab dem 01.08.2022 gemäß des nachstehenden Vorschlags geändert.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Entgelte der Musikschule wurden seit dem 01.08.2014 nicht mehr erhöht. Durch Kostensteigerungen, insbesondere im Bereich Personal und Energie in den letzten Jahren, ist es erforderlich, die Unterrichtsentgelte im personalintensiven Bereich des Einzelunterrichtes anzuheben.

Für die Ermäßigung soll es zukünftig vereinfachte Möglichkeiten des Beantragungsverfahrens geben. Es sollen lediglich Nachweise in Form der bereits vorhandenen Sozialtatbestände vorgelegt werden und für die Ermäßigung des Musikschulentgeltes gelten.

Durch die Maßnahme werden für 2022 Mehreinnahmen in Höhe von 8.600 € und für 2023 in Höhe von 20.000 € erwartet.



Unterrichtsart	Unterrichtszeit wöchentlich	monatliches Entgelt *1)	
		bisher €	neu €
a ) Musikzwerge	45 Min.	23,00 €	23,00 €
b) Musikalische Früherziehung	75 Min.	28,00 €	28,00 €
c) Instrumentenkarussell	60 Min. neu: 45 Min.	26,00 €	26,00 €
d) Musiktherapie Fällt weg	30 Min.	45,00 €	
e) Gruppe 5-10 Schüler	45 Min. 60 Min.	32,00 € 42,00 €	32,00 € 42,00 €
f) Gruppe 3-4 Schüler	45 Min. 60 Min.	37,00 € 42,00 €	37,00 € 42,00 €
g) Gruppe 2 Schüler Einzelunterricht	45 Min. 22,5 Min. wöchent./ 45 Min. 14-tägig	42,00 €	42,00 €
h) Einzelunterricht	30 Min. 45 Min. 60 Min.	52,00 € 75,00 € 100,00 €	54,00 € 78,00 € 108,00 €
i) Gruppe 3-5 Erwachsene	45 Min. 60 Min.	39,00 € 43,00 €	39,00 € 43,00 €
j) Gruppe 2 Erwachsene Einzelunterricht Erwachsene	45 Min. 22,5 Min./ 45 Min. 14-tägig	45,00 €	45,00 €
k) Einzelunterricht Erwachsene	30 Min. 45Min. 60 Min.	59,00 € 88,00 €	59,00 € 88,00 € 115,00 €
<u>l) Vorberufliche Fachausbildung</u>			
Zweifach Einzelunterricht	22,5 Min.	38,00 €	38,00 €
Einzelunterricht	45 Min. 14-tägig		
Gruppe 2 Schüler	45 Min.		
m) Musiktheorie Gruppenunterricht (nur für Schüler ohne Belegung Instrumentalunterricht)	45 Min.	10,00 €	10,00 €
n) Ensembles, Chöre und Orchester (nur für Schüler ohne Belegung Instrumentalunterricht)	45-90 Min.	10,00 €	10,00 €

**\*1)** = Erläuterungen:

- c) Die Unterrichtszeit wurde aus pädagogischen Gründen geändert, und das Entgelt bleibt gleich, da der Kurs von 2 Lehrkräften durchgeführt wird.
- d) Musiktherapie fällt wegen fehlender Nachfrage und passender Lehrkraft weg.
- h) Der Einzelunterricht ist besonders personalkostenintensiv.
- k) Der Einzelunterricht bei Erwachsenen von 60 Minuten wurde aufgrund vorhandener Nachfrage hinzugefügt.

### **1.2 Mietinstrumente**

Keine Änderung.

### **1.3 Fälligkeit der Unterrichtsentgelte** **\*2)**

Das Jahresentgelt ist in 12 monatlichen Teilbeträgen zu zahlen, die jeweils zum **1. des Monats** fällig sind.

**\* 2)** = Erläuterung:

Die Stadtkasse zieht die Beträge zum Monatsanfang ein.

### **1.4 Bearbeitungsentgelt**

Keine Änderung.

### **1.5 Zahlungsart, Erfüllungsort**

Keine Änderung.

## **2. Familien-und Mehrfach-Ermäßigung**

Keine Änderung.

## **3. Ermäßigung aus sozialen Gründen** **\*3)**

**3.1** Bezieht der Zahlungspflichtige Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist für entgeltpflichtigen Unterricht, unter Vorlage der entsprechenden Nachweise, ein Entgelt in Höhe von 15,00 Euro monatlich zu entrichten. Die Nachweise sind zeitnah zu erbringen.

**3.2** Inhaber des Siegener Ausweises und Empfänger von Kinderzuschlag erhalten eine 50 %-Ermäßigung auf das zu zahlende Unterrichtsentgelt.

3.3 Bei Vorliegen einer der Voraussetzungen aus Punkt 3.1 oder 3.2 beträgt die Instrumentenmiete 5,00 €.

3.4 entfällt

3.5 entfällt

3.6 entfällt

3.7 entfällt

**\*3)** = Erläuterung:

Das neue Verfahren dient der Verwaltungsvereinfachung und der Vereinfachung des Verfahrens für die Antragsteller.

Da die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets zwischenzeitlich auf 15 € monatlich erhöht wurden, sollen diese voll ausgeschöpft werden.

Auch für sozial schwache Familien wird eine Instrumentenmiete in Höhe von 5 € für zumutbar gehalten.

#### **4. Begabten-Freistellung**

##### **4.1**

Keine Änderung.

##### **4.2**

Keine Änderung.

4.3 Die leistungsmäßig in Frage kommenden Schüler werden von der Schulleitung und der Fachleitung vorgeschlagen. **\*4)**

**\*4)** = Erläuterung:

Die Vorschläge können jederzeit im laufenden Schuljahr erfolgen.

#### **5. Erstattungen**

Keine Änderung

#### **6. Schlussbestimmung**

Diese Entgeltordnung tritt am 01.08.2022 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entgeltordnung vom 07.05.2014 außer Kraft.

Finanzielle Auswirkungen    x **X** ja    ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <b>X</b> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<b>X</b> im Ergebnisplan  2022: 8.600,00 € 2023: 20.000,00 €	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	---	-------------------------------	----------------------------------	--

**Klimaschutz**

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>   			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>   			

In Vertretung

gez.

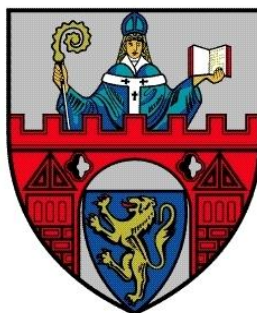
Arne Fries  
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage:

1. [\(Alte\) Entgeltordnung ab 01.08.2014](#)

# ENTGELTORDNUNG



<b>Entgeltordnung für die Fritz-Busch-Musikschule der Stadt Siegen</b>		
Ordnungsziffer	Zuständigkeit	Ratsbeschluss vom
46.011	Musikschule	07.05.2014

## 1. Entgelte

### 1.1 Höhe der Unterrichtsentgelte

Entgelt monatlich	Unterrichtsform	Unterrichtsfach	Unterrichtsdauer wöchentlich	
23,00 €	Klasse 8 - 10 Schüler	Musikzwerge	45	Minuten
26,00 €	Klasse 8 – 12 Schüler	Grundausbildung	60	Minuten
		Instrumentenkarussell		
28,00 €	Klasse 8 - 12 Schüler	Musikalische Früherziehung	75	Minuten
45,00 €	Einzelstunden	Musiktherapie	30	Minuten
32,00 €	Gruppe 5 - 10 Schüler	Instrumente gemäß Schulordnung	45	Minuten
39,00 €	Gruppe 5 - 10 Schüler	Instrumente gemäß Schulordnung	60	Minuten
37,00 €	Gruppe 3 - 4 Schüler	Instrumente gemäß Schulordnung	45	Minuten
42,00 €	Gruppe 3 – 4 Schüler	Instrumente gemäß Schulordnung	60	Minuten
42,00 €	Gruppe 2 Schüler	Instrumente gemäß Schulordnung	45	Minuten
42,00 €	Einzelunterricht	Instrumente gemäß Schulordnung	22,5 45	Minuten einzeln oder Minuten 14-tägig
52,00 €	Einzelunterricht	Instrumente gemäß Schulordnung	30	Minuten
75,00 €	Einzelunterricht		45	Minuten
100,00 €	Einzelunterricht		60	Minuten
39,00 €	Gruppe 3 - 5 Erwachsene	Instrumente gemäß Schulordnung	45	Minuten
43,00 €	Gruppe 3 - 5 Erwachsene	Instrumente gemäß Schulordnung	60	Minuten
45,00 €	Gruppe 2 Erwachsene	Instrumente gemäß Schulordnung	22,5 45	Minuten einzeln oder Minuten 14-tägig
59,00 €	Einzelunterricht für Erwachsene	Instrumente gemäß Schulordnung	30	Minuten
88,00 €	Einzelunterricht für Erwachsene	Instrumente gemäß Schulordnung	45	Minuten
Schüler, Studenten, Wehrpflichtige/Zivildienstleistende siehe Unterrichtsentgelte wie oben.				
38,00 €	Vorberufliche Fachausbildung	Zweifach	Gruppe 2 Schüler 22,5	Minuten
10,00 €	Gruppen- und Klassenunterricht	Ergänzungsfächer für Schüler ohne Hauptfachunterricht	alle Ensembles, Chöre, Orchester, Bands etc.	
<b>Instrumentenmiete</b>		<b>1. Jahr</b>	<b>2. Jahr</b>	<b>3. Jahr</b>
Instrument	bis 500,00 €	9,00 €	10,00 €	12,00 €
Instrument	von 500,00 € - 1.000,00 €	12,50 €	14,00 €	16,00 €
Instrument	von 1.500,00 € - 2.500,00 €	15,00 €	16,00 €	18,00 €
Instrument	über 2.500,00 €	17,50 €	19,00 €	22,00 €
1 Monatsentgelt	Bearbeitungsentgelt Schulvertragsaufhebung bei nicht fristgemäßer Kündigung. Für angefangene Monate gelten volle Entgeltsätze!			

## 1.2 Mietinstrumente

Bestimmte Musikinstrumente können von der Musikschule gemietet werden. Hierfür wird eine Miete abhängig vom Anschaffungswert und der Leihdauer von 9,00 Euro bis 22,00 Euro monatlich verlangt (siehe Tabelle).

Welche Instrumente vermietbar sind, bestimmt die Stadt Siegen. Näheres regelt der Mietvertrag. Die Mietdauer wird auf ein Jahr befristet.

## 1.3 Fälligkeit der Unterrichtsentgelte

Das Jahresentgelt ist in 12 monatlichen Teilbeträgen zu zahlen, die jeweils zum 15. des Monats fällig sind.

## 1.4 Bearbeitungsentgelt

Im Falle der einvernehmlichen vorzeitigen Aufhebung eines Schulvertrages, der nicht fristgemäß gekündigt wird, ist eine besondere Bearbeitungsgebühr zu zahlen. Sie beträgt ein Monatsentgelt.

## 1.5 Zahlungsart, Erfüllungsort

Alle Zahlungen sind an die Stadtkasse Siegen unter Angabe des Kassenz Zeichens zu überweisen; Bankeinzug wird empfohlen. Erfüllungsort für die Zahlungen ist Siegen.

## 2. Familien- und Mehrfach-Ermäßigung

Es wird eine Familien- und Mehrfach-Ermäßigung gewährt:

2. Fach: 15 %                      3. Fach: 20 %                      4. und weitere Fächer: 25 %

Hierbei gilt, dass das Fach mit dem höchsten Entgelt als erstes Fach zählt und die Fächer in absteigender Reihenfolge des Unterrichtsentgeltes sortiert werden. Ensemble- und Ergänzungsfächer sowie Instrumentenmiete sind von dieser Ermäßigung ausgeschlossen.

Wird bereits eine Sozialermäßigung gewährt, kann nicht zusätzlich eine Familien- und Mehrfach-Ermäßigung gewährt werden.

## 3. Ermäßigung aus sozialen Gründen

3.1 Für die Gewährung ist die soziale Lage des Zahlungspflichtigen maßgebend. Es erfolgt eine Einzelprüfung auf schriftlichen Antrag bei der Musikschule. Die Beurteilung der sozialen Lage richtet sich nach dem Verhältnis zwischen dem Haushaltseinkommen und der zu ermittelnden Summe, die sich aus den pauschalen Regelsätzen im Rahmen von SGB II bzw. SGB XII zuzüglich eines Zuschlags von 20 % und der Kaltmiete zusammensetzt.

- 3.2 Erreicht das Haushaltseinkommen des Zahlungspflichtigen nicht die zu ermittelnde Summe, so wird eine Ermäßigung in Höhe von 50 % eingeräumt.
- 3.3 Bezieht der Zahlungspflichtige Leistungen nach SGB II oder SGB XII ist für entgeltpflichtigen Unterricht ein Entgelt in Höhe von 10,00 Euro monatlich zu entrichten.
- 3.4 Von weiterer Bedeutung sind die Leistungen des Schülers gemäß geltender Schulordnung.
- 3.5 Anträge können auf entsprechendem Vordruck gestellt werden. Der Antragsmonat gilt als Ermäßigungsbeginn.
- 3.6 Inhaber des Siegener Ausweises erhalten beim Elementarunterricht 50 % Ermäßigung.
- 3.7 Die Sozialermäßigung gilt nicht für Instrumentenmiete und Bearbeitungsentgelt bei nicht fristgemäßer Kündigung.

#### **4. Begabten-Freistellen**

- 4.1 Bei außergewöhnlichen Leistungen in einem Instrumentalfach können Freistellen gewährt werden. Hierfür ist eine besondere künstlerische Begabung des Schülers maßgebend.
- 4.2 Von weiterer Bedeutung ist die soziale Lage des Zahlungspflichtigen.
- 4.3 Die leistungsmäßig in Frage kommenden Schüler werden zu Beginn des Schuljahres von der Schulleitung und der Fachleitung vorgeschlagen.

#### **5. Erstattungen**

Es wird eine Mindestanzahl von 35 Unterrichtsstunden pro Schuljahr garantiert. Bei Unterschreitung, verursacht durch die Musikschule, werden Entgelte in Höhe von 1/35 des jeweiligen Jahresentgeltes erstattet (Ferien und Feiertage zählen nicht als Unterrichtsausfall).

#### **6. Schlussbestimmung**

Diese Entgeltordnung tritt am 01.08.2014 in Kraft.  
Gleichzeitig tritt die Entgeltordnung vom 01.11.2011 außer Kraft.



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Institut Museen  
Bearbeitet von: Dr. Karin Kolb, David Koll

Siegen, 06.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	25.05.2022
Haupt- und Finanzausschuss	08.06.2022
Rat	15.06.2022

Kurzbezeichnung:

### **Änderung der Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die geänderte Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum gemäß Anlage.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Mit Wirkung vom 07.06.2017 trat die letzte Änderung der Entgeltordnung des Siegerlandmuseums in Kraft. Nach einem Zeitraum von 5 Jahren sind eine teilweise Erhöhung und Angleichung der Entgelte sowie eine Ergänzung der Satzung erforderlich. Die Anpassungen reagieren zum einen auf das Preisniveau, das vergleichbare Museen bzw. Museen im regionalen Umfeld für Besichtigungen und Führungen ansetzen, zum anderen auf die Notwendigkeit, das Siegerlandmuseum als außerschulischen Lernort zu stärken und zum dritten auf die Tatsache, dass in und nach der Pandemie verstärkte Bemühungen um die Gewinnung und Rückgewinnung des Publikums erforderlich sind.

## 1. Die Entgeltänderungen im Einzelnen:

## 1. Eintrittsentgelte für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss

	Preis alt	Preis neu
Erwachsene (Einzelpersonen)	3,50 €	5,00 €
Erwachsene (Einzelpersonen) bei Premium-Sonderausstellungen	4,00 €	Das bisherige Konzept der Unterscheidung von „Sonderausstellungen“ und „Premium-Sonderausstellungen“ entfällt.
Kinder ab 6 Jahre Jugendliche/Studenten bis 26 Jahre Schwerbehinderte Besitzer/innen der JuLeiKa	1,50 €	neue Preisgestaltung, siehe unten
Studierende bis 26 J./ Schwerbehinderte/ Besitzer/innen der JuLeiKa Besitzer/innen der Alumni-Card Universität Siegen (neu)	1,50 €	3,00 €
Erwachsene (in Gruppe ab 10 Personen)	2,50 €	4,00 €
Kinder ab 6 Jahre Jugendliche/Studenten bis 26 Jahre in Gruppe ab 10 Personen	1,00 €	entfällt für Kinder und Jugendliche; Studierende 4,00 €
Familien (Eltern mit Kindern von 6 bis 16 Jahren)	6,00 €	Da der Eintritt für Kinder und Jugendliche ab sofort kostenlos gewährt wird, ist das Angebot einer Familienkarte nicht mehr nötig bzw. das Eintrittsgeld pro Familie (2 Erwachsene à 5,- Euro, Kinder und Jugendliche kostenlos) vertretbar.
Kinder und Jugendliche bis einschließlich 18 J.	1,50 €	entfällt
Sonderöffnungszeiten pro angefangene Stunde pro erforderlicher Aufsichtskraft	35,00 €	Erläuterung s. „Vermietungen/ Sonderöffnungszeiten“

**2. Kombiticket**

(berechtigt zum Eintritt in das Siegerlandmuseum und das Museum für Gegenwartskunst Siegen).

Personenkreis	Preis
Erwachsene (Einzelpersonen)	7,50 €
Kinder ab 6 Jahre Jugendliche/Studenten bis 26 Jahre	4,90 €
Erwachsene in Gruppe ab 10 Personen	5,30 €
Kinder ab 6 Jahre Jugendliche/Studenten bis 26 Jahre in Gruppe ab 10 Personen	1,20 €
Familien (Eltern mit Kindern von 6 bis 16 Jahren)	13,60 €

**3. Museumsführungen**

	Preis alt	Preis neu
<b>3.1 Öffentliche Führungen</b> Führungen durch das Museum und Führungen durch die Fürstengruft (Führung inklusive Eintritt)	5,00 € (1,50 € zzgl. Eintritt 3,50 €; Führung durch das Museum) 8,00 € (Führung durch die Fürstengruft)	8,00 €
Kinder ab 6 J. und Jugendliche einschließlich 18 J.	1,50 € zzgl. Eintritt (Führung durch das Muse- um) 8,00 € (Führung durch die Fürstengruft)	4,00 €  (Kinder unter 6 J. können kostenlos teilnehmen)
<b>3.2 Individuelle Führungen</b> deutschsprachige Führung	35,00 €	55,00 €
fremdsprachige Führung	51,00 €	80,00 €
Bearbeitungspauschale für Führungen, die weniger als 24 Stunden vor dem ver- einbarten Führungstermin abgesagt werden  - in deutscher Sprache	15,00 €	35,00 €
- fremdsprachig	15,00 €	60,00 €

Führungen durch die Museumsleitung stellen ein besonderes Entgegenkommen des Museums dar und werden als spezielles Instrument der Gewinnung von Freunden und Förderern verstanden.

#### 4. Vermietungen/Sonderöffnungszeiten

	Preis alt	Preis neu
4.1 Kaffeestube im Oberen Schloss bei Bewirtung durch das Museum	50,00 €	Die Bewirtung durch das Personal des Siegerlandmuseums entfällt künftig; es werden lediglich die Speisen und Getränke während der regulären Öffnungszeiten angeboten.
4.2 Kaffeestube im Oberen Schloss bei externer Bewirtung	65,00 €	85,00 €
4.3 Spiegelsaal (ehem. Trauzimmer) Raummiete	50,00 €	150,00 €
Einrichtung (Bestuhlung oder Stehtische)	bisher nicht vorgesehen	75,00 €
4.4 Oraniersaal Raummiete (nur außerhalb der Öffnungszeiten)	75,00 €	150,00 €
Einrichtung (Konzert- bzw. Vortragsbestuhlung)	bisher nicht vorgesehen	100,00 €
zzgl. Gebühr für eine Aufsichtskraft pro angefangene Stunde (Sonderöffnung)	35,00 €	45,00 €
4.5 Multimediaraum/ Museumspädagogik	20,00 €	Anmietung nicht möglich, s. Erläuterungen.

#### 5. Sonderregelungen

5.1 Folgenden Personen wird freier Eintritt gewährt:

- a.) bis zu zwei erwachsenen Begleitpersonen für Schul- und Kindergartengruppen
- b.) Kindern und Jugendlichen bis einschließlich 18 Jahre (NEU)
- c.) Mitgliedern des Fördervereins des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e.V. mit einer Begleitperson

sowie Mitgliedern der folgenden Institutionen und Berechtigungen:

- d.) Inhaber/innen des Siegener Ausweises
- e.) Inhaber/innen der Ehrenamtskarte
- f.) Deutscher Museumsbund e.V.
- g.) ICOM (International Council of Museums)

5.2 An folgenden Tagen wird freier Eintritt für alle Besucherinnen und Besucher gewährt:

- a) Siegener Kunsttag
- b) Internationaler Museumstag
- c) Tag des offenen Denkmals

Weiterhin kann das Museum an drei weiteren Tagen im Jahr freien Eintritt für Alle gewähren.

Von dieser Entgeltordnung abweichende Regelungen können in Kooperationsverträgen oder aus Marketinggründen und zum Zwecke der Repräsentation durch die Museumsleitung im Einvernehmen mit dem zuständigen Beigeordneten getroffen werden.

### **Erläuterungen:**

#### **zu 1. Eintrittsentgelte für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss:**

Besonderes Augenmerk ist auf den kostenlosen Einlass für Kinder und Jugendliche gerichtet. Gerade für diese Zielgruppe, welche besonders von den Einschränkungen in der Pandemie betroffen wurde, sollen jegliche Hürden zur Wissensvermittlung abgebaut werden. Kompensiert werden soll der kostenlose Einlass durch ein leicht erhöhtes Entgelt für die erwachsenen Besucherinnen und Besucher, wobei auch weiterhin für sozial benachteiligte Personengruppen (Siegener Ausweis) die Möglichkeit des kostenlosen Museumserlebnisses bestehen bleibt.

Des Weiteren soll künftig durch das Mitwirken verschiedener kultureller Partner bei Aktionstagen mit vergünstigtem oder gar kostenlosem Eintritt die Möglichkeit eröffnet werden, ein breiteres Publikum für das Museum und das umfangreiche Angebot zu begeistern.

Auch im Vergleich zu ähnlich aufgestellten Museen und Institutionen ist festzustellen, dass die derzeitigen Preise in einem Missverhältnis zu Angeboten anderer Anbieter stehen, wie die beigefügte Anlage verdeutlicht.

Eine Anpassung der Entgelte ist im Rahmen der Marktangleichung daher unabdingbar und auch eng mit dem Vermittlungs- und Bildungskonzept des Siegerlandmuseums verknüpft. Insbesondere der freie Eintritt für Kinder und Jugendliche reagiert auf die institutionelle Aufgabe des Museums als außerschulischer Lernort und Bildungsinstitution. Das Vorgehen entspricht zeitgemäßer Museumsarbeit und wird bereits vielfach landes- und bundesweit praktiziert. In Nordrhein-Westfalen erhalten Kinder und Jugendliche bereits seit 2019 freien Eintritt in den Museen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Für die Museen des Landes Nordrhein-Westfalen befindet sich eine solche Regelung (freier Eintritt für Kinder und Jugendliche unter 21) auf Antrag der Landesregierung in Prüfung.

Den beigefügten Berechnungen ist zu entnehmen, dass durch die geplanten Anpassungen keine finanziellen Einbußen hinzunehmen sind. Gegenübergestellt wurden die Einnahmeausfälle durch den kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche und eine Preisangleichung bei den Entgelten für erwachsene Besucherinnen und Besucher.

Berechnungsgrundlage für diese Gegenüberstellung ist das zugrunde gelegte Besucheraufkommen der letzten fünf Jahre. Demnach kann prognostiziert werden, dass jährliche Mehreinnahmen von rund 5.800,00 € einkalkuliert werden könnten.

#### zu 2. Kombiticket:

Die Anpassung des Kombi-Tickets soll auf der Grundlage der genehmigten neuen Entgeltordnung in Absprache mit dem Museum für Gegenwartskunst erfolgen.

Dadurch bleiben die bisherigen Entgelte vorerst bestehen.

Eine Angleichung des Kombi-Tickets ist demnach erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Zur weiteren Preisgestaltung wurden bereits Vorgespräche mit Herrn Thiel, Direktor des Museums für Gegenwartskunst, geführt.

#### zu 3. Museumsführungen:

Weiterhin spricht die Tatsache, dass die in unmittelbarer Nähe verfügbaren Angebote für Führungen der Stadtmarketing Siegen GmbH und des Museums für Gegenwartskunst e.V. trotz deutlich höherer Preise angenommen werden, für die Anhebung der vorhandenen Sätze, auch wenn sich diese beiden Institutionen in finanzieller wie auch organisatorischer Sicht vom Siegerlandmuseum unterscheiden.

Eine Erhöhung der Teilnehmergebühren bei Führungen ist auch erforderlich, um die Aufwandsentschädigung für Museumsführerinnen und Museumsführer anzugleichen und aufzuwerten. Nur durch eine längst überfällige Angleichung bleibt das Siegerlandmuseum im Wettbewerb um diese Kräfte konkurrenzfähig und als Arbeitgeber für die Museumsführerinnen und Museumsführer in Siegen attraktiv. Auch für die Gewinnung neuer Museumsführerinnen und Museumsführer ist eine Angleichung der Gebühren unumgänglich. Des Weiteren muss die dargebotene Qualität der Führungen auch in finanzieller Sicht gewürdigt werden, auch wenn es sich eher um ein Ehrenamt handelt und der finanzielle Anreiz hier nachrangig zu behandeln ist. Dem Vergleich ist zu entnehmen, dass die angeglichenen Entgelte für Führungen durchaus angebracht sind, da andere Häuser weitaus höhere Entgelte für vergleichbare Angebote verlangen.

#### zu 4. Vermietungen/Sonderöffnungszeiten:

Einer Überprüfung unterzogen wurden neben Eintrittspreisen und Teilnahmegebühren auch die Miet- und Nutzungskosten für das Schlossgebäude. Dies vor dem Hintergrund einer in Teilen geänderten Nutzungskonzeption und unter dem Gesichtspunkt, die Refinanzierungsquote für die städtische Einrichtung zu erhöhen.

Zur Verfügung stehen wie bisher auch das Trauzimmer (zukünftig Spiegelsaal), der Oraniersaal und die Kaffeestube.

Das bisherige Trauzimmer (zukünftig Spiegelsaal) wurde im Jahr 2003 durch den Künstler Manfred Webel zum „Trauzimmer“ gestaltet, ist bisher in seiner Funktionalität wegen des spezifischen Ausstattungsprogramms eingeschränkt und nur für Trauungen angemessen nutzbar.

In diesem Rahmen kann die Räumlichkeit auch für Fotoaufnahmen angemietet werden. In den letzten fünf Jahren wurde dieses Angebot jedoch verhältnismäßig gering nachgefragt (durchschnittlich 3 Buchungen im Jahr).

Im Jahr 2022 wird im Rahmen der Neukonzeption des Siegerlandmuseums und anlässlich einer notwendigen Fenstersanierung das Trauzimmer (Spiegelsaal) zu einem multifunktionalen Festsaal und damit zum attraktiven Ort für festliche und öffentlichkeitswirksame Events wie exklusive Konzerte, Empfänge und Vorträge umgestaltet.

Durch die neuen Nutzungsmöglichkeiten wird erwartet, dass circa 10 Veranstaltungen im Jahr dort abgehalten werden können (Mehreinnahmen von 1.350,00 €/Jahr).

Der Oraniersaal soll weiterhin für externe Veranstaltungen, wie z.B. Firmenpräsentationen, Konzerte oder Vorträge, nutzbar sein. Die Anmietung ist jedoch aufgrund seiner Eigenschaft als musealer Raum und Teil der Dauerausstellung mit besonderen Bedingungen verknüpft (keine Bewirtung, Anmietung nur außerhalb der Öffnungszeiten).

Da die Nutzung des Oraniersaals mit Einschränkungen und daraus resultierenden höheren Kosten verbunden ist, wird vorerst davon ausgegangen, dass in diesen Räumlichkeiten 2 Veranstaltungen pro Jahr stattfinden werden.

Eine wesentliche Aufgabe des Siegerlandmuseums in der kommenden Zeit ist es, dass Bildungs- und Vermittlungsprogramm zu stärken und bedeutend zu erweitern. Dies setzt Räumlichkeiten voraus, in denen museumspädagogische Angebote wie Workshops stattfinden und Ergebnisse aktiv-kreativer Prozesse über bestimmte, auch längere Zeiträume hinweg präsentiert werden können. Für eine solche geplante museumspädagogische Nutzung ist im Siegerlandmuseum nur der bisherige Multimediaraum geeignet und denkbar, da nur er über die wesentlichen Voraussetzungen (angeschlossene Kucheneinrichtung, Möglichkeit des vom Museumsbetriebs unabhängigen Arbeitens) verfügt. Daher kann der Multimedia-raum künftig für Vermietungen nicht mehr bereitgestellt werden.

Die Anmietung der Kaffeestube außerhalb des regulären Betriebs wurde in der Vergangenheit kaum wahrgenommen. Demnach kann keine Aussage über eine potenzielle Erhöhung der Mieteinnahmen getroffen werden.

Die erhöhten Vermietungssätze für den Spiegelsaal, den Oraniersaal und die Kaffeestube begründen sich aus dem Vergleich mit den regionalen Museen bzw. vergleichbaren Häusern und Angeboten (s. Anlage).

#### zu 5. Sonderregelungen:

Zur Steigerung der Besucherzahlen und zur Anreizgestaltung für den Museumsbesuch sind zudem gemeinsame Marketingaktivitäten des Siegerlandmuseums und von KulturSiegen bei Kulturveranstaltungen im Innenhof des Siegerlandmuseums geplant. Hierbei sollen u.a. Eintrittsentgelte für den Museumsbesuch erlassen werden, um insbesondere bei Veranstaltungsreihen wie dem „Siegener Sommerfestival“ Potenziale zu bündeln und Synergieeffekte für beide Bereiche vollumfänglich auszuschöpfen. Die Veranstaltungen und ihre Ergebnisse sollen sorgfältig dokumentiert und auf die erwünschten Effekte hin evaluiert werden, um ggf. korrigierende Maßnahmen ergreifen zu können.

Für 15 Veranstaltungen im Jahr, bei denen das Siegerlandmuseum mit kulturellen Partnern wie KulturSiegen, der Universität Siegen, der Philharmonie Südwestfalen und dem Museum für Gegenwartskunst zusammenarbeitet und z.B. Veranstaltungen im Innenhof des Oberen Schlosses stattfinden, soll die Möglichkeit bestehen, stundenweise auf die Erhebung von

Eintrittsgebühren zu verzichten. Es handelt sich dabei um außergewöhnliche Marketingaktionen zur Bewerbung und zur Erhöhung des (seit Ausbruch der Pandemie) ausgesprochen geringen Besuchsaufkommens. Diese niederschweligen Angebote sollen auch Hemmnisse für den Museumsbesuch abbauen und neue Zielgruppen ansprechen, die mit den herkömmlichen Angeboten des Siegerlandmuseums noch nicht erreicht werden konnten. Insbesondere für 3 Veranstaltungen von KulturSiegen in Kooperation mit der Philharmonie Südwestfalen werden 40 Besucherinnen und Besucher erwartet. Bei dieser Gemeinschaftsaktion des Siegerlandmuseums und von KulturSiegen werden Mehreinnahmen von insgesamt 180,00 € erwartet, wobei eine Steigerung dieser Zahlen durchaus nach dem Etablieren dieser neuen Veranstaltungsreihe zu erwarten ist. Für die Berechnung zugrunde gelegt wird eine Mischkalkulation, wodurch das Siegerlandmuseum 1,50 € je Besucherin/Besucher erhält.

Entsprechend zeitgemäßer Museumsarbeit und im Sinne einer intensivierten Netzwerkarbeit gewährt das Siegerlandmuseum Mitgliedern der beiden wichtigsten Museumsverbänden (Deutscher Museumsbund, ICOM) freien Eintritt.

#### Fazit:

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei einer gleichbleibenden Frequentierung der Angebote des Siegerlandmuseums die geplanten Anpassungen in der Entgeltordnung des Siegerlandmuseums Mehreinnahmen von 7.830,00 € erwarten lassen. Dieser Wert wird sich voraussichtlich bei einer Erhöhung der Besucherzahlen aufgrund der anstehenden Maßnahmen im Rahmen der Neukonzeption noch steigern.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

#### **Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 7.830,00 € Mehreinnahmen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 04050100 Sachkonto 4461001
--	---	-------------------------------	----------------------------------	---

#### **Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b> <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b> <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
--	--	---	--



<input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung		
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i.A.

gez.

Dr. Karin Kolb  
Institutsleiterin & Museumsdirektorin

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Recherche Eintrittsgelder](#)
2. [Berechnung Eintrittsausfälle-Mehreinnahmen neue Entgeltordnung des Siegerland-museums](#)
3. Anlage Entgeltordnung Siegerlandmuseum

Name des Museums, Ort	Eintrittspreis Erw.	Eintrittspreis erm.	Kinder/Jugendliche	Tage mit freiem Eintritt	Vermietung	Führungen
LWL-Museum für Kunst und Kultur Münster	9,-	4,5	frei bis einschl. 17 J.	jeden 2. Freitag/Monat, 18-24h		
Sauerland-Museum Arnsberg	8,-	4,-			Blauer Saal: 100,- plus MWSt; Raum Arnsberg (50qm): 150,-; Raum Sauerland (170qm): 150,-; Raum Westfalen (300qm): 800,-	120,00-160,00 € (inkl. Eintritt)
Technikmuseum Freudenberg	6,-		3,-			35,00 € (zzgl. Eintritt)
Museen Burg Altena	6,-	3,5		Karfr., 26.12., Tag des Museums, Tag des Denkmals,		45,00 € (zzgl. Eintritt)
Hessisches Landesmuseum Darmstadt	6,-	4,-	frei bis 18 J.			70,00 € deutsch (zzgl. Eintritt) 80,00 € fremdsprachig (zzgl. Eintritt)
MGK, Siegen	5,9	4,6			Vortragssaal (pauschal): 150,- Museumsfoyer: bis 23h: 500,- nach 23h: +80,-/h	60,00 € (zzgl. Eintritt)
Museum für Kunst und Kulturgeschichte Marburg	5,-	3,-	frei bis 18 J.			
Museum Wilnsdorf	4,-	3,-				
Westpreußisches Landesmuseum Warendorf	4,-	2,5				30,00 € deutsch (60 min) 45,00 € deutsch (90 min)  35,00 € fremdsprachig (60 min) 52,50 € fremdsprachig (90 min)
Südsauerlandmuseum Attendorn	3,-	1,5	1,-			60,00 €
Stadtmuseum Paderborn	2,5 (+1,5)	2,- (+1,-)	Kinder bis 12 und Schulklassen frei			55,00 € (inkl. Eintritt)
Museen der Stadt Lüdenscheid/Geschichtsmuseum	5,-	Wechselausst. 2,50	1,50 inkl. Führung			k.A. zu privaten Führungen

## Gegenüberstellung Einnahmeausfälle "Eintritt Kinder/Jgdl." und "Eintritt Erwachsene"

Mehreinnahmen Eintritt/Gruppen Erwachsene Ø Jahr 6.797,70 €

Einnahmeausfälle Eintritt/Gruppen Jugendliche Ø Jahr 956,70

**Ergebnis 5.841,00 €**

	Verkaufspreis	Gesamtanzahl	Einnahmen bisher	Einnahmen nach Preisanpassungen	Verlust/ Mehreinnahmen	
2017						
Eintritt Jugendliche	1,50 €	649	973,50 €	0,00 €	-973,50 €	
Gruppe Jugendliche	1,00 €	150	150,00 €	0,00 €	-150,00 €	
Eintritt Erwachsene	3,50 €	4474	15.659,00 €	22.370,00 €	6.711,00 €	
Gruppe Erwachsene	2,50 €	861	2.152,50 €	4.305,00 €	2.152,50 €	7.740,00 €

	Verkaufspreis	Gesamtanzahl	Einnahmen bisher	Einnahmen nach Preisanpassungen	Verlust/ Mehreinnahmen	
2018						
Eintritt Jugendliche	1,50 €	589	883,50 €	0,00 €	-883,50 €	
Gruppe Jugendliche	1,00 €	545	545,00 €	0,00 €	-545,00 €	
Eintritt Erwachsene	3,50 €	4299	15.046,50 €	21.495,00 €	6.448,50 €	
Gruppe Erwachsene	2,50 €	950	2.375,00 €	4.750,00 €	2.375,00 €	7.395,00 €

	Verkaufspreis	Gesamtanzahl	Einnahmen bisher	Einnahmen nach Preisanpassungen	Verlust/ Mehreinnahmen	
2019						
Eintritt Jugendliche	1,50 €	651	976,50 €	0,00 €	-976,50 €	
Gruppe Jugendliche	1,00 €	152	152,00 €	0,00 €	-152,00 €	
Eintritt Erwachsene	3,50 €	4161	14.563,50 €	20.805,00 €	6.241,50 €	
Gruppe Erwachsene	2,50 €	881	2.202,50 €	4.405,00 €	2.202,50 €	7.315,50 €

	Verkaufspreis	Gesamtanzahl	Einnahmen bisher	Einnahmen nach Preisanpassungen	Verlust/ Mehreinnahmen	
2020						
Eintritt Jugendliche	1,50 €	386	579,00 €	0,00 €	-579,00 €	
Gruppe Jugendliche	1,00 €	0	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Eintritt Erwachsene	3,50 €	2486	8.701,00 €	12.430,00 €	3.729,00 €	
Gruppe Erwachsene	2,50 €	120	300,00 €	600,00 €	300,00 €	3.450,00 €

	Verkaufspreis	Gesamtanzahl	Einnahmen bisher	Einnahmen nach Preisanpassungen	Verlust/ Mehreinnahmen	
2021						
Eintritt Jugendliche	1,50 €	298	447,00 €	0,00 €	-447,00 €	
Gruppe Jugendliche	1,00 €	77	77,00 €	0,00 €	-77,00 €	
Eintritt Erwachsene	3,50 €	2269	7.941,50 €	11.345,00 €	3.403,50 €	
Gruppe Erwachsene	2,50 €	170	425,00 €	850,00 €	425,00 €	

## Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum

### 1. Eintrittsentgelte für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss

Erwachsene (Einzelpersonen)	5,00 €
Erwachsene (in Gruppe ab 10 Personen)	4,00 €
Studierende bis 26 J.	
Schwerbehinderte	
Besitzer/innen der JuLeiKa	
Besitzer/innen der Alumni-Card Universität Siegen	3,00 €

### 2. Kombiticket

(berechtigt zum Eintritt in das Siegerlandmuseum und das Museum für Gegenwartskunst Siegen)

Erwachsene (Einzelpersonen)	7,50 €
Kinder ab 6 Jahre	
Jugendliche/Studierende bis 26 Jahre	4,90 €
Erwachsene in Gruppe ab 10 Personen	5,30 €
Kinder ab 6 Jahre	
Jugendliche/Studierende bis 26 Jahre	
in Gruppe ab 10 Personen	1,20 €
Familien	
(Eltern mit Kindern von 6 bis 16 Jahren)	13,60 €

### 3. Museumsführungen

3.1 Öffentliche Führungen	
Führungen durch das Museum und	
Führungen durch die Fürstengruft	
(Führung inklusive Eintritt)	8,00 €
Kinder ab 6 J. und Jugendliche einschließlich 18 J.	4,00 €
(Kinder unter 6 J. können kostenlos teilnehmen)	

3.2 Individuelle Führungen	
a) deutschsprachige Führung	55,00 €
b) fremdsprachige Führung	80,00 €
c) Bearbeitungspauschale für Führungen, die weniger als 24 Stunden vor dem vereinbarten Führungstermin abgesagt werden	
- in deutscher Sprache	35,00 €
- fremdsprachig	60,00 €

#### 4. Vermietungen/Sonderöffnungszeiten

4.1 Spiegelsaal	
Raummiete	150,00 €
Einrichtung (Bestuhlung oder Stehtische)	75,00 €
4.2 Oraniersaal	
Raummiete (nur außerhalb der Öffnungszeiten)	150,00 €
Einrichtung (Konzert- bzw. Vortragsbestuhlung)	100,00 €
zzgl. Gebühr für eine Aufsichtskraft pro angefangener Stunde	45,00 €
4.3 Kaffeestube	
bei externer Bewirtung außerhalb der Öffnungszeiten	85,00 €

#### 5. Sonderregelungen

- 5.1 Folgenden Personen wird freier Eintritt gewährt:
- a.) bis zu zwei erwachsenen Begleitpersonen für Schul- und Kindergartengruppen
  - b.) Kindern und Jugendlichen bis einschließlich 18 Jahre
  - c.) Mitgliedern des Fördervereins des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e. V. mit einer Begleitperson

Mitglieder der folgenden Institutionen und Berechtigungen:

- d.) Inhaber/innen des Siegener Ausweises
- e.) Inhaber/innen der Ehrenamtskarte
- f.) Deutscher Museumsbund e.V.
- g.) ICOM (International Council of Museums)

- 5.2 An folgenden Tagen wird freier Eintritt für alle Besucherinnen und Besucher gewährt:

- a) Siegener Kunsttag
- b) Internationaler Museumstag
- c) Tag des offenen Denkmals

Weiterhin kann das Museum an drei weiteren Tagen im Jahr freien Eintritt für Alle gewähren.

5.3 Von dieser Entgeltordnung abweichende Regelungen können in Kooperationsverträgen oder aus Marketinggründen und zum Zwecke der Repräsentation durch die Museumsleitung im Einvernehmen mit dem zuständigen Beigeordneten getroffen werden.

## **6. Inkrafttreten**

Diese Entgeltordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die am 25.11.2017 in Kraft getretene Entgeltordnung außer Kraft.

Steffen Mues  
Bürgermeister

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: GB 2 + GB 4

Siegen, 10.05.2022

Bereich: Kulturförderungen und -veranstaltungen

Bearbeitet von: Astrid Schneider + Lars Ole Daub

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>24.05.2022</b>
<b>Kulturausschuss</b>	<b>25.05.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>08.06.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>15.06.2022</b>

Kurzbezeichnung:

### Konzept zur Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes 2022

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Konzept zum Klimaneutralen Stadtfest 2022 zur Kenntnis und beschließt, für die Einrichtung eines entgeltfreien ÖPNV-Veranstaltungstickets als Anreiz für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs den Betrag von 21.400 Euro netto Euro zur Verfügung zu stellen sowie den Finanzbedarf für die zu bilanzierenden Kompensationskosten der diesjährigen Veranstaltung.

#### Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat die Verwaltung in seiner Sitzung vom 26.2.2020 beauftragt, ein Konzept für die Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes zu erstellen. Die Stadtfeste 2020 und 2021 mussten pandemiebedingt abgesagt werden.

Für 2022 geht die Verwaltung davon aus, dass für die Durchführung von Großveranstaltungen im öffentlichen Raum keinerlei Beschränkungen mehr im Hinblick auf Besucherzahlen und Kontrollen von Impf- und Testnachweisen bestehen werden. Unter dieser Annahme laufen die Planungen für das Siegener Stadtfest am Wochenende des 26. – 28. August 2022.

Die Veranstaltung wird sich, wie in den Jahren zuvor, über die gesamte Innenstadt entlang der Achsen Bahnhofstraße, Kölner Straße, Markt bzw. Kölner Tor und Sandstraße zwischen Einmündung Obergraben und Einmündung Hindenburgstraße erstrecken.

Vorgesehen ist der Aufbau von vier Bühnen und zwar an den Standorten Siegbücke, Kölner Tor, Sandstraße sowie Schlossplatz. Eine Spielfläche für Straßentheater wird sich auf dem Marktplatz befinden. Die Spielzeiten für das Programm aus musikalischen Darbietungen, Tanz, Artistik und Comedy lauten:

Freitag:	19.00 Uhr bis 23.00 Uhr (Straßentheater auf dem Scheinerplatz 18-19 Uhr)
	(Schlossplatz bis 24 Uhr)
Samstag:	13.00 Uhr bis 23.00 Uhr (Schlossplatz bis 24 Uhr)
Sonntag:	12.30 Uhr bis 18.00 Uhr (Siegbücke bis 20 Uhr)

Die Gastronomiestände schließen jeweils 1 Stunde nach Ende des Bühnenprogramms.

Am Samstag und Sonntag sind neben den Bühnen und Gastronomieständen auf dem oben beschriebenen Veranstaltungsgelände Verkaufs-, Informations- und Aktionsstände in Betrieb und zwar an beiden Tagen bis 18.00 Uhr. (Samstag bis 19 Uhr und Sonntag bis 18 Uhr)

Zum Stadtfest 2022 werden zwischen 70.000 (niedrigster Wert 2018) und 130.000 Besucher (höchster Wert 2016) erwartet. Eine verhaltene Publikumsresonanz in Folge der Pandemie ist ebenso denkbar wie ein hohes Besucheraufkommen nach Aufhebung aller Einschränkungen. Ein Mittel von 100.000 Besuchern wird rechnerisch zugrunde gelegt, sofern Kalkulationen anzustellen sind.

Das kalkulierte Budget für das Stadtfest beläuft sich auf 200.000 Euro. Darin nicht enthalten sind die Personalkosten der Stadt Siegen.

Finanziert wird das Stadtfest wie folgt:

Einnahmen aus Sponsoring	94.000 Euro
Einnahmen aus Vermietung / Verpachtung	60.000 Euro
Einnahmen aus Becherverkauf	26.000 Euro
Programmkosten aus Kulturetat Stadt	20.000 Euro
<hr/>	
<b>Gesamt</b>	<b>200.000 Euro</b>

#### Ansatzpunkte für Klimaneutralität

Aufgrund der pandemiebedingten Ausfälle von Festen und Märkten in den beiden Vorjahren wurde aus Rücksicht auf die Standbetreibenden in diesem Jahr zunächst ein weniger restrikt-

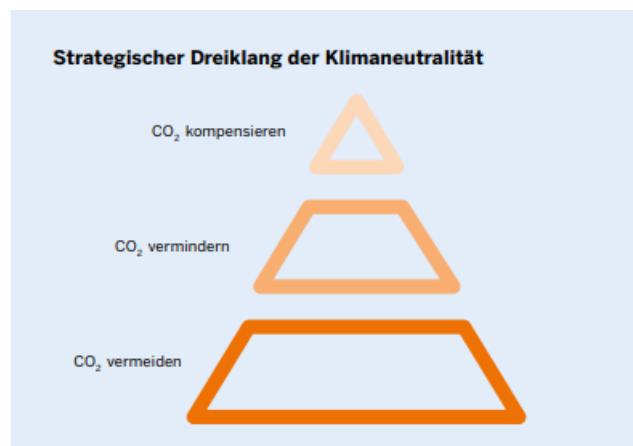


tiver Ansatz (Vorgaben und Auflagen), sondern eine mehr offene und informierende Herangehensweise an eine klimaneutrale Durchführung des Siegener Stadtfestes gewählt.

In Abstimmung zwischen der Abteilung Kultur und der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen wurden folgende Ansatzpunkte zur Erreichung von Klimaneutralität für das diesjährige Stadtfest identifiziert und verfolgt:

### Handlungsfelder

*„**Vermeiden – Vermindern – Kompensieren** - Dahinter steht der Gedanke, ein möglichst hohes Reduktionspotenzial durch gezielte Maßnahmen zu erreichen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß entweder ganz vermeiden, oder zumindest deutlich mindern. Erst wenn diese Potenziale ausgeschöpft sind, sollte über eine Kompensation für die Rest-Emissionen nachgedacht werden. Oftmals geht dies in der Praxis Hand in Hand.“* (EnergieAgentur.NRW, 2021)



Quelle: EnergieAgentur.NRW, 2021

Treibhausgasemissionen entstehen überall und in vielen Bereichen einer städtischen Großveranstaltung. Erwartbar ist, dass die Emissionen im Bereich Mobilität und Abfall am größten sein werden.

Alle Standbetreibenden haben im Vorfeld eine Information auf die klimaneutrale Veranstaltungsdurchführung mit Auflagen und Tipps bekommen.

1. Müllvermeidung
2. Energie und Wasser
3. Mobilität / Anreize zur Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs
4. Information / Kommunikation
5. CO<sub>2</sub>-Bilanz und Kompensation

### Zu 1) Müllvermeidung

Die Verpflegung aller an einem Stadtfest Beteiligten und Besuchenden ist klimarelevant. Dies gilt sowohl für die Auswahl von Speisen, Getränken und oder bspw. Produkten als auch für deren Beschaffung und deren Verkauf. Zur Abfallvermeidung wird die Veranstalterin im Genehmigungsverfahren per Gestattung verpflichtet. Zu verwenden ist demnach Mehrweggeschirr, essbares oder kompostierbares Geschirr. Das Stadtfest arbeitet mit einem Bechersystem, also Plastikbehältnissen, die vom Kunden gekauft, mitgenommen und wiederverwendet werden können.

Des Weiteren wird auf umfangreich gedruckte Werbe- und Kommunikationsmaterialien etc. verzichtet und in der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit auf die begleitende Homepage mit ihren Informationsmaterialien hingewiesen.

Alle Standbetreibenden erhielten Hinweise zur nachhaltigen Beschaffung, dem Betrieb und der Abfallvermeidung (siehe Anhang).

## **Zu 2) Energie und Wasser**

Ein Stadtfest ohne Licht, Ton, Wärme oder Wasserverbrauch ist nicht durchführbar. Auch hier gilt vermeiden und vermindern.

- Die Stromanschlüsse für Bühnen und Stände werden von einem zu beauftragenden, externen Dienstleister gelegt. Die städtisch genutzten Stromentnahmestellen werden über den SVB Rahmenvertrag mit Ökostrom beliefert.
- Die restlichen drei Entnahmestellen sind dabei die von Westenergie betriebenen Stromkästen/Kirmeszählern im öffentlichen Raum. Hier wird mit dem Stromnetzbetreiber eine Ökostromversorgung angestrebt.
- Der Stromverbrauch wird über eine Pauschale, die Gegenstand des Pachtvertrags ist, mit den Strombeziehern (Standbetreibenden) abgerechnet, wobei sich die Pauschale nach der im Vorfeld anzugebenden Größenordnung des Strombezugs richtet. Diese Pauschale wird unter Berücksichtigung der Festlegung auf Grünen Strom und der allgemeinen Strompreisentwicklung leicht angehoben.
- Verwendung von LED-Leuchtmitteln zur Werbung und Dekoration etc. (Siehe Anhang).

## **Zu 3) Mobilität Angebote schaffen für den Umstieg**

Mobilität umfasst alle Wegstrecken, die bei An- und Abreise aller Teilnehmenden und Besuchenden sowie alle Wege die am Veranstaltungsort gemacht werden (Logistik vor Ort, Materialanlieferung etc.). Ziel muss es sein, die Klimabelastungen durch die Mobilität, vorrangig durch die Vermeidung von Wegstrecke zu reduzieren. Aufgrund der Lage, Topographie und der bisher gelernten Verhaltensmuster der Bewohnerinnen und Bewohner der Region stellt der An- und Abreiseverkehr der Teilnehmenden, Kunstschaffenden, Ausstellenden etc. des Siegener Stadtfests 2022 erfahrungsgemäß die wesentliche Treibhausgasquelle dar. Deshalb muss es das Ziel sein eine ökologische und effiziente Gestaltung von Anfang an in den Fokus zu nehmen, um den Verkehr möglichst auf klimaschonende Verkehrsmittel wie den ÖPNV, das Fahrrad oder das Zufußgehen zu verlagern. Gleichzeitig werden auch Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner zum Beispiel durch Lärm minimiert. Dies bedarf der politischen Steuerung durch bspw. Verkehrsberuhigung der Kernstadt und der klaren Bevorzugung des ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehre:

Maßnahmen zur verträglichen Verkehrsgestaltung sind:

- **Hauptveranstaltungsorte sind auf die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ausgerichtet**
- **Kostenfreier, bewachter Parkraum für Fahrräder und E-Bikes am Herrengarten – nächste Nähe zu den Veranstaltungshotspots – wird angeboten**
- **Park-and-ride-Angebot für PKW mit Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz**
- **Entgeltfreies ÖPNV-Angebot schaffen**
- **Verkehrssteuerung des Individualverkehrs mit Parkleitsystem**
- **Umfassende Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit im Vorfeld über umweltverträgliche Verkehrsmittel → Prinzip der „kurzen Wege“, Anreise- und Wegbeschreibungen, Fahrpläne etc.**

Die signifikanteste Wirkung auf die Klimaneutralität ist nach Meinung der Verwaltung über Einsparungen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Individualverkehrs zu erreichen. Zwei Hebel können hier angesetzt werden: Die Verteuerung des Parkraums am Veranstaltungswochenende und / oder ein Anreizsystem zur Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs.

Die Verwaltung spricht sich dafür aus, lediglich das letztere Instrument, also die Vergünstigung des ÖPNV, anzuwenden und hat deshalb mit der Wern Group als Eigentümerin der Verkehrsbetriebe Südwestfalen Verhandlungen geführt.

Mit folgenden Zielvorgaben ist die Verwaltung in die Verhandlungen eingetreten:

1. Am Veranstaltungswochenende (26. – 28.8.) soll die Nutzung des ÖPNV für die Besuchenden aus dem Stadtgebiet von Siegen und dem nahen Einzugsbereich in einem Radius von ca. 15 km entgeltfrei sein.
2. Die Besuchenden sollen durch den Service eines engen Verkehrstakts in den veranstaltungsrelevanten Zeiten dazu animiert werden, mit dem Bus zur Veranstaltung zu gelangen.
3. Durch zusätzliche Busse (außerhalb des regulären Fahrplans) sollen die Besuchenden die Möglichkeit haben, nach Veranstaltungsende den Heimweg anzutreten.

Von Seiten der VWS wurde deutlich gemacht, dass aus organisatorischen Gründen kein eigens zu fertigendes Veranstaltungsticket für das Stadtfest in Betracht kommt. Vielmehr müsse das entgeltfreie Angebot an dem besagten Wochenende auch für den regulären Linienverkehr gelten.

Auf dieser Basis wurde seitens der VWS ein Verkehrskonzept ausgearbeitet und kalkuliert, das mehrere Überarbeitungsstufen durchlief, um das Kosten-/Nutzenverhältnis zu optimieren.

Zuletzt wurde auf Hinweis der Verwaltung das Faktum in die Kalkulation eingearbeitet, dass bis einschließlich August 2022 von allen das vom Bund subventionierte 9-Euro-Ticket erworben werden kann. Hier erfolgt in der Kommunikationsstrategie eine ausführliche Bewerbung.

Im Ergebnis liegt ein ausgearbeiteter Fahrplan vor, der folgende Sonderlinien bedient:

Siegen -> Geisweid -> Kreuztal

Siegen -> Netphen (wechselweise via Deuz oder Dreis-Tiefenbach)

Siegen -> Freudenberg

Siegen -> Siegen-Süd/Achenbach

Siegen -> Siegen-Süd > Wilnsdorf -> Burbach/Neunkirchen

Die Sonderlinien mit verdichtetem Takt verkehren zu folgenden Zeiten:

FR 18-20 Uhr / 22-24 Uhr

SA 18-20 Uhr / 22-24 Uhr

SO 13-16 Uhr / 18-21 Uhr

Die Nachtbusse verkehren wie folgt:

N1 Siegen -> Kreuztal = 01:10 02:10 03:10

N2 Siegen -> Gosenbach = 00:10 01:10 02:10

N4 Siegen -> Freudenberg = 00:10 01:10 02:10

N5 Siegen -> Netphen = 01:10 02:10

N6 Siegen -> Wilnsdorf = 00:10 01:10 02:10

Die Mitfahrt auf den Sonderlinien zu den genannten Zeiten ist für jedermann kostenlos und zwar ohne im Besitz eines Fahrausweises zu sein. Außerhalb der Sonderfahrten zum Siegener Stadtfest gilt das 9-Euro-Ticket als Fahrausweis oder ein zum regulären Preis erworbenes Einzelticket.

Für den zusätzlichen Transportservice mit verdichtetem Takt und dem Einsatz von Nachtbussen außerhalb des regulären Fahrplans bringt die VWS einen Betrag von

**21.400 Euro netto**

in Ansatz.

Der genannte Betrag steht im Budget des Siegener Stadtfests nicht zur Verfügung. Für die Umsetzung ist er aus dem städtischen Haushalt bereitzustellen. Die Verwaltung schlägt vor, die Mittel aus A140101001 ; Kostenstelle 400010 vom Sachkonto 5291800 für Maßnahmen des Klimaschutzes zu nutzen. Eine Deckung ist gegeben.

Sofern der Beschluss nach Vorlage gefasst wird und der entgeltfreie ÖPNV zum Tragen kommt, wird dieser Serviceleistung in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für das Stadtfest ein besonderer Stellenwert eingeräumt.

Zu 4) Information / Kommunikation

Ein weiterer wesentlicher Faktor bei der Durchführung des ersten klimaneutralen Stadtfestes ist die frühzeitige und umfängliche Kommunikation der Ziele und Maßnahmen in der Öffentlichkeit und bei allen Beteiligten.

Ebenfalls werden gezielt Ausstellende beim Stadtfest über Klimaschutz, nachhaltige Mobilitätslösungen, regionale Erzeugung etc. informieren bzw. angefragt

→ Umfassende Öffentlichkeitsarbeit: Das Ziel, die Veranstaltung nachhaltig und erstmalig „Klimaneutral“ durchzuführen wird zusammen mit den vorgesehenen Maßnahmen frühzeitig öffentlich kommuniziert

→ Information aller Anbietenden/Darstellenden über die Vorgaben und Empfehlungen (Zielsetzungen aus den einzelnen Themenfeldern)

→ Information der Teilnehmenden über die Zielsetzung der Klimaneutralität der Veranstaltung

→ Qualitative und quantitative Wirkungsmessung – Evaluation zu durchgeführten Maßnahmen (Dokumentation)

→ Auswertung der erhobenen Daten

→ Kommunikation der ausgewerteten Daten

#### Zu 5) CO<sub>2</sub>-Bilanz und Kompensation

Um Aussagen über den Ausstoß bzw. die Einsparungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen des klimaneutralen Stadtfestes machen zu können wird die Ermittlung der CO<sub>2</sub>-Emissionen über den [Eventrechner des Umweltbundesamtes \(https://uba-event-free.co2ckpit.de/de\\_DE/footprint/\)](https://uba-event-free.co2ckpit.de/de_DE/footprint/) erfolgen.

Das Prinzip der Kompensation beruht auf dem Gedanken, unvermeidbare und oder nicht reduzierbare Emissionen an anderer Stelle auszugleichen. Sie darf nicht als Greenwashing oder als Freikaufen verstanden werden, sondern betrifft die nichtvermeidbaren Emissionen. Sie ist sozusagen der letzte Schritt des Minderungskonzeptes auf dem Weg zu klimaneutralen, nachhaltigen Veranstaltungen. Die Kompensation erfolgt auf verschiedenen Wegen, es werden lokale Projekte bevorzugt, jedoch können Kompensationszahlungen auch für Klimaschutzprojekte andernorts eingesetzt werden sofern diese entsprechende Zertifizierungen nachweisen (bspw. den Gold-Standard).

Hintergrund: [https://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Factsheet\\_Freiwillige-Kompensation.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](https://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Factsheet_Freiwillige-Kompensation.pdf?__blob=publicationFile&v=12)

Die unvermeidbaren Emissionen werden durch den oben genannten Eventrechner durch die Stabsstelle bilanziert und im Anschluss kompensiert.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
21.400				

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 400010 Sachkonto 5291800
--	--	-------------------------------	----------------------------------	---

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

i. V.

gez.

Arne Fries  
StadtratHenrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage zur Allgemeine Vorlage VL 920/2022](#)

## **Klimaneutrales Stadtfest Siegen 2022- Auflagen & Tipps für Standbetreibende**

### **VERBINDLICHE AUFLAGEN:**

- Kein Plastikgeschirr !!! Keine Einwegbecher !!!
- Nur noch recycelte (Bio-)Servietten verwenden
- Nur noch (Pommes)Gabeln und Messer aus Holz und kompostierbare Schalen verwenden
- Nur noch Papier-Strohhalme verwenden (kein PLASTIK)
- Keine Saucen in Einwegverpackungen

### **EMPFEHLUNGEN:**

#### **Energie & Wasser**

- bedarfsgerechter Einsatz effizienter LED-Beleuchtung (nur während der Betriebszeit, wenn erforderlich)
- Ausschalten von nicht benutzten Geräten (schaltbare Steckdosenleisten, etc.)
- Monitoring und Evaluation des Energiebedarfs zur Ermittlung von Einsparpotenzialen
- Heizpilze und Standheizungen vermeiden
- im Falle von Notstrombedarf Verzicht auf Benzin-/Dieselgeneratoren, stattdessen Batterie-speicher
- Sparsamer Wasserverbrauch (z. B. Verwendung von Regenwasser als Brauchwasser, Sparauf-sätzen an Wasserhähnen, wassersparenden Spülmaschinen, dichten Schläuchen)
- biologisch abbaubare Spül- und Reinigungsmittel nutzen
- Nutzung von Fettabscheidern zur Trennung von Fetten und Ölen vom Abwasser

#### **Catering**

- bevorzugt fleischreduzierte oder vegetarische Mahlzeiten anbieten
- Produkte aus regionalem, saisonalen und ökologischem Anbau sowie fairem Handel (z. B. Kaffee, Tee, Säfte) verstärkt anbieten (achten Sie auf Zertifikate wie zum Beispiel EU-Bio-Siegel oder Fairtrade bei der Auswahl von Lebensmitteln)
- Vermeidung von Lebensmittelabfällen (Bedarf gut kalkulieren), fachgerechte Entsorgung von Lebensmitteln über die gewerbliche Speiseresteentsorgung
- Leitungswasser als Getränkealternative anbieten

#### **Abfall**

- Abfallvermeidung, Mülltrennung und Sammlung von Wertstoffen
- Einsatz von Mehrweggeschirr (falls Einweggeschirr nicht vermeidbar ist, dann muss dieses idealerweise recycle- oder kompostierbar sein)
- Positionierung von Abfallbehältern an Essens- und Verkaufsständen
- Verpflichtung der Lieferanten zur Wiedermithnahme von Verpackungen
- Einheitliches Pfand- und Rückgabesystem (gleiche Beträge verwenden)
- Anbieten von langlebigen Tragetaschen (KEIN PLASTIK)
- Produkte aus nachhaltigen Ressourcen/nachhaltigem Anbau sowie recycelte und recycelbare Produkte anbieten
- emissionsarmen Lieferverkehr und kurze Transportwege priorisieren

#### **Personal**

- bei Übernachtungen entsprechende Umweltstandards sowie Zertifizierungen berücksichti-gen (die Dehoga zeichnet umweltbewusste Unternehmen mit seinem Umweltcheck aus)
- wenn möglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahn, Bus etc.) an- und abreisen, ansonsten Fahrgemeinschaften bilden





## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Kämmerei  
Bearbeitet von: 3/1 - Kämmerei

Siegen, 24.05.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss**

**08.06.2022**

**Rat**

**15.06.2022**

Kurzbezeichnung:

**Haushalt 2021 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2021 Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Aus heutiger Sicht gehe ich davon aus, dass der endgültige Jahresabschluss 2021 Ende 2022 vorgelegt wird.

Das vorläufige Jahresabschlussergebnis des Haushaltsjahres 2021 stellt sich wie folgt dar:

a) Ergebnisrechnung (in Mio. €):

Ertrags- und Aufwandsarten	ANSATZ 2021	Ergebnis 2021	Abweichung
Steuern und ähnliche Abgaben	141,0	160,1	19,1
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	112,5	113,4	0,9
Sonstige Transfererträge	1,5	2,1	0,6
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27,8	27,8	0,0
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5,6	4,6	-1,0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8,1	9,2	1,1
Sonstige ordentliche Erträge	9,5	13,6	4,1
Aktivierete Eigenleistungen	0,8	1,0	0,2
<b>ORDENTLICHE ERTRÄGE</b>	<b>306,8</b>	<b>331,8</b>	<b>25,0</b>
Personal- und Versorgungsaufw.	86,9	88,5	1,6
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	49,4	43,7	-5,7
Bilanzielle Abschreibungen	22,1	24,0	1,9
Transferaufwendungen	154,5	159,1	4,6
Sonstige ordentliche Aufwendungen	12,2	13,6	1,4
<b>ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN</b>	<b>325,1</b>	<b>328,9</b>	<b>3,8</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-18,3</b>	<b>2,9</b>	<b>21,2</b>
Finanzerträge	5,0	5,3	0,3
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4,6	7,2	2,6
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0,4</b>	<b>-1,9</b>	<b>-2,3</b>
ERTRÄGE INSGESAMT	311,8	337,1	25,3
AUFWENDUNGEN INSGESAMT	329,7	336,1	6,4
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-17,9</b>	<b>1,0</b>	<b>18,9</b>
zzgl. "Corona-Schaden", Covid 19-Isolation = außerordentlicher Ertrag	14,0	0,0	-14,0
<b>JAHRESERGEBNIS</b>	<b>-3,9</b>	<b>1,0</b>	<b>4,9</b>

Derzeit wird davon ausgegangen, dass das Jahresergebnis 2021 rd. + 1 Mio. € beträgt und insgesamt eine **Verbesserung** von **rd. 5 Mio. €** aufweist.

Ordentliches Ergebnis

## 1. Ordentliche Erträge

Die Mehrerträge bei Steuern und Abgaben resultieren vorrangig aus der Gewerbesteuer. Hier wurden 71,1 Mio. € ggü. geplanten 55,0 Mio. € erzielt. Weitere Mehreinnahmen konnten beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer generiert werden (rd. 2,6 Mio. €).

## 2. Ordentliche Aufwendungen

Im Saldo ergeben sich Mehraufwendungen, die insb. in der Zuführung zu Rückstellungen (Personal; Kreisumlage) begründet sind. Der Minderaufwand bei den Sachausgaben konnte diese Mehraufwendungen nicht kompensieren.

Insgesamt wird das Ordentliche Ergebnis um ca. 21 Mio. € besser als geplant abschließen.

### Finanzergebnis

Bei den Finanzaufwendungen kam es zu Mehraufwendungen (rd. 2,6 Mio. €), was insbesondere den CHF-Kassenkrediten, welche neu bewertet werden mussten, geschuldet ist.

Das Finanzergebnis verschlechtert sich ggü. der Planung um **rd. 2,3 Mio. €**.

**Das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ verbessert sich in Summe voraussichtlich um rd. 19 Mio. € und beträgt rd. + 1 Mio. €.**

Aufgrund des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit (NKF-CIG) sind Mindererträge und Mehraufwendungen, die im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen, zu isolieren.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2021 ist die Summe der Haushaltsbelastung infolge der COVID-19-Pandemie zu ermitteln.

Die enormen Mehrerträge bei der Gewerbesteuer und auch bei der Einkommensteuer werden dazu führen, dass in 2021 faktisch kein Corona-Schaden zu buchen ist. Dies bedeutet auch eine Entlastung der Haushalte ab 2025.

### **b) Finanzrechnung (in Mio. €) :**

	Plan 2021	Ergebnis 2021	Abweichung
<b>Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	-6,5	27,7	34,2
<b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	23,1	18,4	-4,7
<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	36,2	22,1	-14,1
<b>Saldo der Investitionstätigkeit</b>	-13,1	-3,7	9,4
Aufnahme und Rückflüsse von Investitionskrediten	14,7	5,0	-9,7
Tilgung und Gewährung von Investitionskrediten	8,1	6,4	-1,7
<b>Saldo Kredite ./. Tilgung</b>	6,6	-1,4	-8,0
<b>Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln</b>	-13,0	22,6	35,6

Die Finanzrechnung schließt um rd. 35,6 Mio. € besser ab als geplant. Im Bereich der Investitionen gibt es weiterhin einen nicht unerheblichen „Stau“ bzgl. des Mittelabflusses bzw. der Abarbeitung des Investitionsprogramms, was wiederum zu einer deutlichen Liquiditätsverbesserung gegenüber der Planung führt. In Summe beträgt die Verbesserung der Liquidität rd. 22,6 Mio. €.

**c) Verschuldung**

In 2021 erfolgten Kreditaufnahmen in Höhe von 5 Mio. €. Die Tilgung betrug rd. 6,4 Mio. €, so dass eine investive Entschuldung erfolgte und das investive Kreditvolumen nunmehr rd. 92,7 Mio. € beträgt. Der Kassenkreditbestand sank um rd. 20,0 Mio. € und beträgt zum 31.12.2021 rd. 214,9 Mio. €.

**Fazit:**

**Das Haushaltsjahr 2021 ist – trotz Corona – äußerst positiv zu bewerten.**

**Im Abschluss erscheint es möglich, ein leichtes Plus auszuweisen.**

**Grund ist vor allem der deutliche Zuwachs bei der Gewerbesteuer.**

**Die Kassenkredite konnten um mehr als 20 Mio. € abgebaut werden.**

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

**Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  X Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Beigeordneter 4  
Bearbeitet von: Herrn Bockemühl

Siegen, 28.04.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>18.05.2022</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>19.05.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>08.06.2022</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>14.06.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>15.06.2022</b>

Kurzbezeichnung:

„Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen  
hier:  
Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die öffentliche Auslegung der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der beigelegten Anlagen und ergänzenden Erläuterungen.

### Sachverhalt / Begründung:

#### Ausgangslage:

Die Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018 (§ 48 Absatz 1 Satz 1) sieht vor, dass notwendige Stellplätze und Garagen sowie Fahrradabstellplätze einer baulichen oder sonstigen Anlage, für die ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug oder Fahrrad zu erwarten ist, auf dem Baugrundstück oder in zumutbarer Entfernung davon auf einem geeigneten Grundstück herzustellen sind. Dessen Benutzung ist für diesen Zweck öffentlich-rechtlich zu sichern.

Darauffolgend regelt § 48 Absatz 1 Satz 2 den Vorrang kommunaler Regelungen, da landesweite Regelungen den unterschiedlichen lokalen Bedürfnissen nicht ausreichend Rechnung tragen können. Kommunale Regelungen können sowohl per Bebauungsplan als auch per örtlicher Satzung (§ 89 Absatz 1 Nummer 4) erlassen werden. Letztere erleichtert einer Kommune durch eine umfangreiche Satzungsbefugnis über Umfang und Erfüllungsmodalitäten der Stellplatzpflicht selbst zu entscheiden und damit Einfluss auf die verkehrliche und städtebauliche Entwicklung zu nehmen. Auch wenn sich der direkte Einfluss einer Stellplatzsatzung auf den privaten Raum bezieht, beeinflusst sie als Instrument kommunaler Verkehrsentwicklung indirekt den öffentlichen Raum.

Vornehmliches Ziel ist es, das Parken im öffentlichen Straßenraum zu vermeiden, indem Stellplätze und Fahrradabstellplätze auf den jeweiligen Grundstücken hergestellt werden, die den Bedarf auslösen. Dadurch werden der Verkehrsfluss verbessert, Staus und Gefahrenstellen vermieden sowie das städtebauliche Bild verbessert. Eine Stellplatzsatzung dient in erster Linie dazu, dem aktuellen Ist-Zustand des Stellplatzbedarfes gerecht zu werden. Daher kann diese Satzung nur flankierend zu Maßnahmen der Mobilitätswende beitragen. Sie kann lediglich für den beschränkten Einflussbereich (der Herstellung von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen im privaten Raum bei genehmigungspflichtigen Vorhaben) Impulse setzen.

Die Landesregierung NRW hat am 14.03.2022 die „Verordnung über notwendige Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder (StellplatzVO NRW)“ erlassen, die am 01.07.2022 in Kraft tritt. Diese Landesverordnung betont den Vorrang kommunaler Stellplatzsatzungen und schreibt ausdrücklich nur das unverzichtbare Minimum an Regelungsinhalten für Stellplätze und Fahrradabstellplätze fest. Für darüber hinausgehende Anforderungen stehen den Kommunen unverändert die Instrumente örtlicher Satzungen zur Verfügung.

#### Regelungsinhalte der Stellplatzsatzung für die Universitätsstadt Siegen:

Mit einer Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen besteht daher die Möglichkeit, detaillierte und auf die örtlichen Anforderungen angepasste Regelungen zu erlassen. Der Satzungsentwurf regelt neben der Anzahl herzustellender Stellplätze und Fahrradabstellplätze unter anderem deren Beschaffenheit und Standort sowie Möglichkeiten der Reduzierung und Ablöse. Für Letztere wurde die bisher geltende Ablösesatzung aus dem Jahr 2003 hinsichtlich der Gebietszonierung und der Ablösebeträge aktualisiert und in die Stellplatzsatzung integriert. Die Satzung gilt nur bei Neuerrichtung, wesentlicher Änderung oder wesentlicher Nutzungsänderung baulicher und sonstiger Anlagen. In Bebauungsplänen und sonstigen Satzungen können weiterhin abweichende Regelungen getroffen werden.

Der vorliegende Satzungsentwurf orientiert sich grundsätzlich an der neuen Landesverordnung sowie einem Leitfaden mit Mustersatzung des „Zukunftsnetzes Mobilität NRW“. Das Zukunftsnetz hat diesen Leitfaden sowohl in Workshops mit Akteurinnen und Akteuren entsprechender Fachdisziplinen als auch unter Beteiligung kommunaler Spitzenverbände (u. a. dem Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund sowie der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW) erarbeitet. Somit bietet dieser eine fachlich und rechtlich fundierte Basis, auf welcher der Siegener Satzungsentwurf unter Beteiligung der städtischen Fachabteilungen im Detail ausgearbeitet wurde.



Grundsätzlich wurde den Empfehlungen zu Regeltatbeständen und Rahmenwerten des Leitfadens gefolgt. Diese sind im Satzungsentwurf einschließlich der Anlagen ersichtlich und werden in den ergänzenden Erläuterungen detailliert erklärt. Im Folgenden werden daher nur die im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen neuen Regeltatbestände oder wesentlichen Änderungen aufgeführt:

- Neben herzustellenden Stellplätzen für Kraftfahrzeuge sind nun auch Fahrradabstellplätze nachzuweisen. Somit ist der zum Abstellen notwendige Teil der Radverkehrsinfrastruktur im privaten Raum herzurichten.
- Bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums im Bestand kann unter bestimmten Voraussetzungen von der Herstellungspflicht von zusätzlichen Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen abgesehen werden. Damit soll die Schaffung von Wohnraum nicht durch die Stellplatzpflicht verhindert werden, wenn die Herstellung nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.
- Für Vorhaben, bei denen die Stellplätze oder Fahrradabstellplätze nicht auf demselben Grundstück errichtet werden können, setzt die Satzung zumutbare Entfernungen fest.
- Eine Regelung von Zu- und Abfahrtsbreiten an öffentlichen Verkehrsflächen beugt Gefahrenstellen vor und sichert die Qualität des Ortsbildes.
- Zur optischen Auflockerung und umwelt- wie klimafreundlichen Anpassung von größeren Stellplatzanlagen wird für je fünf Stellplätze die Pflanzung eines Baumes gefordert.
- Sowohl bei Stellplätzen als auch bei Fahrradabstellplätzen ab einer gewissen Größe werden Vorbereitungen zur Elektrifizierung festgesetzt. Die Vorbereitung von Stromleitungen zur Ladung von Elektrofahrzeugen wird ohnehin per EU-Gesetz geregelt. Die Regelung zur Vorbereitung von Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder sowie grundsätzliche Anforderung an Fahrradabstellplätze sichern deren Qualität und fördern den Radverkehr.
- Reduzierungsmöglichkeiten für die Anzahl herzustellender Stellplätze:
  - Durch die Kopplung der Herstellungspflicht an Lage und Angebotsqualität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden Anreize zum Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf andere Verkehrsträger gesetzt. Der „ÖPNV-Abzug“ basiert dabei auf festgelegten Kriterien der Angebotsqualität. In gut angebundenen Lagen ist der Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV wesentlich einfacher und wahrscheinlicher als in ländlichen Stadtteilen. Stellplätze können folglich dort sinnvoll reduziert werden, wo der Umstieg leicht gelingen kann.
  - Bis zu 25 % der Stellplätze können durch zusätzliche Fahrradabstellplätze ersetzt werden. Dies setzt einen Anreiz zur Förderung des Radverkehrs.
  - Aussetzungsmöglichkeiten durch besondere Mobilitätsmaßnahmen setzen Anreize für alternative Fortbewegungsarten. Aussetzungen sind bereits ab fünf herzustellenden Stellplätzen möglich, erscheinen aber erst für größere Stellplatzbedarfe lohnenswert. Da hierbei im interkommunalen und fachlichen Diskurs bisher wenige Erfahrungswerte vorliegen, werden vorerst geringe Aussetzungsanteile festgesetzt.
- Die Ablösebeträge für Stellplätze wurden unter Berücksichtigung aktueller Bau- und Grunderwerbskosten angepasst. Neben gegenwärtigen Baukosten wurden die Grunderwerbskosten durch über die jeweilige Fläche gemittelte Bodenrichtwerte von

2022 GIS-basiert ermittelt. Dies stellt eine statistisch belastbare Berechnungsgrundlage dar. Zudem wurden die Gebietszonierungen genauer untersucht und von bisher drei auf fünf Zonen erweitert. Dies gewährleistet eine praxisnähere Zuordnung von Ablösebeträgen.

- Der maximale Reduzierungs- und Ablöseanteil von insgesamt 50 % gewährleistet, dem Mindestmaß des Stellplatzbedarfes gerecht zu werden.
- Fahrradabstellplätze können nicht reduziert oder abgelöst werden.
- Die Anzahl herzustellender Stellplätze und Fahrradabstellplätze orientieren sich grundsätzlich an den Mittelwerten der empfohlenen Spanne des Leitfadens. Dies gewährleistet in erster Linie, dass aktuellen Bedarfen Rechnung getragen wird.
- Die Stellplatzsatzung kann immer nur einen gewissen Generalisierungsgrad für herzustellende Stellplätze und Fahrradabstellplätze über alle möglichen Nutzungsarten, Gebietszonen, Reduzierungs- und Ablösemöglichkeiten hinweg bieten. Daher lässt die Satzung unter bestimmten Voraussetzungen bei einzelnen Regelungstatbeständen eine Einzelfallberechnung sowie Spielraum für abweichende Festlegungen in begründeten Ausnahmefällen zu. Die Entscheidung über diese obliegt stets der Universitätsstadt Siegen.

Als Anlage und Bestandteil der Satzung gelten die Richtzahltablette, die Tabellen der Reduzierung nach Lage und Qualität der ÖPNV-Anbindung und der Aussetzungsmöglichkeiten durch besondere Mobilitätsmaßnahmen sowie die kartographische Darstellung der Gebietszonierung. Der Satzung liegen zudem ergänzende Erläuterungen bei, die die Regelungsinhalte und deren Hintergrund detailliert erklären.

#### Weiteres Vorgehen:

Nach Beschluss zur Offenlage erfolgen die öffentliche Bekanntmachung und externe Beteiligung. Die Stellungnahmen werden anschließend geprüft und der Satzungsentwurf gegebenenfalls überarbeitet. Der Beschluss zum Erlass der Satzung soll nach aktuellem Stand in der Ratssitzung am 14.09.2022 erfolgen, wonach die Satzung in Kraft treten kann.

Darüber hinaus ist in den ersten Jahren nach Erlass der Stellplatzsatzung eine regelmäßige (voraussichtlich jährliche) Evaluation geplant, um die vielen detaillierten Regelungen zu prüfen und gegebenenfalls nachzubessern.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit den Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b> Einerseits erhöht die Herstellungspflicht von Stellplätzen den Grad der Flächenversiegelung und kann bei hohen Richtzahlen den motorisierten Individualverkehr fördern. Andererseits weist die Richtzahlentabelle jedoch größtenteils mittlere Richtzahlen im Vergleich zu den empfohlenen Spannen des Leitfadens auf. Zudem wird der öffentliche Raum vom ruhenden Verkehr entlastet, wodurch der Verkehrsfluss verbessert wird. Dadurch werden auch der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr attraktiver. Darüber hinaus werden erstmals verbindlich Fahrradabstellplätze gefordert und der kommunale Satzungsentwurf setzt einige Anreize zum Umstieg auf andere Verkehrsträger. Eine belegbare Aussage ist aufgrund des komplexen Sachverhalts und des indirekten Einflusses der Satzung auf den Verkehr im öffentlichen Raum daher nicht möglich.			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## **Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung am [\[Datum\]](#) aufgrund der §§ 48 Abs. 1, 89 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.09.2021 (GV. NRW. S. 1086) und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.12.2021 (GV. NRW. S. 1353), folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Geltungsbereich**

Die Satzung gilt für das gesamte Gebiet der Universitätsstadt Siegen. Regelungen in Bebauungsplänen oder sonstigen Satzungen, die von Regelungen dieser Satzung abweichen, bleiben unberührt.

### **§ 2**

#### **Herstellungspflicht und Begriffe**

- (1) Bei der Errichtung, wesentlichen Änderung oder wesentlichen Nutzungsänderung baulicher Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug oder Fahrrad zu erwarten ist, sind notwendige Stellplätze (im Folgenden „Stellplätze“) und notwendige Abstellplätze für Fahrräder (im Folgenden „Fahrradabstellplätze“) in ausreichender Anzahl herzustellen.
- (2) <sup>1</sup>Stellplätze und Fahrradabstellplätze sind spätestens zum Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme bzw. Benutzbarkeit der baulichen und sonstigen Anlagen fertigzustellen. <sup>2</sup>Stellplätze und Fahrradabstellplätze können auch in Form von Garagen nachgewiesen werden. <sup>3</sup>Die notwendigen Stellplätze dürfen nicht zweckentfremdet benutzt werden.
- (3) Für Stellplätze, deren Nutzung Menschen mit Behinderung vorbehalten ist, gilt ausschließlich die Rechtsverordnung gemäß § 49 Bauordnung NRW. §§ 13, 88 Sonderbauverordnung NRW bleiben unberührt.

### **§ 3**

#### **Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze**

- (1) <sup>1</sup>Die Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze ergibt sich aus der Anlage Nr. 1 zu dieser Satzung und den nachfolgenden Regelungen. <sup>2</sup>Besteht tatsächlich ein geringerer oder höherer Bedarf an Stellplätzen und/oder Fahrradabstellplätzen als die Richtzahlentabelle in Anlage Nr. 1 vorgibt, legt die Bauherrschaft dies anhand einer begründeten Einzelfallberechnung dar. <sup>3</sup>Besteht aus Sicht der Bauaufsichtsbehörde ein geringerer oder höherer Bedarf, teilt sie dies unter Angabe der maßgeblichen Gründe der Bauherrschaft mit und fordert sie auf, eine begründete Einzelfallberechnung vorzulegen. <sup>4</sup>Die Anwendung eines aus der Einzelfallbetrachtung hervorgehenden Stellplatzansatzes sowie möglicher Abweichungen obliegt der Universitätsstadt Siegen.
- (2) Für bauliche und sonstige Anlagen, deren Nutzungsart in der Anlage Nr. 1 nicht aufgeführt ist, richtet sich die Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem voraussichtlichen tatsächlichen Bedarf. Dabei sind die in der Anlage Nr. 1 für vergleichbare Nutzungen festgesetzten Zahlen als Orientierungswerte heranzuziehen.
- (3) Bei Anlagen mit verschiedenartigen Nutzungen bemisst sich die Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem größten gleichzeitigen Bedarf, wenn die wechselseitige Benutzung sichergestellt ist. Eine solche wechselseitige Benutzung ist bei öffentlich-rechtlicher Sicherung auch bei der Bestimmung der Anzahl der Stellplätze und der Fahrradabstellplätze verschiedener Vorhaben in zumutbarer Entfernung zulässig.

- (4) Stellplätze müssen ohne Überquerung anderer Stellplätze ungehindert erreichbar sein. Nur bei Wohngebäuden der Ziffer 1.1 der Anlage Nr. 1 zu dieser Satzung sind zwei hintereinander liegende Stellplätze zulässig, sofern diese eindeutig der gleichen Wohneinheit zugeordnet werden.
- (5) Werden in einem vor dem Inkrafttreten der Satzung fertiggestellten Gebäude
1. in Folge einer Nutzungsänderung oder
  2. durch Ausbau und/oder Neubau des Dachgeschosses
- erstmalig oder zusätzlich Wohnungen geschaffen, so brauchen Stellplätze und/oder Fahrradabstellplätze nicht hergestellt zu werden, soweit die Herstellung von Stellplätzen und/oder Fahrradabstellplätzen auf dem Grundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist. In diesem Fall ist ein Nachweis seitens der Bauherrschaft verpflichtend.
- (6) Ergeben sich bei der Ermittlung der Zahl der Stellplätze oder der Fahrradabstellplätze Nachkommastellen, ist kaufmännisch auf ganze Zahlen ab- oder aufzurunden. Gerundet wird dabei nach einer eventuellen Reduzierung nach Maßgabe der folgenden Absätze.
- (7) Die Anzahl herzustellender Stellplätze kann nach Lage und Qualität der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr unter den in Anlage Nr. 2 genannten Voraussetzungen um bis zu 30 % reduziert werden. Der verpflichtende Nachweis der Voraussetzungen zur Reduzierung ist seitens der Bauherrschaft zu erbringen.
- (8) Bis zu 25 % der Stellplätze, maximal jedoch 25 Stellplätze, können durch die Schaffung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen ersetzt werden. Dabei sind für je einen ganzen Stellplatz vier Fahrradabstellplätze herzustellen.
- (9) <sup>1</sup>Die Pflicht zur Herstellung der Stellplätze kann durch besondere Mobilitätsmaßnahmen gemäß der Anlage Nr. 3 für besondere Maßnahmen zu dieser Satzung um maximal 20 % ausgesetzt werden, solange und soweit nachgewiesen wird, dass der Stellplatzbedarf durch diese Maßnahmen nachhaltig verringert wird und soweit nach Abs. 1 mehr als 5 Stellplätze notwendig sind. <sup>2</sup>Bei Vorhaben in Gebietszone 1 ist eine Aussetzung ebenfalls bei bis zu 5 Stellplätzen möglich. <sup>3</sup>Die besonderen Maßnahmen sind öffentlich-rechtlich zu sichern. <sup>4</sup>Wird eine Maßnahme nach Satz 1 über die gesamte Dauer einer befristeten Aussetzung der Stellplatzpflicht vorgehalten, gilt die Stellplatzpflicht nach Ablauf dieses Zeitraums insoweit als erfüllt. <sup>5</sup>Die Aussetzung ist zu widerrufen, wenn innerhalb des Aussetzungszeitraumes der Nachweis, dass die Voraussetzungen für die Aussetzung der Stellplatzpflicht noch erfüllt sind, nicht mehr erbracht wird. <sup>6</sup>Der Widerruf der Aussetzung aufgrund der Nichtvorhaltung der vereinbarten besonderen Maßnahmen oder der Nichteinhaltung der Nachweispflicht zieht eine nachträgliche Herstellungs- oder Ablösepflicht nach sich. <sup>7</sup>Sofern ausgesetzte Stellplätze abgelöst werden sollen, gilt der zum Zeitpunkt der Ablösung maßgebliche Ablösungsbetrag.

#### **§ 4**

##### **Standort, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen**

- (1) <sup>1</sup>Stellplätze und Fahrradabstellplätze sind auf dem Baugrundstück oder auf einem geeigneten Grundstück in zumutbarer Entfernung, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist, herzustellen und dauerhaft zu unterhalten. <sup>2</sup>Zumutbar ist eine fußläufige Entfernung notwendiger Stellplätze zum Baugrundstück von maximal 500 m, bei Wohnungsbauvorhaben von maximal 300 m. <sup>3</sup>Bei notwendigen Fahrradabstellplätzen darf die Entfernung zum Baugrundstück maximal 100 m betragen. <sup>4</sup>Wenn Gründe des Verkehrs dies erfordern, kann im Einzelfall bestimmt werden, dass die Stellplätze auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück herzustellen sind.

- (2) Stellplätze müssen so angeordnet und ausgeführt werden, dass ihre Benutzung die Gesundheit nicht schädigt und Lärm oder Gerüche das Arbeiten und Wohnen, die Ruhe und die Erholung in der Umgebung nicht über das zumutbare Maß hinaus stören.
- (3) Stellplätze sind gemäß § 125 der Verordnung über Bau und Betrieb von Sonderbauten (Sonderbauverordnung – SBauVO) vom 02.12.2016 in der jeweils gültigen Fassung herzustellen.
- (4) Zu- und Abfahrten zu Stellplätzen dürfen an der öffentlichen Verkehrsfläche maximal 3,50 m breit sein. Unter Berücksichtigung der Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs kann mit allen an die öffentliche Verkehrsfläche angrenzenden Breiten der Zu- und Abfahrten in der Summe auf maximal 7,50 m abgewichen werden, wenn diese maximal 50 % der Grundstücksgrenze zur öffentlichen Verkehrsfläche ausmachen.
- (5) Auf die Anforderungen an eine gebäudeintegrierte Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität nach dem Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) in der jeweils gültigen Fassung wird verwiesen.
- (6) <sup>1</sup>Werden auf einem Grundstück mehr als vier Stellplätze geschaffen, ist für je fünf Stellplätze mindestens ein standortgerechter Laubbaum und dem Standort entsprechender Wuchs innerhalb der Stellplatzfläche zu pflanzen. <sup>2</sup>Die Pflanzorte sind so zu wählen, dass durch die Bäume der Eindruck der befestigten Grundstücksfläche abgemildert wird. <sup>3</sup>Die Bäume sind wie folgt fachgerecht zu pflanzen und zu unterhalten: <sup>4</sup>Laubbaum 1. Ordnung mit Hochstamm, Stammumfang 16-18 cm und Drahtballierung oder vergleichbar. <sup>5</sup>Reine Kugelformen sind ausgeschlossen. <sup>6</sup>Sie sind bei Verlust durch gleichwertige Neupflanzungen zu ersetzen. <sup>7</sup>Auf die Richtlinie der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung und Landschaftsbau e.V. und DIN Norm Nr. 18916 wird verwiesen.
- (7) Fahrradabstellplätze müssen
1. von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen/Aufzüge verkehrssicher und leicht erreichbar sein,
  2. einen sicheren Stand und die Sicherung gegen Diebstahl ermöglichen,
  3. einzeln leicht zugänglich sein und
  4. eine Fläche von mindestens 1,5 m<sup>2</sup> pro Fahrrad zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche haben.
- (8) Jeder 13. Fahrradabstellplatz muss durch eine zusätzliche Fläche von mindestens 1,5 m<sup>2</sup> zum Abstellen von Kinder- oder Lastenanhängern bzw. Lastenfahrrädern geeignet sein.
- (9) <sup>1</sup>Bei einer Anzahl von 10 oder mehr Fahrradabstellplätzen ist für mindestens 2 Fahrradabstellplätze die Vorbereitung der Stromleitung für die Ladung von Elektrofahrrädern vorzusehen. <sup>2</sup>Ab einer Anzahl von 20 Fahrradabstellplätzen ist für mindestens 25 % der herzustellenden Fahrradabstellplätze die Vorbereitung der Stromleitung für die Ladung von Elektrofahrrädern vorzusehen. <sup>3</sup>§ 3 Abs. 6 gilt entsprechend.

## **§ 5**

### **Ablösung**

- (1) <sup>1</sup>Auf die Herstellung notwendiger Stellplätze kann seitens der Universitätsstadt Siegen verzichtet werden,
1. wenn ihre Herstellung nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist oder,
  2. wenn ihre Herstellung aus städtebaulichen Gründen untersagt ist oder,
  3. wenn und soweit nicht im Einzelfall wegen der Anzahl der Stellplätze oder der besonderen örtlichen Verhältnisse eine erhebliche Beeinträchtigung des ruhenden oder fließenden Verkehrs unter Berücksichtigung auch der Belange des Fußgänger- und Fahrradverkehrs zu erwarten ist.

<sup>2</sup>Die zur Herstellung Verpflichteten zahlen in diesem Falle einen Geldbetrag zur Ablösung an die Universitätsstadt Siegen nach Maßgabe der folgenden Absätze. <sup>3</sup>Fahrradabstellplätze sind nicht ablösefähig.

(2) <sup>1</sup>Es sind maximal 50 % der Stellplätze, höchstens aber 50 Stellplätze, ablösefähig. <sup>2</sup>Insgesamt darf die Anzahl der Stellplätze durch Aussetzung, Ablöse und Ersatz durch Fahrradabstellplätze maximal um 50 % reduziert werden. <sup>3</sup>Es sind nur ganze Stellplätze ablösefähig.

(3) <sup>1</sup>Für die Heranziehung zur Zahlung eines Geldbetrages gemäß Abs. 1 wird das Gebiet der Universitätsstadt Siegen in folgende Gebietszonen gegliedert und wie folgt allgemein umschrieben:

**<sup>2</sup>Gebietszone I umfasst**

- den Bereich der historischen Altstadt sowie
- unmittelbar angrenzende Bereiche, die der Altstadt zugeordnet werden können.

**<sup>3</sup>Gebietszone II umfasst**

- a) den Stadtteil Siegen-Mitte im Bereich der Innenstadt (Unterstadt) sowie
- b) die Stadtteilzentren Weidenau und Geisweid.

**<sup>4</sup>Gebietszone III umfasst**

- den Bereich bandartig entlang der Hauptverkehrsstraßen Weidenauer Straße, Hagener Straße, Sandstraße, Koblenzer Straße, Spandauer Straße, Frankfurter Straße, Leimbachstraße (je ausschließlich der Zonen I und II) sowie
- die Stadtteilzentren Seelbach, Kaan-Marienborn, Eiserfeld und Niederschelden.

**<sup>5</sup>Gebietszone IV umfasst**

- in Eiserfeld den Bereich bandartig entlang der Freiengründer Straße bis zur Trinitatiskirche einschließlich Marktplatz,
- den Bereich Eiserfeld-Eisenhut entlang der Eiserfelder Straße unter Einschluss des IHW-Parks,
- in Weidenau den Bereich „Auf den Hütten“ sowie
- in Geisweid den Bereich „Birlenbacher Hütte“.

**<sup>6</sup>Gebietszone V umfasst das übrige Stadtgebiet.**

<sup>7</sup>Die genauen Grenzen der Gebietszonen sind in den als Bestandteil dieser Satzung beigegeführten Plänen (Anlage Nr. 4) dargestellt. <sup>8</sup>Die Gebietszone I ist in der Originalfassung in der Farbe „gelb“, die Gebietszone II a in der Farbe „dunkelblau“, die Gebietszone II b in der Farbe „hellblau“, die Gebietszone III in der Farbe „orange“ und die Gebietszone IV in der Farbe „grün“ dargestellt. <sup>9</sup>Die Gebietszone V umfasst das übrige Stadtgebiet und hat keine farbliche Kennzeichnung.

(4) Der Geldbetrag je Stellplatz wird

1. in Gebietszone I auf	5.290,00 €
2. in Gebietszone II	
a. im Stadtteil Siegen-Mitte im Bereich der Innenstadt (Unterstadt) auf	9.380,00 €
b. in den Stadtteilzentren Weidenau und Geisweid auf	4.050,00 €
3. in Gebietszone III auf	3.720,00 €
4. in Gebietszone IV auf	3.070,00 €
5. in Gebietszone V auf	3.550,00 €

festgelegt. Maßgebend für die Zuordnung zu einer Gebietszone ist die Lage des Grundstücks, auf dem das Vorhaben, das die Stellplatzpflicht auslöst, durchgeführt werden soll.

- (5) Einmal geleistete Ausgleichsbeträge aus vorherigen Nutzungen sind dem Grundstück zuzurechnen.
- (6) <sup>1</sup>Über die Möglichkeit der Ablösung entscheidet die Universitätsstadt Siegen auf Antrag. <sup>2</sup>Die Ablösung lässt Rechte hinsichtlich Stellplätzen oder Garagen und Abstellplätzen, die mit den Beträgen geschaffen werden, nicht entstehen. <sup>3</sup>Ein Anspruch auf Ablöse besteht nicht.

## **§ 6**

### **Abweichungen**

Abweichungen von dieser Satzung können in begründeten Ausnahmefällen gemäß § 69 Bauordnung NRW 2018 zugelassen werden, wenn sie mit der Zielsetzung der Satzung vereinbar sind. Über die Zulässigkeit von Abweichungen, gegebenenfalls einschließlich der Nachweispflicht durch Gutachten, entscheidet die Universitätsstadt Siegen.

## **§ 7**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 86 Abs. 1 Nr. 22 Bauordnung NRW handelt, wer
1. entgegen § 2 Abs. 1 die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung einer baulichen Anlage vornimmt, ohne den hierdurch ausgelösten Stellplatzbedarf oder Mehrbedarf an Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen in ausreichender Zahl hergestellt zu haben oder
  2. die Verpflichtung nach § 4 Abs. 6 zur Baumpflanzung und -unterhaltung nicht einhält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 20.000 Euro geahndet werden.

## **§ 8**

### **Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am [\[Datum\]](#) in Kraft. Gleichzeitig tritt die „Satzung über die Festlegung der Gebietszonen und die Höhe des Geldbetrages nach § 51 Abs. 5 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbauordnung (BauO NW)“ (Ordnungsziffer 63.010, Ratsbeschluss vom 05.02.2003) außer Kraft.
- (2) Bei Vorhaben, bei denen das bauaufsichtliche Verfahren vor dem Inkrafttreten dieser Satzung eingeleitet worden ist oder bei denen bereits ein noch gültiger, rechtswirksamer Vorbescheid erteilt wurde, gilt das neue Recht nur, soweit es für die Bauherrschaft günstigere Regelungen enthält. Ausgenommen sind Verlängerungen der Gültigkeit gemäß § 77 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen nach Inkrafttreten dieser Satzung.

(Ort, Datum, Siegel)      (Bürgermeister)



## Anlage Nr. 1 zu § 3: Richtzahlentabelle

Abkürzungsverzeichnis:

WE	Wohneinheit
BGF	Bruttogeschossfläche
Stpl.	Notwendiger Stellplatz
Abstpl.	Notwendiger Abstellplatz

Nr.	Nutzungsart	Zahl der Stellplätze für Pkw	Zahl der Abstellplätze für Fahrräder <sup>1</sup>
<b>1</b>	<b>Wohngebäude und Wohnheime</b>		
1.1	Ein- und Zweifamilienhäuser	1,5 je WE	Kein Nachweis erforderlich, bei Bedarf 2 Abstpl. je WE
1.2	Mehrfamilienhäuser (ab 3 WE)	1,3 je WE	1,5 Abstpl. je WE
1.3	Kinder- und Jugendwohnheime	1 Stpl. je 10 Betten, davon 10 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 3 Betten, davon 10 % Besucheranteil
1.4	Pflegeheime, Seniorenwohnheime, Wohnheime für Menschen mit Behinderung	1 Stpl. je 8 Betten, davon 10 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 20 Betten, mindestens 3 Abstpl. davon 10 % Besucheranteil
1.5	Studierenden- und sonstige Wohnheime	1 Stpl. je 5 Betten, jedoch mindestens 2 Stpl., davon 10 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 1 Bett, davon 10 % Besucheranteil
<b>2</b>	<b>Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen</b>		
2.1	Büro- und Verwaltungsgebäude allgemein	1 Stpl. je 35 m² Nutzfläche, davon 10 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 40 m² Nutzfläche, davon 10 % Besucheranteil
2.2	Räume mit erheblichem Besucher/innenverkehr (Schalter-, Abfertigungs- oder Beratungsräume, Arztpraxen o. ä.)	1 Stpl. je 25 m² Nutzfläche, jedoch mindestens 3 Stpl., davon 75 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 40 m² Nutzfläche, davon 75 % Besucheranteil
<b>3</b>	<b>Verkaufsstätten</b>		
3.1	Verkaufsstätten bis 800 m² Verkaufsfläche	1 Stpl. je 40 m² Verkaufsnutzfläche, jedoch mindestens 2 Stpl., davon 75 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 40 m² Verkaufsnutzfläche, davon 75 % Besucheranteil
3.2	Verkaufsstätten mit mehr als 800 m² Verkaufsfläche	1 Stpl. je 20 m² Verkaufsnutzfläche, davon 75 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 50 m² Verkaufsnutzfläche, davon 75 % Besucheranteil
3.3	Verkaufsstätten mit großen Ausstellungsflächen (z. B. Autohäuser, Möbelhäuser etc.)	1 Stpl. je 75 m² Verkaufsnutzfläche, davon 75 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 150 m² Verkaufsnutzfläche, davon 75 % Besucheranteil
<b>4</b>	<b>Versammlungsstätten außer Sportstätten, Kirchen</b>		
4.1	Versammlungsstätten	1 Stpl. je 5 Sitzplätze, davon 90 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 25 Sitzplätze, davon 90 % Besucheranteil
4.2	Kirchen und andere Räume, die der Religionsausübung dienen	1 Stpl. je 20 Plätze, davon 90 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 25 Plätze, davon 90 % Besucheranteil
<b>5</b>	<b>Sportstätten</b>		
5.1	Sportplätze	1 Stpl. je 250 m² Sportplatzfläche, zusätzlich 1 Stpl. je 10 Besucherplätze	1 Abstpl. je 250 m² Sportplatzfläche, zusätzlich 1 Abstpl. je 15 Besucherplätze
5.2	Spiel- und Sporthallen	1 Stpl. je 50 m² Hallenfläche, zusätzlich 1 Stpl. je 10 Besucherplätze	1 Abstpl. je 50 m² Hallenfläche, zusätzlich 1 Abstpl. je 15 Besucherplätze
5.3	Freibäder und Freiluftbäder	1 Stpl. je 200 m² Grundstücksfläche	1 Abstpl. je 100 m² Grundstücksfläche

<b>Nr.</b>	<b>Nutzungsart</b>	<b>Zahl der Stellplätze für Pkw</b>	<b>Zahl der Abstellplätze für Fahrräder<sup>1</sup></b>
5.4	Hallenbäder	1 Stpl. je 5 Kleiderablagen, zusätzlich 1 Stpl. je 10 Besucherplätze	1 Abstpl. je 5 Kleiderablagen, zusätzlich 1 Abstpl. je 10 Besucherplätze
5.5	Reitanlagen	1 Stpl. je 3 Pferdeeinstellplätze	1 Abstpl. je 3 Pferdeeinstellplätze
5.6	Fitnesscenter	1 Stpl. je 15 m <sup>2</sup> Sportfläche, davon 90 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 15 m <sup>2</sup> Sportfläche, davon 90 % Besucheranteil
5.7	Tennisanlagen	2 Stpl. je Spielfeld, zusätzlich 1 Stpl. je 10 Besucherplätze	1 Abstpl. je Spielfeld, zusätzlich 1 Abstpl. je 20 Besucherplätze
5.8	Bootshäuser und Bootsliegeplätze	1 Stpl. je 5 Boote	1 Abstpl. je 2 Boote
<b>6</b>	<b>Gaststätten, Vergnügungsstätten und Beherbergungsbetriebe</b>		
6.1	Gaststätten	1 Stpl. je 10 m <sup>2</sup> Gastraum, davon 75 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 10 m <sup>2</sup> Gastraum, davon 80 % Besucheranteil
6.2	Hotels, Pensionen, Kurheime und andere Beherbergungsbetriebe	1 Stpl. je 4 Betten, davon 75 % Besucheranteil, für zugehörigen Restaurationsbetrieb zusätzlich Stpl. nach Nr. 6.1	1 Abstpl. je 10 Betten, mindestens 2 Abstpl., davon 75 % Besucheranteil; für zugehörigen Restaurationsbetrieb zusätzlich Stpl. nach Nr. 6.1
6.3	Tanzlokale, Diskotheken	1 Stpl. je 6 m <sup>2</sup> Gastraum, davon 90 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 6 m <sup>2</sup> Gastraum, davon 90 % Besucheranteil
6.4	Jugendherbergen	1 Stpl. je 10 Betten, davon 25 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 7 Betten, davon 90 % Besucheranteil
6.5	Sonstige Vergnügungsstätten	1 Stpl. je 20 m <sup>2</sup> Nutzfläche, mindestens jedoch 3 Stpl.	1 Abstpl. je 15 m <sup>2</sup> Nutzfläche, mindestens jedoch 3 Abstpl.
<b>7</b>	<b>Krankenhäuser und Kliniken</b>		
7.1	Universitätskliniken und ähnliche Lehrkrankenhäuser	1 Stpl. je 3 Betten, zusätzlich Stellplätze nach 2.2, davon 50 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 15 Betten, zusätzlich Abstellplätze nach 2.2, davon 20 % Besucheranteil
7.2	Krankenhäuser, Kliniken und Kureinrichtungen	1 Stpl. je 4 Betten, zusätzlich Stellplätze nach 2.2, davon 60 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 25 Betten, zusätzlich Abstellplätze nach 2.2, davon 20 % Besucheranteil
<b>8</b>	<b>Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendförderung</b>		
8.1	Kindergärten, Kindertagesstätten	1 Stpl. je 20 Kinder, jedoch mindestens 2 Stpl.	1 Abstpl. je 10 Kinder, jedoch mindestens 2 Abstpl., davon 50 % Besucheranteil
8.2	Grundschulen	1 Stpl. je 30 Schüler	1 Abstpl. je 4 Schüler, davon 10 % Besucheranteil
8.3	Sonstige allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen	1 Stpl. je 25 Schüler, zusätzlich 1 Stpl. je 5–10 Schüler ab 18 Jahren	1 Abstpl. je 2 Schüler, davon 5 % Besucheranteil
8.4	Förderschulen	1 Stpl. je 15 Schüler	1 Abstpl. je 10 Schüler, davon 25 % Besucheranteil
8.5	Fachhochschulen, Universitäten	1 Stpl. je 10 Studierende	1 Abstpl. je 6 Studierende, davon 20 % Besucheranteil
8.6	Sonstige Fortbildungseinrichtungen	1 Stpl. je 6 Teilnehmerplätze	1 Abstpl. je 4 Teilnehmerplätze, davon 10 % Besucheranteil
8.7	Jugendzentren	1 Stpl. je 150 m <sup>2</sup> Nutzfläche	1 Abstpl. je 15 m <sup>2</sup> Nutzfläche, davon 90 % Besucheranteil
<b>9</b>	<b>Gewerbliche Anlagen</b>		
9.1	Handwerks- und Industriebetriebe	1 Stpl. je 70 m <sup>2</sup> Nutzfläche oder je drei Beschäftigte, davon 10 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 70 m <sup>2</sup> Nutzfläche oder je drei Beschäftigte, davon 10 % Besucheranteil
9.2	Lagerräume, Lagerplätze, Ausstellungs- und Verkaufsplätze	1 Stpl. je 100 m <sup>2</sup> Nutzfläche oder je drei Beschäftigte, davon 10 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 100 m <sup>2</sup> Nutzfläche oder je drei Beschäftigte, davon 10 % Besucheranteil

<b>Nr.</b>	<b>Nutzungsart</b>	<b>Zahl der Stellplätze für Pkw</b>	<b>Zahl der Abstellplätze für Fahrräder<sup>1</sup></b>
9.3	Kraftfahrzeugwerkstätten	6 Stpl. je Wartungs- oder Reparaturstand	1 Abstpl. je 6 Wartungs- oder Reparaturstände, mindestens 3
9.4	Tankstellen	2 Stpl.; mit Verkaufsstätte zusätzlich Stpl. nach 3.1	1 Abstpl.; mit Verkaufsstätte zusätzlich Abstpl. nach 3.1
<b>10</b>	<b>Verschiedenes</b>		
10.1	Kleingartenanlagen	1 Stpl. je 3 Kleingärten	1 Abstpl. je 2 Kleingärten, davon 90 % Besucheranteil
10.2	Begräbnisstätten (z. B. Friedhöfe)	1 Stpl. je 2.000 m <sup>2</sup> Grundstücksfläche, jedoch mindestens 10 Stpl.	1 Abstpl. je 1.500 m <sup>2</sup> Grundstücksfläche, jedoch mindestens 2 Abstpl. je Eingang, davon 90 % Besucheranteil
10.3	Sonnenstudios	1 Stpl. je 4 Sonnenbänke, jedoch mindestens 2 Stpl., davon 90 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 4 Sonnenbänke, jedoch mindestens 2 Abstpl., davon 90 % Besucheranteil
10.4	Waschsalons	1 Stpl. je 6 Waschmaschinen, jedoch mindestens 2 Stpl., davon 90 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 6 Waschmaschinen, jedoch mindestens 2 Abstpl., davon 90 % Besucheranteil
10.5	Museen und Ausstellungsgebäude	1 Stpl. je 200 m <sup>2</sup> Ausstellungsfläche, davon 80 % Besucheranteil	1 Abstpl. je 100 m <sup>2</sup> Ausstellungsfläche, mindestens 5 Abstpl., davon 80 % Besucheranteil

<sup>1</sup>Ein Anteil von 10 % der Fahrradabstellplätze kann für Lastenräder/Kinderanhänger vorgesehen werden.

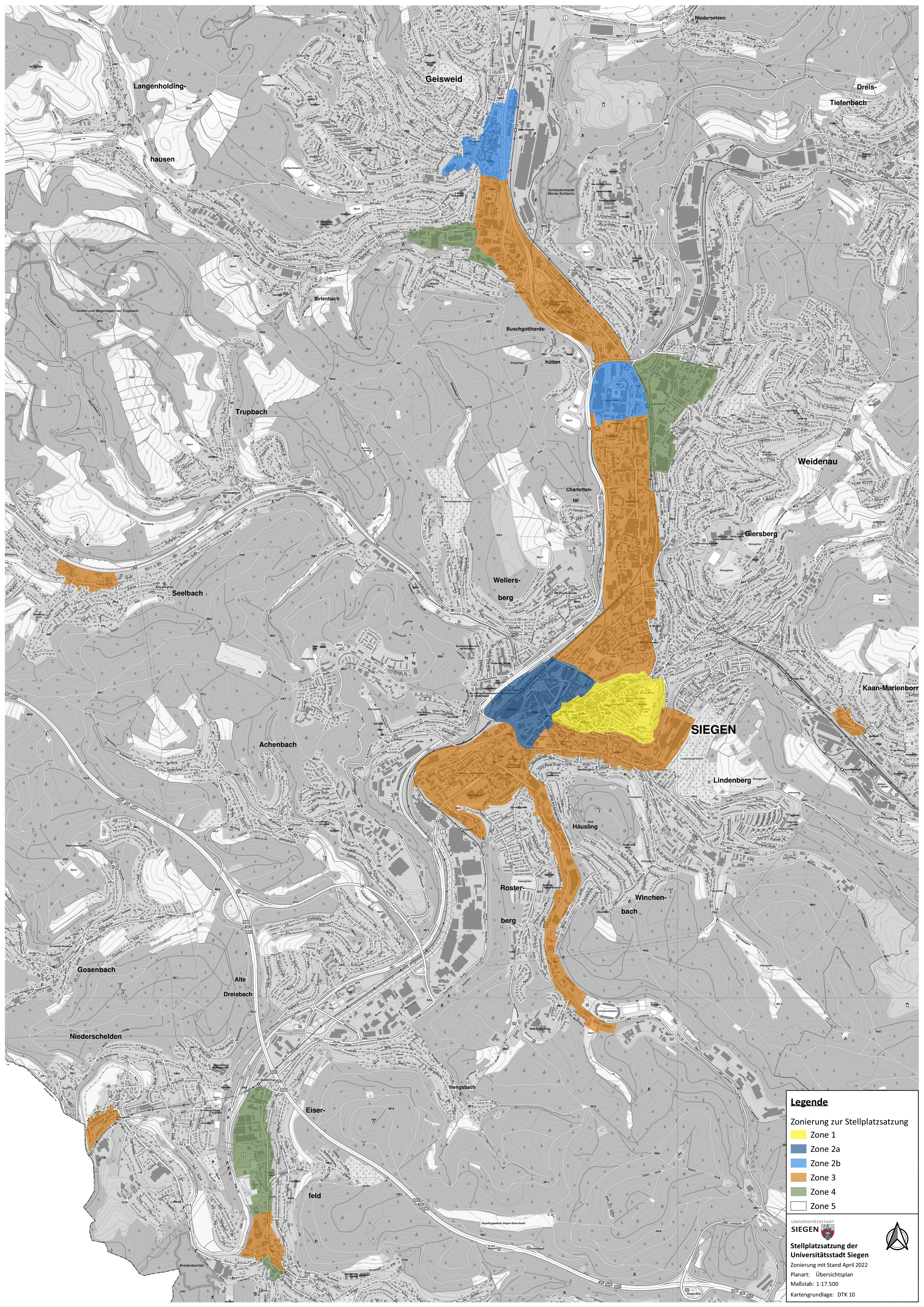
**Anlage Nr. 2 zu § 3: Reduzierung nach Lage und Qualität der ÖPNV-Anbindung**

<b>Anbindungs- qualität</b>	<b>ÖV-Qualität (Bus und Bahn)</b>	<b>Minderung für Zonen I-III</b>	<b>Minderung für Zonen IV-V</b>
<b>gut</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>durchschnittliche Bedienung der Haltestelle von Montag bis Freitag zwischen 6 und 19 Uhr außerhalb der Schulferien mindestens im 15-Minuten-Takt (entspricht mindestens vier Bushalten pro Stunde)</li> <li>mindestens eine Linie fährt regelmäßig (mindestens im 60-Minuten-Takt) einen ZOB an</li> <li>maximaler Laufweg zur Haltestelle: 300 m</li> </ul>	<b>30 %</b>	<b>20 %</b>
<b>einfach</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>durchschnittliche Bedienung der Haltestelle von Montag bis Freitag zwischen 6 und 19 Uhr außerhalb der Schulferien mindestens im 30-Minuten-Takt (entspricht mindestens zwei Bushalten pro Stunde)</li> <li>mindestens eine Linie fährt regelmäßig (mindestens im 60-Minuten-Takt) einen ZOB an</li> <li>maximale Laufweg zur Haltestelle: 300 m</li> </ul>	<b>15 %</b>	<b>10 %</b>

**Anlage Nr. 3 zu § 3: Besondere Maßnahmen zur Aussetzung der herzustellenden Stellplätze**

<b>Nr.</b>	<b>Maßnahme zur Verringerung des Kfz-Verkehrs</b>	<b>Verringerung der Anzahl notwendiger Stellplätze</b>
<b>1</b>	<b>ÖPNV-Vergünstigungen</b> Job-Ticket, Semester-Ticket, Quartiers-Ticket	<b>5 %</b>
<b>2</b>	<b>Förderung Car-Sharing</b> Vorhalten einer Car-Sharing-Station oder Angebot einer Plattform für Car-Pooling	<b>10 %</b>
<b>3</b>	<b>Förderung Fahrradverleihsystem</b> Vorhalten einer öffentlich zugänglichen Fahrradverleihstation auf dem Baugrundstück, Vergünstigungen für Bewohnende/Nutzende	<b>5 %</b>





**Legende**

Zonierung zur Stellplatzsatzung

- Zone 1
- Zone 2a
- Zone 2b
- Zone 3
- Zone 4
- Zone 5



**Stellplatzsatzung der  
Universitätsstadt Siegen**

Zonierung mit Stand April 2022

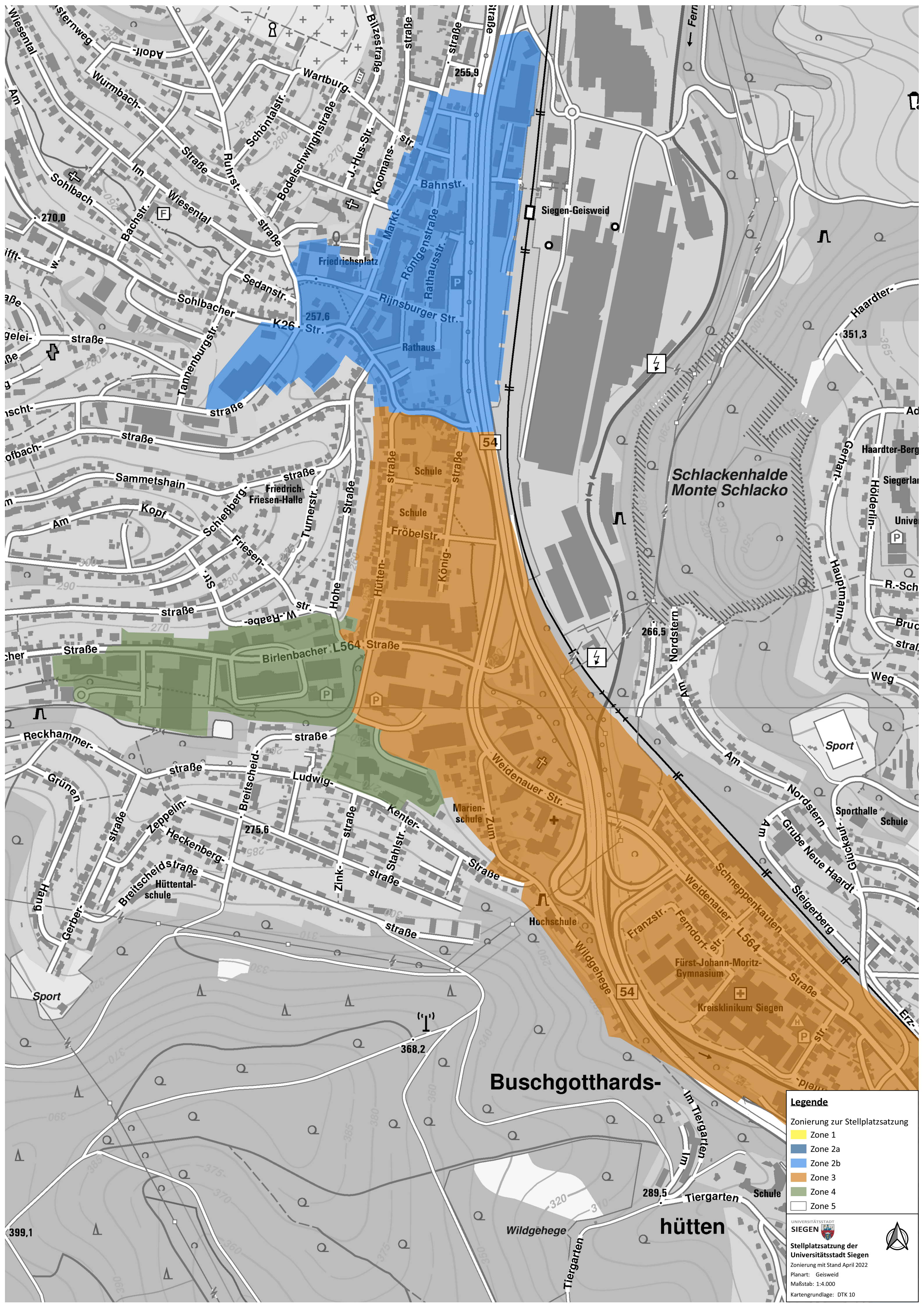
Planart: Übersichtsplan

Maßstab: 1:17.500

Kartengrundlage: DTK 10





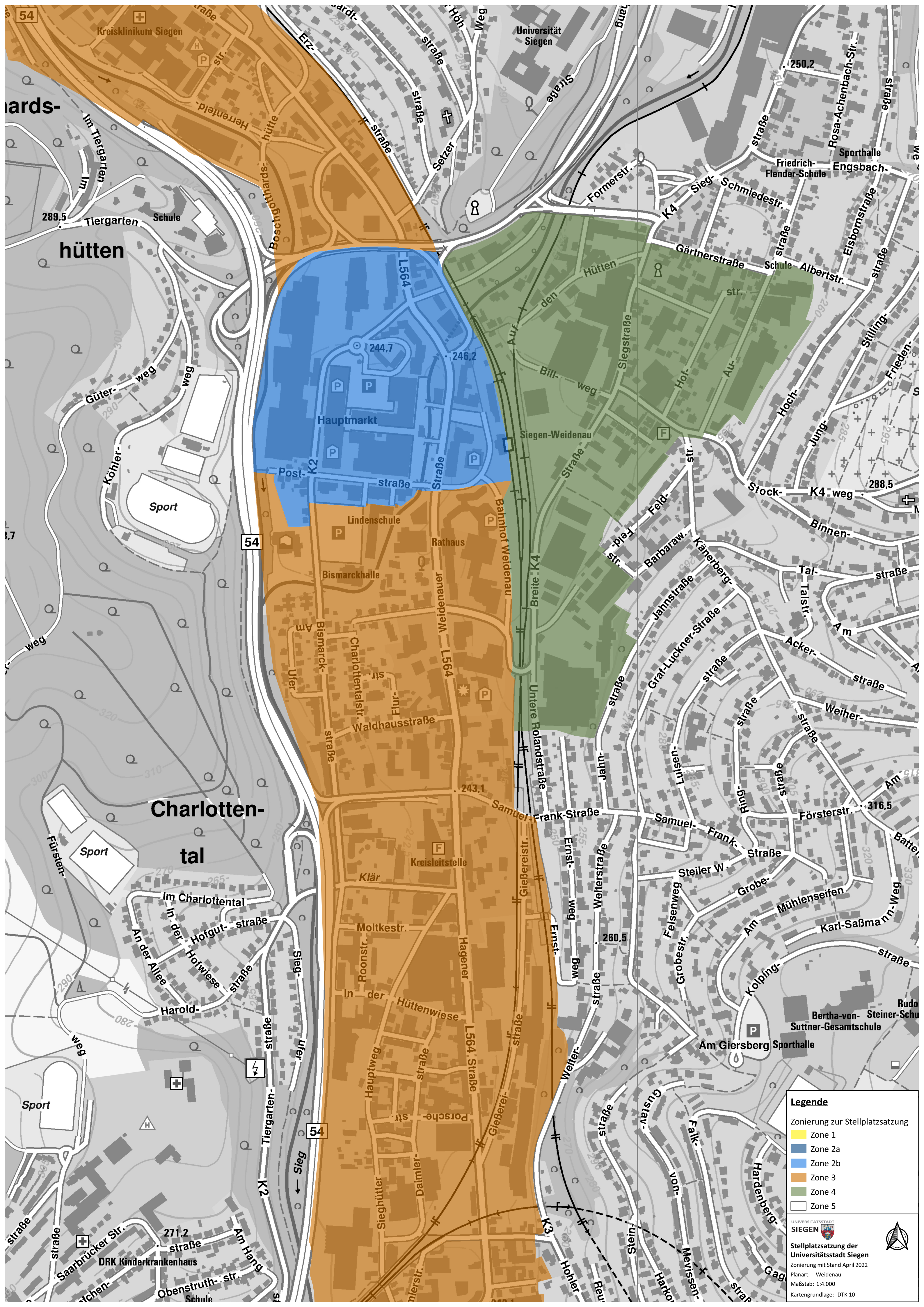


**Legende**


Zonierung zur Stellplatzsatzung


- Zone 1
- Zone 2a
- Zone 2b
- Zone 3
- Zone 4
- Zone 5



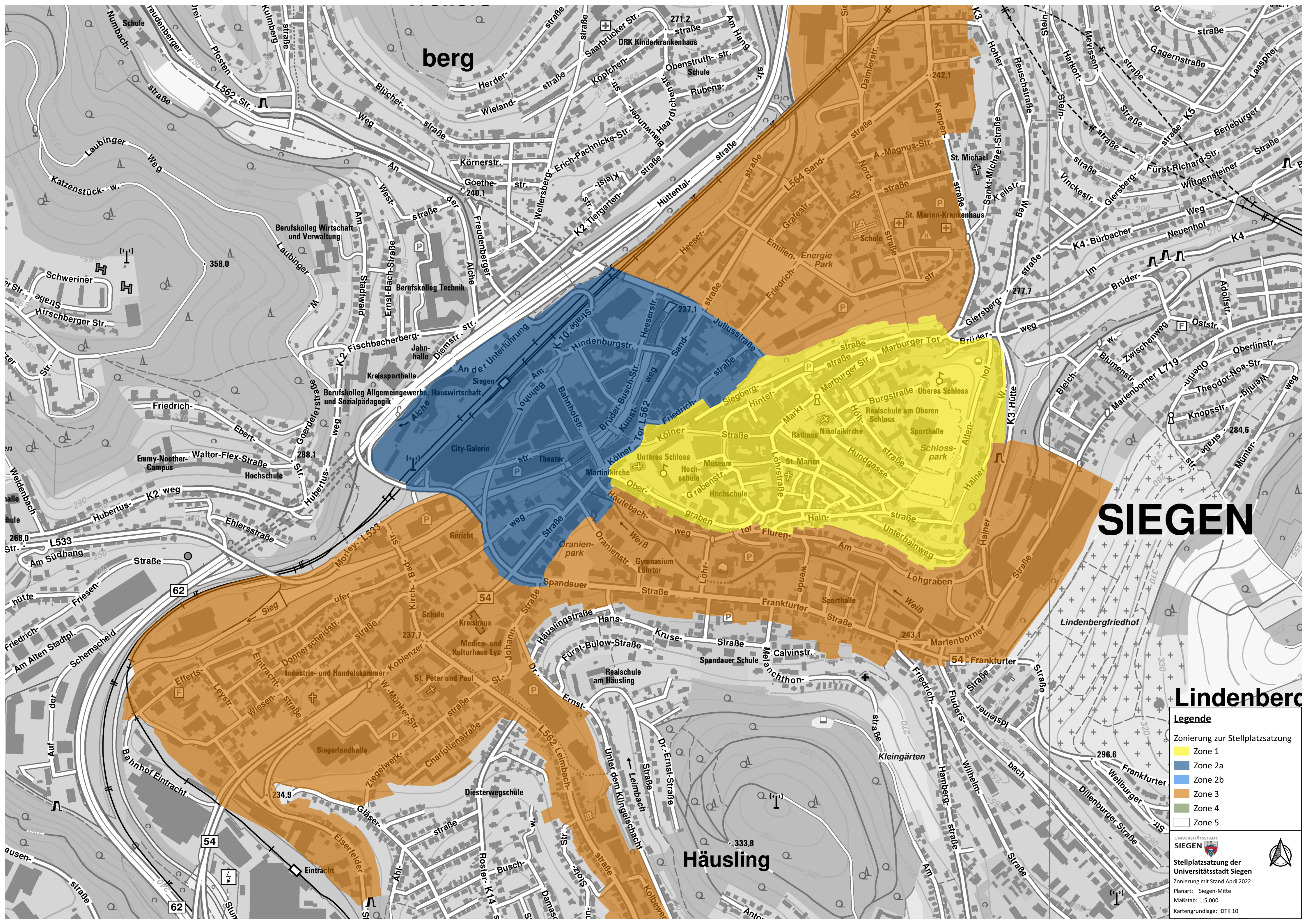


**Legende**  
Zonierung zur Stellplatzsatzung  
Zone 1  
Zone 2a  
Zone 2b  
Zone 3  
Zone 4  
Zone 5

**UNIVERSITÄTSTADT SIEGEN**  
Stellplatzsatzung der  
Universität Stadt Siegen  
Zonierung mit Stand April 2022  
Planart: Weidenau  
Maßstab: 1:4.000  
Kartengrundlage: DTK 10







# SIEGEN

## Lindenberg

**Legende**

Zonierung zur Stellplatzsatzung

- Zone 1
- Zone 2a
- Zone 2b
- Zone 3
- Zone 4
- Zone 5

UNIVERSITÄTSTADT  
**SIEGEN**

**Stellplatzsatzung der  
Universitätsstadt Siegen**

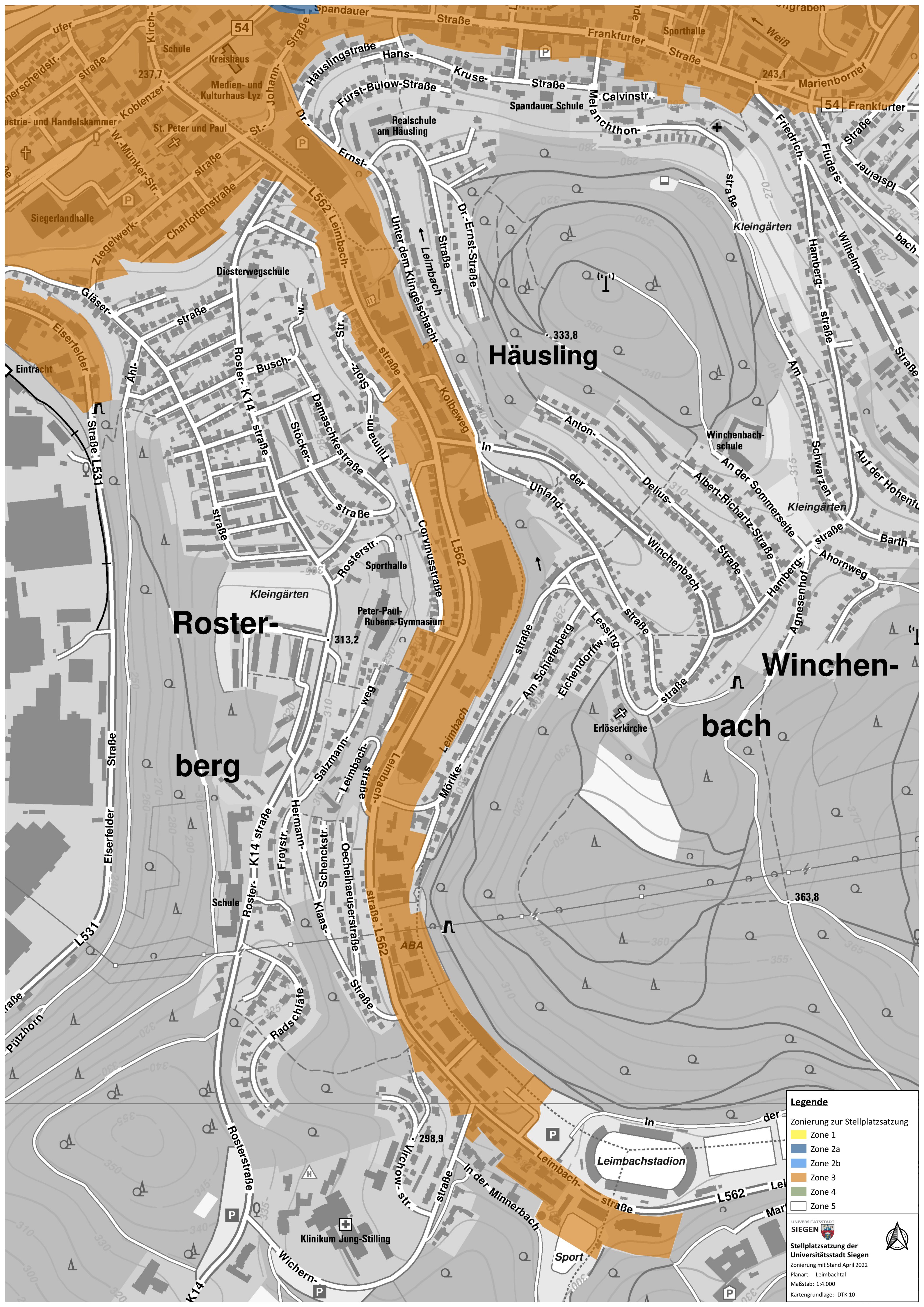
Zonierung mit Stand April 2022

Planart: Siegen-Mitte

Maßstab: 1:5.000

Kartengrundlage: DTK 10





**Legende**


Zonierung zur Stellplatzsatzung

- Zone 1
- Zone 2a
- Zone 2b
- Zone 3
- Zone 4
- Zone 5

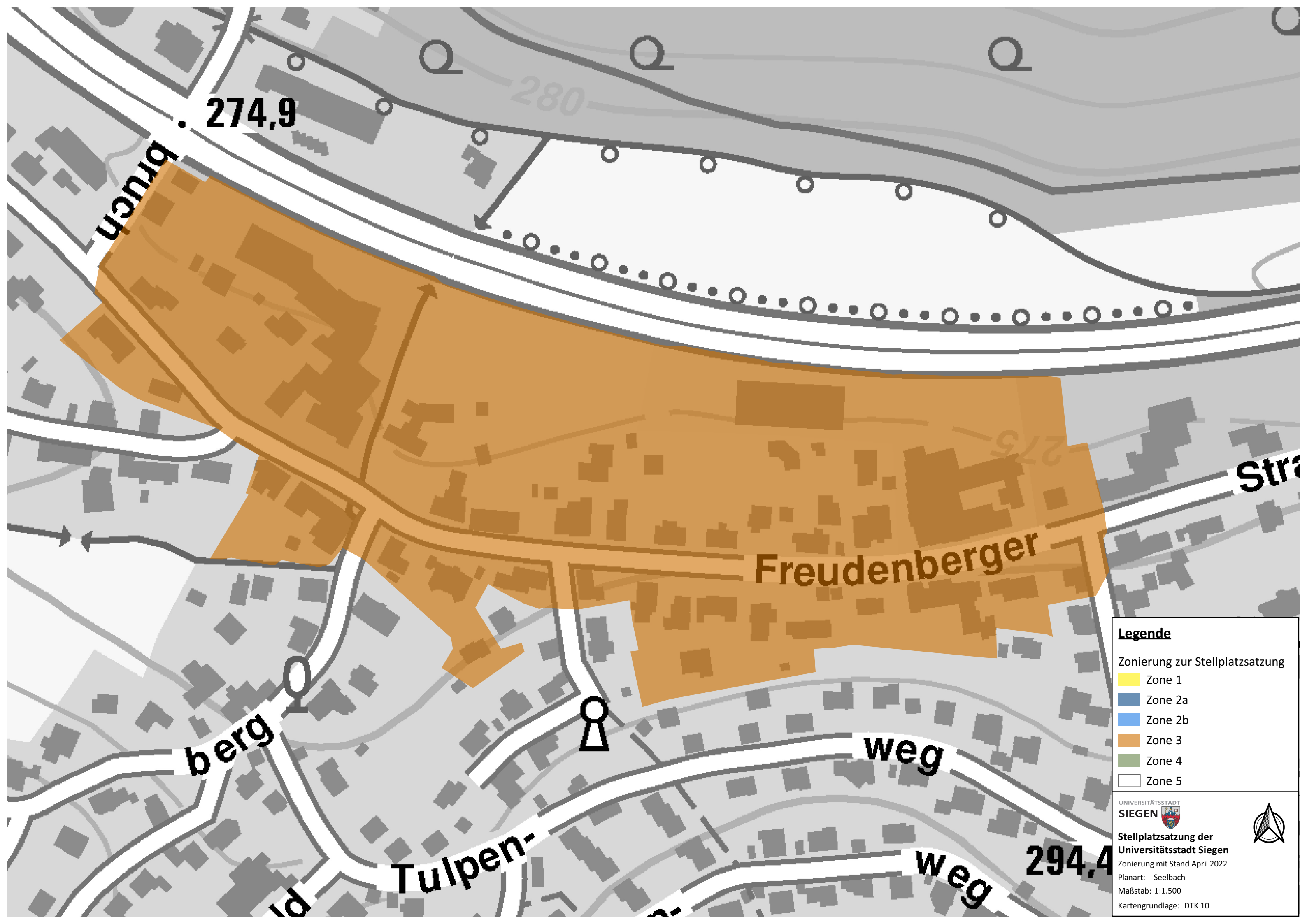
UNIVERSITÄTSSTADT  
**SIEGEN**

**Stellplatzsatzung der  
Universitätsstadt Siegen**

Zonierung mit Stand April 2022  
Planart: Leimbachtal  
Maßstab: 1:4.000  
Kartengrundlage: DTK 10







**Legende**

Zonierung zur Stellplatzsatzung

- Zone 1
- Zone 2a
- Zone 2b
- Zone 3
- Zone 4
- Zone 5



**Stellplatzsatzung der  
Universitätsstadt Siegen**

Zonierung mit Stand April 2022  
Planart: Seelbach  
Maßstab: 1:1.500  
Kartengrundlage: DTK 10





254,7

Hauptstr.

Am Wochenmarkt

Rehbachstr.

**Legende**

Zonierung zur Stellplatzsatzung

- Zone 1
- Zone 2a
- Zone 2b
- Zone 3
- Zone 4
- Zone 5



**Stellplatzsatzung der  
Universitätsstadt Siegen**

Zonierung mit Stand April 2022

Planart: Kaan-Marienborn

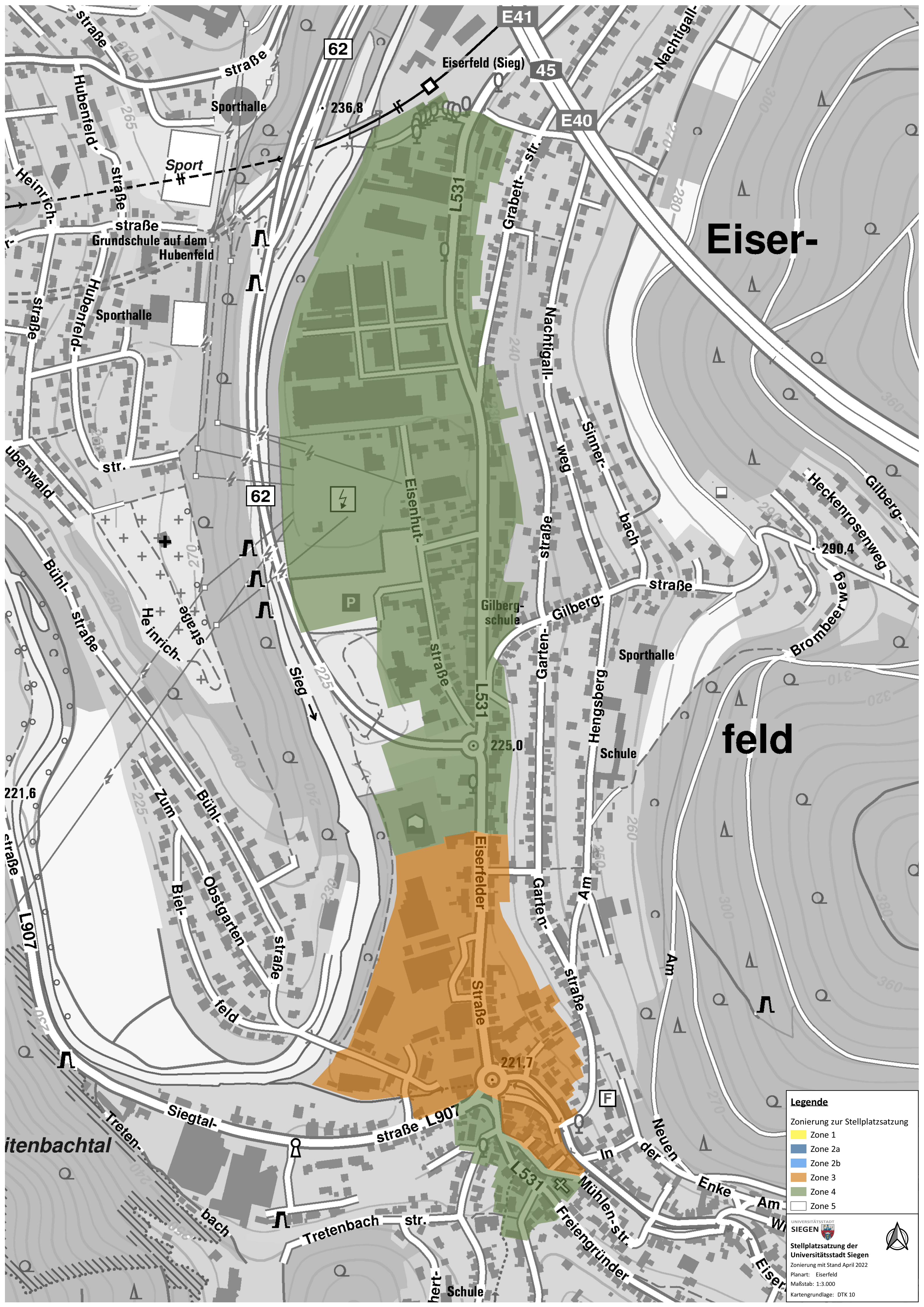
Maßstab: 1:1.000

Kartengrundlage: DTK 10









**Legende**  
Zonierung zur Stellplatzsatzung

Zone 1

Zone 2a

Zone 2b

Zone 3

Zone 4

Zone 5

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Stellplatzsatzung der  
Universitätsstadt Siegen  
Zonierung mit Stand April 2022  
Planart: Eiserfeld  
Maßstab: 1:3.000  
Kartengrundlage: DTK 10



**Satzungstext**

**§ 1**

**Geltungsbereich**

Die Satzung gilt für das gesamte Gebiet der Universitätsstadt Siegen. Regelungen in Bebauungsplänen oder sonstigen Satzungen, die von Regelungen dieser Satzung abweichen, bleiben unberührt.

**§ 2**

**Herstellungspflicht und Begriffe**

(1) Bei der Errichtung, wesentlichen Änderung oder wesentlichen Nutzungsänderung baulicher Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug oder Fahrrad zu erwarten ist, sind notwendige Stellplätze (im Folgenden „Stellplätze“) und notwendige Abstellplätze für Fahrräder (im Folgenden „Fahrradabstellplätze“) in ausreichender Anzahl herzustellen.

(2) <sup>1</sup>Stellplätze und Fahrradabstellplätze sind spätestens zum Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme bzw. Benutzbarkeit der baulichen und sonstigen Anlagen fertigzustellen. <sup>2</sup>Stellplätze und Fahrradabstellplätze können auch in Form von Garagen nachgewiesen werden. <sup>3</sup>Die notwendigen Stellplätze dürfen nicht zweckentfremdet benutzt werden.

(3) Für Stellplätze, deren Nutzung Menschen mit Behinderung vorbehalten ist, gilt ausschließlich die Rechtsverordnung gemäß § 49 Bauordnung NRW. §§ 13, 88 Sonderbauverordnung NRW bleiben unberührt.

**Erläuterungen**

**Zu § 1**

**Geltungsbereich**

§ 1 beschreibt den Gegenstand der Satzung. Sie regelt die Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge sowie Abstellplätzen für Fahrräder im gesamten Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen. In bestehenden oder zukünftigen Bebauungsplänen und anderen Satzungen können abweichende Festsetzungen getroffen werden.

**Zu § 2**

**Herstellungspflicht und Begriffe**

In Abs. 1 wird der sachliche Anwendungsbereich der Satzung definiert, der die Pflicht zur Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Abstellplätzen Fahrräder begründet.

Notwendige Stellplätze für Kraftfahrzeuge werden zur besseren Lesbarkeit im weiteren Verlauf als „Stellplätze“ und notwendige Abstellplätze für Fahrräder als „Fahrradabstellplätze“ bezeichnet. Die Notwendigkeit der Herstellungspflicht bleibt von dieser Wortwahl unberührt.

Eine wesentliche Nutzungsänderung liegt vor, wenn eine neue Nutzung aufgenommen wird, die nach der Verkehrsanschauung von der bisherigen Nutzung grundsätzlich verschieden ist und zusätzliche Stellplatzbedürfnisse auslöst.

Abs. 2 definiert den Zeitpunkt, zu dem Stellplätze und Fahrradabstellplätze fertiggestellt sein müssen. Bei genehmigungspflichtigen Vorhaben ist dies i. d. R. der Zeitpunkt der Anzeige der Baufertigstellung, spätestens jedoch zur Nutzungsaufnahme des Vorhabens.

Carports (als überdachte Stellplätze) werden ebenso wie Garagen als Stellplatz anerkannt. Somit gelten die Regelungen dieser Satzung ebenso für Garagen und Carports.

Diese sind nach Satz 3 nur als solche zum Abstellen von Kraftfahrzeugen zu nutzen.

Nach Abs. 3 sind die Belange von Behinderten bei der Errichtung von Stellplätzen angemessen zu berücksichtigen. Bestimmungen der Sonderbauverordnung NRW sind vorrangig zu behandeln.

### § 3

#### Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze

- (1) <sup>1</sup>Die Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze ergibt sich aus der Anlage Nr. 1 zu dieser Satzung und den nachfolgenden Regelungen. <sup>2</sup>Besteht tatsächlich ein geringerer oder höherer Bedarf an Stellplätzen und/oder Fahrradabstellplätzen als die Richtzahlentabelle in Anlage Nr. 1 vorgibt, legt die Bauherrschaft dies anhand einer begründeten Einzelfallberechnung dar. <sup>3</sup>Besteht aus Sicht der Bauaufsichtsbehörde ein geringerer oder höherer Bedarf, teilt sie dies unter Angabe der maßgeblichen Gründe der Bauherrschaft mit und fordert sie auf, eine begründete Einzelfallberechnung vorzulegen. <sup>4</sup>Die Anwendung eines aus der Einzelfallbetrachtung hervorgehenden Stellplatzansatzes sowie möglicher Abweichungen obliegt der Universitätsstadt Siegen.
- (2) Für bauliche und sonstige Anlagen, deren Nutzungsart in der Anlage Nr. 1 nicht aufgeführt ist, richtet sich die Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem voraussichtlichen tatsächlichen Bedarf. Dabei sind die in der Anlage Nr. 1 für vergleichbare Nutzungen festgesetzten Zahlen als Orientierungswerte heranzuziehen.
- (3) Bei Anlagen mit verschiedenartigen Nutzungen bemisst sich die Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem größten gleichzeitigen Bedarf, wenn die wechselseitige Benutzung sichergestellt ist. Eine solche wechselseitige Benutzung ist bei öffentlich-rechtlicher Sicherung auch bei der Bestimmung der Anzahl der Stellplätze und der Fahrradabstellplätze verschiedener Vorhaben in zumutbarer Entfernung zulässig.

### Zu § 3

#### Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze

Abs. 1 regelt die Ermittlung der Anzahl von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen in Abhängigkeit von der Nutzung der baulichen oder sonstigen Anlage gemäß Anlage Nr. 1. Die nutzungsorientierte Richtzahlentabelle bietet sowohl Planungssicherheit für die Bauherrschaft, Architektinnen und Architekten sowie Investorinnen und Investoren als auch Rechtssicherheit für die Universitätsstadt Siegen.

Die Richtzahlentabelle bietet eine Darstellung der häufigsten Nutzungen und kann daher nicht alle individuellen Stellplatzbedarfe abdecken. Für begründete Einzelfälle regeln die Sätze 2 und 3, dass die Bauherrschaft eine entsprechende Berechnung (z. B. durch ein Verkehrsgutachten) vorlegen oder die Universitätsstadt Siegen diese einfordern kann. Die Einzelfallberechnung ist in jedem Fall von der Bauherrschaft zu erbringen. Nach Satz 4 entscheidet die Universitätsstadt Siegen über die Anerkennung der Einzelfallberechnung.

Abs. 2 stellt klar, dass auch für Nutzungsarten, die nicht explizit in der Richtzahlentabelle aufgeführt sind, der Nachweis über Stellplätze und Fahrradabstellplätze zu erbringen ist. Für die Bedarfsberechnung sind Werte vergleichbarer Nutzungen heranzuziehen.

Abs. 3 reduziert die Anzahl an herzustellenden Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen bei Vorhaben mit unterschiedlichen Nutzungsarten auf das größte gleichzeitige Kraftfahrzeug- und Fahrradaufkommen. Eine wechselseitige Benutzung kann z. B. zu unterschiedlichen Wochentagen oder Tageszeiten erfolgen. Anlagen mit verschiedenen Nutzungen können beispielsweise Wohnen und gewerbliche Nutzungen sein. Die verpflichtende öffentlich-rechtliche Sicherung kann z. B. durch die Eintragung einer Bau- last gemäß § 85 Bauordnung NRW erfolgen. Hinsichtlich der zumutbaren Entfernung gilt § 4 Abs. 1 entsprechend.



- (4) Stellplätze müssen ohne Überquerung anderer Stellplätze ungehindert erreichbar sein. Nur bei Wohngebäuden der Ziffer 1.1 der Anlage Nr. 1 zu dieser Satzung sind zwei hintereinander liegende Stellplätze zulässig, sofern diese eindeutig der gleichen Wohneinheit zugeordnet werden.

- (5) Werden in einem vor dem Inkrafttreten der Satzung fertiggestellten Gebäude
1. in Folge einer Nutzungsänderung oder
  2. durch Ausbau und/oder Neubau des Dachgeschosses
- erstmalig oder zusätzlich Wohnungen geschaffen, so brauchen Stellplätze und/oder Fahrradabstellplätze nicht hergestellt zu werden, soweit die Herstellung von Stellplätzen und/oder Fahrradabstellplätzen auf dem Grundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist. In diesem Fall ist ein Nachweis seitens der Bauherrschaft verpflichtend.

Stellplätze sind befestigte und häufig versiegelte Flächen, die die städtebauliche und ökologische Qualität mindern. Die Flächenversiegelung durch die Herstellung von Stellplätzen steht somit der Zielsetzung des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden entgegen. In Abwägung zwischen der Aufnahme des ruhenden Verkehrs außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen und der Versiegelung wird nach Abs. 4 die ohnehin vor Stellplätzen befindliche Verkehrsfläche unter den genannten Bedingungen als weiterer Stellplatz anerkannt.

Um eine hohe Wahrscheinlichkeit zu erreichen, dass es durch das Parken von Kraftfahrzeugen hintereinander nicht zu gegenseitigen Behinderungen und folglich geringerer Nutzung kommt, wird diese Möglichkeit auf zwei Kraftfahrzeuge beschränkt sowie nur für die Wohnraumnutzung der Ziffer 1.1 der Anlage Nr. 1 und nur dann eröffnet, wenn die beiden Stellplätze derselben Wohneinheit zugeordnet sind. Nur in diesem Fall ist davon auszugehen, dass alle dort wohnenden Personen bzw. Fahrzeugführende auch auf alle Kraftfahrzeuge zugreifen können. Es kann somit erwartet werden, dass die haushaltsinterne Abstimmung und damit das Abstellen in Reihe funktioniert.

Abs. 5 definiert zwei Ausnahmetatbestände für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums im Bestand – insbesondere in dicht bebauten Gebieten. Von der Herstellung von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen kann abgesehen werden, wenn Hindernisse vorliegen, die eine Herstellung rechtlich oder technisch unmöglich machen. Unter großen Schwierigkeiten sind tatsächliche Hindernisse technischer oder auch kostentechnischer Art gemeint, die die Herstellung für Vorhabensträger unzumutbar machen. Hier ist die Frage der Verhältnismäßigkeit entscheidend.

Die Bauherrschaft hat diese Hindernisse nachzuweisen. Über die Anerkennung des Nachweises entscheidet die Universitätsstadt Siegen. Wird der Nachweis anerkannt, müssen die Stellplätze und Fahrradabstellplätze nicht abgelöst werden.

Über ähnliche Vorhaben der Schaffung von Wohnraum (z. B. durch Kellerausbau oder Wohnraumteilung) entscheidet die Universitätsstadt Siegen nach eigenem Ermessen.

(6) Ergeben sich bei der Ermittlung der Zahl der Stellplätze oder der Fahrradabstellplätze Nachkommastellen, ist kaufmännisch auf ganze Zahlen ab- oder aufzurunden. Gerundet wird dabei nach einer eventuellen Reduzierung nach Maßgabe der folgenden Absätze.

(7) Die Anzahl herzustellender Stellplätze kann nach Lage und Qualität der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr unter den in Anlage Nr. 2 genannten Voraussetzungen um bis zu 30 % reduziert werden. Der verpflichtende Nachweis der Voraussetzungen zur Reduzierung ist seitens der Bauherrschaft zu erbringen.

(8) Bis zu 25 % der Stellplätze, maximal jedoch 25 Stellplätze, können durch die Schaffung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen ersetzt werden. Dabei sind für je einen ganzen Stellplatz vier Fahrradabstellplätze herzustellen.

Die Ermittlung des Stellplatz- und Fahrradabstellplatzbedarfes erfolgt anhand der Richtzahlentabelle (Anlage Nr. 1) unter Einberechnung eventueller Reduzierungen rechnerisch mit Nachkommastellen. Eine Reduzierung ist durch

1. eine entsprechende Angebotsqualität des öffentlichen Personennahverkehrs (Abs. 7),
2. den Ersatz von Stellplätzen durch Fahrradabstellplätze (Abs. 8) und
3. Aussetzungen (Abs. 9)

möglich. Diese Reihenfolge ist für die Berechnung festgelegt.

Abschließend ist nach Abs. 6 bis einschließlich 0,4 abzurunden und ab 0,5 aufzurunden. Eine Beispielrechnung des Stellplatzbedarfes befindet sich im Anlage A dieser Erläuterungen.

Abs. 7 beschreibt die Möglichkeit, die Anzahl herzustellender Stellplätze zu reduzieren, wenn die in Anlage Nr. 2 definierten Voraussetzungen an die ÖPNV-Anbindungsqualität erfüllt werden. Diese Reduzierungsmöglichkeit wird zudem nach Gebietszonen unterschieden. Eine Reduzierung der Anzahl an Fahrradabstellplätzen ist nicht möglich. Zur Nachweispflicht siehe Erläuterungen zu Anlage Nr. 2.

Abs. 8 setzt einen freiwilligen Anreiz zur individuellen Förderung des Radverkehrs. Bis zu 25 % der Stellplätze können durch je vier zusätzliche Fahrradabstellplätze ersetzt werden. Hierbei werden nur ganze Stellplätze berücksichtigt. Daher kann erst ab vier Stellplätzen einer durch vier zusätzliche Fahrradabstellplätze ersetzt werden. Die zusätzlichen Fahrradabstellplätze sind den ohnehin für die jeweilige Nutzung nach Richtzahlentabelle (Anlage Nr. 1) herzustellenden Fahrradabstellplätzen hinzuzurechnen.

Um dem bei größeren Vorhaben mit vielen Stellplätzen voraussichtlich auftretendem Kraftfahrzeugverkehr zu begegnen, können absolut maximal 25 Stellplätze ersetzt werden. Das heißt, dass auch bei einem Stellplatzbedarf von mehr als 100 Stellplätzen höchstens 25 Stellplätze durch zusätzliche 100 Fahrradabstellplätze ersetzt werden können.

Die Anzahl an durch Fahrradabstellplätze ersetzbaren Stellplätzen ist in beigefügter Tabelle (Anlage B dieser Erläuterungen) ersichtlich. Aus dieser Tabelle wird auch ersichtlich, wie viele zusätzliche Fahrradabstellplätze hergestellt werden müssen und wie viele herzustellende Stellplätze verbleiben.

- (9) <sup>1</sup>Die Pflicht zur Herstellung der Stellplätze kann durch besondere Mobilitätsmaßnahmen gemäß der Anlage Nr. 3 für besondere Maßnahmen zu dieser Satzung um maximal 20 % ausgesetzt werden, solange und soweit nachgewiesen wird, dass der Stellplatzbedarf durch diese Maßnahmen nachhaltig verringert wird und soweit nach Abs. 1 mehr als 5 Stellplätze notwendig sind. <sup>2</sup>Bei Vorhaben in Gebietszone 1 ist eine Aussetzung ebenfalls bei bis zu 5 Stellplätzen möglich. <sup>3</sup>Die besonderen Maßnahmen sind öffentlich-rechtlich zu sichern. <sup>4</sup>Wird eine Maßnahme nach Satz 1 über die gesamte Dauer einer befristeten Aussetzung der Stellplatzpflicht vorgehalten, gilt die Stellplatzpflicht nach Ablauf dieses Zeitraums insoweit als erfüllt. <sup>5</sup>Die Aussetzung ist zu widerrufen, wenn innerhalb des Aussetzungszeitraumes der Nachweis, dass die Voraussetzungen für die Aussetzung der Stellplatzpflicht noch erfüllt sind, nicht mehr erbracht wird. <sup>6</sup>Der Widerruf der Aussetzung aufgrund der Nichtvorhaltung der vereinbarten besonderen Maßnahmen oder der Nichteinhaltung der Nachweispflicht zieht eine nachträgliche Herstellungs- oder Ablösepflicht nach sich. <sup>7</sup>Sofern ausgesetzte Stellplätze abgelöst werden sollen, gilt der zum Zeitpunkt der Ablösung maßgebliche Ablösungsbetrag.

Abs. 9 beschreibt die Möglichkeit, bis zu 20 % der herzustellenden Stellplätze durch besondere, auf das Vorhaben bezogene Mobilitätsmaßnahmen nach Anlage Nr. 3 auszusetzen. Die Maßnahmen müssen dazu geeignet sein, einen abweichenden Bedarf an Stellplätzen zu rechtfertigen.

Es wird geregelt, dass Aussetzungen nur bei größeren Vorhaben mit mehr als fünf herzustellenden Stellplätzen möglich sind. Ausgenommen ist hierbei Gebietszone 1 (Oberstadt), da diese den dicht bebauten Bereich der historischen Altstadt umfasst. Die Ausnahme von der Mindestanzahl der Stellplätze für eine Aussetzung ist mit einer Reduzierung des Kraftfahrzeugaufkommens auf den vergleichsweise engen Verkehrsflächen zu rechtfertigen.

Eine öffentlich-rechtliche Sicherung kann beispielsweise durch Eintragung einer Baulast gemäß § 85 Bauordnung NRW erfolgen.

Werden die zur Aussetzung herangezogenen Mobilitätsmaßnahmen (auch nach Erteilung der Baugenehmigung) nicht mehr vorgehalten, wird die Aussetzung widerrufen. Dann sind die ausgesetzten Stellplätze herzustellen oder abzulösen. Eine Ablösung ist auch dann nur gemäß § 5 dieser Satzung möglich.

Der Nachweis (z. B. mittels Verkehrsgutachten) der in der Anlage dargestellten Aussetzungstatbestände ist verpflichtend und auch nach Baugenehmigung auf Verlangen der Universitätsstadt Siegen zu erbringen. Über die Anerkennung des Nachweises entscheidet die Universitätsstadt Siegen.

#### § 4

##### **Standort, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen**

- (1) <sup>1</sup>Stellplätze und Fahrradabstellplätze sind auf dem Baugrundstück oder auf einem geeigneten Grundstück in zumutbarer Entfernung, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist, herzustellen und dauerhaft zu unterhalten. <sup>2</sup>Zumutbar ist eine fußläufige Entfernung notwendiger Stellplätze zum Baugrundstück von maximal 500 m, bei Wohnungsbauvorhaben von maximal 300 m. <sup>3</sup>Bei notwendigen Fahrradabstellplätzen darf die Entfernung zum Baugrundstück maximal 100 m betragen. <sup>4</sup>Wenn Gründe des Verkehrs dies erfordern, kann im Einzelfall bestimmt werden, dass die Stellplätze auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück herzustellen sind.

- (2) Stellplätze müssen so angeordnet und ausgeführt werden, dass ihre Benutzung die Gesundheit nicht schädigt und Lärm oder Gerüche das Arbeiten und Wohnen, die Ruhe und die Erholung in der Umgebung nicht über das zumutbare Maß hinaus stören.

- (3) Stellplätze sind gemäß § 125 der Verordnung über Bau und Betrieb von Sonderbauten (Sonderbauverordnung – SBauVO) vom 02.12.2016 in der jeweils gültigen Fassung herzustellen.

- (4) Zu- und Abfahrten zu Stellplätzen dürfen an der öffentlichen Verkehrsfläche maximal 3,50 m breit sein. Unter Berücksichtigung der Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs kann mit allen an die öffentliche Verkehrsfläche angrenzenden Breiten der Zu- und Abfahrten in der Summe auf maximal 7,50 m abgewichen werden, wenn diese maximal 50 % der Grundstücksgrenze zur öffentlichen Verkehrsfläche ausmachen.

#### Zu § 4

##### **Standort, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen**

Nach Abs. 1 sollen Stellplätze und Fahrradabstellplätze außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen zunächst auf dem Baugrundstück selbst hergerichtet werden. Sollte dies nicht möglich sein, können Stellplätze und Fahrradabstellplätze auf einem Grundstück in näherer Umgebung hergestellt werden. Voraussetzung ist in diesem Fall eine öffentlich-rechtliche Sicherung, z. B. per Baulast gemäß § 85 Bauordnung NRW.

Da i. d. R. sehr nah am Zielort geparkt wird, wird je nach Nutzung und Fortbewegungsmittel eine zumutbare Entfernung festgelegt, die ein Stellplatz bzw. Fahrradabstellplatz zur Anlage, die die Stellplatzpflicht auslöst, höchstens aufweisen darf.

Satz 4 regelt den Fall, dass die Universitätsstadt Siegen aus verkehrlichen Gründen die Herstellung der Stellplätze auf einem bestimmten Grundstück anordnen kann.

Abs. 2 regelt die nachbarschaftsverträglichen Mindestanforderungen an alle Stellplätze hinsichtlich der gegenseitigen Rücksichtnahme. Diese gelten auch für Stellplätze, die freiwillig, zusätzlich zur geforderten Anzahl herzustellender Stellplätze errichtet werden.

Abs. 3 verweist bezüglich der Anforderungen (u. a. Größe und Maße von Stellplätzen, Fahrgassen, Zu- und Abfahrten sowie Rampen) auf die Sonderbauverordnung NRW.

Abs. 4 legt aus Gründen der Verkehrssicherheit die maximale Breite von Zu- und Abfahrten zu Stellplätzen fest. Diese gilt gleichermaßen für Zu- und Abfahrten von Garagen und Carports. Mit dieser Regelung wird verhindert, dass mehr als drei Stellplätze einzeln von der öffentlichen Verkehrsfläche angefahren werden. Sehr breite bzw. mehrere einzelne Zufahrten stellen (insbesondere beim Rückwärtsfahren und vor allem für den Fuß- und Radverkehr) eine vermeidbare Verkehrsgefährdung dar. Bei größerem Stellplatzbedarf ist entsprechend eine gemeinsame Zu- und Abfahrt zur Stellplatzanlage herzustellen.

Die 50-Prozent-Regelung gewährleistet ein angemessenes städtebauliches Ortsbild, da der Großteil der Grundstücksgrenze zur öffentlichen Verkehrsfläche somit nicht durch Stellplatzanlagen belegt und versiegelt wird.

(5) Auf die Anforderungen an eine gebäudeintegrierte Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität nach dem Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) in der jeweils gültigen Fassung wird verwiesen.

(6) <sup>1</sup>Werden auf einem Grundstück mehr als vier Stellplätze geschaffen, ist für je fünf Stellplätze mindestens ein standortgerechter Laubbaum und dem Standort entsprechender Wuchs innerhalb der Stellplatzfläche zu pflanzen. <sup>2</sup>Die Pflanzorte sind so zu wählen, dass durch die Bäume der Eindruck der befestigten Grundstücksfläche abgemildert wird. <sup>3</sup>Die Bäume sind wie folgt fachgerecht zu pflanzen und zu unterhalten: <sup>4</sup>Laubbaum 1. Ordnung mit Hochstamm, Stammumfang 16-18 cm und Drahtballierung oder vergleichbar. <sup>5</sup>Reine Kugelformen sind ausgeschlossen. <sup>6</sup>Sie sind bei Verlust durch gleichwertige Neupflanzungen zu ersetzen. <sup>7</sup>Auf die Richtlinie der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung und Landschaftsbau e.V. und DIN Norm Nr. 18916 wird verwiesen.

(7) Fahrradabstellplätze müssen

1. von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen/Aufzüge verkehrssicher und leicht erreichbar sein,
2. einen sicheren Stand und die Sicherung gegen Diebstahl ermöglichen,
3. einzeln leicht zugänglich sein und
4. eine Fläche von mindestens 1,5 m<sup>2</sup> pro Fahrrad zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche haben.

(8) Jeder 13. Fahrradabstellplatz muss durch eine zusätzliche Fläche von mindestens 1,5 m<sup>2</sup> zum Abstellen von Kinder- oder Lastenanhängern bzw. Lastenfahrrädern geeignet sein.

Der Verweis zum GEIG in Abs. 5 bezieht sich auf die EU-Gebäuderichtlinie zum Aufbau von Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität in Gebäuden.

Abs. 6 regelt die Begrünung größerer Stellplatzanlagen, die einerseits städtebaulich auflockernd wirken und andererseits den Umwelt- und Klimaschutz fördern sollen.

Die Sätze 2 bis 5 regeln die Anforderungen an beispielsweise Art, Standortwahl und Pflege der Bäume. Sie sichern zusammen mit Satz 6 die nachhaltige Begrünung von Stellplatzanlagen und wirken der Flächenversiegelung entgegen.

Die in Satz 7 beschriebene Richtlinie der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung und Landschaftsbau e.V. (FLL) hat insbesondere zwei Regelwerke zu urbanen Pflanztechnologien veröffentlicht, die Empfehlungen für Baumpflanzungen enthalten (Teil 1: Planung, Pflanzarbeiten, Pflege und Empfehlungen für Baumpflanzungen; Teil 2: Standortvorbereitungen für Neupflanzungen; Pflanzgruben und Wurzelraumerweiterung, Bauweisen und Substrate). DIN Norm Nr. 18916 gilt für Pflanzen und Pflanzarbeiten im Rahmen von Maßnahmen des Landschaftsbaus.

Abs. 7 definiert die Mindestanforderungen an herzustellende Fahrradabstellplätze, die die Nutzbarkeit gewährleisten. Diese können auch innerhalb von Gebäuden liegen, wenn die Zugänglichkeit sichergestellt ist. Neben der Gewährleistung von Diebstahlschutz und Verkehrssicherung soll vermieden werden, dass abgestellte Fahrräder an beispielsweise Hauswänden oder Gartenzäunen Hindernisse im öffentlichen Raum für den Fußverkehr oder Behinderte darstellen.

Abs. 8 sichert den zusätzlichen Abstellbedarf für Lasten- und Kinderanhänger sowie Lastenfahrräder bei größeren Fahrradabstellanlagen. Je 13 herzustellende Fahrradabstellplätze wird dafür eine zusätzliche Fläche von 1,5 m<sup>2</sup> angesetzt.

- (9) <sup>1</sup>Bei einer Anzahl von 10 oder mehr Fahrradabstellplätzen ist für mindestens 2 Fahrradabstellplätze die Vorbereitung der Stromleitung für die Ladung von Elektrofahrzeugen vorzusehen. <sup>2</sup>Ab einer Anzahl von 20 Fahrradabstellplätzen ist für mindestens 25 % der herzustellenden Fahrradabstellplätze die Vorbereitung der Stromleitung für die Ladung von Elektrofahrzeugen vorzusehen. <sup>3</sup>§ 3 Abs. 6 gilt entsprechend.

## § 5

### Ablösung

- (1) <sup>1</sup>Auf die Herstellung notwendiger Stellplätze kann seitens der Universitätsstadt Siegen verzichtet werden,

1. wenn ihre Herstellung nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist oder,
2. wenn ihre Herstellung aus städtebaulichen Gründen untersagt ist oder,
3. wenn und soweit nicht im Einzelfall wegen der Anzahl der Stellplätze oder der besonderen örtlichen Verhältnisse eine erhebliche Beeinträchtigung des ruhenden oder fließenden Verkehrs unter Berücksichtigung auch der Belange des Fußgänger- und Fahrradverkehrs zu erwarten ist.

<sup>2</sup>Die zur Herstellung Verpflichteten zahlen in diesem Falle einen Geldbetrag zur Ablösung an die Universitätsstadt Siegen nach Maßgabe der folgenden Absätze. <sup>3</sup>Notwendige Fahrradabstellplätze sind nicht ablösefähig.

- (2) <sup>1</sup>Es sind maximal 50 % der Stellplätze, höchstens aber 50 Stellplätze, ablösefähig. <sup>2</sup>Insgesamt darf die Anzahl der Stellplätze durch Aussetzung, Ablöse und Ersatz durch Fahrradabstellplätze maximal um 50 % reduziert werden. <sup>3</sup>Es sind nur ganze Stellplätze ablösefähig.

Abs. 9 definiert die Anforderungen an größere Fahrradabstellanlagen hinsichtlich der Elektrifizierung des Radverkehrs und fördert diesen somit. Die Vorbereitung der Stromleitung erleichtert die spätere Herstellung von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge analog zur Elektrifizierung von Stellplatzanlagen gemäß GEIG.

Satz 3 bezieht sich auf die Rundungsregelung bei der Berechnung der Anzahl an Abstellplätzen.

## Zu § 5

### Ablösung

§ 2 dieser Satzung regelt die grundsätzliche und vorrangige Herstellungspflicht von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen. Von der Herstellung von Stellplätzen kann bei Zahlung einer Stellplatzabgabe an die Universitätsstadt Siegen nur unter den in Abs. 1 definierten Ablösetatbeständen abgesehen werden.

Eine Herstellung gilt nach Ziffer 1 als nicht möglich, wenn Hindernisse vorliegen, die eine Herstellung rechtlich oder technisch unmöglich machen. Unter großen Schwierigkeiten nach Ziffer 2 sind tatsächliche Hindernisse technischer oder auch kostentechnischer Art gemeint, die die Herstellung für Vorhabenträger unzumutbar machen. Hier ist die Frage der Verhältnismäßigkeit entscheidend. Nach Ziffer 3 können städtebauliche (z. B. Konflikte der Flächennutzung) oder verkehrstechnische Gründe in die Abwägung über die Ablöse einfließen.

Die Bauherrschaft hat diese Hindernisse nachzuweisen. Über die Anerkennung des Nachweises entscheidet die Universitätsstadt Siegen.

Satz 3 stellt klar, dass Fahrradabstellplätze nicht abgelöst werden können. Diese Regelung gilt als Grundsatz zur Radverkehrsförderung.

Abs. 2 legt den maximalen Anteil sowie die absolute Anzahl an ablösefähigen Stellplätzen fest. Die anteilige Begrenzung gewährleistet, dass dem Mindestmaß des voraussichtlich tatsächlich entstehenden Stellplatzbedarfs Rechnung getragen wird. Eine vollständige Ablöse der herzustellenden Stellplätze würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Parken auf öffentlichen Verkehrsflächen führen. Die absolute Begrenzung gewährleistet die Herstellung einer ausreichenden Anzahl an Stellplätzen bei Vorhaben, die einen Bedarf von mehr als 100 Stellplätzen aufweisen. Satz 3 besagt, dass bei Nachkommastellen in der Berechnung ablösefähiger Stellplätze abzurunden ist (s. Anlage A dieser Erläuterungen).

- (3) <sup>1</sup>Für die Heranziehung zur Zahlung eines Geldbetrages gemäß Abs. 1 wird das Gebiet der Universitätsstadt Siegen in folgende Gebietszonen gegliedert und wie folgt allgemein umschrieben:

**<sup>2</sup>Gebietszone I** umfasst

- den Bereich der historischen Altstadt sowie
- unmittelbar angrenzende Bereiche, die der Altstadt zugeordnet werden können.

**<sup>3</sup>Gebietszone II** umfasst

- a) den Stadtteil Siegen-Mitte im Bereich der Innenstadt (Unterstadt) sowie
- b) die Stadtteilzentren Weidenau und Geisweid.

**<sup>4</sup>Gebietszone III** umfasst

- den Bereich bandartig entlang der Hauptverkehrsstraßen Weidenauer Straße, Hagener Straße, Sandstraße, Koblenzer Straße, Spandauer Straße, Frankfurter Straße, Leimbachstraße (je ausschließlich der Zonen I und II) sowie
- die Stadtteilzentren Seelbach, Kaan-Marienborn, Eiserfeld und Niederschelden.

**<sup>5</sup>Gebietszone IV** umfasst

- in Eiserfeld den Bereich bandartig entlang der Freiengründer Straße bis zur Trinitatiskirche einschließlich Marktplatz,
- den Bereich Eiserfeld-Eisenhut entlang der Eiserfelder Straße unter Einschluss des IHW-Parks,
- in Weidenau den Bereich „Auf den Hütten“ sowie
- in Geisweid den Bereich „Birlenbacher Hütte“.

**<sup>6</sup>Gebietszone V** umfasst das übrige Stadtgebiet.

<sup>7</sup>Die genauen Grenzen der Gebietszonen sind in den als Bestandteil dieser Satzung beigefügten Plänen (Anlage Nr. 4) dargestellt. <sup>8</sup>Die Gebietszone I ist in der Originalfassung in der Farbe „gelb“, die Gebietszone II a in der Farbe „dunkelblau“, die Gebietszone II b in der Farbe „hellblau“, die Gebietszone III in der Farbe „orange“ und die Gebietszone IV in der Farbe „grün“ dargestellt. <sup>9</sup>Die Gebietszone V umfasst das übrige Stadtgebiet und hat keine farbliche Kennzeichnung.

Abs. 3 definiert die fünf Gebietszonen der Stellplatzsatzung. Diese sind maßgeblich für den bei Ablösung heranzuziehenden Geldbetrag pro Stellplatz.

Die Zonierung des Stadtgebietes wurde anhand der maßgeblichen Parameter vorgenommen, die das Verkehrsaufkommen und den Stellplatzbedarf beeinflussen. Hierzu zählen unter anderem Einwohnerdichte, städtebauliche Dichte, Gestalt und Struktur, Verkehrsdichte sowie Verkehrsachsen und -knotenpunkte. Ebenso wurden Lage, Größe und Struktur von Einzelhandelszonierungen und Gewerbegebieten berücksichtigt.

Satz 7 verweist auf Anlage Nr. 4, aus der die genauen Abgrenzungen der einzelnen Zonen hervorgehen.

(4) Der Geldbetrag je Stellplatz wird

1. in Gebietszone I auf 5.290,00 €
2. in Gebietszone II
  - a. im Stadtteil Siegen-Mitte im Bereich der Innenstadt (Unterstadt) auf 9.380,00 €
  - b. in den Stadtteilzentren Weidenau und Geisweid auf 4.050,00 €
3. in Gebietszone III auf 3.720,00 €
4. in Gebietszone IV auf 3.070,00 €
5. in Gebietszone V auf 3.550,00 €

festgelegt. Maßgebend für die Zuordnung zu einer Gebietszone ist die Lage des Grundstücks, auf dem das Vorhaben, das die Stellplatzpflicht auslöst, durchgeführt werden soll.

(5) Einmal geleistete Ausgleichsbeträge aus vorherigen Nutzungen sind dem Grundstück zuzurechnen.

(6) <sup>1</sup>Über die Möglichkeit der Ablösung entscheidet die Universitätsstadt Siegen auf Antrag. <sup>2</sup>Die Ablösung lässt Rechte hinsichtlich Stellplätzen oder Garagen und Abstellplätzen, die mit den Beträgen geschaffen werden, nicht entstehen. <sup>3</sup>Ein Anspruch auf Ablöse besteht nicht.

Abs. 4 legt die Ablösebeträge pro Stellplatz in den einzelnen Gebietszonen auf 80 % der durchschnittlichen Herstellungskosten fest. Die Berechnung der Herstellungskosten erfolgte unter Einbeziehung der Kosten für Grunderwerb und Bau eines Stellplatzes.

Die Grunderwerbskosten wurden über die aktuell in der jeweiligen Zone geltenden Bodenrichtwerte (nach BORIS NRW 2022) ermittelt. Pro Gebietszone wurden dabei alle über die Größe der Fläche gemittelten Bodenrichtwerte eingerechnet.

Die Baukosten wurden anhand aktueller Pflasterpreise und der geltenden Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) ermittelt. Hiernach wird für einen Stellplatz eine Fläche von 12,5 m<sup>2</sup> angesetzt.

Die Ablösebeträge nehmen grundsätzlich mit der städtebaulichen Dichte ab. Eine Ausnahme stellt Gebietszone IV dar, da diese eine geringe Ablöse als Gebietszone V aufweist. Dies kommt durch die geringeren Bodenrichtwerte der größtenteils gewerblich genutzten Flächen der Zone IV zustande.

Die für den Ablösebetrag maßgebliche Lage des Grundstücks bezieht sich auf das Grundstück, auf dem das Vorhaben realisiert werden soll und nicht auf ein gegebenenfalls in einer anderen Zone liegendes Grundstück, auf dem der nicht ablösefähige Teil der Stellplätze hergestellt werden soll.

Abs. 5 regelt, dass in der Vergangenheit gezahlte Ablösebeträge bei einer Nutzungsänderung angerechnet werden. Bei einer dann infrage kommenden Ablöse von Stellplätzen ist die Differenz der herzustellenden Stellplatzanzahl ausschlaggebend.

Abs. 6 stellt unter anderem klar, dass die Entscheidung über eine Ablöse der Universitätsstadt Siegen obliegt.



## § 6

### Abweichungen

Abweichungen von dieser Satzung können in begründeten Ausnahmefällen gemäß § 69 Bauordnung NRW 2018 zugelassen werden, wenn sie mit der Zielsetzung der Satzung vereinbar sind. Über die Zulässigkeit von Abweichungen, gegebenenfalls einschließlich der Nachweispflicht durch Gutachten, entscheidet die Universitätsstadt Siegen.

## § 7

### Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 86 Abs. 1 Nr. 22 Bauordnung NRW handelt, wer
  1. entgegen § 2 Abs. 1 die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung einer baulichen Anlage vornimmt, ohne den hierdurch ausgelösten Stellplatzbedarf oder Mehrbedarf an Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen in ausreichender Zahl hergestellt zu haben oder
  2. die Verpflichtung nach § 4 Abs. 6 zur Baumpflanzung und -unterhaltung nicht einhält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 20.000 Euro geahndet werden.

## § 8

### Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am [\[Datum\]](#) in Kraft. Gleichzeitig tritt die „Satzung über die Festlegung der Gebietszonen und die Höhe des Geldbetrages nach § 51 Abs. 5 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbauordnung (BauO NW)“ (Ordnungsziffer 63.010, Ratsbeschluss vom 05.02.2003) außer Kraft.

## Zu § 6

### Abweichungen

§ 69 Bauordnung NRW regelt Abweichungen von örtlichen Bauvorschriften und bildet somit die Gesetzesgrundlage für Abweichungen von der Stellplatzsatzung. Diese setzt einen schriftlich begründeten sowie prüfbar Antrag auf Abweichung voraus, der kostenpflichtig beschieden werden kann. Unter Umständen kann die Universitätsstadt Siegen Gutachten als Nachweis verlangen.

Potenzielle Abweichungen sind an den grundsätzlichen Zielsetzungen dieser Satzung auszurichten. In jedem Fall entscheidet die Universitätsstadt Siegen über die Zulässigkeit von Abweichungen.

## Zu § 7

### Ordnungswidrigkeiten

§ 86 Bauordnung NRW ermächtigt die kommunale Bauaufsichtsbehörde, die in [Abs. 1](#) Ziffern 1 und 2 beschriebenen Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen von bis zu 100.000 € zu ahnden.

[Abs. 2](#) legt den Betrag der Geldbuße fest. Dieser ist am Wert von durchschnittlich etwa vier Stellplätzen orientiert. Die Ahndung einer Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße entbindet nicht von der ursprünglichen Herstellungs- oder Ablösepflicht und schließt weitere Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht aus.

## Zu § 8

### Inkrafttreten

[Abs. 1](#) definiert den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung sowie das gleichzeitige Außerkrafttreten der bisherigen Ablösesatzung, deren Regelungen in die Stellplatzsatzung übernommen, angepasst oder aktualisiert wurden.

- (2) Bei Vorhaben, bei denen das bauaufsichtliche Verfahren vor dem Inkrafttreten dieser Satzung eingeleitet worden ist oder bei denen bereits ein noch gültiger, rechtswirksamer Vorbescheid erteilt wurde, gilt das neue Recht nur, soweit es für die Bauherrschaft günstigere Regelungen enthält. Ausgenommen sind Verlängerungen der Gültigkeit gemäß § 77 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen nach Inkrafttreten dieser Satzung.

Abs. 2 regelt den Umgang mit vor dem Inkrafttreten dieser Satzung laufenden Baugenehmigungsverfahren, bereits erteilten Vorbescheiden und Verlängerungen.

#### **Zu Anlage Nr. 1:**

Die Richtzahlentabelle gibt die Anzahl herzustellender Stellplätze und Fahrradabstellplätze je nach Nutzungsart des Vorhabens vor. Die Berechnungsgrundlage unterscheidet sich je nach Nutzung. So wird beispielsweise bei Wohnnutzung die Anzahl der Wohneinheiten oder Betten und bei Verkaufsstätten die Verkaufsnutzfläche zur Berechnung herangezogen. Der teilweise angegebene prozentuale Besucheranteil meint je nach Nutzung unterschiedliche Personengruppen: So sind unter dem Besucheranteil bei Wohnnutzung wörtlich Besucherinnen und Besucher gemeint, während der Besucheranteil bei Verkaufsstätten für Kundinnen und Kunden vorgesehen ist.

In der Tabelle sind die häufigsten Nutzungen aufgeführt. Ist eine Nutzung dort nicht aufgeführt, wird nach § 3 Abs. 2 die Nutzung als Orientierungswert herangezogen, die der beantragten Nutzung am ehesten entspricht. Hierbei entscheidet die Universitätsstadt Siegen nach eigenem Ermessen. Die Anlage ist fester Bestandteil der Satzung.

#### **Zu Anlage Nr. 2:**

Die Voraussetzungen an die ÖPNV-Anbindungsqualität für eine Reduzierung werden durch die Taktung und die fußläufige Entfernung zur Haltestelle definiert. Darüber hinaus ist die regelmäßige Anbindung an einen der zentralen Omnibusbahnhöfe (ZOB) erforderlich. Maßgebend für die Unterscheidung der Angebotsqualität zwischen „gut“ und „einfach“ ist die Taktung des Regelfahrplans. Diese Voraussetzungen sichern eine ausreichende Anbindungsqualität, sodass ein Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV und damit der Verzicht auf die Stellplatzherstellung begründet werden können.

Aufgrund der innerhalb des Stadtgebietes unterschiedlichen Anbindungsqualität wird zwischen den Zonen I bis III und IV bis V unterschieden, für die verschiedene Reduzierungsanteile festgesetzt werden. Die Zonen I bis III sind generell besser durch ÖPNV-Angebote erschlossen, da diese die zentralen Lagen und die Bereiche um die Hauptverkehrsstraßen umfassen.

Der Nachweis ist seitens der Bauherrschaft durch folgende Unterlagen zu erbringen:

- Plandarstellung zur Lage der Haltestelle,
- Plandarstellung der fußläufigen Verbindung zwischen Haltestelle und Bauvorhaben sowie
- Nachweis der Bedienhäufigkeit der betrachteten Haltestelle (Taktung und Anbindung an einen ZOB).

Es dürfen dabei nur regelmäßig verkehrende Linien angesetzt werden. Taxibusse, Schulbusse u. ä. sind davon ausgenommen und können nicht zur Reduzierung angesetzt werden. Es gilt der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültige, reguläre Fahrplan.

#### **Zu Anlage Nr. 3:**

Die Tabelle in Anlage Nr. 3 legt die maximalen Aussetzungsanteile für Vorhaben fest, die je nach besonderer Maßnahme angerechnet werden können. Diese Aussetzungsanteile können grundsätzlich addiert werden, wenn mehrere Mobilitätsmaßnahmen nachgewiesen werden. Somit ergibt sich der maximale Aussetzungsanteil von 20 %. Car-Sharing- oder Fahrradverleihstationen müssen ebenso wie Stellplätze bzw. Fahrradabstellplätze in zumutbarer Entfernung nach § 4 Absatz 1 der Satzung hergestellt werden,

um als Aussetzungsmaßnahme anerkannt zu werden. Die Universitätsstadt Siegen entscheidet über die Anerkennung der Konzepte von Mobilitätsmaßnahmen nach eigenem Ermessen.

**Zu Anlage Nr. 4:**

Die Stellplatzsatzung gilt nach § 1 für das gesamte Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen, welches in fünf Gebietszonen unterteilt wird. Diese Zonen werden in Anlage Nr. 4 sowohl in der Übersichtskarte als auch in den Ausschnitten dargestellt. Damit kann die Zuordnung des Grundstücks eines Vorhabens zu einer Gebietszone exakt bestimmt werden. In der Legende sind die farblich dargestellten Zonen aufgeführt. Die Anlage ist fester Bestandteil der Satzung.

## **Anlage A der ergänzenden Erläuterungen: Beispielrechnung des Stellplatz- und Fahrradabstellplatzbedarfes**

Hinweis: Diese Rechnung dient der beispielhaften Vorgehensweise bei der Berechnung der herzustellenden Stellplätze und Fahrradabstellplätze unter Berücksichtigung der Reduzierungsmöglichkeiten. Das Beispiel soll die festgelegte Reihenfolge der Berechnung verdeutlichen. Es können auch nur einzelne der aufgeführten Reduzierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Ein Anspruch auf exakte Übertragung des Beispiels auf einen individuellen Einzelfall besteht nicht. Die Anerkennung einer Berechnung des Stellplatz- und Fahrradabstellplatzbedarfes obliegt der Universitätsstadt Siegen.

### **Beispiel-Vorhaben:**

Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 30 Wohneinheiten in Gebietszone V. Die Entfernung zur nächsten Bushaltestelle beträgt 250 m. Die Bushaltestelle wird im Regelfahrplan montags bis freitags zwischen 6 und 19 Uhr von einer Linie im 20-Minuten-Takt angefahren. Diese Linie fährt ebenfalls den ZOB Weidenau an. Auf einem benachbarten Grundstück in 100 m (und damit zumutbarer) Entfernung soll eine Car-Sharing-Station errichtet werden.

### **Berechnung des Stellplatz- und Fahrradabstellbedarfes:**

1. Bedarf nach Richtzahlentabelle: Mehrfamilienhäuser ab 3 Wohneinheiten (WE) sind in der Richtzahlentabelle (Anlage Nr. 2) unter Ziffer 1.2 aufgeführt. Hier werden je WE 1,3 Stellplätze (Stpl.) sowie 1,5 Fahrradabstellplätze (Abstpl.) vorgegeben.

<b>Stpl.</b>	<b>Abstpl.</b>
1,3 Stpl. * 30 WE = <b>39,0 Stpl.</b>	1,5 Abstpl. * 30 WE = <b>45,0 Abstpl.</b>

2. Reduzierungsmöglichkeiten:

- 2.1. Reduzierung nach ÖPNV-Angebot: Das Vorhaben ist nach oben genannter Beschreibung in Zone V mit einfacher Anbindungsqualität einzuordnen. Dadurch ist eine Reduzierung der Anzahl herzustellender Stellplätze um 10 % möglich ( $39,0 * 10 \% = 3,9$ ). Die Fahrradabstellplätze können nicht reduziert werden.

	<b>Stpl.</b>	<b>Abstpl.</b>
Anzahl Stpl./Abstpl. nach 1.	39,0	45,0
ÖPNV-Reduzierung: 10 %	- 3,9	-
<b>Herzustellende Stpl./Abstpl.</b>	<b>= 35,1</b>	<b>= 45,0</b>

- 2.2. Reduzierung durch Ersatz von Stellplätzen durch zusätzliche Fahrradabstellplätze: Es können bis zu 25 % der herzustellenden Stellplätze durch zusätzliche Fahrradabstellplätze ersetzt werden. Diese sind den ohnehin nach Richtzahlentabelle herzustellenden Fahrradabstellplätzen hinzuzurechnen. Es kann jeweils 1 ganzer Stellplatz durch 4 zusätzliche Fahrradabstellplätze ersetzt werden, d. h. dass von abgerundet 35 Stellplätze nach Anlage B dieser Erläuterungen 8 Stellplätze durch 32 Fahrradabstellplätzen ersetzt werden können ( $8,0 \text{ Stpl.} * 4 = 32,0 \text{ Abstpl.}$ ).

	<b>Stpl.</b>	<b>Abstpl.</b>
Anzahl Stpl./Abstpl. nach 2.1.	35,1	45,0
Ersatz durch Abstpl.: 25 %	- 8,0	+ 32,0
<b>Herzustellende Stpl./Abstpl.</b>	<b>= 27,1</b>	<b>= 77,0</b>

- 2.3. Reduzierung durch Aussetzung: Durch das Vorhalten einer Car-Sharing-Station können nach Anlage Nr. 3 weitere 10 % herzustellender Stellplätze abgezogen werden. Die Fahrradabstellplätze können dadurch nicht reduziert werden.

	<b>Stpl.</b>	<b>Abstpl.</b>
Anzahl Stpl./Abstpl. nach 2.2.	27,1	77,0
Aussetzung: 10 %	- 2,71	-
<b>Herzustellende Stpl./Abstpl.</b>	<b>= 24,39</b>	<b>= 77,0</b>

Nach Anrechnung aller Maßnahmen zur Reduzierung ergeben sich insgesamt (gerundet) 24 Stellplätze, die hergestellt oder anteilig abgelöst werden müssen, sowie 77 Fahrradabstellplätze, die hergestellt werden müssen.

3. Ablösung: Von den ursprünglich nach Richtzahltablelle herzustellenden 39 Stellplätzen sind maximal 50 % ablöse- und reduzierungsfähig ( $39 \text{ Stpl.} \cdot 50 \% = 19,5$ ). Es können nur ganze Stellplätze abgelöst werden. Das heißt, dass gerundet höchstens 19 Stellplätze abgelöst werden können und mindestens 20 Stellplätze hergestellt werden müssen. Von den nach der Reduzierung verbleibenden 24 Stellplätzen können folglich noch bis zu 4 abgelöst werden, wenn die unter § 5 Absatz 1 aufgeführten Voraussetzungen vorliegen. Die fällige Ablösesumme berechnet sich nach § 5 Absatz 4 wie folgt:  
 $4 \text{ Stpl.} \cdot 3.550,00 \text{ €} = 14.200,00 \text{ €}$

**Anlage B der ergänzenden Erläuterungen: Übersichtstabelle der durch Fahrradabstellplätze ersetzba-  
ren Stellplatzanzahl**

Anzahl herzu- stellender Stellplätze	Davon max. durch Fahrradabstellplätze ersetzbar (25 %)	Nur ganze Stellplätze ersetzbar (abgerundet)	Anzahl zusätzlicher Fahrradabstellplätze	Anzahl verbleibend herzustellender Stellplätze
1	0,25	0	0	1
2	0,50	0	0	2
3	0,75	0	0	3
4	1,00	1	4	3
5	1,25	1	4	4
6	1,50	1	4	5
7	1,75	1	4	6
8	2,00	2	8	6
9	2,25	2	8	7
10	2,50	2	8	8
11	2,75	2	8	9
12	3,00	3	12	9
13	3,25	3	12	10
14	3,50	3	12	11
15	3,75	3	12	12
16	4,00	4	16	12
17	4,25	4	16	13
18	4,50	4	16	14
19	4,75	4	16	15
20	5,00	5	20	15
21	5,25	5	20	16
22	5,50	5	20	17
23	5,75	5	20	18
24	6,00	6	24	18
25	6,25	6	24	19
26	6,50	6	24	20
27	6,75	6	24	21
28	7,00	7	28	21
29	7,25	7	28	22
30	7,50	7	28	23
31	7,75	7	28	24
32	8,00	8	32	24
33	8,25	8	32	25
34	8,50	8	32	26
35	8,75	8	32	27
36	9,00	9	36	27
37	9,25	9	36	28
38	9,50	9	36	29
39	9,75	9	36	30
40	10,00	10	40	30
41	10,25	10	40	31

Anzahl herzu- stellender Stellplätze	Davon max. durch Fahrradabstellplätze ersetzbar (25 %)	Nur ganze Stellplätze ersetzbar (abgerundet)	Anzahl zusätzlicher Fahrradabstellplätze	Anzahl verbleibend herzustellender Stellplätze
42	10,50	10	40	32
43	10,75	10	40	33
44	11,00	11	44	33
45	11,25	11	44	34
46	11,50	11	44	35
47	11,75	11	44	36
48	12,00	12	48	36
49	12,25	12	48	37
50	12,50	12	48	38
51	12,75	12	48	39
52	13,00	13	52	39
53	13,25	13	52	40
54	13,50	13	52	41
55	13,75	13	52	42
56	14,00	14	56	42
57	14,25	14	56	43
58	14,50	14	56	44
59	14,75	14	56	45
60	15,00	15	60	45
61	15,25	15	60	46
62	15,50	15	60	47
63	15,75	15	60	48
64	16,00	16	64	48
65	16,25	16	64	49
66	16,50	16	64	50
67	16,75	16	64	51
68	17,00	17	68	51
69	17,25	17	68	52
70	17,50	17	68	53
71	17,75	17	68	54
72	18,00	18	72	54
73	18,25	18	72	55
74	18,50	18	72	56
75	18,75	18	72	57
76	19,00	19	76	57
77	19,25	19	76	58
78	19,50	19	76	59
79	19,75	19	76	60
80	20,00	20	80	60
81	20,25	20	80	61
82	20,50	20	80	62
83	20,75	20	80	63
84	21,00	21	84	63

Anzahl herzu- stellender Stellplätze	Davon max. durch Fahrradabstellplätze ersetzbar (25 %)	Nur ganze Stellplätze ersetzbar (abgerundet)	Anzahl zusätzlicher Fahrradabstellplätze	Anzahl verbleibend herzustellender Stellplätze
85	21,25	21	84	64
86	21,50	21	84	65
87	21,75	21	84	66
88	22,00	22	88	66
89	22,25	22	88	67
90	22,50	22	88	68
91	22,75	22	88	69
92	23,00	23	92	69
93	23,25	23	92	70
94	23,50	23	92	71
95	23,75	23	92	72
96	24,00	24	96	72
97	24,25	24	96	73
98	24,50	24	96	74
99	24,75	24	96	75
100	25,00	25	100	75



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Frau Krippendorf, Herr Daschke

Siegen, 26.04.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>19.05.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>08.06.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>15.06.2022</b>

Kurzbezeichnung:

**Wohnbauflächenentwicklung am Wellersberg**  
**Hier: Entwicklungsträgervertrag mit NRW.URBAN**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Entwicklungsträgervertrag mit der Landesentwicklungsgesellschaft 'NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH' zur baulichen Entwicklung des Wohngebietes Wellersberg in der vorliegenden Fassung auf Basis der Erschließungsvariante 1 des Konzeptionsbeschlusses vom 24.06.2020.

### Sachverhalt / Begründung:

#### Rückschau

Der Rat der Stadt Siegen hat bereits in der Vergangenheit mehrfach über die wohnbauliche Entwicklung am Wellersberg beraten und dabei folgende Beschlüsse gefasst:

- 04.07.2018 (Vorlage 1891/2018):
  - o Wohnbaulandkonzeptes 2018 als Leitlinie

- Auftrag an die Verwaltung, weitere Gespräche mit NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH (im Folgenden 'NRW.URBAN') aufzunehmen bzgl. der Möglichkeiten der kooperativen Baulandentwicklung
- 22.05.2019 (Vorlage 2398/2019):
  - Umsetzungsprioritäten des Wohnbaulandkonzeptes → die Entwicklung der Fläche Wellersberg wurde mit Priorität 1 beschlossen
- 06.05.2020 (Vorlage 2886/2020):
  - Beitritt zur NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH
  - Beantragung der Aufnahme in das Programm der kooperativen Baulandentwicklung beim Ministerium für Heimat, Kultur, Bauen und Gleichstellung des Landes NRW
- 24.06.2020 (Vorlage 2898/2020): Konzeptionsbeschluss
  - Durchführung der Baugebietsentwicklung Wellersberg mit NRW.URBAN
  - Ankaufgespräche mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (im Folgenden 'BlmA') aufnehmen
  - Empfehlung der Entwicklungsperspektive 1 als Grundlage für weitere Gespräche mit BlmA und NRW.URBAN

Basierend auf diesen Beschlüssen und Aufträgen der Politik ist die Stadt Siegen der NRW.URBAN als Gesellschafterin beigetreten und kann somit auf die Unterstützungsleistung der Landesentwicklungsgesellschaft zurückgreifen. Die Verwaltung hat sodann in Zusammenarbeit mit NRW.URBAN die nötigen Antragsunterlagen zur Aufnahme in das Programm der kooperativen Baulandentwicklung erarbeitet und im April 2021 beim Ministerium eingereicht. Der Antrag wurde vom Ministerium im Juli 2021 positiv bewertet und die Entwicklungsfläche Wellersberg in das Programm zur kooperativen Baulandentwicklung aufgenommen.

Um den Entwicklungsprozess zu starten, ist nun die Unterzeichnung eines entsprechenden Entwicklungsträgervertrages mit NRW.URBAN, in dem die gegenseitigen Rechte und Pflichten verbindlich geregelt werden, erforderlich sowie daran anschließend der Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen Ministerium und Stadt Siegen.

#### Entwicklungsträgervertrag mit NRW.URBAN

NRW.URBAN unterstützt Kommunen als "Entwicklungsgesellschaft auf Zeit" in der Projektierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Baulandentwicklung personell. Zudem erwirbt sie die im geplanten Baugebiet gelegenen Grundstücke für die Stadt, plant und baut die Erschließung, betreibt die Vermarktung und stellt das gesamte Projektmanagement gegen Honorar- und Nebenkostenzahlung sicher. Sie handelt dabei als Treuhänderin der Stadt.

Der Entwicklungsträgervertrag regelt projektbezogen die Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern Stadt Siegen und NRW.URBAN.

Der Entwicklungsträgervertrag wurde auf Basis eines durch NRW.URBAN bereit gestellten Mustervertrages gemeinsam durch die Abteilungen 2/1 Recht und Versicherung, 3/1 Kämmerei und 4/5 Stadtentwicklung, Stadtplanung und Liegenschaften individuell angepasst und

mit NRW.URBAN abgestimmt. Er berücksichtigt alle wesentlichen Entwicklungsziele für die Fläche, die durch die politischen Beschlüsse vorgegeben sind, namentlich die Leitlinien der Rahmenplanung, die durch den Beschluss der Vorlage 2898/2020 festgelegt wurden.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte des Entwicklungsträgervertrags dargestellt, die auf den Leitlinien des Konzeptionsbeschlusses beruhen. Der Vertrag selbst liegt dieser Vorlage als Anlage bei.

- NRW.URBAN führt die ihr mit diesem Vertrag übertragenen Aufgaben im Sinne der Stadt als deren Treuhänderin durch. Die Planungs- und Gestaltungshoheit für das Projektgebiet liegt bei der Stadt bzw. dem Rat der Stadt Siegen. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass die Baugebietsentwicklung nur bei vertrauensvoller Zusammenarbeit zügig und erfolgreich durchgeführt werden kann. Die Stadt wird ihr Weisungsrecht in diesem Rahmen ausüben.
- Nach Möglichkeit soll die Baugebietsentwicklung ohne eine Belastung des städtischen Haushalts erfolgen. Um eine Kostentransparenz zu gewährleisten, haben die Parteien vor Beginn der Maßnahme auf Grundlage der Rahmenplanung einen Businessplan erstellt, in dem alle absehbaren Aufgaben und Kosten auf Basis des jetzt vorliegenden Planungsstandes berücksichtigt wurden. Die im Businessplan aufgeführten Ausgaben und Kosten sind jedoch nicht abschließend und werden nachträglich einvernehmlich ergänzt und angepasst.
- Neben den Planungsleistungen übernimmt NRW.URBAN auch die Umsetzung bzw. Herichtung aller öffentlichen Flächen. Hierzu zählen u.a. Erschließungsflächen (Straßen, Fuß- und Radwege, Wanderparkplatz, etc.), Grün- und Freizeitflächen (Grünanlagen und die „grüne Kuppe“), Waldflächen (Waldsaum) und Ausgleichsflächen.
- Die Einhaltung einer verbindlichen Quote von 30 % für den aus Landesmitteln geförderten sozialen Wohnungsbau ist Bedingung für die Inanspruchnahme der Leistungen der NRW.URBAN.
- Die Entscheidungen über die Projektlaufzeit, den Ankauf der Grundstücke für den Grunderwerb, die Art der baulichen Ausnutzung und Verdichtung der Bauflächen, die Zielgruppenfestlegung bei der Vermarktung oder die Höhe der Verkaufspreise liegen bei der Stadt und ihren politischen Gremien. Damit trifft sie maßgebliche Entscheidungen zur Gestaltung und Umsetzung des Projektes.
- Nach Ablauf der vereinbarten Projektlaufzeit erfolgt die Abrechnung des Projektes. Überschüsse kommen dem städtischen Haushalt zugute, wobei Verluste vor Projektabschluss zu Lasten der Kommune ausgeglichen werden müssen. Durch eine turnusmäßige Berichterstattung wird ein hohes Maß an Transparenz im Projektfortschritt und Kenntnis über die finanzielle Abwicklung sichergestellt.
- Die durch NRW.URBAN treuhänderisch erbrachte Leistung wird durch die Treuhandgeberin nach Aufwand vergütet zzgl. einer Managementpauschale (vgl. Businessplan).

Bei der weiteren Projektentwicklung sind neben den wohnungspolitischen u.a. auch die klimapolitischen und verkehrspolitischen Ziele der Stadt zu berücksichtigen, die u.a. im Zielkonzept Klimaschutz und der Klimaanpassung und im Klimaschutzteilkonzept Mobilität festgehalten sind.

### Bewertung des finanziellen Risikos

Für die Siedlungsentwicklung ist ein vorläufiger Projekt- und Businessplan auf Basis der vom Rat beschlossenen Rahmenplanung erstellt worden. In diesem sind u. a. Annahmen zu Flächenanteilen und Nutzungen, Grunderwerbskosten sowie Planungs- und Baukosten den zu erwartenden Verkaufserlösen gegenübergestellt worden.

Unter Berücksichtigung der von NRW.URBAN berechneten Projektkosten für eine projektierte Laufzeit von 8 Jahren würden sich zum Ende der Laufzeit durch Grundstücksverkäufe Überschüsse in Höhe von 247.000 € für den städtischen Haushalt ergeben. Hierbei wurden durchschnittliche Bodenverkaufspreise von 213 €/m<sup>2</sup> zugrunde gelegt, die sich an den seinerzeitigen Bodenrichtwerten der Umgebung orientieren.

Der Entwicklungsträgervertrag ist durch seine konkrete Verlustdeckungszusage als Patronatserklärung einzustufen, die vom Rat gesondert zu beschließen ist. Dementsprechend ist der Vertrag gemäß GO NRW der Aufsichtsbehörde vor Unterzeichnung anzuzeigen.

Da dieses Projekt im Bereich der Daseinsvorsorge (Bereitstellung von erschlossenem Bauland) und damit im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde Aufgaben zu sehen ist, ist der Abschluss des Vertrages generell zulässig. Jedoch hat wie bei einer Bürgschaft nach GO NRW eine Risikoabschätzung zu erfolgen, inwieweit der städtische Haushalt belastet werden könnte.

Diese Risikoabschätzung ist nur aufgrund von wenig konkreten Faktoren durchführbar und kann zurzeit ausschließlich auf Grundlage des vorliegenden Businessplanes erfolgen. Da der mit der Stadt abgestimmte Businessplan Bestandteil des Vertrages wird, ist damit die Höhe der Aufnahme von Krediten limitiert. Des Weiteren hat der Entwicklungsträger der Stadt nach § 7 jeweils zum 30.04. des darauffolgenden Jahres umfassend Rechnung zu legen. Positiv zu bewerten ist die gesamte vertragliche Ausgestaltung der treuhänderischen Zusammenarbeit und der Umstand, dass die maßgeblichen Entscheidungszuständigkeiten bei der Stadt liegen und mit der NRW.BANK ein finanzkräftiger Partner während des gesamten Projektes für die finanzielle Abwicklung zuständig ist. Sollte sich das Baugebiet entsprechend des Businessplanes realisieren lassen, würde keine Belastung des städtischen Haushaltes erforderlich und Überschüsse erwirtschaftet. Der Businessplan, der derzeit nur auf der Rahmenplanung basiert, stellt jedoch keine Garantie dar, dass dieser Fall so eintreten wird. Mögliche Verluste gehen zu Lasten des städtischen Haushalts. Dieses Risiko trägt die Stadt Siegen bei all ihren Baugebietsentwicklungen, um Daseinsvorsorge, Wohnbauland und Gewerbeflächen bereitstellen zu können und um als Oberzentrum zukunftsfähig aufgestellt zu sein.

Im Rahmen des jeweiligen Jahresabschlusses ist daher die Risikoabschätzung jährlich vorzunehmen, um rechtzeitig eine entsprechende Rückstellung zur Abdeckung eines möglichen Defizits bilden zu können.

Demgegenüber sollte auch der nicht monetär bezifferbare, aber sehr große gesellschaftliche und wohnungspolitische Mehrwert für die Stadt Siegen in die Betrachtung der Risikoabschätzung einfließen.

Außerdem besteht im Zuge der späteren Vermarktung durch den anzusetzenden Bodenverkaufswert eine Stellschraube, um etwaige Verluste zu vermeiden und Überschüsse zu generieren. Hier wären die wirtschaftlichen Aspekte den wohnungspolitischen Zielen gegenüberzustellen und eine politische Abwägung vorzunehmen, welchem Anliegen das höherrangige Interesse beigemessen wird.

### Besonderheit bei Haftung und Verjährung

Der Entwicklungsträgervertrag regelt abweichend von der gesetzlichen Regelung unter § 8, dass die Verjährungsfrist für Ansprüche der Stadt gegen den Entwicklungsträger in dem Zeitpunkt beginnt, in dem der jeweilige Anspruch gegen den Entwicklungsträger entstanden ist (vgl. § 8 Ziffer 5). Auf die gesetzlich vorgesehene Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände kommt es für den Eintritt der Verjährung also nicht an.

Diese vertraglich eingeräumte Verjährungserleichterung ist nach den Aussagen von NRW.URBAN in den geführten Abstimmungsgesprächen in allen Verträgen von NRW.URBAN zur kooperativen Baulandentwicklung enthalten und war deshalb nicht verhandelbar.

Konkret kann diese vertragliche Regelung bedeuten, dass soweit NRW.URBAN beim Ankauf der Grundstücke oder der Verwaltung des Treuhandvermögens beispielsweise im Jahr 2023 fahrlässig eine vertragliche Pflicht verletzen sollte, verjährt der Anspruch der Stadt spätestens mit Ablauf des Jahres 2026<sup>1</sup>. Wenn die Stadt von dieser Pflichtverletzung erst im Jahr 2028 Kenntnis erlangt, ist der Anspruch gegen NRW.URBAN wegen der vertraglichen Regelung bereits verjährt.

Die Verjährung wegen Vorsatzes kann vertraglich nicht erleichtert werden. Sollte also ein Schaden durch eine vorsätzliche Handlung entstehen, greift eine vertragliche Verjährungserleichterung nicht (§ 202 Abs.1 BGB).

### Fazit

Das Ministerium strebt den Abschluss der Zielvereinbarung zur Umsetzung der kooperativen Baulandentwicklung am Wellersberg an, deren Voraussetzung die Unterzeichnung dieses Entwicklungsträgervertrages darstellt. Die Verwaltung hat daher die nötigen Vorarbeiten zur Umsetzung der eingangs aufgeführten Beschlüsse erledigt und einen verwaltungsintern abgestimmten Vertragsentwurf mit NRW.URBAN erarbeitet.

Die NRW.URBAN übernimmt für die Stadt Siegen alle Projektphasen und stellt ihr umfangreiches Know-how und ihre langjährige Erfahrung in der Baulandentwicklung zur Verfügung und hat dabei kein wirtschaftliches Eigeninteresse. Allein die kommunalen Ziele stehen dabei im Fokus: Die Stadt Siegen entscheidet über die städtebauliche und die Erschließungsplanung, die Vermarktung der Grundstücke und die Veräußerungspreise.

---

<sup>1</sup> Nach § 195 BGB beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre. Dieser Zeitrahmen ist grundsätzlich als kürzeste Frist anzunehmen.

NRW.URBAN sichert die externe, den städtischen Haushalt nicht belastende Vorfinanzierung sowie die operative Umsetzung zu.

Die kooperative Baulandentwicklung bietet die Möglichkeit, die personellen Kapazitäten der Verwaltung durch externe Ressourcen, die in dem Businessplan berücksichtigt sind, zu unterstützen und eröffnet finanziellen Handlungsspielraum, ohne den städtischen Haushalt durch eine Vorfinanzierung der Baugebietsentwicklung zu belasten. Zudem werden die wohnungspolitischen Ziele der Stadt Siegen durch die Errichtung von 30 % öffentlich geförderten Wohnraums erfüllt und somit der hohe Bedarf an preiswertem Wohnraum berücksichtigt.

Ebenfalls erreicht wird die Planung und Herrichtung einer großen, qualifizierten öffentlichen Grünfläche als Naherholungsgebiet für die Innenstadt und die umgebenden Quartiere als Übergang in den Stadtwald.

Die Zusammenarbeit mit NRW.URBAN stellt sich in den Abstimmungsgesprächen sehr kompetent und den in der Präambel dargelegten Zielen verpflichtet dar. Dies deckt sich auch mit Aussagen von einigen Vertreterinnen und Vertretern von anderen Kommunen, die ebenfalls mit der NRW.URBAN kooperative Baugebietsentwicklungen durchführen und die Zusammenarbeit ausschließlich als sehr positiv beschreiben. Diese Aussagen stellen lediglich ein Stimmungsbild dar.

Im Ergebnis bleibt letztlich nur das theoretische Risiko einer Verjähren von Ansprüchen der Stadt Siegen gegen NRW.URBAN, durch das möglicherweise ein Nachteil zu Ungunsten der Stadt Siegen entstehen kann.

Es ist davon auszugehen, dass die landeseigene Entwicklungsgesellschaft, die ihr übertragene Aufgaben verantwortungsvoll übernimmt und sorgfältig ausführt. Alle Schritte werden zuvor mit den Projektverantwortlichen der Stadt abstimmt und es ist eine regelmäßige Berichterstattung vereinbart.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Realisierung des Baugebietes Wellersberg im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung folgende Vorteile bietet:

- die Vorfinanzierung der Baugebietsentwicklung durch die NRW.BANK,
- die Entlastung kommunaler personeller Kapazitäten,
- die externe Durchführung der Projektentwicklung, bei gleichzeitiger strategischer Planungs- und Entscheidungshoheit der Kommune,
- Kontrolle und Verantwortung für die Wirtschaftlichkeit und den Projekterfolg.

Die Verwaltung empfiehlt daher die Unterzeichnung des Entwicklungsträgervertrages mit NRW.URBAN in der vorliegenden Fassung.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
-247 T€				

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Der Abschluss des Entwicklungsträgervertrages an sich löst keine Klimarelevanz aus.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

- [Vertragsentwurf Entwicklungsträgervertrag Wellersberg mit Anlagen](#)

## **Baugebietsentwicklung Wellersberg in Siegen-West, Stadt Siegen**

### **- Entwicklungsträgervertrag -**

Zwischen der

Universitätsstadt Siegen, vertreten durch den Bürgermeister, Markt 2, 57072 Siegen,

- im folgenden „Stadt“ genannt -

und der

NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH,  
Fritz-Vomfelde-Straße 10,  
40547 Düsseldorf  
vertreten durch ihren Geschäftsführer, \*\*\*\*\*  
und \*\*\*\*\*

- im folgenden auch „NRW.URBAN“, „treuhänderischer Entwicklungsträger“ oder  
„Entwicklungsträger“ genannt -

wird folgender Entwicklungsträgervertrag abgeschlossen:



## Vorbemerkungen

Die Stadt verfolgt das Ziel, das Gebiet „Wellersberg“ (Projektgebiet) zu einem Baugebiet zu entwickeln, um breiten Bevölkerungsschichten Wohnmöglichkeiten durch den Verkauf bezahlbarer Grundstücke für den öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungsbau zu schaffen.

Das Projektgebiet liegt nördlich der Siegener Innenstadt rd. 1 km Luftlinie vom Stadtzentrum entfernt in zentraler Lage und hat eine Größe von rd. 18 ha. Bei der Fläche handelt es sich um eine ungenutzte ehemalige Liegenschaft der belgischen Streitkräfte, die derzeit größtenteils brach liegt. Im Westen wird das Gebiet durch eine zusammenhängende Waldfläche und im Osten durch eine große Wiesenfläche begrenzt. Südöstlich des Gebiets liegt die DRK-Kinderklinik Siegen. Im Norden geht die Fläche in den historischen Waldbereich „Tergarten“ über. Auf die das Projektgebiet eingrenzenden Lagepläne, die diesem Vertrag als Anlagen beigelegt sind, wird verwiesen. Das Projektgebiet soll sich gemäß Konzeptionsbeschluss des Rates der Stadt Siegen vom 24.06.2020 (2898/2020) nach den Vorstellungen der Stadt mit folgenden Leitlinien entwickeln und ca. 218 neue Wohneinheiten in unterschiedlichen Wohnformen schaffen. Neben aufgelockerten Wohnformen (EFH, DH, RH) sollen auch gemischte sowie verdichtete Wohnformen (MFH) entstehen.

1. Der „Eingang ins Neue Quartier“ wird durch Überplanung der Sport-, Spiel- und Wanderparkplatzfläche mit einer gemischten, verdichteten Bebauung und Aufenthalts- und Spielflächen inszeniert.
2. Die „Grüne Kuppe“ wird je nach Variante von weiterer Bebauung freigehalten, wodurch die Möglichkeit besteht, die Idee des beschlossenen Grünflächenkonzeptes aufzugreifen und umzusetzen.
3. Die Entwicklung des eigentlichen Wohngebietes erfolgt ausschließlich westlich der Panzerstraße.
4. Der Wanderparkplatz wird synergetisch und allgemein besser nutzbar, indem er als Scharnier zwischen Wohnnutzung und Stadtpark verlegt wird.
5. Der gestaltete Stadtpark bildet den Übergang in den naturnahen Freiraum- und Naherholungsbereich.
6. Die Panzerstraße bildet das Bindeglied zwischen den Nutzungen und stellt die Verbindung (je nach Erschließungsvariante in unterschiedlicher Form) her.
7. Eine gute ÖPNV-Anbindung des Gebietes an die Innenstadt soll gewährleistet werden.

Um das Projektgebiet zu entwickeln, hat Rat der Stadt am 24.06.2020 beschlossen, die Baugebietsentwicklung zusammen mit der NRW.URBAN umzusetzen und Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu werden. Hierzu hat die NRW.URBAN Service GmbH Anteile der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH an die Stadt Siegen gemäß Vertrag vom 20.12.2020 übertragen.

NRW.URBAN führt die ihr mit diesem Vertrag übertragenen Aufgaben im Sinne der Stadt als deren Treuhänderin durch. Die Planungs- und Gestaltungshoheit für das Projektgebiet liegt bei der Stadt bzw. dem Rat der Stadt Siegen.

Das Projektgebiet ist eine der wenigen Entwicklungsflächen in zentraler Lage im Stadtteil Siegen und steht daher im Fokus der Öffentlichkeit. Die Parteien sind sich einig, dass die weiteren Planungen, wie die Ausarbeitung des städtebaulichen Entwurfes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 433 „Wellersberg“, eng durch ein Partizipationsverfahren der Öffentlichkeit (z. B. mit Quartiergängen, Onlinebeteiligung, Planungswerkstätten, begleitende Projekt-Website, etc.) und die Einbindung der politischen Gremien begleitet werden muss.

Nach Möglichkeit soll die Baugebietsentwicklung ohne eine Belastung des städtischen Haushalts erfolgen. Um eine Kostentransparenz zu gewährleisten, haben die Parteien vor Beginn der Maßnahme auf Grundlage der Rahmenplanung einen Businessplan erstellt, in dem alle absehbaren Aufgaben und Kosten berücksichtigt wurden. Die im Businessplan aufgeführten Ausgaben und Kosten sind jedoch nicht abschließend und können nachträglich einvernehmlich ergänzt und angepasst werden.

Bei der weiteren Projektentwicklung sind neben den wohnungspolitischen u.a. auch die klimapolitischen und verkehrspolitischen Ziele der Stadt zu berücksichtigen, die u.a. im Zielkonzept Klimaschutz und der Klimaanpassung und im Klimaschutzteilkonzept Mobilität festgehalten sind.

Neben den Planungsleistungen übernimmt NRW.URBAN auch die Umsetzung bzw. Herrichtung aller öffentlichen Flächen. Hierzu zählen u. a. Erschließungsflächen (Straßen, Fuß- und Radwege, Wanderparkplatz, etc.), Grün- und Freizeitflächen (Grünanlagen und die „grüne Kuppe“), Waldflächen (Waldsaum) und Ausgleichsflächen.

Den Beteiligten ist bewusst, dass die Realisierung der Baugebietsentwicklung vom Land Nordrhein-Westfalen als Projekt der kooperativen Baulandentwicklung im Sinne des § 20 Absatz 5 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen (HHG) ausgewählt wurde. Aufgrund dieser Auswahlentscheidung ist die NRW.URBAN berechtigt, Darlehen der NRW.BANK zur Vorfinanzierung von Grunderwerb und Grundstücksentwicklungsmaßnahmen im Treuhandauftrag von Kommunen zur Gewinnung von Grundstücken mit dem Ziel der Verstärkung des geförderten Wohnungsbaus in Anspruch zu nehmen. Dies bedingt bei Planung, Realisierung und Veräußerung der Entwicklungsmaßnahme die Einhaltung einer verbindlichen Quote von 30 % für den aus Landesmitteln geförderten sozialen Wohnungsbau.

Den Beteiligten ist weiterhin bewusst, dass Grundvoraussetzung für die Realisierung des Baugebietes die Bereitschaft der derzeitigen Eigentümer ist, ihre Grundstücke, die für die Baugebietsentwicklung benötigt werden und aus dem als Anlage 1 zu diesem Vertrag genommenen Lageplan hervorgehen (blau umrandet), zu dem im Einvernehmen mit der Stadt ermittelten „tragbaren Preis“ zu verkaufen bzw. sich an den Entwicklungskosten des Baugebietes zu beteiligen.

Zu diesem Zweck schließen die Beteiligten diesen Entwicklungsträgervertrag.

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass die Baugebietsentwicklung nur bei vertrauensvoller Zusammenarbeit zügig und erfolgreich durchgeführt werden kann. Die Stadt wird ihr Weisungsrecht in diesem Rahmen ausüben.

## **§ 1**

### **Auftrag an den Entwicklungsträger**

1. Die Stadt beauftragt die NRW.URBAN als Entwicklungsträger mit der Erfüllung der in § 3 dieses Vertrages aufgeführten Aufgaben, die der weiteren Vorbereitung und Durchführung der Baugebietsentwicklung dienen.
2. Die Planungshoheit und sonstige hoheitliche Befugnisse der Stadt werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

## § 2

### Allgemeine Pflichten des Entwicklungsträgers

1. Der Entwicklungsträger wird die Stadt bei den ihr im Rahmen der Baugebietsentwicklung obliegenden Aufgaben unterstützen und die ihm übertragenen Aufgaben durchführen. Er soll als treuhänderischer Entwicklungsträger grundsätzlich alle zur Durchführung der Baugebietsentwicklung erforderlichen Leistungen erbringen oder durch Dritte erbringen lassen. Er wird alle Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung rechtzeitig der Stadt bekanntgeben, ihr Auskunft erteilen und auf Verlangen Einsicht in seine Unterlagen gewähren.
2. Der Entwicklungsträger verpflichtet sich, die ihm übertragenen Aufgaben im Einvernehmen mit der Stadt zu erledigen und sie bei der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Er wird alle ihm im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben bekannt gewordenen Tatsachen geheim halten und Dritten – mit Ausnahme der Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH, der finanzierenden Institute sowie dem Land Nordrhein-Westfalen - nur im Einvernehmen mit der Stadt bekanntgeben. Er wird seine mit der Durchführung der Aufgabe betrauten Mitarbeiter auf diese Geheimhaltungspflicht besonders hinweisen.
3. Der Entwicklungsträger wird zur Durchführung der übertragenen Aufgaben qualifiziertes und erfahrenes Personal einsetzen.
4. Die Stadt kann die Abberufung von einzelnen der vom Entwicklungsträger eingesetzten Mitarbeiter verlangen, wenn zur Person des abzubrufenden Mitarbeiters ein wichtiger Grund vorliegt. Das Verlangen auf Abberufung eines Mitarbeiters ist schriftlich zu begründen. Dem Entwicklungsträger ist eine angemessene Frist zur Beseitigung des Grundes einzuräumen, bevor die Abberufung erfolgt.
5. NRW.URBAN ist berechtigt, auch wesentliche Aufgaben an Dritte zu übertragen. Dies gilt insbesondere, wenn Aufgaben aus Kapazitätsgründen nicht durch NRW.URBAN selbst ausgeführt werden können. Diese Übertragung wesentlicher Aufgaben an Dritte - mit Ausnahme der Übertragung an die Hauptgesellschafterin der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH, der NRW.URBAN Service GmbH – bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadt. Bei der Aufgabenübertragung an Dritte sind die vergaberechtlichen Regeln zu beachten.

## § 3

### Übertragene Aufgaben

Zum Zwecke der Entwicklung des in den Vorbemerkungen bezeichneten Projektgebietes werden der NRW.URBAN folgende Aufgaben übertragen:

1. **Bürgerbeteiligung und -beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Entwurfserstellung**
  - a) Vorbereitung von Bürgerinformationen/ -beteiligungen in Zusammenarbeit mit der Stadt
  - b) Nach Bedarf Besetzung eines Informationsbüros in Abstimmung mit der Stadt
  - c) Informationsgespräche mit Interessengruppen, Unterstützung bei der Pressearbeit der Stadt
  - d) Bei Bedarf Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen

- e) Durchführung eines Planungswerkstattverfahrens, einschließlich Erarbeitung eines städtebaulichen Entwurfs

## 2. Bauleitplanung

- a) Erarbeitung des Vorentwurfs mit Erläuterungen, des Entwurfs und des Satzungsexemplars des Bebauungsplanes für das Baugebiet mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie der Begründung gemäß den gestalterischen Vorgaben der Stadt unter Beachtung aller bestehenden gesetzlichen Vorgaben inklusive einer XPlan-konformen Bebauungsplan-GML-Datei und ggf. notwendige Überarbeitung und Anpassung bis zur Beschlussreife.
- b) Erarbeitung des Vorentwurfs mit Erläuterungen, des Entwurfs und des Beschlussexemplars der Flächennutzungsplanänderung mit zeichnerischen und textlichen Darstellungen sowie der Begründung gemäß den gestalterischen Vorgaben der Stadt unter Beachtung aller bestehenden gesetzlichen Vorgaben inklusive einer XPlan-konformen Flächennutzungsplan-GML-Datei und ggf. notwendige Überarbeitung und Anpassung bis zur Beschlussreife
- c) Die Aufgaben aus Ziffer 2 a und b beinhalten auch
  - die Feststellung der Erforderlichkeit des naturschutzrechtlichen Ausgleichs,
  - die Erarbeitung der erforderlichen Maßnahmen und
  - die Sicherung der Maßnahmen

spätestens bis zum Satzungsbeschluss, bei Vorhaben nach § 33 BauGB spätestens bis zur Einreichung des Bauantrages.

Sollte der Ausgleich nicht vollständig im Bebauungsplan kompensiert werden können, erfolgt die Festlegung der notwendigen externen Maßnahmen oder Inanspruchnahme von Ökopunkten nach Maßgabe der Stadt. Hierzu erarbeitet der Erschließungsträger den ggf. erforderlichen städtebaulichen Vertrag.

- d) Vorbereitung und Begleitung der der Stadt obliegenden Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange auch im Falle der Notwendigkeit erneuter Auslegung
- e) Auswertung der Anregungen und Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung sowie Erarbeitung der Vorschläge für die Abwägung
- f) Erstellen oder Beauftragung von Unterlagen für Sonderplanungen (beispielsweise Straßen- und Freiraumplanung) und städtebauliche Gutachten (beispielsweise zum Artenschutz, Verkehr (2. Stufe) und Lärm) in Abstimmung mit der Stadt.
- g) Sollte die Stadt eine Gestaltungssatzung für notwendig erachten oder eine Veränderungssperre erforderlich werden, werden auch diese von der NRW.URBAN in Abstimmung mit der Stadt entsprechend § 4 2. Spiegelstrich bis zur Beschlussreife erstellt oder beauftragt.

## 3. Ankauf Grundstücke/Bodenordnung

- a) Mitwirkung bei der Vorbereitung der Ermittlung eines tragbaren Preises für den Ankauf der Grundstücke und der Festlegung der Angebotsfrist der notariellen Verkaufsangebote unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Dauer für das Bebauungsplanverfahren

- b) Führen der Grunderwerbsverhandlungen mit den Grundstückseigentümern in Abstimmung mit der Stadt zwecks Abschluss notarieller Verkaufsangebote an die Stadt sowie Erwerb der Grundstücke durch Annahme der Verkaufsangebote mittels einer von der Stadt erteilten notariellen Vollmacht
- c) Rechtliche Freimachung der im Baugebiet gelegenen Grundstücke für die Neuordnung
- d) Im Bedarfsfall Beschaffung von Ersatzflächen in Abstimmung mit der Stadt

#### **4. Altlasten, bauliche Herrichtung, Erschließung**

Erbringung aller zur Baureifmachung, Herrichtung und Erschließung gegebenenfalls erforderlichen Ingenieurleistungen inkl. Ausschreibung und Vergabe sowie örtliche Bauüberwachung und Abrechnung, dies umfasst u.a.:

- a) Herrichtung von im Baugebiet gelegenen Grundstücken für die Neuordnung (z.B. Rodung, Gebäudeabbrüche, Bodensanierung)
- b) Bodenmanagement
- c) Entwässerung
- d) Verkehrsanlagen
- e) Landschafts- und Freiraumplanung und ihre Ausführung
- f) Koordinierung externer Leitungsträger

#### **5. Vermarktung**

- a) Ausarbeitung eines Planes für die Neuordnung des Baugebietes auf Grundlage des Bebauungsplanes und Veranlassung der Neuordnung durch die Vermessungsabteilung der Stadt Siegen
- b) Ausarbeitung der rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, zu denen die Baugrundstücke nach Maßgabe der Stadt zu veräußern sind
- c) Mitwirkung bei der Vorbereitung der Ermittlung eines Veräußerungspreises für den Verkauf der Baugrundstücke
- d) Investorensuche für Bauvorhaben
- e) Beratungen und Verhandlungen mit Kaufinteressenten, die Baugrundstücke erwerben wollen
- f) Vermarktung und Veräußerung der Baugrundstücke mittels einer von der Stadt erteilten notariellen Vollmacht

## 6. Finanzwirtschaftliche Betreuung und Verwaltung des Treuhandvermögens

- a) Prüfung der wirtschaftlichen Durchführbarkeit der Baugebietsentwicklung
- b) Fortschreibung eines Businessplans
- c) Beschaffung der erforderlichen Kreditmittel zu Lasten des Treuhandvermögens
- d) Verwaltung des Treuhandvermögens, einschließlich Zahlungsverkehr
- e) Bewirtschaftung und Verwaltung des Grundstücksbestands
- f) Projektabrechnung

## 7. Allgemeine Aufgaben

- a) Erstellung von Zeit- und Maßnahmenplänen, sowie deren Überwachung und Anpassung in Abstimmung mit der Stadt
- b) Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung eines Zielkataloges für die Baugebietsentwicklung
- c) Verhandeln mit Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der vertraglichen Aufgaben in Abstimmung mit der Stadt
- d) Berichterstattung in den für die Baugebietsentwicklung zuständigen Ausschüssen bzw. im Rat der Stadt

### § 4

#### Aufgaben und Pflichten der Stadt/Gemeinde

Die Stadt übernimmt die Pflicht, die NRW.URBAN bei der Durchführung ihrer vorgenannten Aufgaben zu unterstützen, insbesondere

- verpflichtet sie sich gegenüber der NRW.URBAN, die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen für die Planung zur Verfügung zu stellen
- verpflichtet sie sich, im Planaufstellungsverfahren den Entwurf mit der NRW.URBAN inhaltlich abzustimmen.
- bekräftigt die Stadt als Ziel, das Planverfahren bis zur Satzungs- bzw. Beschlussreife durchzuführen, es sei denn, die Vereinbarung wird vorher gemäß § 9 gekündigt bzw. erledigt sich in sonstiger Weise. Trotzdem steht es der Stadt als Träger der Planungshoheit frei, die Planung ohne Angabe von Gründen nicht weiter zu betreiben, denn durch diese Vereinbarung wird keine Verpflichtung zum Erlass eines Bebauungsplanes bzw. zur Änderung des Flächennutzungsplanes begründet.
- verpflichtet sie sich, alle für die Realisierung des Projektes erforderlichen Entscheidungen – insbesondere auch die über den Verkauf der Grundstücke – unter Beachtung der Beteiligung politischer Gremien - in angemessenen Fristen zu treffen
- benennt sie als zuständige Dienststelle für den ständigen Kontakt eine Abteilung, die die Tätigkeit aller beteiligten Organisationseinheiten in Bezug auf die Baugebietsentwicklung koordiniert

**§ 5****Verfahrensgrundsätze**

1. Der Entwicklungsträger hat die ihm nach § 3 übertragenen Aufgaben als Treuhänder der Stadt zu erfüllen. Er handelt hierbei im eigenen Namen und für Rechnung der Stadt. Er führt im Schriftverkehr folgenden, das Treuhandverhältnis kennzeichnenden Zusatz: „Träger für die Baugebietsentwicklung Wellersberg als Treuhänder der Universitätsstadt Siegen.
2. Der Entwicklungsträger hat die ihm übertragenen Aufgaben mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns durchzuführen. Er hat das geltende Recht, die mit der Bewilligung öffentlicher Mittel verbundenen Bedingungen und Auflagen, die in Bezug auf die Baugebietsentwicklung bestehenden Vorschriften und die Beschlüsse der Stadt in Bezug auf die hier beauftragte, konkrete Baugebietsentwicklung zu beachten.
3. Der Entwicklungsträger kann mit vorheriger Zustimmung der Stadt Sonderfachleute beauftragen. Über die Kostenregelung ist mit der Stadt vor Beauftragung Einverständnis herbeizuführen.
4. Der Entwicklungsträger hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, insbesondere die Landeshaushaltsordnung NRW (LHO) und ihre Verwaltungsvorschriften (VV – LHO NRW), den Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) und die Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO).
5. Er hat bei der Auftragsvergabe von Bauleistungen die jeweils geltenden Vertragsbedingungen der Stadt Siegen zugrunde zu legen.
6. Der Entwicklungsträger hat bei Beauftragung von Dritten die gemäß Ziffern 4 bis 5 gegenüber der Stadt übernommenen Verpflichtungen vertraglich weiterzugeben.
7. Die NRW.URBAN wird Rechtsangelegenheiten der Stadt nur insoweit besorgen, als sie mit der Aufgabenerfüllung im Rahmen der Baugebietsentwicklung in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Auf die Vorschriften des Rechtsdienstleistungsgesetzes, insbesondere § 1 und 5 RDG, wird verwiesen. Für die darüberhinausgehende Besorgung von Rechtsangelegenheiten der Stadt sowie zur Klärung von wichtigen rechtlichen Fragestellungen, die mit der Aufgabenerfüllung im Rahmen der Baugebietsentwicklung in unmittelbarem Zusammenhang stehen, kann der Entwicklungsträger in Abstimmung mit der Stadt ein Rechtsanwaltsbüro oder eine vergleichbare qualifizierte Institution beauftragen. Die Kosten der Rechtsberatung gehen zu Lasten der Baugebietsentwicklung und werden über das Treuhandkonto abgewickelt.

## § 5a Beteiligung städtischer Gremien

### 1.

Der Entwicklungsträger erkennt an, dass für die Stadt die wesentlichen Entscheidungen durch den Rat oder die von ihm dafür eingesetzten Ausschüsse und sonstigen politischen Gremien getroffen werden (§ 41 GO NRW). Das gilt sowohl für gesetzlich dem Rat vorbehaltene Entscheidungen sowie insbesondere auch hinsichtlich gestalterischer Entscheidungen für die Entwicklung des Projektgebietes, etwa hinsichtlich der Landschafts- und Freiraumplanung.

Beispielsweise bedürfen im Bauleitplanverfahren in jedem Fall einer Entscheidung durch den Rat:

- der Aufstellungsbeschluss
- der Beschluss über den Entwurf von Bebauungs- und Flächennutzungsplan sowie
- der Beschluss über die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- die Abwägung und
- der sich anschließende Satzungsbeschluss.

Auch Grundstücksgeschäfte bedürfen regelmäßig einer Entscheidung durch städtische Gremien.

Die Stadt wird den Entwicklungsträger – bezogen auf die jeweils anstehenden Projektschritte – regelmäßig über die für ihn und die Projektentwicklung erforderlichen Gremienbeteiligungen und -entscheidungen, sowie Sitzungstermine und Beratungsfolgen informieren.

### 2.

Die für die Beteiligung der Gremien notwendigen Verwaltungsvorlagen mit ihren Anlagen werden gemäß den Vorgaben der Stadt durch den Entwicklungsträger erstellt und sind, damit die verwaltungsinterne Organisation mit Melde- und Abzeichnungsfristen eingehalten werden kann, mit folgenden Vorlaufzeiten bei der Stadt einzureichen:

- a) mindestens 10 Wochen vor dem jeweiligen Sitzungs- bzw. Beteiligungstermin für innerhalb der Stadt Siegen noch abzustimmende Planunterlagen (v.a. Plan-Entwürfe, Begründungen, Umweltberichte, etc.)
- b) spätestens 4 Wochen vor dem jeweiligen Termin die abgestimmten, beratungs- bzw. beteiligungsreifen Unterlagen.

Werden die Unterlagen nicht fristgerecht vorgelegt, kann dies zu Änderungen der angesetzten Beratungsfolge und damit zu zeitlichen Verzögerungen im Projekt führen.

## § 6 Treuhandvermögen und Finanzierung

### 1.

Der Entwicklungsträger hat alle Mittel, die er zur Durchführung der Baugebietsentwicklung erhält, gesondert von seinem eigenen Vermögen auszuweisen und zu verwalten (Treuhandvermögen). Er hat Gegenstände, Rechte und Grundstücke, die er mit Mitteln des Treuhandvermögens oder als Ersatz für Gegenstände des Treuhandvermögens oder durch ein Rechtsgeschäft, das sich auf das Treuhandvermögen bezieht, erwirbt, unverzüglich dem Treuhandvermögen zuzuführen.



Die Veräußerung der neugeordneten und erschlossenen Grundstücke gem. § 3 Ziffer 5 erfolgt zu Gunsten des Treuhandvermögens. Daher wird die Stadt zunächst den durch den Erwerber zu entrichtenden Kaufpreis auf einem noch zu benennenden Konto vereinnahmen. Unmittelbar im Anschluss überweist sie den entsprechenden Betrag auf das Treuhandkonto.

Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen des einvernehmlich mit der Stadt abgestimmten Businessplans eingegangen werden.

2. Die Stadt beauftragt die NRW.URBAN im eigenen Namen auf Rechnung der Stadt die zur Durchführung der Baugebietsentwicklung erforderlichen Kredite zu Lasten des Treuhandvermögens aufzunehmen.
  - a. Die Kreditaufnahme richtet sich nach den im Kreditrahmenvertrag zwischen der NRW.BANK und der NRW.URBAN vom 11.05.2020 vereinbarten Konditionen. Dieser wird ausdrücklich Bestandteil dieses Vertrages (Anlage 4). Dies gilt insbesondere für die Regelungen betreffend Auszahlung, Rückzahlung, Zinsen, Laufzeit und Tilgung.
  - b. Die Höhe der Aufnahme von Krediten ist limitiert auf einen Betrag von \_\_\_\_\_ €. Dieser Betrag ergibt sich aus dem in der Anlage 2 beigefügten Businessplan mit Stand vom \_\_\_\_\_. Dieser wird ausdrücklich Bestandteil dieses Vertrages. Änderungen des Businessplans hinsichtlich des vorgenannten Höchstbetrages sind nur möglich auf Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den Parteien sowie nach vorheriger Zustimmung des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung des Landes NRW.
  - c. Maßgebend für die Projektabrechnung sind die von NRW.URBAN für die Baugebietsentwicklung beantragten und auf das Treuhandkonto weitergeleiteten Finanzierungsmittel sowie die hierauf entfallenden Zinsen.
  - d. Die Stadt wird ausdrücklich auf das Recht der NRW.BANK zur fristlosen Kündigung gemäß Ziff. 7.2 des Kreditrahmenvertrages hingewiesen.
3. Sämtliche für die übertragenen Aufgaben bestimmten Finanzierungsmittel sowie alle Zahlungseingänge, die dem Entwicklungsträger aus der Durchführung der Baugebietsentwicklung zufließen, sind auf das Treuhandkonto des Entwicklungsträgers einzuzahlen.

Die Kontenbewegungen (Einnahmen und Ausgaben) sind in der Buchhaltung des Entwicklungsträgers nach dem mit der Stadt abgestimmten Kontenrahmen zu erfassen und darzustellen.

## **§ 7**

### **Verwaltungsmäßige Abwicklung und Rechnungslegung**

1. Der Entwicklungsträger richtet seine Aktenführung getrennt nach den einzelnen Maßnahmen so ein, dass sich daraus alle Vorgänge, die für eine Prüfung der ordnungsgemäßen Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben relevant sind, lückenlos und übersichtlich ergeben.
2. Der Entwicklungsträger hat die Stadt über den jeweiligen Stand der ihm übertragenen Aufgaben zu unterrichten, Auskunft zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen und Akten zu

gewähren, die mit der Baugebietsentwicklung in Zusammenhang stehen. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig auf entsprechende Anforderung der Stadt.

3. Sofern Zuschüsse gewährt werden, hat der Entwicklungsträger auch den zuschussbewilligenden oder den von diesen benannten Stellen, u.a. auch zum Zwecke der Rechnungsprüfung, Auskunft über seine Tätigkeiten zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen zu gewähren und dafür geeignete Räume kostenlos bereitzustellen.
4. Der Entwicklungsträger hat das Treuhandvermögen nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung gesondert zu erfassen und in seiner Jahresbilanz als Treuhandvermögen auszuweisen.
5. Um der Stadt nach Ablauf eines Jahres eine Zwischenübersicht über Einnahmen und Ausgaben im Treuhandvermögen zu ermöglichen, ist ihr bis zum 30. April des jeweiligen darauffolgenden Jahres Rechnung zu legen über
  - a) den Bestand des Treuhandvermögens
  - b) die Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke des Maßnahmegebietes, einschließlich eines kartenmäßigen Nachweises der vorhandenen und veräußerten Grundstücke
  - c) die Summe der Entschädigungen und Abfindungen
  - d) die Aufwendungen für die Erschließung und Herrichtung
  - e) die Summe der Abbruchkosten und der damit in Zusammenhang stehenden Nebenkosten und
  - f) die Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken.

## **§ 8**

### **Haftung und Verjährung**

1. Zur Sicherstellung etwaiger Ersatzansprüche der Stadt aus diesem Vertrag und eventuellen Ansprüchen Dritter hat der Entwicklungsträger angemessenen Versicherungsschutz aufrechtzuerhalten.
2. Soweit der Entwicklungsträger für das Verhalten von ihm beauftragter Dritter haften muss, sind Ansprüche gegen ihn auf den Ersatz des unmittelbaren Schadens beschränkt.
3. Er stellt die Stadt von allen Ansprüchen Dritter frei, die wegen Auswirkungen dieses Vertrages gegen die Stadt geltend gemacht werden, soweit sie auf Pflichtverletzungen des Entwicklungsträgers oder von ihm beauftragter Dritter zurückzuführen sind.
4. Gewährleistungsansprüche, die der Stadt bzw. dem Entwicklungsträger aus den abzuschließenden Verträgen gegen Unternehmer zustehen, wird der Entwicklungsträger bis zur Rechnungslegung (§ 12) geltend machen. Dann noch bestehende Gewährleistungsansprüche tritt der Entwicklungsträger hiermit unwiderruflich an die dies annehmende Stadt ab.

5. Die Verjährungsfrist für Ansprüche der Stadt gegen den Entwicklungsträger beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der jeweilige Anspruch gegen den Entwicklungsträger entstanden ist.

## **§ 9**

### **Vertragsdauer/ Kündigung**

1. Der Vertrag beginnt mit dem Datum des Vertragsabschlusses und wird für die Dauer der Baugebietsentwicklung abgeschlossen. Der Vertrag kann erstmals zum 31.12.XXXX mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Danach verlängert er sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern er nicht fristgerecht 6 Monate zum Jahresende gekündigt wird. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
2. Der Vertrag kann außerordentlich nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Als wichtiger Grund gilt z.B., wenn nicht alle für die Projektrealisierung erforderlichen Grundstücke zu einem wirtschaftlichen Preis angekauft werden können oder erhebliche rechtliche oder tatsächliche Hindernisse dem Erlass des Bebauungsplanes oder der Änderung des Flächennutzungsplanes entgegenstehen. Der Einhaltung einer Kündigungsfrist bedarf es hierbei nicht.

## **§ 10**

### **Vergütung**

1. Die Vergütung der Leistungen erfolgt zu einem Stundensatz von € xxx netto zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer in der jeweils geltenden Höhe. Grundlage hierfür ist der vom Entwicklungsträger erbrachte Stundenaufwand nach vorgelegten Arbeitszeitaufzeichnungen. Die Nachweise enthalten Datum, Beschreibung der konkreten Tätigkeit, Zeitaufwand und ausführenden Mitarbeiter. Abgerechnet wird in ¼ h-Einheiten.

Unter Zugrundelegung des vorgenannten Stundensatzes zzgl. eventueller Erhöhungen gemäß Ziff. 3 wird der Entwicklungsträger bei ca. xxx Leistungsstunden über die gesamte Laufzeit der Baugebietsentwicklung gemäß dem in der Anlage 2 beigefügten Businessplan ein Honorar von voraussichtlich

€ xxx

(in Worten: xxx)

zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer in der jeweils geltenden Höhe vom Treuhandkonto erhalten.

Dieser Ansatz wird von den Vertragsparteien jährlich überprüft. Sollte erkennbar werden, dass dieses Volumen überschritten wird, wird der Entwicklungsträger die Stadt rechtzeitig hierüber informieren.

2. NRW.URBAN wird jeweils zum 31.03., 30.06., 30.09. und 31.12. die angefallenen Leistungen abrechnen. Nach Zustimmung der Stadt wird der angeforderte Betrag dem Treuhandkonto entnommen.
3. Der in Ziff. 1 vereinbarte Stundensatz ist bis zum 30.09. fest vereinbart. Danach erhöht er sich entsprechend den prozentualen Anpassungen der Entgelte des Tarifvertrages für den

Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Dies gilt auch, soweit die Anpassungen rückwirkend erfolgen.

4. Darüber hinaus erhält der Entwicklungsträger eine Pauschale für Nebenkosten zur Deckung der Managementkosten der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH. Die Managementkosten betragen 2 % der jährlichen Vergütung zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Mehrwertsteuer. Die Zahlung ist jeweils fällig zu den in Ziff. 2 genannten Zeitpunkten. Der Entwicklungsträger kann eine Anpassung dieser Pauschale jeweils für jedes auf das erste Projektjahr folgende Jahr verlangen, wenn der Aufwand der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH insgesamt um mehr als 10% nach oben oder unten vom Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahrs abweicht. Die Höhe der Managementkosten und ihre Entwicklung wird im Rahmen des Jahresabschlusses der Gesellschafterversammlung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zur Kenntnis gebracht.

## **§ 11**

### **Abwicklung bei Kündigung**

1. Wird der Vertrag von der Stadt gekündigt, so erhält der Entwicklungsträger eine Vergütung für den bis dahin geleisteten Aufwand und den Aufwand während des Abwicklungszeitraumes gemäß § 12 Ziffer 1.

Grundlage hierfür ist der vom Entwicklungsträger erbrachte Stundenaufwand nach vorgelegten Arbeitszeitaufzeichnungen.

2. Wird der Vertrag aus von dem Entwicklungsträger zu vertretenden Gründen gekündigt, so erhält dieser eine Vergütung nur, wenn und soweit die erbrachten Leistungen von der Stadt verwertet werden können. Ziffer 1, Satz 2 gilt entsprechend.

## **§ 12**

### **Pflichten bei Beendigung des Vertrages**

1. Innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung der ihm übertragenen Aufgaben nach § 3, spätestens am xx.xx.xxxx, hat der Entwicklungsträger über das Treuhandvermögen Rechnung zu legen. Hat das Projekt einen Überschuss erzielt, so steht dieser vollständig der Stadt zu. Schließt das Projekt mit einer Unterdeckung ab, wird die Stadt der NRW.URBAN den Betrag der zum Ausgleich fehlt an das Treuhandkonto zahlen und somit den Ausgleich des Treuhandkontos herbeiführen. Die Zahlung eines evtl. Überschusses aus dem Treuhandkonto an die Stadt bzw. die Ausgleichszahlung durch die Stadt an das Treuhandkonto hat innerhalb von 60 Tagen nach Vorlage der vorgenannten Projektabrechnung zu erfolgen.
2. Die Stadt hat den Entwicklungsträger von allen Verpflichtungen freizustellen, die dieser zur Erfüllung dieses Vertrages gemäß den Verfahrensgrundsätzen nach § 5 eingegangen ist.
3. NRW.Urban übergibt der Stadt innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung dieses Vertrages alle diesen Vertrag betreffenden Daten und Unterlagen. Ab dem Zeitpunkt der vollständigen Übergabe gehen die gesetzlichen und durch Vertrag obliegenden Aufbewahrungspflichten an allen diesen Vertrag betreffenden Daten und Unterlagen auf die Stadt über.
4. Die vorgenannten Absätze gelten auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird.

5. Soweit nach Vertragsbeendigung aufgrund Anforderungen Dritter (z.B. Prüfungsämtern, Fördermittelgebern) seitens der Stadt Leistungen der NRW.URBAN angefordert werden, so werden diese Leistungen nach Maßgabe des zuletzt geltenden Stundensatzes entsprechend § 10 dieses Vertrages vergütet. Soweit solche Anforderungen direkt gegenüber NRW.URBAN erfolgen, stellt die Stadt NRW.URBAN von allen Forderungen und Verpflichtungen frei.

### **§ 13**

#### **Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen**

1. Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Vertragschließenden verpflichten sich im Zuge einer Vereinbarung, solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.
2. Sollten bei der Durchführung des Vertrages ergänzende Bestimmungen notwendig werden, so verpflichten sich die Vertragschließenden, die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.
3. Das gleiche gilt, wenn einzelne Bestimmungen dieses Vertrages späteren gesetzlichen Regelungen widersprechen.
4. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

### **§ 14**

#### **Rechtswirksamkeit**

Dieser Vertrag wird mit Unterzeichnung rechtswirksam.

Siegen, den xx.xx.xxxx

\_\_\_\_\_  
Für die Stadt, Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
Stadtbourat

Düsseldorf, den xx.xx.xxxx

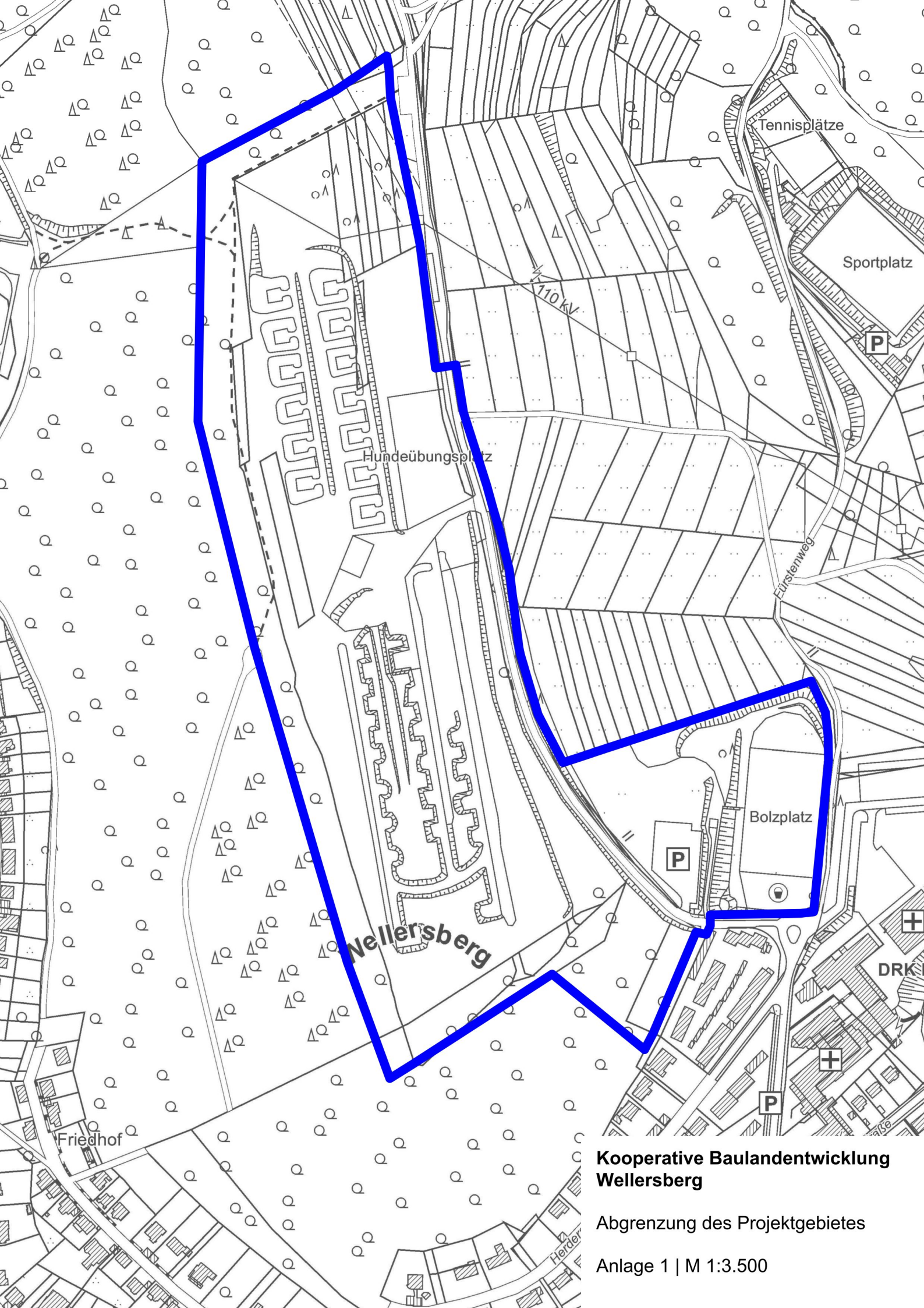
\_\_\_\_\_  
Für die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH xxx xxx, Geschäftsführer

\_\_\_\_\_  
Für die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH xxx xxx, Geschäftsführer

**Anlagen:**

1. Abgrenzung des Projektgebietes
2. Businessplan vom 24.02.2021
3. Rahmenplan
4. Kreditrahmenvertrag zwischen der NRW.BANK und der NRW.URBAN vom 11.05.2020

Entwurf



**Kooperative Baulandentwicklung  
Wellersberg**

Abgrenzung des Projektgebietes

Anlage 1 | M 1:3.500



Siegen - Baugebietsentwicklung "Wellersberg"

Durchführungszeitraum (Jahre)	8 Jahre
Bisherige Projektdauer	0 Jahre
Bruttofläche gesamt (m²)	181.631 m²
Nettobauland (m²)	82.342 m²
Stand Businessplan	24.02.2021

Grunderwerb
Grunderwerb Ausgleich
Buchwerte städtische Flächen
Abbruch/Herrichtung/Altlasten
Bodenarchäologie
Erschließungskosten gesamt
Freiflächen/Außenanlagen/Ausgleich
Gemeinbedarf
Ingenieurleistungen
Städtebauliche Leistungen
Projektmanagement
Vermessungskosten/Parzellierung Grundstücke
Bewirtschaftung/Vermarktung
<b>Ausgaben</b>
Verkaufsgrundstücke
<b>Einnahmen</b>
<b>Saldo</b>
<b>Sollzinsen (1,5%)</b>
<b>Saldo mit Finanzierung</b>
<b>Überschuss</b>





ERGEBNISBLATT - PLAN - gerundet

Gesamt	1 . Jahr	2 . Jahr	3 . Jahr	4 . Jahr	5 . Jahr	6 . Jahr	7 . Jahr	8 . Jahr
4.078.000 €	4.078.000 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
399.000 €	- €	- €	298.000 €	100.000 €	- €	- €	- €	- €
- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
5.438.000 €	- €	- €	- €	4.078.000 €	- €	- €	- €	1.359.000 €
3.944.000 €	- €	- €	- €	2.958.000 €	- €	- €	- €	986.000 €
- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.467.000 €	- €	- €	45.000 €	1.070.000 €	- €	- €	- €	352.000 €
500.000 €	- €	375.000 €	125.000 €	- €	- €	- €	- €	- €
400.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
380.000 €	- €	- €	285.000 €	- €	- €	- €	- €	95.000 €
150.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €	19.000 €
16.756.000 €	4.147.000 €	444.000 €	822.000 €	8.275.000 €	69.000 €	69.000 €	69.000 €	2.861.000 €
17.565.000 €	- €	- €	- €	- €	7.026.000 €	5.270.000 €	3.513.000 €	1.757.000 €
17.565.000 €	- €	- €	- €	- €	7.026.000 €	5.270.000 €	3.513.000 €	1.757.000 €
809.000 €	- 4.147.000 €	- 444.000 €	- 822.000 €	- 8.275.000 €	6.957.000 €	5.201.000 €	3.444.000 €	- 1.104.000 €
- 562.000 €	- 62.000 €	- 70.000 €	- 83.000 €	- 209.000 €	- 107.000 €	- 31.000 €	- €	- €
- €	- 4.209.000 €	- 4.723.000 €	- 5.629.000 €	- 14.113.000 €	- 7.263.000 €	- 2.093.000 €	1.352.000 €	247.000 €
247.000 €								





**Legende**

-  Wohnen: aufgelockerte Bauweise
-  Wohnen: gemischte Bauweise
-  Wohnen: verdichtete Bauweise
-  Mischnutzung: verdichtete Bauweise

UNIVERSITÄTSSTADT

**SIEGEN**

Der Bürgermeister



M 1:2.000  
im Original

**Wohnbaufläche Wellersberg**

**Rahmenplanung**

**Variante I**

Stand: 31.03.2020  
A2: 420 x 594



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5/4  
Bereich: Schulen  
Bearbeitet von: Frau Dancker

Siegen, 24.05.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss**

**08.06.2022**

**Rat**

**15.06.2022**

Kurzbezeichnung:

**Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zum Schuljahr 2023/2024 eine vierzügige Gesamtschule mit dem Namen „Gesamtschule Am Rosterberg der Stadt Siegen, Sekundarstufen I und II“ im gebundenen Ganztags zu errichten. Die Schule soll am Standort Rosterstraße 143, 57074 Siegen (Hauptstandort) errichtet werden, wächst sukzessive auf und wird schließlich dauerhaft mit einem Teilstandort (Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen) in horizontaler Gliederung geführt. Sie wird als Schule des Gemeinsamen Lernens eingerichtet.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die sukzessive Auflösung
  - der Achenbacher Schule, Gemeinschaftshauptschule der Stadt Siegen, Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen (Schulnummer: 150228),
  - der Realschule Am Oberen Schloss, Ganztagsrealschule der Stadt Siegen, Burgstraße 10 – 14, 57072 Siegen (Schulnummer: 163600) und
  - der Realschule Auf der Morgenröthe der Stadt Siegen, Höllenwaldstraße 100, 57080 Siegen (Schulnummer: 163582)mit Ablauf des 31.07.2023.

Die Auflösungsmaßnahmen werden solange fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb an den Schulen gewährleistet werden kann.

3. Für die schulorganisatorischen Maßnahmen zu 1. und 2. ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG NRW einzuleiten.

**Sachverhalt / Begründung:****Ausgangslage**

Der Ausschuss für Schule und Bildung der Universitätsstadt Siegen hat auf Grundlage des Prüfberichts der Verwaltung (VL 885/2022) und des von den Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie Volt eingebrachten Antrags am 05.05.2022 folgende Beschlüsse gefasst:

- „Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlussfassung und Antragsstellung zur Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/24 vorzubereiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die neue Gesamtschule nimmt erstmalig im Jahr 2023 am Anmeldeverfahren für die 5. Klassen teil.
- Als Standorte werden das aktuelle Gebäude des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums (Hauptstandort) sowie das Gebäude der Hauptschule Achenbacher Schule (Teilstandort) vorgesehen.
- Die Hauptschule Achenbacher Schule sowie die Realschulen Auf der Morgenröthe und Am Oberen Schloss nehmen nicht mehr am Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2023/24 teil und laufen von diesem Zeitpunkt an sukzessive aus. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Beschlussfassung und Antragstellung ebenfalls dem Rat vorzulegen.“

Wie bereits in der Verwaltungsvorlage Nr. 885/2022 dargelegt, kann von einem Bedürfnis für die Errichtung einer vierten Gesamtschule ausgegangen werden. Für die Errichtung einer Gesamtschule werden mindestens 100 Schülerinnen und Schüler benötigt, da diese Schulform bei einem Klassenfrequenzrichtwert von 27 und einer Bandbreite von 25 – 29 Schülerinnen und Schülern vierzünftig starten muss. Die Mindestgröße für die Sekundarstufe II beträgt 42. Betrachtet man die prognostizierten Schülerzahlen für die vierte Gesamtschule werden diese Mindestgrößen demnach voraussichtlich erreicht.

Schuljahr	Jgst. 5		Schuljahr	Jgst. 11
2023/2024	194		2029/2030	104
2024/2025	152		2030/2031	81
2025/2026	258		2031/2032	138
2026/2027	249		2032/2033	133
2027/2028	236		2033/2034	128

Da eine neue Gesamtschule im ersten Jahr erfahrungsgemäß nicht so stark nachgefragt wird, sollte grundsätzlich zunächst eine Vierzügigkeit angestrebt werden. Falls tatsächlich 125 oder mehr Anmeldungen eingehen sollten, besteht die Möglichkeit, die Einrichtung einer weiteren Eingangsklasse zu beantragen.

Die Schülerzahlen berechnen sich aus den prognostizierten Schülerzahlen der Hauptschule Achenbacher Schule, der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe sowie einem Teil Gymnasialpotenzial. Wenn man den Weg einer vierten Gesamtschule gehen will,

ist die Auflösung aller verbleibenden Schulen des gegliederten Schulsystems (neben den Gymnasien) sinnvoll und notwendig.

Einerseits ergibt sich bereits durch die Auflösung der Hauptschule und der beiden Realschulen eine leistungsmäßige Durchmischung der Schülerschaft. Andererseits ist zu erwarten, dass auch ein Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Gymnasialempfehlung an der neuen Gesamtschule anmelden wird. Auf Basis der Schülerzahlenprognose läge der gymnasiale Anteil bei 22 %, auf Basis der Erfahrungswerte der bestehenden Gesamtschulen läge er bei 18 %. Somit kann von einer Leistungsheterogenität ausgegangen werden.

### Pädagogisches Konzept

Es ist beabsichtigt, dass das pädagogische Konzept der neuen Gesamtschule von einer Arbeitsgruppe erstellt wird, die unmittelbar nach dem Ratsbeschluss gegründet werden soll. Mitwirkende können sein: Personal aus den aufzulösenden Schulen beziehungsweise grundsätzlich aus den beteiligten Schulformen, Schulträger, Schulaufsicht und die Universität Siegen (SiNet). Das Konzept sollte zeitnah erarbeitet werden, so dass die ersten Informationsveranstaltungen für interessierte Eltern sowie Schülerinnen und Schüler möglichst nach den Sommerferien stattfinden können. Spätestens zur Antragstellung bei der Bezirksregierung muss das pädagogische Konzept fertiggestellt sein.

### Ganztagsbetrieb

Nach § 9 Abs. 1 SchulG NRW können Schulen als Ganztagschulen geführt werden, wenn die personellen, sächlichen und schulorganisatorischen Voraussetzungen erfüllt sind. Aufgrund ihres besonderen pädagogischen Konzeptes sind Gesamtschulen in der Regel gebundene Ganztagschulen. Ein entsprechender Raumbedarf ist zu berücksichtigen.

### Raumkonzept

Laut Beschluss des Ausschusses für Schule und Bildung vom 05.05.2022 ist als Hauptstandort das Gebäude Rosterstraße 143 (Peter-Paul-Rubens-Gymnasium) und als Teilstandort das Gebäude Achenbacher Furt 7 (Achenbacher Schule) vorgesehen. Diese beiden Schulgebäude bieten Platz für eine Gesamtschule mit bis zu fünf Zügen. Die Entfernung zwischen den Standorten beträgt 3,5 km (10 min Fahrtzeit mit dem Auto).

Für eine neue Gesamtschule in Siegen kommt für die Teilstandortbildung nur die sogenannte horizontale Gliederung in Frage. Das bedeutet, dass alle Parallelklassen mehrerer Jahrgänge an einem Hauptstandort und alle Parallelklassen der übrigen Jahrgänge an einem anderen Teilstandort beschult werden.

Da die Errichtung der Gesamtschule an Schulstandorten mit bestehendem Ganztagsbetrieb errichtet werden soll, kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass bauliche Anpassungen vermutlich in einem überschaubaren Rahmen erforderlich werden. Baubedarfe können sinnvollerweise erst nach einem detaillierten Abgleich zwischen Raumbedarf und Raumbestand auf Basis des pädagogischen Konzepts der neuen Schule ermittelt werden. Dabei ist

der Raumbedarf der auslaufenden Schulen auf Basis eines noch zu erstellenden Konzepts mit einzubeziehen.

### Beteiligung Schulkonferenzen

Den Schulen wurde die Möglichkeit gegeben, sich zu den geplanten schulorganisatorischen Maßnahmen zu äußern und dazu ein entsprechendes Votum der Schulkonferenz einzuholen.

Die Schulkonferenz der **Achenbacher Schule** empfiehlt dem Rat, einen Beschluss zu fassen, durch den die Achenbacher Schule erhalten bleibt.

Als einen Vorteil führt die Achenbacher Schule ihr kleines System mit kleinen Klassen auf. Grundsätzlich beträgt in der Hauptschule die Bandbreite 18 bis 30. In der Realschule und in der Sekundarstufe I des Gymnasiums und der Gesamtschule liegt die Bandbreite bei 25 bis 29. Eigentlich dürften die Klassengrößen somit gar nicht so weit voneinander entfernt sein. Die tatsächlichen Unterschiede kommen durch die wenigen Anmeldungen an der Hauptschule und die vielen Anmeldungen an den Gesamtschulen zustande.

Die Schulkonferenz der **Realschule Am Oberen Schloss** spricht sich gegen die Errichtung einer vierten Gesamtschule in Siegen aus.

Der Erhalt des Schulversuchs Talentschule liegt der Realschule Am Oberen Schloss besonders am Herzen. Die dafür eingesetzten Ressourcen wurden und werden sinnvoll zum Wohle der Schülerinnen und Schüler eingesetzt. Die Entscheidung über die Gestaltung der Siegener Schullandschaft muss aber aus Sicht der Verwaltung unabhängig von diesem Schulversuch getroffen werden.

Die Schulkonferenz der **Realschule Auf der Morgenröthe** plädiert für ihren Erhalt, für eine zeitgerechte Ausstattung und somit für die langfristige Sicherung ihres Bestands.

Ein Argument der Realschule Auf der Morgenröthe ist der Fortbestand ihrer Schule als Halbtagschule, da der Ganztagsbetrieb einer Gesamtschule nicht für jeden das gewünschte Angebot ist. Dem ist zu entgegnen, dass die Anmeldezahlen der Realschule Am Oberen Schloss – einer Ganztagsrealschule – in den vergangenen Jahren deutlich höher lagen und dass die Realschule Auf der Morgenröthe nach Auswertung der Erstanmeldewünsche nicht die nötigen Anmeldezahlen zur Bildung von zwei Eingangsklassen erreicht hat.

Weiterhin von den Schulen genannte Argumente wie ein motiviertes Kollegium, eine gute Personalversorgung, gewachsene Kooperationen mit lokalen Unternehmen/sonstigen Institutionen und eine anerkannte Berufsorientierungsarbeit sind sicher wertvolle Aspekte der Schulen. Hauptsächlich handelt es sich hierbei aber um innere Schulangelegenheiten, auf die der Schulträger, wenn überhaupt, nur in Randbereichen Einfluss hat. Viele dieser Errungenschaften und bewährten Konzepte könnten über die Erstellung eines pädagogischen Konzepts mit in eine neue Gesamtschule eingebracht werden. Auf diese Weise könnte die vorhandene Expertise ein solides Fundament für die neue Schule bilden.

Laut Schulgesetz sind im Rahmen der Schulentwicklungsplanung das gegenwärtige und zukünftige Schulangebot, die mittelfristige Entwicklung des Schulraumbestands, die Schülerzahlen, die mittelfristige Entwicklung des Schüleraufkommens sowie das Schulwahlverhalten der Eltern zu berücksichtigen. Der Schulträger hat für eine stabile, gleichmäßig ausgelastete Schullandschaft mit angemessenen Klassen- und Schulgrößen zu sorgen. Argumente pädagogischer Natur sind nicht mit in schulorganisatorische Planungen einzubeziehen.

#### Beteiligung Nachbarkommunen

Die Schulträger sind verpflichtet, in enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auf ein regional ausgewogenes, vielfältiges, inklusives und umfassendes Angebot zu achten und benachbarte Schulträger rechtzeitig anzuhören, die durch die Planungen in ihren Rechten betroffen sein können. Angehört wurden alle Nachbarkommunen bzw. alle möglicherweise in Ihren Planungen betroffenen Kommunen. Sie wurden um Rückmeldung gebeten, falls ihrerseits Einwände gegen die Planungen für die Siegener Schullandschaft bestehen.

Stellungnahmen sind durch die Gemeinden Neunkirchen und Wilnsdorf sowie die Städte Freudenberg, Kreuztal und Netphen erfolgt. Die übrigen Kommunen haben keine Stellungnahmen abgegeben, so dass davon ausgegangen werden kann, dass von dort keine Bedenken bestehen.

Die **Gemeinde Neunkirchen** hat keine Einwände gegen die geplanten schulorganisatorischen Maßnahmen erhoben.

Die **Gemeinde Wilnsdorf** lehnt die Einrichtung einer vierten Gesamtschule und die damit verbundenen Auflösungen der Hauptschule und der Realschulen in Siegen ab. Es wird ein verstärktes Ausweichen der Siegener Schülerinnen und Schüler auf die Gemeinde Wilnsdorf erwartet. Es wird zudem auf die mangelnden Kapazitäten für Schulformwechsler, die das Gymnasium verlassen müssen hingewiesen und darauf, dass eine vierzügige Gesamtschule neben den anderen weiterführenden Schulen voraussichtlich nicht ausreichen wird, um alle Siegener Kinder zu versorgen.

Die Siegener Schülerinnen und Schüler mit dem Schulformwunsch Realschule können zwischen den drei Realschulen in Kreuztal, Wilnsdorf oder Freudenberg (Freie Christliche Realschule) wählen. Abhängig vom Wohnort und den pädagogischen Vorstellungen werden die Entscheidungen daher auf alle drei Kommunen verteilt, so dass vermutlich keine einzelne Realschule übermäßig belastet wird.

Aus Wilnsdorfer Sicht ist die Zahl der Einpendler aus Siegen schon jetzt hoch. Die Hauptschule wird von 50 und die Realschule von 62 Schülerinnen und Schülern aus Siegen besucht. Demgegenüber stehen 2 Wilnsdorfer Schülerinnen und Schüler an der Hauptschule, 11 an den Realschulen und 157 an den Gesamtschulen der Stadt Siegen (Stand: Schulstatistik 2021/2022, Gymnasien außen vor gelassen). Beide Schulträger beschulen also bereits jetzt eine Vielzahl an auswärtigen Kindern.

Die Gemeinde Wilnsdorf setzt auf das gegliederte Schulsystem und zieht damit Interessenten aus dem Umland an. Die Stadt Siegen plant eine Neustrukturierung der Schullandschaft und damit werden eben auch neue Schülerströme ausgelöst. Grundsätzlich bleibt es dabei, dass sowohl Wilnsdorf als auch Siegen eine überörtliche Versorgungsfunktion erfüllen.

Der Problematik der Schulformwechsler ist sich die Verwaltung bewusst. Im Zweifel müssen die Klassengrößen trotz Gemeinsamem Lernen erhöht werden oder ein längerer Schulweg in Kauf genommen werden, wenn an der wohnortnächsten Gesamtschule kein Platz mehr frei ist. Die Option, die neue Gesamtschule bei entsprechenden Anmeldezahlen dauerhaft fünfzünftig zu führen, besteht. Außerdem sollten Zügigkeitserweiterungen der bestehenden Gesamtschulen geprüft werden.

Die **Stadt Freudenberg** äußert dahingehend Bedenken, dass die Gesamtschule Freudenberg die notwendigen Anmeldezahlen mittelfristig nicht mehr erreichen wird. Bereits bei der Errichtung dieser Gesamtschule im Jahr 2013/2014 ging man von einer überörtlichen Versorgungsfunktion der Schule aus. Da die Stadt Siegen sich damals mit der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus Siegen einverstanden erklärt hat, konnte die notwendige Mindestschülerzahl erreicht und die Gesamtschule Freudenberg somit errichtet werden. Zum Einzugsbereich gehören auch die Siegener Stadtteile Seelbach und Trupbach.

Die Anmeldezahlen der Gesamtschule Freudenberg lagen in den vergangenen Jahren unter den Prognosen des Schulentwicklungsplanes. Als Gründe dafür werden unter anderem ein hoher Zulauf zur Freien Christlichen Realschule in Freudenberg-Niederndorf und die Wahl der Schulform Gymnasium im Falle einer Gymnasialempfehlung genannt. Die Anmeldezahlen mit Wohnort Siegen lagen in den letzten vier Jahren stets im zweistelligen Bereich (11 bis 16).

Auf diese beiden Gründe kann die Stadt Siegen keinen Einfluss nehmen. Auch wenn die Schülerzahlen durch die Errichtung einer vierten Gesamtschule in Siegen womöglich noch mehr sinken würden, wäre dies also nicht der ausschlaggebende Punkt.

Wenn man die Entfernung der potenziellen Schulstandorte zur Sonnenhangschule (Einzugsgebiet Seelbach/Trupbach) betrachtet, könnte man möglicherweise eine Präferenz der Schulwahl erkennen. Die Entfernung zur Gesamtschule Freudenberg beträgt 7,8 km oder 12 min Fahrtzeit mit dem Auto. Die Entfernung zum Hauptstandort der vierten Gesamtschule beträgt 7,7km oder 14 min Fahrtzeit mit dem Auto. Der Unterschied ist so minimal, dass der Schulweg eigentlich kein wesentliches Entscheidungskriterium sein dürfte. Natürlich ändert sich die Entfernung je nach Wohnort der Schülerinnen und Schüler, aber die beiden Gesamtschulstandorte sind annähernd gleich schnell erreichbar.

Die **Stadt Kreuztal** merkt an, dass es im Falle der Errichtung einer vierten Gesamtschule keine Realschulen im Stadtgebiet Siegen mehr geben würde und ein Teil der Elternschaft die Schülerinnen und Schüler vermutlich an der Kreuztaler Realschule anmelden wird. Sollte an der Kreuztaler Realschule ein Anmeldeüberhang bestehen, dürfen Siegener Schülerinnen und Schüler nicht ausgeschlossen werden. Gegebenenfalls müssten demnach vermehrt Kreuztaler Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden. Dies gibt die Stadt Kreuztal zu bedenken und bittet um Beachtung im weiteren Verfahren.

Die Kreutztaler Realschule ist zweizügig festgelegt, was grundsätzlich eine Aufnahmekapazität von 58 Schülerinnen und Schülern bedeutet. Da die Schule eine Schule des Gemeinsamen Lernens ist und in der Regel mindestens 4 Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf aufnimmt, kann die Aufnahmekapazität auf 54 reduziert werden. Laut Schülerzahlenprognose der Stadt Kreutztal, die keine Ein- und Auspendler berücksichtigt, liegen die Schülerzahlen in der Jahrgangsstufe 5 zwischen 51 und 54. Die Annahme, dass Ablehnungen erfolgen müssen, ist also durchaus realistisch.

Prinzipiell würde die neue Siegener Gesamtschule die bisherigen Realschulen ersetzen und auch zu entsprechenden Abschlüssen führen. Die Siegener Schülerinnen und Schüler, die weiterhin die Schulform Realschule besuchen wollen, haben die Möglichkeit sowohl nach Kreutztal, nach Wilnsdorf oder auch zur Freien Christlichen Realschule nach Freudenberg auszuweichen. Somit ist anzunehmen, dass die Anmeldungen – je nach Wohnort und persönlicher Präferenz – in den verschiedenen Nachbarkommunen erfolgen. Von einer übermäßigen Belastung der Kreutztaler Realschule wird daher nicht ausgegangen.

Die Schülerströme zwischen Kreutztal und Siegen sind grundsätzlich überschaubar. Sollte sich dies künftig ändern, ist eine enge Abstimmung zwischen den Schulträgern angebracht.

Die **Stadt Netphen** teilt ihre Bedenken zur Errichtung einer weiteren Gesamtschule in Siegen mit. In Siegen würden sich zusätzliche Aufnahmekapazitäten ergeben, sodass Abweisungen einpendelnder Schülerinnen und Schülern nicht mehr zwingend erfolgen werden. Die prognostizierte Fluktuation von Netphener Schülerinnen und Schülern an die Gesamtschulen der Stadt Siegen würde zu einer Schwächung der Sekundarschule und der Oberstufe des Gymnasiums in Netphen führen.

Grundsätzlich haben Schülerinnen und Schüler aus Netphen den gleichen Anspruch an einer Siegener Gesamtschule aufgenommen zu werden wie in Siegen wohnhafte, da die Schulform Gesamtschule in Netphen nicht angeboten wird. Die Zahl der Abweisungen Netphener Schülerinnen und Schüler an Siegener Gesamtschulen schwankte in den vergangenen drei Jahren zwischen 3 und 8. Der Großteil der Netphener Schülerinnen und Schüler wird also ohnehin bereits aufgenommen. Der Anteil der potenziellen Auspendler würde sich voraussichtlich weiterhin im einstelligen Bereich bewegen und dürfte den Fortbestand der Sekundarschule Netphen nicht gefährden.

Der Anzahl der Netphener Schülerinnen und Schüler in der Einführungsphase der Sekundarstufe II der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule lag in den vergangenen drei Jahren zwischen 17 und 30. Diese Anzahl ist also bereits relativ hoch. Die Oberstufe des Gymnasiums Netphen sollte eigentlich von der Kooperation mit der Sekundarschule Netphen profitieren. Für welche Oberstufe sich die Netphener letztlich entscheiden, lässt sich von Schulträgerseite nur schwer beeinflussen. Zum einen muss das pädagogische Konzept überzeugen und zum anderen spielen sicher auch Wohnort und Verkehrsanbindung eine Rolle.

Möglichen nachteiligen Entwicklungen der Nachbarkommunen steht das Interesse der Stadt Siegen gegenüber, bedarfsgerecht auf die Nachfrage nach der Schulform Gesamtschule im Stadtgebiet zu reagieren. Nach Abwägung aller Argumente kommt die Verwaltung zu dem



Schluss, dass die Errichtung einer vierten Gesamtschule in Siegen sinnvoll und für die benachbarten Schulträger zumutbar ist.

#### Information Ersatzschulträger

Die Träger öffentlicher Schulen und die Träger von Ersatzschulen informieren sich gegenseitig über ihre Planungen. Daher wurden der Christliche Schulverein Siegen e.V., der Evangelische Kirchenkreis und der Trägerverein der Rudolf-Steiner-Schule, Freie Waldorfschule entsprechend benachrichtigt.

#### Zeitplan

Erfahrungsgemäß hat es eine Gesamtschule in der Errichtung schwer, sich gegen bestehende und vollständig ausgebaute Gesamtschulen zu behaupten. Ein vorgezogenes Anmeldeverfahren für die drei bestehenden Gesamtschulen, die neue Gesamtschule und die drei Gymnasien erscheint sinnvoll, damit in der Stadt Siegen und in der Folge auch für die benachbarten Schulträger zeitnah Klarheit herrscht.

Eltern, deren Anträgen auf Aufnahme an einer bereits etablierten Schule nicht entsprochen wurde, werden sich nach dem vorgezogenen Anmeldeverfahren zu der neu zu errichtenden Gesamtschule oder zu den Schulen der Nachbarkommunen umorientieren.

Ohne die Durchführung eines vorgezogenen Anmeldeverfahrens dürfen frühestens ab Freitag, den 03.03.2023, die Aufnahmeentscheidungen getroffen werden. Erst danach können erneute Anmeldungen vorgenommen werden. Vor Mitte März wäre in diesem Fall nicht absehbar, ob die neue Gesamtschule in Siegen zustande kommt und wie viele Schulplätze und Eingangsklassen die Nachbarkommunen benötigen. Daher ist folgender Ablauf geplant.

Was?	Wann?
Antragstellung an Bezirksregierung	Bis 15.10.2022
Vorläufige Entscheidung Bezirksregierung	12/2022
Bestellung der für das Anmeldeverfahren beauftragten Person	01/2023
Vorgezogenes Anmeldeverfahren für alle Schulen	23.-26.01.2023
Reguläres Anmeldeverfahren	Ab 03.02.2023 bis 02.03.2022
Endgültige Entscheidung, ob Gesamtschule eingerichtet wird	Nach Abschluss des Anmeldeverfahrens

Eine konkrete Abstimmung mit der Schulaufsicht steht hierzu noch aus.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div style="height: 80px;"></div>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  <div style="height: 100px;"></div>			

i. A.

gez.

A. Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



# Achenbacher Schule

integrative und inklusive Ganztagshauptschule  
der Universitätsstadt Siegen

Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen

[www.gthsa-siegen.de](http://www.gthsa-siegen.de)

Siegen, 19.05.2022

## Schulkonferenz am 19.05.2022, Ort: Achenbacher Schule

**Stellungnahme** zur Entscheidung des Rates der Stadt Siegen, des Schulträgers, eine 4. Gesamtschule in der Stadt zu gründen und damit die Achenbacher Schule, Ganztagshauptschule, zu schließen.

Die Schulkonferenz berät ausführlich über die Schulentwicklungsplanung der Stadt Siegen.

Die Schulkonferenz empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, dem Beschluss des Schulausschusses nicht zu folgen und einen Beschluss zu fassen, durch den die Ganztagshauptschule Achenbach erhalten bleibt!

### Ordentliche Mitglieder:

Christoph Henrichs, Rektor, Schulleiter

Anne Schröers, Lehrerin

Thomas Schönauer, Lehrer

Jürgen Sanders, Lehrer

Neli Piljiki, Schülerin

Nemer Al Haj, Schüler

Leona Aliu, Schülerin

### beratende Mitglieder:

Svenja Otto, Konrektorin, stellv. SL

Magdaleni Polatsidou, SV Lehrerin

Aland Alhasan, Schüler

Bernd Brauner, Elternvertreter, Schulpflegschaftsvorsitzender

Simone Strunk, Elternvertreterin

Silke Krasniqi, Elternvertreterin

*Christoph Henrichs*  
*A. Schröers*  
*T. Schönauer*  
*J. Sanders, M.A.*  
*Neli Piljiki*  
*Nemer Al Haj*  
*Leona Aliu*

*S. Otto*  
*M. Polatsidou*  
*A. Alhasan*

*B. Brauner*

*S. Strunk*

*Silke Krasniqi*



**Von:** Joachim Steinebach [mailto:J.Steinebach@ros-siegen.com]

**Gesendet:** Freitag, 20. Mai 2022 08:10

**An:** Uhr, Christina

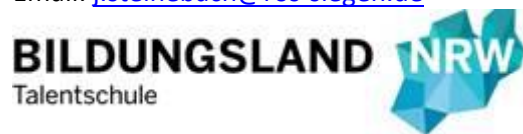
**Betreff:** [extern] AW: Anhörung Schulkonferenz

Sehr geehrte Frau Uhr,

die gestrige Schulkonferenz hat sich einstimmig gegen den Antrag zur Errichtung einer 4. Gesamtschule ausgesprochen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Steinebach  
Rektor der Realschule Am Oberen Schloss  
Ganztagsrealschule der Stadt Siegen  
Talentschule des Landes Nordrhein-Westfalen  
Burgstraße 10-14  
57072 Siegen  
[www.realschule-am-oberen-schloss.de](http://www.realschule-am-oberen-schloss.de)  
Tel.: 0271/52488  
Fax: 0271/22754  
Email: [j.steinebach@ros-siegen.de](mailto:j.steinebach@ros-siegen.de)





Siegen, 18.05.2022

## **Stellungnahme der Schulkonferenz der Realschule Auf der Morgenröthe zu den beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen der Stadt Siegen**

Die Schulkonferenz zeigt sich überrascht und ist irritiert hinsichtlich der überfallartigen, mit sehr kurzen Taktzeiten ohne jeglichen Vorlauf oder Elternbeteiligung versehenen, Vorgehensweise des Schulträgers.

Betroffenheit angesichts der möglich werdenden Frage nach dem Respekt gegenüber den Kolleg\*innen der geopferten Schulen ist besonders vor dem Hintergrund diametral auseinander laufender Gespräche in der Vergangenheit zu sehen. Es wurde stets der Erhalt der Schule versichert!

Auch das Lob des Schulträgers ob der „guten Arbeit“ der Schulen bekommt angesichts dieses Planes einen mehr als faden Beigeschmack. Die nunmehr erteilten Aufträge an die betroffenen Kolleg\*innen, die guten, zum Teil als herausragend qualifizierten Konzepte zur Berufsorientierung, zum gemeinsamen Lernen oder im Bereich der sprachlichen Förderung (Daz) doch bitte der zu gründenden Gesamtschule zu übergeben, wird von den anwesenden Schüler- und Elternvertretern als wenig geschmackvoll empfunden.

Ein seit vielen Monaten gestellter Antrag der Schulkonferenz auf Modernisierung der Ausstattung der Realschule Auf der Morgenröthe ist leider bis zum heutigen Tag unbeantwortet geblieben (bitte beachten Sie dazu die Anlage).

Für den weitaus überwiegenden Teil unserer Eltern ist die Schulform Realschule der Erstwunsch und man präferiert keine Ganztagsschule. Auch das scheint nicht berücksichtigt zu werden. Im Falle der Errichtung einer vierten Gesamtschule als Ganztagsschule haben zukünftig alle Kinder, die kein Gymnasium besuchen nur noch die Möglichkeit, eine Ganztagsschule zu besuchen.

Die besondere Förderung der Schule durch die IHK ist hingegen auch Ausdruck der Wertschätzung der Unternehmen der Region. Ist der Schulträger anderer Meinung als die Träger der Wertschöpfung der Region?

Ist auch die Realschule am Oberen Schloss am Ende gar keine „Talentschule“ und wurde von Frau Ministerin Gebauer zu Unrecht in der letzten Woche durch ihren Besuch geehrt?

Es wurde stets versichert, das dreigliedrige Schulsystem erhalten zu wollen. Heute entsteht der Eindruck, die Qualität und den Elternwillen aus Kostengründen opfern zu wollen.

Ergänzend wird angemerkt, wie sehr einige Kinder in großen Systemen nicht immer gut aufgehoben sind, sondern gerade kleine, „familiäre“ Schulen zur Entwicklung ihrer Persönlichkeiten benötigen .

Warum will der Schulträger eine für die Wirtschaftsregion Siegen passgenaue Schullandschaft zu Lasten einer „Monokultur“ kaputt machen?

Die Schulkonferenz spricht sich mit zahlreichen weiteren Wortbeiträgen dafür aus, die Realschule Auf der Morgenröthe zu erhalten, sie gemäß bereits vorliegendem Antrag zeitgerecht auszustatten und ihren Bestand somit langfristig zu sichern.

Die Unterzeichner der Schulkonferenz (gem. §66 SchulG):

Holger Engelbert, Schulleiter

Uwe Gelkermann, Schulpflegschaftsvorsitzender

Nadine Janisch, Elternvertreterin

Gabi Jung, Eltervertretern

Heike Bergeder-Schmidt, Realschullehrerin

Sabine Leinhos, Realschullehrerin

Andreas Ludwig, Lehrer

Tanja Schmidt, Schülervvertreterin

Pascal Thomas, Schülervvertreter

Lulzim Gashi, Schülervvertreter

Armine Navasartyan, Schülervvertreterin

Gemeinde Neunkirchen • Postfach 1360 • 57274 Neunkirchen

Stadt Siegen  
Abteilung 5/4 Schulen  
Weidenauer Str. 211-213

57076 Siegen

**Gemeinde Neunkirchen  
Der Bürgermeister**

Fachbereich 3  
Soziales / Schulen / Ordnung

Dienstgebäude:  
Bahnhofstr. 3  
57290 Neunkirchen

**Ihr Ansprechpartner:**  
Frau Sandra Flick  
Zimmer: 206  
Telefon: 02735 767-206  
Telefax: 02735 767-65206  
E-Mail: [sa.flick@neunkirchen-siegerland.de](mailto:sa.flick@neunkirchen-siegerland.de)

Datum: 27.05.2022

**Schulorganisatorische Maßnahmen der Universitätsstadt  
Siegen**

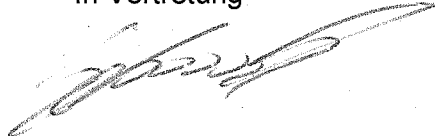
**- Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule und sukzessive  
Auflösung der Achenbacher Gemeinschaftshauptschule, der  
Realschule Am Oberen Schloss und der Realschule Auf der  
Morgenröthe-  
hier: Beteiligung gemäß § 80 Absätze 1 und 2 SchulG NRW**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach § 80 Abs. 1 u. 2 SchulG NRW haben die Schulträger die  
Pflicht, die Schulentwicklungsplanung mit den benachbarten  
Schulträgern abzustimmen.

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 12. Mai 2022 teile ich Ihnen  
mit, dass bei der Gemeinde Neunkirchen gegen die o.g.  
schulorganisatorischen Maßnahmen der Stadt Siegen aus Sicht des  
Schulträgers keine Bedenken bestehen.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung



Zentrale:  
Telefon: 02735 767-0  
Telefax: 02735 5342



[www.neunkirchen-siegerland.de](http://www.neunkirchen-siegerland.de)

Sprechzeiten:  
Montag 08:30 - 12:00 / 13:30 - 15:30  
Dienstag 08:30 - 12:00 / 13:30 - 15:30  
Mittwoch 08:30 - 12:00  
Donnerstag 08:30 - 12:00 / 14:00 - 17:00  
Freitag 08:30 - 12:00

Gläubiger-ID: DE06GNK00000139153

Bankverbindung:  
Sparkasse Burbach-Neunkirchen  
BLZ: 460 512 40  
Kto.: 1 000 058  
IBAN: DE50 4605 1240 0001 0000 58  
BIC: WELADED1BUB

Volksbank in Südwestfalen eG  
BLZ: 447 615 34  
Kto.: 601 000 700  
IBAN: DE 68 4476 1534 0601 0007 00  
BIC: GENODEM1NRD

## Dancker, Vanessa

---

**Von:** Uhr, Christina  
**Gesendet:** Dienstag, 31. Mai 2022 14:10  
**An:** Dancker, Vanessa  
**Betreff:** Fwd: Stellungnahme zu Schulorganisatorischen Maßnahmen der Stadt Siegen

---

Gesendet über [Workspace ONE Boxer](#)

----- Nachricht weitergeleitet -----

**Von:** Schneider, Johannes <[j.schneider@wilnsdorf.de](mailto:j.schneider@wilnsdorf.de)>  
**Datum:** 31. Mai 2022 um 13:58:09 MESZ  
**Betreff:** Stellungnahme zu Schulorganisatorischen Maßnahmen der Stadt Siegen  
**An:** Uhr, Christina <[c.uhr@siegen.de](mailto:c.uhr@siegen.de)>  
**Cc:** Gieseler, Hannes <[H.Gieseler@wilnsdorf.de](mailto:H.Gieseler@wilnsdorf.de)>, Diezemann, Michaela <[m.diezemann@wilnsdorf.de](mailto:m.diezemann@wilnsdorf.de)>, Burgmann, Henning <[H.Burgmann@wilnsdorf.de](mailto:H.Burgmann@wilnsdorf.de)>

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mit Schreiben vom 12.05.2022 haben Sie uns um eine Stellungnahme gem. § 80 SchulG NRW gebeten.  
Die Gemeinde Wilnsdorf nimmt wie folgt Stellung:

Die Einrichtung einer vierten Gesamtschule und die damit verbundenen Auflösungen der Hauptschule und der Realschulen in Siegen wird seitens der Gemeinde Wilnsdorf abgelehnt.

Die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule führt sowohl kurz- als auch mittelfristig zu verstärkten Anmeldungen von Schüler\*innen aus Siegen bei der Hauptschule Rudersdorf und der Realschule Wilnsdorf. Dort sind die räumlichen Kapazitäten für weitere Züge nicht vorhanden.

Die beiden Schulen sind bereits jetzt die letzten Schulen ihrer Schulform im weiten Umkreis der Gemeinde Wilnsdorf. Zahlreiche Kinder aus den angrenzenden Kommunen –deren Eltern eine Anmeldung an einer Sekundar- oder Gesamtschule nicht wünschen- werden an der Haupt- oder der Realschule angemeldet. Durch den Wegfall der beiden Schulformen in Siegen wird ein verstärktes Ausweichen der Schüler\*innen auf die Schulen in Wilnsdorf erfolgen. Dieses Verhalten der Eltern bei der Auswahl der Schulform ist in den Nachbarkommunen nach Auflösung der Haupt- und Realschulen zu beobachten gewesen.

Die Hauptschule in Rudersdorf beschult bereits jetzt 65 Schüler\*innen aus anderen Kommunen, davon 50 Schüler\*innen aus Siegen. Bei der Realschule Wilnsdorf sind es 110 Schüler\*innen, davon 62 Schüler\*innen aus Siegen.

Mittelfristig wird die Problematik der „abgeschulten“ Schüler\*innen“ von Siegerner Gymnasien eine weitere Rolle spielen. Diese Schüler\*innen haben keine Chance, im dreigliedrigen Schulsystem in Siegen zu verbleiben und werden bei der Wahl einer Schule im eingliedrigen System Probleme bekommen, einen Anmeldeplatz zu erhalten. Bereits jetzt sind zwei Gesamtschulen in Siegen schon ab Klasse 5 voll besetzt und müssen Kinder abweisen. Somit ist dort der Zugang zur Klasse 7 nicht möglich.

Eine vierzügige Gesamtschule zu errichten, wird bei den jetzt bereits vorliegenden Zahlen bei weitem nicht ausreichend sein. Allein die Zahlen der Siegerner Kinder werden eine fünf oder sechszügige Schule notwendig machen.

Die Stadt Siegen muss zukünftig von der in der Vorlage Nr. VL 885/2022 Seite 6 erwähnten Möglichkeit des § 46 Abs. 6 SchulG NRW Gebrauch machen und sowohl bei Gymnasien, als auch bei Gesamtschulen auswärtige Schüler\*innen abweisen. Dies erschwert sicherlich den Eltern die Suche nach einem Platz für ihr Kind in der gewünschten Schulform, führt aber auch in den Umlandkommunen zu einer besser planbaren Schulentwicklung.



Mit freundlichen Grüßen  
Der Bürgermeister  
In Vertretung

Johannes Schneider  
- 1. Beigeordneter -

Gemeinde Wilnsdorf  
57234 Wilnsdorf  
Tel.: +49 2739 802 221  
Fax: +49 2739 802 139  
E-Mail: [j.schneider@wilnsdorf.de](mailto:j.schneider@wilnsdorf.de)  
Internet: <https://www.wilnsdorf.de>



Diese Mail ist ausschließlich für den genannten Empfänger bestimmt. Sie enthält streng vertrauliche Informationen. Jede Verbreitung des Inhalts, auch teilweise, ist untersagt. Falls Sie diese Mail versehentlich erhielten, informieren Sie bitte unverzüglich den Absender und löschen Sie diese Mail endgültig von jedem Rechner, auch von Ihrem Mailserver.

**Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese E-Mail ausdrucken.**



# Stadt Freudenberg

## Die Bürgermeisterin

### Bildung

Stadt Freudenberg Postfach 1120 57251 Freudenberg

Stadt Siegen  
5/4 Schulen  
Postfach 10 03 52  
57003 Siegen

Auskunft erteilt Herr Wisser  
Zimmer 103

Telefax 02734 43-130  
E-Mail 02734 43-29130  
a.wisser@freudenberg-stadt.de

Mörser Platz 1  
57258 Freudenberg

Zeichen und Datum Ihres Schreibens

Uh vom 12.05.2022

Mein Zeichen

1.4

Datum

25. Mai 2022

### Schulorganisatorische Maßnahmen der Universitätsstadt Siegen

#### hier: Abstimmung und Beteiligung benachbarter Schulträger nach § 80 Abs. 1 und 2 SchulG NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Mai 2022 und die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen.

Gegen die beabsichtigte Errichtung einer vierten städtischen Gesamtschule bestehen Bedenken, da Auswirkungen auf die Anmeldezahlen der Gesamtschule Freudenberg nicht auszuschließen sind.

Die Gesamtschule Freudenberg wurde zum Schuljahr 2013/2014 errichtet. Im Rahmen der vorangegangenen Schulentwicklungsplanung wurde deutlich, dass die für die Errichtung der Gesamtschule notwendige Zahl von mindestens 100 Schülerinnen und Schülern aus dem Stadtgebiet Freudenberg im Planungszeitraum nicht durchgehend darstellbar war. Insoweit ließ sich nur ein Teilbedürfnis für eine Gesamtschule in Freudenberg nachweisen. Allerdings war davon auszugehen, dass die Gesamtschule Freudenberg auch eine überörtliche Versorgungsfunktion u.a. für Teile der Stadt Siegen (Stadtteile Seelbach und Trupbach) und der Verbandsgemeinde Kirchen erfüllen würde. Im Rahmen der interkommunalen Abstimmung hat die Stadt Siegen mit Schreiben vom 24.07.2012 mitgeteilt, dass gegen die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus der Stadt Siegen keine Bedenken bestehen. Auf dieser Grundlage konnten im Antrags- und Genehmigungsverfahren für die Gesamtschule Freudenberg auch Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Siegen beim Nachweis der Mindestgröße berücksichtigt werden.

Tatsächlich hat die Gesamtschule Freudenberg seit der Gründung jährlich zwischen sieben und 16 Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Siegen (überwiegend von der Sonnenhangschule) aufgenommen. In den letzten vier Jahren lag die Anmeldezahl stets im zweistelligen Bereich (elf bis 16 Schülerinnen und Schüler).

Die Anmeldezahlen der Gesamtschule Freudenberg liegen in den letzten Jahren unter den Prognosen des Schulentwicklungsplanes. Die Gründe dafür sind u.a. ein hoher Zulauf zur Freien christlichen Realschule in Freudenberg-Niederndorf sowie die Tatsache, dass Eltern, deren Kinder über eine Gymnasialempfehlung verfügen, sich in der Regel für die Schulform Gymnasium entscheiden.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Errichtung einer vierten Gesamtschule in zentraler Lage von Siegen zu einem Rückgang der Anmeldungen von Siegerner Schülerinnen und Schülern an der Gesamtschule Freudenberg führt. Neben anderen Faktoren könnte dies dazu beitragen, dass an der Gesamtschule Freudenberg die notwendige Mindestgröße mittelfristig nicht erreicht wird.

Bei dieser Gelegenheit greife ich noch einmal den Ansatz einer interkommunalen Schulentwicklungsplanung auf. Zuletzt fand im Mai 2017 auf Einladung der Stadt Siegen ein gemeinsamer Austausch der Schulträger im Altkreis Siegen statt. Seinerzeit wurde begrüßt, Themen zur Schulentwicklungsplanung in diesem Teilnehmerkreis zu besprechen. Ggf. bietet es sich an, künftig ein solches Gespräch einem Verfahren nach § 80 Abs. 1 und 2 SchulG NRW vorzuschalten.

Mit freundlichen Grüßen



Reschke

## Der Bürgermeister

Stadt Kreuztal, Postfach 101660, 57207 Kreuztal

Stadt Siegen  
Abteilung 5/4 Schulen  
z. Hd. Frau Uhr  
Weidenauer Straße 211-213  
57076 Siegen

### Schulen/Kindergärten/Sport

Nebenstelle, Siegener Str. 18

**Kontakt:** Frau Belz  
**Zimmer:** 13

**Tel.:** 02732/51-267  
**Fax:** 02732/21004  
**E-Mail:** m.belz@Kreuztal.de

vorab per E-Mail

Ihr Datum und Zeichen  
12./13.05.2022 Uh

Mein Zeichen  
40/1 Bz SEP

Datum  
30.05.2022

### Schulentwicklungsplanung der Stadt Siegen;

hier: Abstimmung mit den benachbarten Schulträgern gemäß § 80 Abs. 1 Schulgesetz (SchulG) NRW;

**Stellungnahme zu schulorganisatorischen Maßnahmen**

Sehr geehrte Frau Uhr,

ich danke Ihnen für die Übersendung der Verwaltungsvorlage zur Schulentwicklungsplanung.

Im Rahmen der Schulträgerbeteiligung nach § 80 Abs. 1 SchulG NRW nehme ich wie folgt Stellung:

*„Die Schülerströme zwischen Kreuztal und Siegen sind grundsätzlich überschaubar.*

*Mit dem Auslaufen der Realschulen „Am Oberen Schloss“ und „Auf der Morgenröthe“ gäbe es in der Folge auf dem Stadtgebiet Siegen keine Realschule mehr.*

*Meines Erachtens ist nicht zu erwarten, dass alle Erziehungsberechtigten ihre Kinder an Gesamtschulen anmelden werden, sondern zumindest ein Teil der Elternschaft die Schüler\*innen vorzugsweise an einer Realschule anmelden möchte. Dies könnte vermehrt Anmeldungen von Siegener Kindern für die Realschule Kreuztal zur Folge haben.*

*Sollte dann anlässlich eines eintretenden Anmeldeüberhangs an der Kreuztaler Realschule ein durchzuführendes Auswahlverfahren erforderlich sein, dürften – weil § 46 SchulG NRW in diesem Fall nicht greifen würde – Siegener Schüler\*innen bei dem Losverfahren nicht ausgeschlossen werden, so dass ggf. vermehrt Kreuztaler Schüler\*innen abgelehnt werden müssten.*

*Die Auflösung aller Siegener Realschulen könnte sich demzufolge nachteilig auf die Aufnahme*

*von Kreutztaler Kinder an der Realschule Kreutztal auswirken. Dies gebe ich zu bedenken und bitte um Beachtung im weiteren Verfahren.“*

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Kass

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Kass' followed by a stylized flourish.





Stadt Netphen, Postfach 11 55 + 11 65, 57235 Netphen

Stadt Siegen  
Abteilung 5/4 Schulen  
Postfach 10 03 52  
57003 Siegen



Amtsstraße 2 + 6  
57250 Netphen  
Telefon.: +49 2738 603-0

Auskunft erteilt: Frau Saßmann  
Durchwahl: +49 2738 / 603 144  
Zimmer: 3108  
E-Mail: L.Sassmann@netphen.de  
Telefax: +49 2738 / 603 4 144

Datum und Zeichen Ihres Schreibens:

Geschäftszeichen:  
I/2 – 21.00.03 Sa

Datum:  
24.05.2022



## Schulorganisatorische Maßnahmen der Universitätsstadt Siegen

**hier: Abstimmung und Beteiligung benachbarter Schulträger nach § 80 Abs. 1 und 2 SchulG NRW**

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend Ihrem Schreiben vom 12.05.2022 teile ich Ihnen mit, dass seitens der Stadt Netphen erhebliche Bedenken zu den schulorganisatorischen Maßnahmen bzgl. der Einrichtung einer vierten Gesamtschule in Siegen bestehen.

Bereits in der Vergangenheit wurden die Bedenken hinsichtlich der Errichtung einer weiteren Gesamtschule signalisiert.

Aus Sicht der Stadt Netphen eröffnen sich durch die schulorganisatorische Maßnahme zusätzliche Aufnahmekapazitäten, sodass Abweisungen einpendelnder Schülerinnen und Schüler nicht mehr zwingend erfolgen werden und verschärft dadurch die Fluktuation von Netphener Schülerinnen und Schüler an die Gesamtschulen der Stadt Siegen. In der Konsequenz wird das unweigerlich zu einer Schwächung der Oberstufe des Gymnasiums und der Sekundarschule in Netphen führen.

Ich bitte die vorgebrachten Bedenken bei der politischen Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Wagener



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: Stabsstelle Beiräte und Beauftragte  
Bearbeitet von: Monica Massenhove

Siegen, 11.11.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Beirat der Menschen mit Behinderung</b>	<b>16.05.2022</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren</b>	<b>02.06.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>08.06.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>15.06.2022</b>

Kurzbezeichnung:

**Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung sowie die Umbenennung des Beirates der Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat.

Aufgrund der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung beschließt der Rat der Universitätsstadt Siegen einmalig, dass der Bewerbungsverfahren bis zum 31.03.2022 abgeschlossen ist und der Rat den Inklusionsrat am 11.05.2022 benennt.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 15.12.2020 die Richtlinien des Beirates der Menschen mit Behinderung und die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung aufgehoben mit der Aufforderung, diese zu überarbeiten.

Die Arbeitsgruppe Richtlinien, bestehend aus den Mitgliedern des Beirates der Menschen mit Behinderung, hat die Richtlinien überarbeitet – siehe Anlage zur Vorlage.



Die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung wurden von der Verwaltung aktualisiert, Kritik und Wünsche der Arbeitsgemeinschaft Begegnung wurden berücksichtigt.

Im Rahmen der Neufassung der Richtlinien wird vorgeschlagen, den Beirat der Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat umzubenennen. Diese Umbenennung zielt darauf ab, dass die gesellschaftliche Mitwirkung, Teilhabe und rechtliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Sinne gleichberechtigter Lebenschancen in allen Lebensbereichen wesentlich besser mit dem Begriff Inklusion bezeichnet und definiert werden kann. Inklusion trägt dazu bei, dass es selbstverständlich ist, dass alle Menschen in der Gesellschaft teilhaben und nicht der Mensch mit Behinderung sich integriert und anpasst. Menschen mit Behinderung sind aktiv einzubeziehen, um ihren Bedürfnissen und Interessen gerecht zu werden. Das Recht auf Inklusion ist in den UN-Behindertenrechtskonventionen festgeschrieben. Aus diesem Denken heraus möchte sich der Beirat für Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat umbenennen.

Die Arbeit und die beratende Funktion der Arbeitsgemeinschaft Begegnung ist weiterhin eine wichtige Instanz in der Stadt Siegen, was die Interessen und Belange der Menschen mit Behinderung und Menschen mit chronischen Erkrankungen betrifft. Aus pandemischen Gründen konnten die Treffen der AG Begegnung erst im zweiten Halbjahr 2021 mit zwei Sitzungen umgesetzt werden, somit sind die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung von der Verwaltung aktualisiert worden. Die Kritik und Wünsche der Arbeitsgemeinschaft sind berücksichtigt.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 zu VL 647.2021](#)
2. [Anlage 2 zu VL 647.2021](#)
3. [Anlage 3 zu VL 647.2021](#)

**Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung – Gegenüberstellung****Anlage 1**

<b>Vorbemerkung</b> Gemäß der §§ 7, 41 (Absatz 1, Satz 2 Buchstabe f)) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen vom 24.06.2008 (GV NRW, S. 514) und aufgrund des § 13 des Gesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen - BGG NRW) vom 16.12.2003 (GV NRW, S. 766) hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 03.06.2009 die Richtlinie für den Behindertenbeirat beschlossen.	Auf der Grundlage der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Siegen die folgenden Richtlinien erlassen. Mit diesen Richtlinien wird die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankten in allen kommunalen Angelegenheiten im Sinne von § 13 BGG NRW sichergestellt. Durch die Richtlinien sollen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe, eine selbstbestimmte und selbstständige Lebensführung, die Wahrnehmung der Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankten als Teil menschlicher Vielfalt sowie der Schutz vor Diskriminierungen und Benachteiligungen erreicht werden. Durch die Richtlinien werden Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankten in alle Maßnahmen der Stadt Siegen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und in alle anderen ihre Belange betreffenden Entscheidungsprozesse einbezogen.
<b>§ 1 Zweck</b>  Der Beirat der Menschen mit Behinderung vertritt die Interessen der Menschen mit Behinderung im Stadtgebiet Siegen. Unter Behinderung ist der im Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - gefasste Begriff zu verstehen, der auch chronisch Kranke einschließt.	<b>§ 1 Zweck</b>  Der Inklusionsbeirat vertritt die Interessen und die Belange der Menschen mit Behinderung und chronisch Erkrankten in der Universitätsstadt Siegen. Das Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe definiert Behinderung in § 2 Absatz 1 in der seit 2016 gültigen Fassung wie folgt: <i>(1) Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist.</i> Die Grundlage seiner Arbeit ist die UN -Behindertenrechtskonvention, die am 26.03.2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Der Inklusionsbeirat ist Ansprechstelle in der Universitätsstadt Siegen. Der Beirat vertritt die Interessen der in der Universitätsstadt Siegen lebenden Menschen mit Behinderung.

## **§ 2 Aufgaben**

1. Der Beirat unterrichtet bzw. berät den Rat und seine Ausschüsse, die Verwaltung und die Öffentlichkeit über die Situation der Menschen mit Behinderung in der Stadt Siegen.

Beirat und Arbeitsgemeinschaft „Begegnung“ verpflichten sich zu einer konstruktiven und kooperativen Zusammenarbeit im Interesse der Belange behinderter Menschen.

2. Im Rahmen seiner Aufgaben wird der Beirat vom Rat, den zuständigen Ausschüssen und der Verwaltung über alle Vorhaben informiert, welche die Interessen von Menschen mit Behinderung berühren. Die Geschäftsstelle des Behindertenbeirates erhält Einladungen und Sitzungsprotokolle des Rates und seiner Ausschüsse. Sie werden im Einzelfall den Mitgliedern des Beirates zur Verfügung gestellt, soweit sie für die Bearbeitung der genannten Aufgaben von Bedeutung sind und sofern gesetzliche Regelungen - insbesondere Regelungen des Datenschutzes und der Geheimhaltung - dem nicht entgegenstehen. Der Beirat soll vor jeder Beschlussfassung des Rates in Fragen der Behindertenangelegenheiten gehört werden.

3. Die Arbeitsgemeinschaft berät die Anliegen und Anregungen von Menschen mit Behinderung und ihrer Zusammenschlüsse. Beirat und Arbeitsgemeinschaft arbeiten aufgrund der gemeinsamen Zielsetzung partnerschaftlich und verbindlich zusammen.

4. Der Beirat berät in Bereichen der Planung, Erstellung und Änderung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes NRW die städtischen Gremien. Er informiert die Arbeitsgemeinschaft fortlaufend hierüber.

## **§ 2 Aufgaben**

1. Der Inklusionsbeirat unterrichtet bzw. berät den Rat und seine Ausschüsse, die Verwaltung und die Öffentlichkeit über die Situation der Menschen mit Behinderung in der Universitätsstadt Siegen.

2. Im Rahmen seiner Aufgaben wird der Inklusionsbeirat vom Rat, den zuständigen Ausschüssen und der Verwaltung über alle Vorhaben informiert, welche die Interessen von Menschen mit Behinderung betreffen.

3. Der Inklusionsbeirat und die Arbeitsgemeinschaft Begegnung arbeiten aufgrund ihrer gemeinsamen Zielsetzung partnerschaftlich, konstruktiv und verbindlich zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung ist ein Zusammenschluss der Selbsthilfegruppen, Vereinen und Organisationen der lokalen Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe. Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung bespricht die Anliegen von Menschen mit Behinderung und chronisch Erkrankten und vertritt ihre Interessen und ihre Zusammenschlüsse.

4. Der Inklusionsbeirat berät in Bereichen der Planung, Erstellung und Änderung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes NRW die städtischen Gremien. Weitere Themen sind beispielsweise barrierefreies Bauen, Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit, Bildung, Gesundheit, Sport, Mobilität, die Bewusstseinsbildung und Weitergabe von Informationen.

Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung wird fortlaufend durch den Beirat informiert.

5. Der Inklusionsbeirat kann zur Unterstützung seiner Arbeit Arbeitskreise bilden und Arbeitsaufträge erteilen. Die Arbeitskreise können unabhängig von den öffentlichen Sitzungen des Beirates tagen. Mitglieder der Arbeitskreise werden vom Beirat berufen und müssen nicht ausschließlich gewählte Mitglieder sein. Die Arbeitskreise wählen eine Vertretung, die über den Sachstand berichtet.

	<p>6. Im Rahmen seiner Informations- und Beratungsarbeit kann der Inklusionsbeirat Sprechstunden durchführen.</p> <p>7. Der Inklusionsbeirat ist politisch und konfessionell neutral.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 3</b> <b>Mitglieder</b></p> <p>Dem Beirat gehören elf Mitglieder an, davon sollen acht Personen einen Behinderungsgrad (GdB) von mindestens 30 haben. Für jedes Mitglied ist ein persönliches stellvertretendes Mitglied zu wählen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 3</b> <b>Mitglieder</b></p> <p>1. Der Inklusionsbeirat besteht aus insgesamt 13 stimmberechtigten Mitgliedern und setzt sich aus einer Vertretung von acht Beiratsmitgliedern als Einzelpersonen mit vielfältigen Behinderungsformen und mindestens einen Grad der Behinderung von 30 zusammen sowie fünf Beiratsmitgliedern als Vertretende die für eine Organisation der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe tätig sind, die in der Universitätsstadt Siegen ihren Sitz und / oder Angebote und Einrichtungen der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe anbieten.</p> <p>2. Sind weniger Bewerbungen vorhanden als Plätze die zu besetzen sind, bleibt der Platz unbesetzt.</p> <p>3. Sind mehr Bewerbungen vorhanden als Plätze zu besetzen sind, können diese Bewerbungen als Nachrückende aus den beiden Kontingenten der Einzelbewerbungen und den Vertretungen der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe in eine Nachrückliste aufgenommen werden.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 4</b> <b>Benennungsverfahren</b></p> <p>1. Zur Benennung der Mitglieder ist allein die Arbeitsgemeinschaft Begegnung vorschlagsberechtigt.</p> <p>2. Selbsthilfegruppen, Vereine und Organisationen der Behindertenarbeit, die sich in einzelne Ortsgruppen gliedern, gelten im Sinne eines Stadtverbandes insgesamt als ein vorschlagsberechtigter Zusammenschluss.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 4</b> <b>Bewerbungsverfahren</b></p> <p>1. Voraussetzung für das Bewerbungsverfahren für Einzelpersonen: Die Einzelperson muss das 18te Lebensjahr vollendet haben, in Siegen ihren Hauptwohnsitz haben und eine Behinderung im Sinne des SGB IX (Grad der Behinderung mindestens 30) aufweisen oder eine gesetzliche Vertretung: Eltern und Angehörigen eines Kindes sein.</p> <p>2. Voraussetzungen für das Bewerbungsverfahren für eine Organisation der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe:</p>

<p>Vereine, Selbsthilfegruppen und Organisationen, die außerhalb von Siegen ansässig sind, von denen jedoch Mitglieder ihren Wohnsitz in Siegen haben, können in der AG Vorschläge vorbringen, die den Beirat betreffen.</p> <p>3. Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung wählt eine Liste der für den Beirat vorzuschlagenden Personen. Nur die in Siegen wohnenden Mitglieder sind hierbei stimmberechtigt. Als Mitglieder gelten Menschen mit Behinderung oder deren Unterstützer/innen. Unterstützer/innen sind Personen, die von Menschen mit Behinderung ständig oder zu immer wiederkehrenden Anlässen für individuelle Hilfestellungen benötigt werden.</p> <p>4. Als Mitglied kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens 18 Jahre alt ist und einen Wohnsitz in Siegen hat.</p> <p>5. Die vorstehenden Regelungen sind entsprechend auf Vorschläge für stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder anzuwenden.</p> <p>6. Die Vorschlagsliste ist öffentlich bekannt zu geben.</p>	<p>Die vorgeschlagene Person muss das 18te Lebensjahr vollendet haben, für eine Organisation der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe tätig sein, die in der Universitätsstadt Siegen ihren Sitz und / oder Angebote und Einrichtungen der Arbeit mit Behinderten anbieten oder im Falle eines Ehrenamtes ihren Hauptwohnsitz in Siegen haben. Des Weiteren muss ein Empfehlungsschreiben einer Organisation der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe vorliegen.</p> <p>3. Der öffentliche barrierefreie Aufruf erfolgt 8 Wochen vor der Abgabefrist der Bewerbung.</p> <p>4. Die Bewerbung muss schriftlich bei der Stadtverwaltung Siegen, Geschäftsbereich 5, beauftragte Person für Menschen mit Behinderung, Weidenauer Straße 211-213, 57076 Siegen, bis zum Stichtag eingereicht werden.</p> <p>5. Ausschließlich das Bewerbungsformular ist für die Bewerbung gültig.</p> <p>6. Die Bewerbungsunterlagen müssen folgende Auskünfte beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Name, Vorname</li> <li>- Geburtsdatum</li> <li>- Adresse</li> <li>- Kopie des Behindertenausweises oder Nachweis über die Vertretungsberechtigung (Eltern oder Angehörige).</li> <li>- Anschrift der Organisation der Behindertenhilfe, der Rehabilitation und Teilhabe</li> <li>- Empfehlungsschreiben Organisation der Behindertenhilfe, der Rehabilitation und Teilhabe</li> </ul>
---	---

<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b> <b>Wahl der Mitglieder</b></p> <p>Jeweils für die Dauer der Wahlperiode des Rates - unter Hinzurechnung der Frist nach § 6 - werden die Mitglieder sowie die stellvertretenden Mitglieder des Beirats entsprechend der Vorschlagsliste der Arbeitsgemeinschaft Begegnung nach § 4 vom Rat der Stadt Siegen gewählt.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b> <b>Wahl der Mitglieder</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Verwaltung erarbeitet aus den eingegangenen Bewerbungen aufgrund der vielfältigen Behinderungsformen eine Vorschlagsliste.</li> <li>2. Die Vorschlagsliste wird der Arbeitsgemeinschaft Begegnung zur Beratung vorgelegt.</li> <li>3. Jeweils für die Dauer der Wahlperiode des Rates - unter Hinzurechnung der Frist nach § 6 - werden die Mitglieder des Inklusionsbeirates entsprechend der Vorschlagsliste vom Rat der Stadt Siegen gewählt.</li> </ol>
<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b> <b>Sitzungen</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Zur konstituierenden Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung lädt die Bürgermeisterin/der Bürgermeister ein. Die Sitzung muss innerhalb von 90 Tagen nach der Kommunalwahl stattfinden. Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister leitet die Wahl der/des Vorsitzenden und führt die gewählte Person in ihr Amt ein.</li> <li>2. Unterstützer/innen von Beiratsmitgliedern können auch an nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen. Die Geschäftsordnung der Stadt Siegen gilt für sie entsprechend.</li> </ol>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b> <b>Sitzungen</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Zur konstituierenden Sitzung des Inklusionsbeirates lädt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ein. Die Sitzung muss innerhalb von 90 Tagen nach der Kommunalwahl stattfinden.</li> <li>2. In der konstituierenden Sitzung leitet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Wahl für den ersten Vorsitz und führt die gewählte Person in ihr Amt ein.</li> <li>3. Zu den weiteren Sitzungen lädt der erste Vorsitz des Inklusionsbeirates im Benehmen mit dem zuständigen Beigeordneten oder Dezernenten unter Angabe der zur Beratung anstehenden Punkte mit einer Frist von mindestens einer Woche ein.</li> <li>4. Der Inklusionsbeirat legt seine Sitzungstermine im Voraus fest und trifft sich mindestens quartalsweise.</li> <li>5. Die Sitzungen des Inklusionsbeirates finden in der Regel öffentlich statt.</li> </ol>



<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b> <b>Ausscheiden, Nachrücken</b></p> <p>1. Die Mitgliedschaft im Beirat der Menschen mit Behinderung endet durch Verzicht oder durch Wegfall der in § 4 genannten Voraussetzungen.</p> <p>2. Scheidet ein Mitglied des Beirates oder ein stellvertretendes Mitglied aus, wählt der Rat aufgrund eines Vorschlages der Arbeitsgemeinschaft Begegnung eine Nachfolgerin/einen Nachfolger.</p> <p>3. Wer ein für den Beirat für Menschen mit Behinderung schädigendes Verhalten zeigt, kann aus dem Beirat ausgeschlossen werden. Der Beirat stellt dies durch entsprechenden Beschluss mit einer 2/3-Mehrheit fest und empfiehlt dem Rat mit gleicher qualifizierter Mehrheit, das Mitglied abzuberaufen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b> <b>Ausscheiden</b></p> <p>1. Die Mitgliedschaft im Inklusionsbeirat endet durch Verzicht oder durch Wegfall der in § 4 genannten Voraussetzungen.</p> <p>2. Scheidet ein Mitglied des Inklusionsbeirates aus, wählt der Rat aufgrund der Nachrückliste im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft Begegnung eine nachfolgende Person.</p> <p>3. Wer ein für den Inklusionsbeirat schädigendes Verhalten zeigt, kann aus dem Beirat ausgeschlossen werden. Der Beirat stellt dies durch entsprechenden Beschluss mit einer 2/3-Mehrheit fest und empfiehlt dem Rat mit gleicher qualifizierter Mehrheit, das Mitglied abzuberaufen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Vorsitz</b></p> <p>Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Person für den Vorsitz sowie eine Person als Stellvertreterin/Stellvertreter. Die/der Vorsitzende vertritt den Beirat nach innen und nach außen, insbesondere gegenüber dem Rat und der Verwaltung; bei Abwesenheit tut dies die Stellvertreterin / der Stellvertreter.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Vorsitz</b></p> <p>1. Der Inklusionsbeirat wählt aus seiner Mitte eine Person für den Vorsitz sowie eine stellvertretende Person.</p> <p>2. Der Vorsitz des Inklusionsbeirates vertritt nach innen und nach außen, insbesondere gegenüber dem Rat und der Verwaltung; bei Abwesenheit geschieht dies durch die stellvertretende Person.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b>Mitwirkung in den Ausschüssen</b></p> <p>Der Beirat kann Mitglieder in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Siegen, und zwar nach Bedarf in all jene Gremien, in welchen Belange von Menschen mit Behinderung verhandelt/beschlossen werden, entsenden, soweit dies rechtlich zulässig ist.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b>Mitwirkung in den Ausschüssen</b></p> <p>1. Der Inklusionsbeirat benennt ein vertretendes Mitglied als beratendes Mitglied in die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegen. Ausgenommen sind der Haupt- und Finanzausschuss, der Rechnungsprüfungsausschuss, der Umlegungsausschuss sowie der Wahlprüfungsausschuss.</p> <p>2. Der Inklusionsbeirat ist antragsberechtigt gegenüber dem Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen. Der Vorsitz des Inklusionsbeirates oder ein anderes vom Inklusionsbeirat benanntes Mitglied ist berechtigt, in</p>

	Angelegenheiten des Inklusionsbeirates an den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen teilzunehmen. Er ist in diesen Angelegenheiten anzuhören.
<p><b>§ 10</b> <b>Geschäftsstelle</b></p> <p>Die Geschäftsführung des Beirates für Menschen mit Behinderung obliegt dem/der zuständigen Behindertenbeauftragten. Der/die Behindertenbeauftragte wird hierbei durch die/den Vorsitzende/n bzw. den Beirat unterstützt.</p>	<p><b>§ 10</b> <b>Geschäftsstelle</b></p> <p>1. Die Geschäftsführung des Inklusionsbeirates obliegt der beauftragten Person für Menschen mit Behinderungen. Die beauftragte Person wird hierbei durch den Beiratsvorsitz unterstützt.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle des Inklusionsbeirates erhält Einladungen und Sitzungsprotokolle des Rates und seiner Ausschüsse. Sie werden im Einzelfall den Mitgliedern des Beirates zur Verfügung gestellt, soweit sie für die Bearbeitung der genannten Aufgaben von Bedeutung sind und sofern gesetzliche Regelungen - insbesondere Regelungen des Datenschutzes und der Geheimhaltung - dem nicht entgegenstehen. Der Beirat soll vor jeder Beschlussfassung des Rates in Fragen der Behindertenangelegenheiten gehört werden.</p> <p>3. Die Universitätsstadt Siegen richtet für den Inklusionsbeirat zur Erledigung seiner Aufgaben eine Geschäftsstelle ein, für die sie die angemessene Personalausstattung, angemessene Räumlichkeiten sowie Sach- und Finanzmittel zur Verfügung stellt.</p>
<p><b>§ 11</b> <b>Geschäftsordnung</b></p> <p>Die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Siegen in der jeweils gültigen Fassung ist für alle Mitglieder des Beirates bindend und entsprechend anzuwenden.</p>	<p><b>§ 11</b> <b>Geschäftsordnung</b></p> <p>Die Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen in der jeweils gültigen Fassung ist für alle Mitglieder des Inklusionsbeirates bindend und entsprechend anzuwenden. Entsprechend gilt die Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen für Assistenzkräfte von Beiratsmitgliedern.</p>
<p><b>§ 12</b> <b>Ehrenamt</b></p> <p>Die Mitglieder des Beirates der Menschen mit Behinderung üben ihre Tätigkeit als Ehrenamt aus.</p>	<p><b>§ 12</b> <b>Ehrenamt</b></p> <p>Die Mitglieder des Inklusionsbeirates üben ihre Tätigkeit als Ehrenamt aus.</p>

<p><b>§ 13</b> <b>Verschwiegenheit</b></p> <p>Die Mitglieder des Beirates der Menschen mit Behinderung sowie deren ggf. benötigte Unterstützer/innen unterliegen der Verschwiegenheitspflicht nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung. Bei Antritt ihrer Aufgabe sind sie hierüber zu belehren.</p>	<p><b>§ 13</b> <b>Verschwiegenheit</b></p> <p>Die Mitglieder des Inklusionsbeirates sowie deren ggf. benötigte Assistenzkräfte unterliegen der Verschwiegenheitspflicht nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung. Bei Antritt ihrer Aufgabe sind sie hierüber zu belehren.</p>
<p><b>§ 14</b> <b>Entschädigung</b></p> <p>Hinsichtlich der Entschädigung werden die Regelungen über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung) zugrunde gelegt und entsprechend angewendet.</p>	<p><b>unverändert</b></p>
<p><b>§ 15</b> <b>Inkrafttreten</b></p> <p>Diese Richtlinie tritt mit dem Tag der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Siegen in Kraft.</p>	<p><b>unverändert</b></p>

## **Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung in der Universitätsstadt Siegen**

### **§ 1**

#### **Zweck**

Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung ist ein Zusammenschluss der Selbsthilfegruppen, Vereinen und Organisationen der lokalen Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe. Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung bespricht die Anliegen von Menschen mit Behinderung und chronisch Erkrankten und vertritt ihre Interessen und ihre Zusammenschlüsse. Der Inklusionsbeirat und die Arbeitsgemeinschaft Begegnung arbeiten aufgrund ihrer gemeinsamen Zielsetzung partnerschaftlich, konstruktiv und verbindlich zusammen.

### **§ 2**

#### **Aufgaben**

Die „Arbeitsgemeinschaft Begegnung“

- ist das Netzwerk von Vertretende aus Selbsthilfegruppen, Vereinen und Organisationen der lokalen Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe;
- berät über die Vorschlagsliste der Bewerber und Bewerberinnen für den Inklusionsbeirat in der Universitätsstadt Siegen
- organisiert in Kooperation mit dem Inklusionsbeirat und der beauftragten Person für Menschen mit Behinderung den „Tag der Begegnung“;
- berät als allgemein zugängliches Plenum die Anliegen und Anregungen der Menschen mit Behinderung und chronisch Erkrankten und ihrer Zusammenschlüsse;
- bildet bei Bedarf Arbeitskreise für die fachliche Zuarbeit für den Inklusionsbeirat.

### **§ 3**

#### **Zusammensetzung der Mitgliedschaft**

1. Die Arbeitsgemeinschaft Begegnung bildet sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Selbsthilfegruppen, Vereinen und Organisationen der lokalen Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe sowie Interessenvertretungen chronisch kranker Menschen. In ihr können auch Zusammenschlüsse vertreten sein, die im Kreis Siegen-Wittgenstein aktiv sind, ebenso können interessierte Einzelpersonen an Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft Begegnung teilnehmen.

2. Die Anzahl der teilnehmenden Gruppen an der Arbeitsgemeinschaft Begegnung ist nicht begrenzt.

**§ 4**  
**Mitgestaltung des Bewerbungsverfahrens**  
**für den Inklusionsbeirat der Universitätsstadt Siegen**

1. Die Verwaltung erarbeitet aus den eingegangenen Bewerbungen aufgrund der vielfältigen Behinderungsformen eine Vorschlagsliste.
2. Die Vorschlagsliste wird der AG Begegnung zur Beratung vorgelegt.
3. Jeweils für die Dauer der Wahlperiode des Rates werden die Mitglieder des Inklusionsbeirates entsprechend der Vorschlagsliste vom Rat der Universitätsstadt Siegen gewählt.

**§ 5**  
**Sitzungen und Vorsitz**

1. Die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft Begegnung finden mindestens 4 mal im Jahr und bei weiterem Bedarf statt.
2. Die beauftragte Person für Menschen mit Behinderung ist verantwortlich für die Einladung und moderiert die Sitzungen.

**§ 6**  
**Ehrenamt**

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Begegnung üben ihre Tätigkeit als Ehrenamt aus.

**§ 7**  
**Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt mit dem Tag der Beschlussfassung durch den Rat der Universitätsstadt Siegen in Kraft.



### **Bewerbungsverfahren**

In den Richtlinien für Menschen mit Behinderung ist das Bewerbungsverfahren eine wesentliche Erneuerung und wird an dieser Stelle noch mal explizit dargestellt.

### **WER**

Im Bewerbungsverfahren für Einzelpersonen können sich Menschen

- ab Volljährigkeit bewerben
- die in der Universitätsstadt Siegen mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind und
- entweder selbst eine Behinderung im Sinne des SGB IX (Grad der Behinderung mindestens 30) aufweisen oder gesetzliche Vertretung: Eltern und Angehörigen eines Kindes sind, bewerben.

Im Bewerbungsverfahren von Mitgliedern die für eine Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe arbeiten, die in der Universitätsstadt Siegen ihren Sitz und / oder Angebote und Einrichtungen der Arbeit mit Behinderten anbieten gilt folgende Voraussetzung:

- Bewerbende müssen volljährig sein
- für eine Organisation der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe arbeitet, die in der Universitätsstadt Siegen ihren Sitz und / oder Angebote und Einrichtungen der Arbeit mit Behinderten anbieten oder im Falle eines Ehrenamtes ihren Hauptwohnsitz in Siegen haben.
- ein Empfehlungsschreiben einer Organisation der Behindertenhilfe, der Rehabilitation und Teilhabe vorlegen.

### **Anzahl der Mitglieder im Beirat**

Insgesamt besteht der Beirat aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern.

### **Anzahl der Einzelpersonen**

Eine Vertretung von 8 Beiratsmitgliedern als Einzelpersonen die verschiedene Behinderungsbilder und Interessen widerspiegeln.

### **Anzahl der Vertretung aus Organisationen und Einrichtungen der Arbeit mit behinderten Menschen, der Rehabilitation und Teilhabe**

5 Mitglieder als Vertretende die für eine Organisation der Behindertenhilfe, der Rehabilitation und Teilhabe arbeiten, die in der Universitätsstadt Siegen ihren Sitz und / oder Angebote und Einrichtungen der Arbeit mit Behinderten anbieten.

### **Bekanntmachung**

- Der öffentliche Aufruf zur Bewerbung erfolgt 8 Wochen vor der Abgabefrist der Bewerbung.
- Die Bewerbungsinformationen werden als Flyer incl. Bewerbungsformblatt weitgehend barrierefrei mit dem Bewerbungsformular in den Printmedien, Homepage der Stadt Siegen, Sozialen Medien der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

### **Eingang der Bewerbung**

- Die Bewerbung muss schriftlich bei der Stadtverwaltung Siegen, Geschäftsbereich 5, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Weidenauer Straße 211 bis zum Stichtag erfolgen.
- Ausschließlich das Bewerbungsformular ist für die Bewerbung gültig.

### **Die Bewerbungsunterlagen beinhalten folgende Auskünfte**

- Name, Vorname
- Geburtsdatum
- Adresse
- Kopie des Behindertenausweises oder Nachweis über die Vertretungsberechtigung (Eltern oder Angehörige).
- Anschrift der Organisation der Behindertenhilfe, der Rehabilitation und Teilhabe
- Empfehlungsschreiben Organisation der Behindertenhilfe, der Rehabilitation und Teilhabe

### **Interessenschwerpunkte: (Kästchen ankreuzen)**

- Aufklärung und Unterstützung,
  - barrierefreies Leben in der Stadt,
  - Arbeit und Ausbildung,
  - Erziehung und Bildung
  - Freizeit und Sport
  - Teilhabechancen und Selbständigkeit
  - Mobilität und Verkehr
  - Kultur und Öffentlichkeitsarbeit
  - Eigene Motivation:
- 
- 

### **Kriterien des Auswahlverfahrens:**

- Behinderungsformen sollen möglichst vielfältig vertreten sein.
- Sind weniger Bewerbungen vorhanden als Plätze die zu besetzen sind, bleibt der Platz unbesetzt.
- Sind mehr Bewerbungen vorhanden als Plätze zu besetzen sind, können diese Bewerbungen als Nachrückende aus den beiden Kontingenten der Einzelbewerbungen und den Vertretungen der Behindertenhilfe in eine Vorschlagsliste aufgenommen werden.
- Die Plätze im Beirat werden nach den Schwerpunkten besetzt.

### **Wahl des Beirates**

- Die Verwaltung erarbeitet aus den eingegangenen Bewerbungen und den genannten Kriterien eine Vorschlagsliste.
- In einem gesonderten Termin wird die Vorschlagsliste der AG Begegnung zur Beratung vorgelegt.
- Die Vorschlagsliste wird dem Rat der Universitätsstadt Siegen zur Abstimmung vorgelegt.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: Stabsstelle Beiräte und Beauftragte  
Bearbeitet von: Monica Massenhove

Siegen, 11.11.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Beirat der Menschen mit Behinderung</b>	<b>16.05.2022</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren</b>	<b>02.06.2022</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>08.06.2022</b>
<b>Rat</b>	<b>15.06.2022</b>

Kurzbezeichnung:

**Ergänzung der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung bezüglich Vertretungsregelung**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung mit der Ergänzung einer Vertretungsregelung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung sowie die Umbenennung des Beirates der Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat.

Aufgrund der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung beschließt der Rat der Universitätsstadt Siegen einmalig, dass der Bewerbungsvorgang bis zum 26.08.2022 abgeschlossen ist und der Rat den Inklusionsbeirat am 14.09.2022 benennt.

### Sachverhalt / Begründung:

In der Beratung der Vorlage Ende 2021 in den städtischen Gremien wurde eine fehlende Vertretungsregelung in der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung bemängelt. Die Verwaltung hat daraufhin die Vorlage zurückgezogen und die Erarbeitung einer Vertretungsregelung zugesagt. Hierbei wurde der Arbeitskreis Richtlinien des Beirates beteiligt. In der Sitzung des Arbeitskreises am 21.02.2022 wurde folgender Vor-

schlag für eine Vertretungsregelung für die Neufassung der Richtlinien für Menschen mit Behinderung unter § 3 Absatz 4 erarbeitet und wird nun vorgeschlagen:

### § 3 Mitglieder

1. Der Inklusionsbeirat besteht aus insgesamt 13 stimmberechtigten Mitgliedern und setzt sich aus acht Einzelpersonen mit vielfältigen Behinderungsformen und mindestens einem Grad der Behinderung von 30 zusammen sowie fünf Beiratsmitgliedern als Vertretende, für eine Organisation, die in der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe tätig sind, die in der Universitätsstadt Siegen ihren Sitz und / oder Angebote und Einrichtungen der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe anbieten.
2. Sind weniger Bewerbungen vorhanden als Plätze die zu besetzen sind, bleibt der Platz unbesetzt.
3. Sind mehr Bewerbungen vorhanden als Plätze zu besetzen sind, können diese Bewerbungen als Nachrückende aus den beiden Kontingenten der Einzelbewerbungen und den Vertretungen der Angebote und Einrichtungen der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe in eine Nachrückliste aufgenommen werden.
4. ***Die Nachrückliste, bestehend aus den ersten 8 gelisteten Personen aus Einzelbewerbungen und die ersten 5 gelisteten Vertretende aus Organisationen der Behindertenhilfe, Rehabilitation und Teilhabe gelten als Vertretende der ordentlichen Mitglieder und sind zusätzlich befugt ohne Stimmrecht, an allen Sitzungen des Inklusionsbeirates teilzunehmen.***

Erklärung § 3 Absatz 4:

Die Vertretenden werden über die „Nachrückliste“ der Bewerberliste geführt. Das heißt: Es werden 13 stimmberechtigte Beiratsmitglieder aus den Bewerbungen seitens des Rates der Stadt Siegen gewählt. Die übrigen Personen auf der Bewerbungsliste stehen für die Vertretung des Inklusionsbeirates auf der Nachrückliste zur Verfügung. Personen von der Nachrückliste können an allen Beiratssitzungen teilnehmen und die ordentlichen Mitglieder vertreten. Dabei wird unterschieden zwischen Personen der Nachrückliste „Einzelbewerber“ mit 8 Positionen und Personen der Nachrückliste „Organisationen“ mit 5 Positionen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

**Klimaschutz**

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>    			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>    			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten  
Bearbeitet von: Isabella Klempau

Siegen, 30.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** **08.06.2022**

**Rat** **15.06.2022**

Kurzbezeichnung:

**Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c/  
Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus  
Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 56.000,00 € auf H060201116 – Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung – für die investiven Umbaukosten des Gebäudes. Die Deckung erfolgt aus H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule -.

### Sachverhalt / Begründung:

Wie bereits in der Vorlage VL247/2021 dargestellt, haben auch im Kindergartenjahr 2021/2022 bzw. 2022/23 im Stadtteil Geisweid insbesondere Flüchtlingskinder und Kinder aus osteuropäischen Ländern noch keinen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung.

Diese Kinder haben einerseits einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung und zudem wird bei zahlreichen Kindern durch das Schulamt ein Sprachförderbedarf festgestellt, da die Kinder vor der Einschulung stehen und nur ungenügende Deutschkenntnisse vorweisen. Das Schulamt spricht in diesen Fällen eine gesetzliche Verpflichtung unter Androhung von Bußgeldern aus, die Kinder an einem Sprachförderangebot teilnehmen zu lassen. Für das Sprachförderangebot sind die örtlichen Kindertageseinrichtungen zuständig, sofern die Kinder einen Kindergartenplatz haben. Sollte dies nicht der Fall sein obliegt die Pflicht, ein solches Angebot bereitzustellen, dem örtlichen Jugendamt.

Bereits zu Beginn des Brückenprojektes wurde die Notwendigkeit von Umbaumaßnahmen festgestellt. Zudem sind grundlegende Sanierungsmaßnahmen an dem in die Jahre gekommenen Gebäude nötig. Ursprünglich wurden die Kosten für den Umbau/die Sanierung auf 344.000,00 € geschätzt und im Haushalt 2021 mit 133.000 € und in 2022 mit 211.000 € veranschlagt. Nach Ausschreibung und Angebotsabgabe der Hauptgewerke muss die Kostenkalkulation auf rd. 400.000 € angepasst werden, so dass überplanmäßige Mittel i. H. v. 56.000 € erforderlich sind.

Da sich die bereits veranschlagte Maßnahme H060201106 - Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule - z. T. auf 2023 verschieben wird, können die für die Hüttenstraße in 2022 benötigten investiven Mittel von dieser Maßnahme umgeplant werden.

Für die weitere Nutzung des Gebäudes im Rahmen des Brückenprojektes, wo derzeit bereits 17 Kinder betreut werden, sowie für die zukünftige Nutzung des Gebäudes, z.B. im Rahmen des Projektes "Kinderstark NRW", sind die grundlegenden Umbaumaßnahmen (kindgerechte Toilettenanlage, Brandschutzmaßnahmen, Erneuerung der Elektroinstallation u. ä.) unerlässlich.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
400.000,00 €				

#### Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 133.000,00 € (2021) 211.000,00 € (2022) 56.000,00 € überplanmäßig	Kostenträger/ Investitionscode 06020100 / H060201116 Sachkonto 7851000
---	--	-------------------------------	---	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div style="height: 80px; border: 1px solid black;"></div>			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

i.A.

gez.

Andree Schmidt  
Dezernet

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 Siegen, 03.06.2022  
Bereich: Technische Gebäudewirtschaft Projekte/ Baumaßnahmen  
Bearbeitet von: Birte Grunwald, Susanne Wieczorek

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** 08.06.2022

**Rat** 15.06.2022

Kurzbezeichnung:

**Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule"**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NRW in Höhe von 150.000 Euro auf K030102001 (Finanzplan) und in Höhe von 100.000 Euro auf A011302203 (Ergebnisplan) für die Baumaßnahme „Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule“. Die Deckung in Höhe von 100.000 Euro erfolgt aus A011302202 - BVS Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -. Die Deckung in Höhe von 150.000 Euro erfolgt aus K030108005 - Bertha von Suttner Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -.

### Sachverhalt / Begründung:

Mit der Vorlage 517/2021 aus September 2021 wurde die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW in Höhe von 650.000 Euro aufgrund von zusätzlich einzuplanenden Klimaschutzrelevanten Maßnahmen, zusätzlichen Maßnahmen durch geänderter Grundlagen und Vorgaben sowie der Berücksichtigung der Honorarkostenanpassung auf Grundlage des damaligen Kostenanschlages beschlossen. Weiterhin wurden hierbei Mehrkosten durch immense Preissteigerungen für die bis dato erfolgten Auftragsvergaben berücksichtigt. Somit wurden insgesamt Mittel in Höhe von ca. 6.102.900 Euro zur Verfügung gestellt.

Die Preisentwicklung in 2021 aufgrund der Corona-Pandemie und Lieferengpässen ist weiterhin anhaltend und wurde durch den im Februar 2022 begonnenen Russland-Ukraine-Krieg

noch stärker beeinflusst. Europa befindet sich aktuell in einer wirtschaftlich kritischen Situation, die für deutliche Steigerungen von Preisen für einzelne Stoffgruppen wie Stahl und Stahllegierungen, Aluminium, Kupfer, Erdölprodukte wie Bitumen, Kunststoffrohre, Folien und Dichtbahnen, Asphaltmischgut, Epoxidharze, Holz und gusseiserne Rohre verantwortlich ist.

Teilweise sind Auftragnehmer daher nicht mehr in der Lage zu den ursprünglichen Angebotspreisen die beauftragten Leistungen zu erbringen.

Durch Erlass verschiedener Bundesministerien wurde zwischenzeitlich für die oben aufgeführten Stoffgruppen grundsätzlich festgehalten, dass aufgrund der Preisentwicklung im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg eine Störung der Geschäftsgrundlagen in Betracht kommt.

Im konkreten Fall waren zum einen Aufträge mit einem deutlich höheren Auftragswert zu vergeben als ursprünglich kalkuliert, zum anderen werden bereits Mehrkosten bei den aktuell bzw. kurzfristig ausführenden Gewerken angemeldet.

Bautenstand:

Gemäß aktuellem Bauablauf werden z.Zt. die finalen Betonbauarbeiten des Erweiterungsbaus ausgeführt, so dass in den nächsten Tagen die Maurer- und Betonbauarbeiten im Bereich des Erweiterungsbaus fertiggestellt werden können. Bis dahin wurden die Bodenplatte des Anbaus, die Stahlbetonstützen und tragenden Elemente im Untergeschoss, der Treppenhauskern mit Aufzugschacht und Technikräumen über drei Geschosse sowie die Decke des Brückenbauelements hergestellt. Parallel wird derzeit der Holzbau der geplanten eingeschossigen Aufstockung gerichtet. Danach beginnen die Holzbauarbeiten am dreigeschossigen Anbau.

Übersicht zur Fortschreibung der Gesamtkosten über alle Kostengruppen als Darstellung der aktuellen Kostensteigerung

Kostenanschlag	Vergabesumme	inkl. Nachträge	inkl. Mehrkosten wg. Preissteigerungen
5.700.000 €	6.080.500 €	6.325.000 €	6.360.000 €
100%	107%	111%	112%

Wie hieraus ersichtlich ist mit Vergabe der Leistungen sowie im Rahmen des Baufortschritts eine Preissteigerung in Höhe von rund 12% zum Kostenanschlag zu verzeichnen.

Von der Gesamtsumme inkl. Mehrkosten wegen Preissteigerungen sind ca. 187.500 Euro für die Dachbegrünung und eine Photovoltaikanlage abzuziehen, da diese über weitere Konten finanziert werden. Somit schließt die aktuelle Kostenfortschreibung über alle Kostengruppen und Gewerke unter Berücksichtigung der noch zu vergebenden Kleinaufträge sowie der z.Zt. vorliegenden Mehrkostenanmeldungen mit einer Summe in Höhe von ca. 6.172.500 Euro ab. Hieraus ergibt sich eine Differenz in Höhe von ca. 69.600 Euro Mehrkosten zu den aktuell zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von ca. 6.102.900 Euro (5.862.900 Euro investiv auf K030102001 und 240.000 Euro konsumtiv auf A011302203)

Somit sind die bisher zur Verfügung stehenden Mittel bereits ausgeschöpft.



Für bereits kommunizierte Mehrkostenanmeldungen für Massenmehrungen und zusätzliche Leistungen von vor Ort ausführenden Firmen sowie für voraussichtliche Preissteigerungen dieser und noch nicht begonnener Gewerke, die noch nicht in der Kostenfortschreibung erfasst sind, können die erforderlichen Kosten nur grob geschätzt werden. Demnach werden voraussichtlich zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 136.500 Euro erforderlich.

Bei insgesamt 10 verschiedenen Gewerken werden Mehrkosten durch Massenmehrungen i. H. v. 15.000 Euro kalkuliert, 54.500 € durch zusätzliche Leistungen und 67.000 € für Preissteigerungen.

Aus diesen zusätzlich zu erwartenden Kosten ergibt sich folgender Mittelbedarf auf K030102001 und A011302203:

<b>Aktuell zur Verfügung stehende Mittel</b>	<b>6.102.900 €</b>
Aktuelle Kostenfortschreibung	6.172.500 €
Differenz/Mehrkosten	69.600 €
Geschätzte Kosten für Preissteigerungen und Nachträge	136.500 €
Puffer für unvorhersehbare Preisentwicklung	40.000 €
<b>Summe überplanmäßige Mittel</b>	<b>246.100 €</b>
	<b>rd. 250.000 €</b>
<b>Gesamtbedarf</b>	<b>6.352.900 €</b>

Somit werden aufgrund der massiven Preissteigerungen von Baustoffen sowie der zu erwartenden Mehrkosten von zusätzlich erforderlichen Leistungen im Haushaltsjahr 2022 überplanmäßige Mittel in Höhe von 250.000 Euro benötigt.

Für den Umbau im Bestand werden voraussichtlich insgesamt 340.000 Euro erforderlich. Derzeit sind 240.000 Euro im Ergebnisplan bereitgestellt. Daher werden die Mehrkosten überplanmäßig mit 100.000 Euro im Ergebnisplan und mit 150.000 Euro im Finanzplan beantragt.

#### **Deckung:**

Die Deckung von 100.000 Euro im Ergebnisplan erfolgt aus A011302202 - BVS Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -, da diese Maßnahme weitgehend abgerechnet ist und die Mittel nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die Deckung von 150.000 Euro im Finanzplan erfolgt aus K030108005 - Bertha von Suttner Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -, da auch die investiven Mittel für die Maßnahme nicht vollständig ausgeschöpft werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
6.540.400 € (incl. 187.500 € für Dachbegründung und Photovoltaikanlage)		3.158.400 €	3.382.000 €	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

## Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
5.862.900 € +150.000 € überplanmäßig	240.000 € +100.000 € überplanmäßig			K030102001 / A011302203
				Sachkonto 7851000 / 5215999

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

i.V.

gez.

Henrik Schumann Steffen Mues  
 Stadtbaurat Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

